



Günter Grass 1927-2015



Die IS-Akte
**Wie sich die Dschihadisten
einen Spitzelstaat bauten**

Volkswagen
**Der brutale Machtkampf
um die Konzernspitze**

SPIEGEL-Gespräch
**Herbert Grönemeyer über
seine Arbeit am „Faust“**

Österreich € 5,10
Schweiz Sfr 7,40
Belgien € 5,20
Dänemark Dkr 48,-
Finnland € 7,40
Frankreich € 6,-
Griechenland € 6,50
Hongkong HK\$ 88,-
Italien € 6,-
Japan Yen 1.800,- (tax)
Lettland € 5,60
Norwegen NOK 72,-
Polen (ISSN 00387452) Zł 29,-
Portugal (cont) € 6,-
Slowakei € 6,20
Slowenien € 5,90
Spanien € 6,-
Spanien/Kanaren € 6,30
Thailand Baht 450,-
Tschech. Republik Kč 175,-
Türkei TL 20,-
Ungarn Ft 2.170,-
Printed in Germany



¹ Bis zu 84% weniger Lärm: Bezogen auf die Dauer der Lautstärkebelastung während und nach dem Druckvorgang, bedingt durch die fehlende Lüfter-Nachlaufzeit gegenüber vergleichbaren Laser-Multifunktionsgeräten. Bis zu 83% weniger Stromverbrauch: bezogen auf 3 Jahre Nutzung mit den bei der Berechnung des TEC-Wertes zugrunde gelegten Druckvolumen gegenüber vergleichbaren Laser-Multifunktionsgeräten. 0% Feinstaub.

² Basierend auf den Verbrauchsmaterialkosten (UVP) gemäß ISO-Reichweiten (nicht einbezogen: Multipacks, Combopacks und Sparpacks oder Aktionspreise für Verbrauchsmaterial) bezogen auf vergleichbare Laser-Multifunktionsgeräte.

DIE INSPIRATION EXISTIERT,
ABER SIE MUSS DICH
BEI DER ARBEIT FINDEN.

(PABLO PICASSO, KÜNSTLER)



MFC-J5920DW



MFC-J6925DW

Bis zu 84%¹ umweltfreundlicher.

Bis zu 70%² günstigere Folgekosten.

Willkommen am Arbeitsplatz der Zukunft.

Einem Gedanken ungestört zu folgen, bis aus ihm eine große Idee wird: das Büro der Zukunft kennt keine Unterbrechungen. Und bietet Businessgeräte die darauf warten, unternehmensfördernde Konzepte zu Papier zu bringen. Direkt dort, wo sie ihren Ursprung haben. An Ihrem Arbeitsplatz. Bringen Sie Ihre Ideen zu Papier. Mit den multifunktionalen Tintengeräten von Brother.



Erfahren Sie, was Freiraum bedeutet und fordern Sie unser Whitepaper zum Thema Produktivität am Arbeitsplatz an.
www.brother.de/arbeitsplatz

EINE IKONE GEWINNT AN GRÖSSE



DIE NAVITIMER 46 mm

BREITLING BOUTIQUE

BÖRSENSTRASSE 2-4

FRANKFURT

Hausmitteilung

Betr.: VW, „Islamischer Staat“, DEIN SPIEGEL

Ferdinand Piëch ist ein Mann mit vielen Facetten. Auf Automobilausstellungen in Frankfurt am Main, Genf oder Paris erlebt Dietmar Hawranek den Aufsichtsratsvorsitzenden von VW häufig als amüsanten Gesprächspartner. Aber Piëch verfügt auch über eine andere Seite, die er selbst so beschreibt: „Mein Harmoniebedürfnis ist begrenzt.“ Vorvergangenen Freitag wurde dies mal wieder deutlich. In einem Gespräch mit Hawranek sagte Piëch: „Ich bin auf Distanz zu Winterkorn.“ Das aktuelle Heft war zu diesem Zeitpunkt schon in Druck. Darin wurde im Artikel „Götterdämmerung“ analysiert, warum das Verhältnis zwischen VW-Chef Martin Winterkorn und dem Aufsichtsratsvorsitzenden Piëch „nachhaltig gestört“ ist. Das Zitat konnte nicht mehr hinzugefügt werden. Wir veröffentlichten es mit anderen Aussagen Piëchs auf SPIEGEL ONLINE. Seitdem bebt Wolfsburg, ein Satz hat die Welt des Automobilkonzerns verändert. Der bislang unangefochtene Vorstandschef Winterkorn ist geschwächt. Aufsichtsräte treffen sich zu Sondersitzungen, Mitglieder der Familien Porsche und Piëch diskutieren über die Zukunft des Konzerns und seines Chefs Winterkorn. Im aktuellen Heft analysiert Hawranek, wie es weitergeht. Piëch selbst mag keine weiteren Kommentare abgeben. Er hat gesagt, was er sagen wollte. **Seite 56**



Hawranek

Den ersten Hinweis auf Dokumente, die enthüllen, wer hinter dem kometenhaften und lange Zeit ungebremsten Aufstieg des „Islamischen Staates“ (IS) steht, erhielt Christoph Reuter im Frühjahr des vergangenen Jahres. In der syrischen Kleinstadt Tal Rifaat, nördlich von Aleppo, sollte eine Akte zu finden sein, die den Bauplan der Terrororganisation enthält. Tal Rifaat liegt mitten im umkämpften Gebiet. Reuter, einer der erfahrensten deutschen Krisenreporter,



Reuter

brauchte ein gutes halbes Jahr, um seine Reise ins Kriegsgebiet zu organisieren; ein wichtiger Mittelsmann war in einem Gefecht umgekommen. Die Akte und andere Unterlagen sind mittlerweile ausgewertet und bilden das Rückgrat eines Buchs, das Reuter über den IS verfasst hat: „Die schwarze Macht – Der Islamische Staat und die Strategen des Terrors“. Es ist ab Montag im Handel. Den Mann, der die Strukturen des IS und dessen Vorgehen entworfen hat, mit Kugelschreiber, auf gut 30 Blatt Papier, beschreibt Reuter ab **Seite 78**

Wo wohnt und arbeitet der Bundespräsident? Zählt „Rollgardina“ zu den Vornamen von Pippi Langstrumpf? Wie wird man durch YouTube-Videos reich? Im Unterricht werden solche Fragen in der Regel nicht behandelt, trotzdem können Kinder die Antworten kennen, sie haben oft einen erstaunlichen Wissensschatz. DEIN SPIEGEL, das Nachrichten-Magazin für Kinder, hat einen Wissenstest für Kinder entwickelt, 50 Fragen zur Natur, zu Geschichte, Wirtschaft, Technik, Sport und Kultur. Ob ein Kind gute Noten hat, ist für den Test nicht relevant – ob es sich für die Welt um sich herum interessiert, dagegen schon. Einige Fragen werden Kinder problemlos beantworten können – während die Eltern daran scheitern. DEIN SPIEGEL erscheint an diesem Dienstag, zum Download steht die Ausgabe ab Montag, 18 Uhr, bereit.



Steuern?

Lass ich machen.



VLH.

Wir machen Ihre Steuererklärung.

www.vlh.de



Jagt mit Netz.

Der neue CLA Shooting Brake mit Mercedes connect me.

Der neue CLA Shooting Brake ist stets online und damit das verbindende Element zu zahlreichen innovativen Technologien: Servicedienste, die Ihr Leben entlasten oder Apps, die es bereichern. Und dank GPS-Ortung auf dem Smartphone ist auch die Fahrzeugsuche in fremden Metropolen kein Problem mehr. www.mercedes-benz.de/cla_shootingbrake





Mercedes-Benz
Das Beste oder nichts.

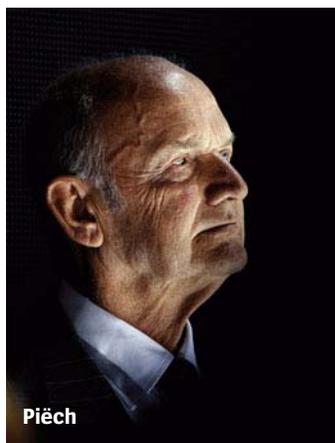
Ein Krieg von deutschem Boden

Bündnisse Die US-Militärbasis in Ramstein ist ein zentrales und unverzichtbares Element in Barack Obamas umstrittenem Drohnenkrieg gegen den Terror. Das belegen Dokumente aus Geheimdienstkreisen. Für die Bundesregierung, die bislang Ahnungslosigkeit vorgab, stellt sich damit die Frage nach der rechtlichen Bewertung dieser Einsätze. Ein Fall für den Generalbundesanwalt? **Seite 20**



Konzern auf Crashkurs

Autoindustrie Wie lange kann Martin Winterkorn noch VW-Chef bleiben? Das ist die eine Frage, die sich Manager und Aufsichtsräte stellen, seit Ferdinand Piëch sagte: „Ich bin auf Distanz zu Winterkorn.“ Die andere Frage: Was treibt diesen Ferdinand Piëch, und welche Probleme im VW-Konzern sieht er, dass er dessen Chef so hart attackiert? **Seite 56**



Piëch



FOTOS: SEITE 8: REUTERS (O.); BORIS ROESSLER / DPA (M. L.); NOUR FOURAT / REUTERS (M. R.); DMITRI LEITSCHUK / DER SPIEGEL (U. L.); SEITE 9: JULIA ZIMMERMANN / LAIF (O.); GETTY IMAGES (M.); MATTHIAS KERI / BONGARTS / GETTY IMAGES (U.)



Piß

Sex im Altenheim

Pflegeheime Senioren, die Betreuerinnen „an die Brust fassen oder auf den Hintern hauen, das kennen wir alle“, sagt die Hamburger Pflegedienstleiterin Claudia Piß. Heime müssen damit umgehen, dass Demenzzranke oft ihre Steuerungsfähigkeit verlieren, nicht aber die Lust auf Sex. Manche Einrichtungen helfen sich, indem sie professionelle Sexualbegleiterinnen vermitteln. **Seite 44**

Das Spitzel-Kalifat

Islamischer Staat Der irakische Exoberst Haji Bakr plante den Siegeszug der Terrororganisation in Syrien – mit den Methoden des Geheimdienststaats unter Saddam Hussein: Infiltration, Mord, Spionage, Angst. Der SPIEGEL konnte die Dokumente nun exklusiv einsehen. Sie enthüllen einen kühl kalkulierenden Machtapparat, der Gewalt und Fanatismus gezielt nutzt. **Seite 78**

Titel

- 106 Nachruf** Fremder im eigenen Land – Erinnerungen an den Schriftsteller Günter Grass
- 112** Grass-Zitate aus Gesprächen mit dem SPIEGEL
- 116** Israels ehemaliger Botschafter Avi Primor: „Grass war kein Antisemit“

Deutschland

- 14 Leitartikel** Die toten Flüchtlinge und unser schlechtes Gewissen
- 16 Bundesregierung richtet sich auf mehr Asylbewerber ein / CSU stellt Bundesbeteiligung an Kindertagesstätten infrage / Gewerkschaftschef Bsirske verärgert Genossen / Kolumne: Der schwarze Kanal**
- 20 Bündnisse** Die US-Basis Ramstein ist für Obamas Drohnenkrieg unerlässlich
- 27 Parteien** Der Niedergang der CSU-Außenpolitik
- 28 Karrieren I** Schauspieler Charles M. Huber hat im Bundestag die Bühne seines Lebens gefunden
- 30 Bundeswehr** Die seltsame Kumpanei zwischen Beamten und Waffenhersteller Heckler & Koch
- 34 Holocaust** 70 Jahre nach der Befreiung des Lagers stehen drei SS-Männer von Auschwitz vor Gericht
- 36 Verbände** Wie christliche Billig-gewerkschaften ihre Mitgliederzahlen schönen, um Tarifverträge abschließen zu können
- 38 Karrieren II** Der Politologe Claus Leggewie im SPIEGEL-Gespräch über sein Leben als 68er und Sympathien für den Terrorismus
- 42 Sicherheit** Ein internes Papier offenbart die Risiken der Gebäudedämmung
- 44 Pflegeheime** Betreuer sind mit dem Bedürfnis Demenzkranker nach Sex konfrontiert

Gesellschaft

- 46 Sechserpack: Schneeweiße Bräute / Die kubanische Öffnung und ihre Folgen für den deutschen Urlauber**
- 47 Eine Meldung und ihre Geschichte** Im Zirkus Orfei sind die Pandas manchmal Hunde
- 48 Gefallene** 70 Jahre nach dem Krieg werden Jahr für Jahr noch immer die Gebeine Zehntausender Soldaten geborgen
- 53 Homestory** Kind weiß, Mutter schwarz – was deutsche Bürger völlig fertigmacht

Wirtschaft

- 54 Deutsche-Bank-Vorstand will Postbank verkaufen / Dobrindt für Großlaster / Merkel will G-20-Treffen in Deutschland**
- 56 Autoindustrie** Die Demontage von VW-Chef Martin Winterkorn und ihre Folgen
- 59 Jobs** Wie Ministerin Andrea Nahles auf die digitale Arbeitswelt reagieren will
- 62 Euro** Die Politik der Athener Regierung nützt den Reichen des Landes
- 64 Musikindustrie** Sony-Manager Edgar Berger macht gegen Spotify mobil
- 66 Wettbewerb** Was das Verfahren der Europäischen Union gegen Google für das Kartellrecht bedeutet

Medien

- 71 RTL** *verfilmt Adidas-Story / Technik-Blog wird gesteigert*
- 72 Internet** SPIEGEL-Gespräch mit YouTube-Star Florian Mundt alias LeFloid über Nachrichten-Shows im Internet und den Tod des Traditions-TV

Ausland

- 76 Ein Palästinenser berichtet vom dramatischen Alltag im belagerten Jarmuk in Damaskus / Die chinesische Aktivistin Zhao Silu über den Kampf für Gleichberechtigung in ihrem Land**
- 78 Islamischer Staat** Exklusive Dokumente der Terrorgruppe belegen, wie die Machtübernahme in Syrien geplant wurde – von einem wenig religiösen irakischen Oberst
- 88 USA** Ständiger Wandel als politische Überlebensstrategie – Hillary Clinton erfindet sich immer wieder neu
- 94 Türkei** 100 Jahre nach dem Völkermord an den Armeniern wird auch im Land der Täter über die Verbrechen geredet
- 98 Global Village** Wie die beschauliche italienische Hafenstadt Triest zu einem Zentrum der Modewelt wurde

Sport

- 99 Schriftsteller Politycki über seine Leidenschaft für das Laufen / Freiburger Dopingkommission vor der Auflösung**
- 100 Fußball** Der junge Trainer Thomas Tuchel versetzt die Bundesliga in Aufruhr
- 102 Tischtennis** Rebelle an der Platte – der chinesische Olympiasieger Zhang Jike

Kultur

- 104 Umstrittenes Ausstellungsprojekt mit 120 Künstlern aus China / Architekturlegende Le Corbusier und seine faschistische Vergangenheit / Kolumne: Mein Leben als Frau**
- 120 Kino** Das legendäre Studio Babelsberg kämpft mal wieder ums Überleben
- 122 Theater** Herbert Grönemeyer im SPIEGEL-Gespräch über seine Arbeit für Regisseur Robert Wilson
- 125 Filmkritik** Im Science-Fiction-Thriller „Ex Machina“ ist die Heldin ein sexy Roboter

Wissenschaft

- 126 Reproduktionsmediziner fordert Freigabe von Eizellspenden / Vorsicht vor gekaperten Fernsehern**
- 128 Archäologie** Bechinas Schatzkammern – die abenteuerliche Geschichte des größten Antikendealers der Welt
- 132 Automobile** Warum die Carbonautos von BMW keine Zukunft haben
- 134 Artensterben** Ist der Mensch eine Naturkatastrophe wie Asteroideneinschläge oder Vulkanausbrüche?

- 10 Briefe**
- 118 Bestseller**
- 136 Impressum**
- 137 Nachrufe**
- 138 Personalien**
- 140 Hohlspiegel / Rückspiegel**

Wegweiser für Informanten: www.spiegel.de/briefkasten



LeFloid

Er kommentiert in seinen Videos das Weltgeschehen, er ist ein Star bei YouTube. Mit seiner Comedy-Nachrichten-Show erreicht er Millionen Zuschauer. Ein Claus Kleber für die Generation YouTube will er nicht sein. **Seite 72**



Hillary Clinton

Sie will Präsidentin der USA werden, sie zeigt sich in ihrem Wahlkampf als warmherzige und auch als bescheidene Frau. Zur Gefahr für ihre Kandidatur könnte allerdings wieder einmal ihr Mann werden. **Seite 88**



Thomas Tuchel

Er ist das Phantom der Bundesliga. Er macht ein Sabbatical, doch alle reden über ihn. Der Hamburger SV versuchte vergebens, ihn als Trainer zu verpflichten. Nun wird in Dortmund eine Stelle frei. Sagt Tuchel Ja zum BVB? **Seite 100**



„Das Konsum-Virus ist aggressiver als Ebola und HIV zusammen und befällt Menschen in Europa und den USA genauso wie in Südafrika, Indien oder Mexiko.“

Volker Laengenfelder, Bad Homburg

Gutes bewirkt Gutes

Nr. 16/2015 Kaufen, um die Welt zu retten – Was bringt ethischer Konsum?

Nachhaltigere Wirtschaft braucht Zeit: für Umstellungen in der gesamten Lieferkette beispielsweise. Individuellere Verbraucher und widersprüchliches Verhalten von Konsumenten sind zwei der Herausforderungen. Mehr Informationen zu Handlungsoptionen für Verbraucher, mehr Anerkennung überprüfbarer Engagements von Unternehmen, mehr den Massenmarkt statt Nischen entwickeln – dann klappt der ethische Konsum. Vielleicht dauert das etwas länger, dafür ist es aber nachhaltig.

Georg Abel, Berlin

Frei nach dem mittelalterlichen Ablassprediger Johann Tetzel: „Wenn das Geld in der Kasse des Bioladens klingt, die Seele aus dem Feuer springt.“ Diesem modernen Ablasshandel einer Wohlstandsgesellschaft kommt allenfalls eine Placebowirkung zu.

Detlev Winkelmann, Koblenz

Ich verstehe ethischen Konsum keinesfalls als „Kaufen, um die Welt zu retten“, sondern einzig als das Sichbewusstmachen der möglichen Folgen des eigenen Konsumverhaltens und der Hinwendung zum Vernunfthandeln als zwingend notwendige Korrektur des eigenen Verhaltens im Markt. Jede Tat zählt, denn wer Gutes tut, bewirkt Gutes!

Rüdiger Reupke, Isenbüttel (Nieders.)

Ohne eine Luxusgesellschaft wären die armen Belieferer noch ärmer.

Prof. Dr. Dirk Althaus, Hannover

Ethisch handelnde Verbraucher sind Motor des gesellschaftlichen Bewusstseinswandels. Doch Voraussetzung für den ethischen Konsum einer Mehrheit sind ethische Produktion und ethischer Handel. Wer dabei auf staatliche Regeln wartet, entlässt Marktakteure aus ihrer Verantwortung. Nur die Unternehmen können die Probleme in ihren komplexen Lieferketten lösen. Diese Prozesse brauchen Zeit, Geld und die Bereitschaft, aus Fehlern zu lernen. All das erwarten Verbraucher zu Recht.

Laura Gross, Berlin

Sie haben eine ganze Branche übersehen, die mit über 300 000 Mitarbeitern mitten in Deutschland sozial nachhaltig und ethisch korrekt schöne Dinge produziert:

Werkstätten für Menschen mit Behinderung. Hier werden Produkte hergestellt, die nicht nur handwerklich hochwertig sind, sondern bei denen der produzierende Mensch im Mittelpunkt steht. Übrigens gibt es aus dieser Quelle auch wunderschönes Spielzeug – knallbunt.

Michael Ziegert, Much (NRW)

Frust weggepustet

Nr. 15/2015 Eine Widerrede gegen die Mythen der „Demokalypse“

Was für ein großartiger, mutiger Artikel, und wie fair und demokratisch vom SPIEGEL, sich mit dieser Widerrede in der Serie über Demografie selbst zu widersprechen! Herzlichen Dank für so viel Toleranz und Optimismus.

Inke Bichara, La Celle St. Cloud (Frankreich)

Ihre Serie macht deutlich, wie notwendig eine mit Vernunft gesteuerte Migrationspolitik für Deutschland wäre, wenn wir nicht den Kollaps unserer Sozialsysteme riskieren wollen. Zigtausende zum Teil gut ausgebildete Flüchtlinge suchen Schutz in unserem Land. Unseren Politikern fällt nichts Besseres ein, als billige Behelfsbauten zur Unterbringung zu schaffen, Flüchtlinge von der Teilhabe an Arbeit und selbstbestimmtem Leben auszgrenzen sowie Millionen für menschenverachtende Abwehrmaßnahmen an den EU-Außengrenzen zu verschleudern.

Manfred Wendl, Cuxhaven

Die Zukunftsserie hat meinen doch gelegentlich aufgetretenen Frust über Journalistenhäme weggepustet, wie das keine wissenschaftliche Veranstaltung geschafft hätte. So die Menschen umzustimmen auf ein langes Leben – das ist es! Danken möchte ich für den brillanten Aufsatz. Das ist die Zukunft! Es müssen nur noch möglichst viele Leute begreifen.

Dr. Henning Scherf, Bremen
ehem. Bürgermeister der Freien Hansestadt Bremen

Die herrschende Meinung, die Sie mit Ihrer Analyse herausfordern, verdankt ihre Dominanz auch dem Interesse mächtiger politischer und gesellschaftlicher Organisationen und Strukturen an der weiteren Gültigkeit der demokalyptischen Doktrin. Denn die Veränderung des Altersaufbaus der Bevölkerung eröffnet Gestaltungschancen in allen Bereichen des Lebens. Deren Wahrnehmung ist jedoch nur schwer mit den hergebrachten sozialen

und politischen Herrschaftsstrukturen vereinbar. Denn diese sind nicht auf Offenheit, Vielfalt und aktive Teilhabe ihrer Mitglieder oder Nutzer an den Innovationen und Veränderungen ausgelegt. Sie sind vielmehr entschlossen, ihre zentralistischen und planwirtschaftlichen Strukturen gegen Offenheit und Vielfalt zu verteidigen. Ihre Grundhaltung ist nicht demokratisch, sondern paternalistisch. Vater Staat wünscht keine Konkurrenz durch Bürgerinitiativen und Teilhabewünsche. Das gilt auch für die großen, staatlich finanzierten Sozialverbände.

Prof. Dr. Kurt Biedenkopf, Dresden
ehem. Ministerpräsident von Sachsen

Wenn die Babyboomer den Schwerpunkt des deutschen „Weihnachtsbaums“ nach oben treiben und die Sozialkassen stark belasten, wird das nach Meinung des sonst so optimistischen Autors eine schwierige Zeit, aber keine Endzeit. Es geht ja auch „nur“ um die drei Dekaden 2020 bis 2050. Nach dem Ableben der Babyboomer wird alles wieder freundlicher aussehen. Wie bitte? 30 Jahre Turbulenzen nah vor uns, und Sie machen mit bei einer unverantwortlichen Verharmlosung der demografischen Entwicklung? Erstaunlich.

Dr. Wolfgang Hegels, Berlin

Endlich ein Beitrag, der mit Mythen und Legenden aufräumt und sie als Ausreden entlarvt. Wunderbar gegen den Mainstream der ach so kritischen Zukunftsmahner à la Sinn.

Edda Castelló, ehem. Verbraucherschützerin, Hamburg

Frauen in Iran sind nicht frei

Nr. 15/2015 Wie modern ist Iran?

Die Behauptung, Frauen würden in Iran „im Alltag weiterhin diskriminiert“, ist völlig unpassend: Sie sind rechtlos. Ein Mädchen muss dem Vater gehorchen, als verheiratete Frau dem Ehemann. Dieser kann ihr das Arbeiten verbieten. Er kann seine Frau ungestraft misshandeln oder vergewaltigen. Die Frau hat kaum Handhabe gegen ihn. Wird eine Frau beim Fremdgehen erwischt, ist die Todesstrafe durch Steinigung vorgeschrieben. Fahrradfahren ist Frauen in Iran verboten. Sie müssen jungfräulich in die Ehe gehen, die Männer nicht. Frauen in Iran sind nicht frei, ihnen werden die Menschenrechte, über ihren Körper und über ihr Leben selbst zu bestimmen, immer noch vorenthalten.

Barbara Friedrich, Hamburg

A woman with dark hair is sitting on a train seat, reading a book. She is looking towards the camera with a slight smile. The background is a blurred view of a train window showing a landscape. The text is overlaid on the lower part of the image.

Endlich Zeit,
Krimis zu lesen statt
Verkehrsschilder.

Diese Zeit gehört Dir.

Fahren Sie doch mal wieder Bahn. Wo sonst können Sie unterwegs lesen, schlafen, spielen, arbeiten und tun und lassen, was Sie wollen? Steigen Sie ein. Es ist schließlich Ihre Zeit. [bahn.de/deinezeit](https://www.bahn.de/deinezeit)

Die Bahn macht mobil.



Briefe

Mathematik als Ersatzreligion

Nr. 15/2015 Im SPIEGEL-Gespräch erklärt der US-Physiker Max Tegmark Paralleluniversen und die Unendlichkeit

Verstehen können wir nur alles in Reichweite unserer körperlichen Sinne – was sich außerhalb dieser Region befindet, können wir bloß berechnen. Die Welt sei aus Mathematik zusammengesetzt? Welch ein Unsinn, denn Mathematik ist nichts als das Werkzeug unseres Denkens.

Walter Weiss, Kassel

In der Mathematik, der Hilfswissenschaft für Ingenieure, Naturwissenschaftler und Ökonomen, kommt nun mal nicht mehr Erkenntnis heraus, als man bei der Konzeption einer Formel hineingesteckt hat. Die Idee, die mathematischen Formeln generierten neues Wissen, ist irrig. Mathematische Ergebnisse können nur die Grenzen der Fantasie des Menschen überflügeln.

Dr. Harald Lazar, Berlin

Leider hat der Physiker Tegmark vergessen zu fantasieren, dass es möglicherweise unendlich viele Mathematiken geben kann. Letztlich bleibt alle Physik rein deskriptiv, und nichts kann begründet werden. Es sei denn, man wählt die menschengemachte Mathematik als Ersatzreligion.

Dr. Michael Graw, Lübeck

Kann sie denn schreiben?

Nr. 15/2015 Das seltsame Verhältnis deutscher Spender zu ihren Patenkindern in Afrika

Bereits meine Mutter hatte vor mehr als 30 Jahren einige Patenschaften übernommen und sehr nette Briefwechsel gepflegt. Nachdem ich selber vor über zehn Jahren Pate bei der Kindernothilfe wurde, habe ich mehrere Briefe geschrieben. Ich habe niemals eine Antwort bekommen und nach ein paar Monaten den Hinweis erhalten, dass mein Patenkind das Hilfsprogramm nicht mehr benötigt. Das ist einerseits schön, hat mich jedoch andererseits nach dem zweiten Mal dazu veranlasst, eine „anonyme“ Patenschaft einzugehen.

Thomas Buttgerit, Taufkirchen bei München

Meiner Ansicht nach wäre es besser, wenn Kinder, deren Leben gesponsert wird, nicht wissen, wem sie für immer dankbar sein müssen und Briefe schreiben und Bilder malen, die gar nicht beachtet werden.

Martina Lenzen, München

Nicht die liebe Patentante und der gute Patenonkel sind am Werk, wenn mittellose Kinder von Spendern Geld für eine Ausbildung erhalten. Dies wird auch dadurch klar, dass in englischsprachigen afrikanischen Ländern für „Pate“ das Wort „sponsor“ gebraucht wird. Auch die 700 „Pa-

ten“-Kinder, für die unser Verein unter anderem eine Grundschule in Tansania betreibt, schreiben einmal im Jahr einen Brief an die „Dear sponsors“. Wenn ein Pate zurückschreiben möchte, ist das möglich, es wird aber nicht erwartet. Für Herrn Eckelkamp empfinde ich Hochachtung. Immerhin hat er vielen Kindern geholfen.

Marlies Piert-Ladendorf, Hamburg,
Zweite Vorsitzende von „Hilfe für die Massai“ e. V.

Seit etwa drei Jahren schreibe ich meinem Patenkind, einem Mädchen in Niger, längere Briefe. Allerdings habe ich noch nie einen zurückbekommen, den sie selbst geschrieben hätte. Die Berichte werden von einem Erwachsenen verfasst; der Text ähnelt sich stets. Kann sie überhaupt schreiben? Geht sie nicht mit meinem Geld zur Schule? Auf Nachfrage bei der Organisation konnte man mir nichts sagen. Ich frage mich, ob das Kind überhaupt existiert und ob es ihm gutgeht. Ich habe entschieden, die Patenschaft mit seinem 18. Geburtstag zu beenden. Stattdessen werde ich über das Freiwilligenzentrum hier ein ausländisches Kind auf dem Weg in das Berufsleben begleiten.

Nina Kaiser, Hannover

Auf die Gruseltube gedrückt

Nr. 15/2015 Eine österreichische Kurzgeschichte von Ferdinand von Schirach

Diese Geschichte kann man fast als Zustandsbericht für die Gesellschaft lesen. Präzise, kein Wort zu viel. Und dennoch vermag man die Gefühlswelt der Protagonistin in Gänge zu umfassen. Danke für dieses wundervolle Kleinod Literatur über Tod und Wiedergeburt – sowohl im christlichen als auch im gesellschaftlichen Leben.

Peter Scholz, Dormagen

Man ist es ja schon gewohnt, dass die Täteridentifikation jeweils im Vordergrund der Darstellungen Schirachs steht. Aber eine Perversion in die Osterliturgie einzubauen ist nicht nur geschmacklos, sondern auch Effekthascherei. Vielleicht sollte man Schirach empfehlen, bei Franz Kafka oder Thomas Hettche nachzuschauen, wie literarisch und psychologisch feinsinnige Geschichten formuliert werden können. Allerdings hätte er dann nicht den Effekt erreicht, „einer der erfolgreichsten Autoren Deutschlands“ zu sein. Letzteres ist für das deutsche Lesepublikum kein Ruhmesblatt und für Schirach ein Ansporn, immer noch stärker auf die Gruseltube zu drücken.

Dr. Sieglinde Eva Tömmel, Planegg (Bayern)

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe gekürzt und auch elektronisch zu veröffentlichen:
leserbriefe@spiegel.de



Way of Life!

Der neue Suzuki Vitara

Jetzt Probe fahren!



Ab 17.990,- EUR¹

www.suzuki-vitara.de

Leben Sie Ihren Way of Life! Mit dem neuen Suzuki Vitara und seinem herausragenden SUV-Design, seiner Vielzahl an Individualisierungsmöglichkeiten² sowie dem optionalen ALLGRIP Allradsystem³.



Abbildung zeigt Sonderausstattung. ¹ UVP der Suzuki International Europe GmbH, zzgl. Überführungs- und Zulassungskosten. ² Gilt für Ausstattungslinien Comfort und Comfort+. Gegen Aufpreis. ³ Gilt nur für die 4x4-Variante.

Kraftstoffverbrauch: kombinierter Testzyklus 5,6–4,0 l/100 km; CO₂-Ausstoß: kombinierter Testzyklus 130–106 g/km (VO EG 715/2007).

Leitartikel

Unsere Toten

Wir leben, wie wir leben wollen. Und deshalb wird das Sterben im Mittelmeer weitergehen.

Eines vorweg: Wir haben uns entschieden. Für die Insel. Unsere Trauminsel. Auf der Landkarte steht Europa, ihr wahrer Name aber ist „Wohlstand“. Natürlich haben wir uns heute schon wieder über all die Härten des Insellebens beklagt: über den Stau auf den Straßen, über das Stammessen 3 in der Kantine, über den neuen Arbeitsauftrag des Chefs, als hätte man nicht schon genug am Hals. Aber wenn wir alle Sinne beisammen haben, wenn wir also nicht blind, taub und vor allem nicht geschmacklos sind, dann wissen wir ganz genau, wie gut es uns geht. Wegen der Straße, des Stammessens, der Arbeit. All der Dinge, über die wir uns überhaupt nur beklagen können, weil es sie hier gibt – anders als in Somalia, Syrien, Bangladesch. Sie machen unser Leben aus, unsere Insel, auf der wir deshalb bleiben wollen und auf der im Grunde auch alles so bleiben soll. So und nicht anders. Weil Europa eben keine exklusive Insel mehr wäre, wenn alle herüberkämen, die auch davon träumen. Weil eine Insel nur eine Insel ist, wenn sie etwas trennt. Das Wasser des Mittelmeers, in dem am Montag rund 400 Flüchtlinge ertrunken sind.

400! An tote Flüchtlinge im Meer hat sich die Republik längst gewöhnt, an eine so große Zahl toter Flüchtlinge auf einmal noch nicht. Es ist die Zahl, die uns wieder zum Hinsehen zwingt, die unser Gewissen herausfordert, unsere Entscheidung infrage stellt. 366 vor Lampedusa im Oktober 2013. 400 jetzt. Dieses Zählen ist zynisch. Noch verlogener aber ist es, nun so zu tun, als könnten wir wirklich etwas ändern, solange wir in Wahrheit unsere Entscheidung für die Insel gar nicht ändern wollen. Solange wir unseren Wohlstand nur in Maßen teilen, in homöopathischen Dosen abgeben wollen. Solange wir so weiterleben wollen, obwohl es Leben kostet. Unsere Entscheidung. Unsere Insel.

Natürlich sind sie jetzt alle wieder da, die Vorwürfe, was Europa falsch mache, und die Vorschläge, was Europa tun müsse. Dieselben Vorwürfe und Vorschläge wie schon bei der letzten und vorletzten und vorvorletzten Katastrophe, Vorwürfe und Vorschläge, die mehr das schlechte Gewissen der Europäer beruhigen als etwas am Dilemma der Flüchtlingspolitik ändern.

Einer dieser Vorwürfe lautet, dass die EU dem Flüchtlingsthema nicht die nötige Priorität einräume. Die Kommission tue zu wenig, um das Problem zu lösen. Was aber, wenn es doch nur andersherum ist: dass es keine einfachen, keine guten Lösungen gibt und sich deshalb so wenig tun lässt?

Denn mit den Lösungen ist es in der Flüchtlingspolitik immer das Gleiche: keine Lösung ohne neue Probleme. Etwa die Forderung nach Ausreisezentren in Nordafrika, in denen der Asylantrag geprüft wird – wer anerkannt wird, soll gefahrlos übersetzen können. Aber glaubt wirklich jemand, dass der Großteil der Flüchtlinge, der keine Chance auf Asyl hat, dann wieder umdreht und in die Heimatländer zurückkehrt? In ein Leben, das so schlimm war, dass sie fortgelaufen sind und lieber den Tod auf dem Mittelmeer riskieren wollten?

Oder die Forderung nach größeren Aufnahmekontingenten für bestimmte Nationen. Das hilft natürlich denen, die ins Kontingent rutschen. Aber fährt deshalb ein Seelenverkäufer weniger aufs Meer hinaus? Bei der Zahl an Flüchtlingen, die vor dem Chaos ihrer Heimatländer fliehen, können auch größere Kontingente nichts bewirken. Wer aber nicht zu den Glücklichen zählt, und das wären weiterhin jedes Jahr viele Hunderttausend, dem bleibt nur die Bootspassage auf Leben und Tod.

Und wenn die EU so viele Flüchtlinge aufnehme, dass tatsächlich alle Harrenden und Hoffenden an den Außengrenzen kommen könnten? Aber wie viele würden auf dieses Signal hin erst recht ihr Heimatland verlassen? Übrigens nicht die Ärmsten der Armen, sondern nur diejenigen, die überhaupt in der Lage sind, 10 000 Dollar für einen Schleuser zusammenzukratzen.

Der nächste Alibi-Vorschlag: dass man mit Entwicklungshilfe

die Lage in armen Ländern verbessern könnte, um die Menschen dort zu halten. Mit der gleichen Aussicht könnte man auch die Grausamkeit von Warlords und Diktatoren bekämpfen oder die Trockenheit in der Sahelzone – mit keiner Aussicht nämlich.

Was also stattdessen? Abschottung, Abschreckung, Kriegsschiffe vor Libyens Küste, die Flüchtlinge gleich wieder zurückschleppen? Solche Hardliner-Ideen unterminieren die Idee eines zivilisierten Europas, sie zersetzen die geistige Verfassung der Trauminsel nicht weniger, als ein ungebremseter Zuzug ihre wirtschaftliche zersetzen würde.

Und so bleiben uns in der Flüchtlingspolitik auch künftig nur die Kompromisse, die uns kompromittieren, bleibt es bei den Toten, die den Preis dafür zahlen, dass wir unsere Trauminsel nicht untergehen lassen wollen. Wir haben uns nun einmal entschieden. Für uns. Alles andere ist Selbstbetrug.

Jürgen Dahlkamp



Ertrunkene Flüchtlinge an der Küste Siziliens 2013



GANZ SCHÖN WAS LOS AUF ARTE

Mehr Inhalt, mehr Vielfalt – so
geht Fernsehen



NOCH MEHR ARTE - MIT DER ARTE APP
Für alle Plattformen kostenfrei verfügbar



Verletzter Polizeibeamter

Polizei Staat zahlt Schmerzensgeld

Bayern und Schleswig-Holstein wollen sich besser um im Dienst verletzte Beamte kümmern. Dabei geht es um gerichtlich festgestellte Schmerzensgeldforderungen etwa von Polizisten. Täter können diese oft nicht zahlen, weil sie nicht genügend Geld haben. Bayern und Schleswig-Holstein beschließen, den Beamten ihre Forderungen dann abzukaufen. Die Polizisten erhalten damit das ihnen zugesprochene Schmerzensgeld, der Staat tritt an die Stelle des bisherigen Gläubigers. Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Oliver Malchow, will erreichen, dass sich die übrigen Länder und der Bund diesem Vorgehen anschließen. **aul**

Erbschaftsteuer Strobl distanziert sich von Reform

Der baden-württembergische CDU-Politiker Thomas Strobl geht auf Distanz zu Steuerplänen von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU). „Baden-Württemberg ist das Land des Mittelstands und der Familienunternehmen“, sagte der Vorsitzende der Union im Südwesten. Eine Reform der Erbschaftsteuer dürfe keine Arbeitsplätze gefährden. Er sei gespannt, ob die grün-rote Regierung in Stuttgart im Interesse des Landes einen eigenen Gesetzentwurf für den Bundesrat zustande bringe. „Wenn am Ende eine bessere Lösung herauskommt als der bisherige Vorschlag aus dem Bundesfinanzministerium: wunderbar!“, so Strobl. **fri**



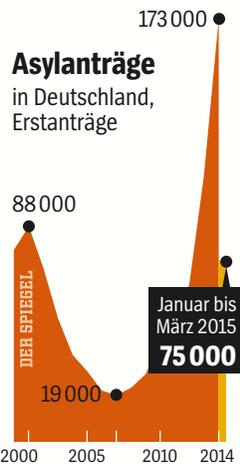
Asylbewerberunterkunft in München

Flüchtlinge Regierung stellt sich auf Zustrom ein

Unionsfraktionschef Volker Kauder (CDU) rechnet damit, dass die Zahl der Flüchtlinge weiter zunimmt und viele von ihnen dauerhaft in Deutschland bleiben werden. Intern ist von einer großen Herausforderung für Deutschland die Rede. „Wir können angesichts der Lage im Mittleren Osten und in Afrika nicht damit rechnen, dass die Zahlen zurückgehen“, sagt Kauder. „Es geht nicht um die Unterbringung, sondern vor allem um die Integration derer, die in Deutschland bleiben dürfen.“ Die Zahl der Asylsuchenden hat sich in den ersten drei Monaten 2014 im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppelt. Insgesamt rechnet die Regierung für 2015 mit 300 000 Asylbewerbern. Kauder forderte, abgelehnte Bewerber konsequent abzuschicken. „Aus meinen Gesprächen weiß ich, dass die Bürger überwiegend den anerkannten Flüchtlingen helfen wollen, sie es aber nicht verstehen, dass die, die ausreisen müssten, dennoch bleiben können“, so Kauder. In der Union sind seine Äußerungen umstritten. So stimmt die CSU dem Fraktionschef zwar in der Frage der Abschiebung zu und lehnt, wie Kauder, ein Einwanderungsgesetz ab. „Seine Aussage,

Deutschland könne weit mehr Flüchtlinge aufnehmen, sendet aber das falsche Signal“, sagt CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer.

Das Kanzleramt plant derzeit ein neues Paket: Unter anderem sollen die durchschnittlichen Bearbeitungszeiten für Asylanträge von derzeit rund vier Monaten auf fünf Wochen gedrückt und die Zahl der Abschiebungen erhöht werden. Zudem wird überlegt, ob auch Albanien, Kosovo und Montenegro zu „sicheren Herkunftsstaaten“ erklärt werden. Das könnte die Zahl von Asylsuchenden möglicherweise vermindern. CSU-Mann Scheuer signalisierte Unterstützung: „Reine Wirtschaftsflüchtlinge blockieren Verfahren, die für bedrohte Menschen gedacht sind, und überstrapazieren die große Hilfsbereitschaft in unserer Bevölkerung.“ Für eine solche Regelung ist jedoch die Zustimmung des Bundesrats und damit der vielerorts mitregierenden Grünen nötig. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann von den Grünen soll daher am 8. Mai bei einem Treffen einzelner SPD- und Unions-Ministerpräsidenten mit Kanzlerin Angela Merkel und SPD-Chef Sigmar Gabriel dabei sein. **nik, mp**



AfD Stiftung auf dem Prüfstand

Die von der Alternative für Deutschland (AfD) unlängst gegründete Partei-Stiftung soll von der EU-Kommission geprüft werden. Darum bat der grüne Bundestagsabgeordnete Kai Gehring Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker und Bildungsminister Tibor Navracsics Anfang

der Woche. Grund ist, dass die AfD ihre Stiftung nach Erasmus von Rotterdam benannt hat und darüber Stipendien an junge Menschen vergeben will. Gehring wies auf den ähnlichen Namen und Auftrag des bereits seit 28 Jahren existierenden Erasmus-Programms der EU hin. Es bestünde eine „erhebliche Verwechslungsgefahr“, das sei „hochproblematisch und inakzeptabel“. Das Erasmus-

Programm werde in Deutschland als ein europäisches Symbol für Weltoffenheit geschätzt, die AfD dagegen „durch die deutsche und europäische Parteienforschung als europä- und eurokritisch sowie rechtspopulistisch charakterisiert“. Die EU-Kommission solle prüfen, ob sie gegen die Benennung der Stiftung vorgehen kann, beispielsweise weil Markenrechte verletzt würden. **akm**

Jan Fleischhauer Der schwarze Kanal

Die Waffe für die Frau



Zu den Dingen, für die wir Deutschen weltweit gelobt werden, gehören deutsche Autos, deutsche Dübel und deutsche Waffen. Letztere sind sogar so begehrt, dass wir es uns leisten können, die Käufer nach der politischen Gesinnung auszuwählen. Insofern ist es ziemlich irritierend, was man über das Sturmgewehr von Heckler & Koch lesen

muss. Nach Dauerfeuer schlagen die Kugeln bis zu sechs Meter entfernt von ihrem Ziel ein. Da ist nicht nur der Taliban über alle Berge, sondern das ganze Dorf gleich mit. Wie die Materialprüfer herausgefunden haben, wird das Gehäuse zu heiß, weil es nicht aus Metall, sondern aus Kunststoff besteht. Im Verteidigungsministerium überlegt man schon, das G36 durch Sturmgewehre aus belgischer Produktion zu ersetzen. Das wäre nicht nur für den Waffenstandort Deutschland ein ziemlicher Schlag.

Ich halte die Kritik an Heckler & Koch für nicht ganz fair. Niemand scheint sich zu fragen, warum die Firma alles daransetzt, dass ihre Gewehre so wenig wie möglich wiegen. Die Wahrheit ist: Auch bei der Waffenschmiede aus Oberndorf will man seinen Beitrag zur Feminisierung der Bundeswehr leisten. „There’s no such thing as a free lunch“, hat Milton Friedman einmal gesagt. Man kann von einem Sturmgewehr mit Plastik nicht erwarten, dass es genauso präzise schießt wie eine Vollmetallwaffe. Das wäre so, als ob ein Rennwagen plötzlich vier Türen haben soll. Das Ergebnis heißt dann Porsche Panamera. Wenn man darüber nachdenkt, sind sechs Meter als Preis für mehr Gleichberechtigung gar nicht so viel.

Ich weiß, Frauen bei der Bundeswehr sind für viele ein heikles Thema. Einerseits gilt es als großer Sieg für die Sache des Feminismus, dass seit 14 Jahren auch Frauen in der Infanterie dienen. Andererseits gibt es körperliche Unterschiede zwischen Männern und Frauen, die sich nicht einfach per Gesetz aus der Welt schaffen lassen, weshalb zum Beispiel beim Fußball bis heute Männer und Frauen getrennt spielen. Bei der Bundeswehr ist man dazu übergegangen, alles leichter zu machen, angefangen beim Gepäck, das die Rekruten beim Gewaltmarsch tragen müssen. Vermutlich gehört bald auch der Gewaltmarsch der Vergangenheit an. Was den Fußball angeht, kann ich mir nicht vorstellen, dass wir noch lange eine Männer-WM und eine Frauen-WM haben werden.

Ich habe nichts gegen Frauen an der Waffe. Ich glaube auch nicht, dass Frauen von Natur aus friedfertiger sind. In Stuttgart haben sie jetzt ein Haus zum „Gewaltschutz für Männer“ eingerichtet, damit Männer, die geschlagen werden, endlich eine Zufluchtsstelle finden. Ich frage mich nur, ob der Nahkampf das Richtige ist, um die Wehrfähigkeit von Frauen unter Beweis zu stellen. Ich würde Frauen die Steuerung der Drohnen übertragen, über deren Anschaffung der Bundestag debattiert. Drohnen sind als Waffe wie geschaffen für Frauen. Man braucht keine besondere Kraft, um sie zu bedienen, aber dafür eine ruhige Hand und den nötigen Killerinstinkt.

An dieser Stelle schreiben Jan Fleischhauer und Jakob Augstein im Wechsel.

Braunkohle SPD-Ärger über Bsirske

In der SPD-Bundestagsfraktion wächst der Groll über Ver.di-Chef Frank Bsirske. Die Gewerkschaft hat gemeinsam mit der Bergbauarbeitnehmervertretung IG BCE die Beschäftigten der Braunkohlekraftwerke für kommenden Samstag zu einer Großdemonstration gegen „Massenentlassungen und für soziale Sicherheit“ in



Braunkohlekraftwerk

Berlin aufgerufen. Die Kundgebung richtet sich gegen den Vorschlag von Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), die ältesten Braunkohlekraftwerke mit einer Klimaschutzabgabe zu belegen. Ver.di nennt die Abgabe „Strafzoll“. „Die Gewerkschaften agieren mit ähnlichen Reflexen wie beim Atomausstieg“, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ute Vogt, „sie betonen lediglich die theoretisch denkbaren Probleme, aber nicht die Chancen der Energiewende.“ Der umweltpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Matthias Miersch, nannte es „sehr fragwürdig“, wie Bsirske agiere: „Ein Gewerkschaftsführer sollte auch die ökologischen Herausforderungen annehmen.“ kn

Hells Angels Bruderkrieg

Die Polizei fürchtet neuerliche gewaltsame Auseinandersetzungen unter den Hells Angels in Deutschland. Wie aus einem vertraulichen Lagebericht des nordrhein-westfälischen Landeskriminalamts (LKA) hervorgeht, sorgen sich die Beamten wegen eines internen Konflikts der Rockerbande. Dabei geht es um eine blutige Fehde zwischen den jungen Wilden der Gang und den etablierten Altkockern. Der Konflikt sollte eigentlich auf einem Treffen im Dezember in Magdeburg beigelegt werden. Laut

LKA verständigten sich die Hells Angels dort darauf, die aufmüpfige Rockerjugend in bestehende Klubstrukturen zu integrieren. Sie sollte dabei „von Mentoren begleitet werden“, heißt es in dem Papier. Doch offensichtlich haben die Kriminalisten arge Zweifel an der Friedensfähigkeit der Bandenmitglieder. Die Gefährdungslage könne sich jederzeit verschärfen, so das LKA. „Geringe Anlässe können zur Eskalation der Situation führen.“ Erst im Sommer 2014 gab es unter Hells Angels vor einer Frankfurter Bar eine Schießerei. Dabei wurden vier Rocker schwer verletzt. jdl



FOTOS: PATRICK PLEUL / DPA (O. I.); MARIO VEDDER / DAPD (U. I.); ILLUSTRATION: PETRA DUKOVA / DIE ILLUSTRATOREN / DER SPIEGEL

Verfassungsschutz „De Maizière wird scheitern“

Einhellig haben die Innenminister der SPD-geführten Länder auf einer Sitzung in Bremen am Montag den Gesetzentwurf von Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) zur Reform des Verfassungsschutzes kritisiert. Ihren besonderen Argwohn erregt, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) künftig auch ohne Einverständnis in den Ländern agieren soll, etwa wenn es sich um regionale Vorkommnisse handelt. „Das ist eine Aushebelung des Föderalismus“, sagt der niedersächsische SPD-Innenminister Boris Pistorius, „damit wird de Maizière scheitern.“ Als unpräzise gilt zudem die Absicht, V-Leuten künftig bei bestimmten Delikten Straffreiheit zu garantieren. Auch die unionsregierten Bundesländer sehen in mehreren Punkten Nachbesserungsbedarf bei dem geplanten Gesetz. Das BfV dürfe nicht ohne „Einvernehmen“ mit den Ländern aktiv werden, heißt es etwa in einem Positionspapier. gud



Airbus A400M

Rüstung Verdächtiger Beutel mit Schrauben

Der Transportflieger A400M bereitet der Luftwaffe weiterhin große Sorgen. Bei jüngsten Tests mit dem Airbus-Flugzeug bemerkten die Techniker der Luftwaffe ein verräterisches Geräusch am Leitwerk. Als sie nachschauten, fanden sie im Innern eine Plastiktüte mit Schrauben und anderen Konstruktionsteilen, die Airbus-Monteur offensichtlich dort vergessen hatten. Einen ähnlichen Fund machten sie auch in der Tragfläche. Nun rätseln sie, ob diese Einzelteile hätten verbaut werden müssen.

Derweil verzögert die stockende Produktion weiterer A400M die vorgesehene Modernisierung der Bundeswehr. Bernhard Gerwert, Chef der Airbus-Rüstungssparte, räumte in einem Brief an das Verteidigungsressort ein, dass seine Firma in diesem Jahr nur zwei der vereinbarten fünf A400M ausliefern kann. Die Bundeswehr benötigt die neuen Airbus-Flieger dringend, um mit der notwendigen Erneuerung der kaum noch einsatzbereiten Transportflotten zu beginnen. mgb, gt

Zeitgeschichte Große Worte

Was hätte der Bundespräsident gesagt, wenn in Zeiten der deutschen Teilung die Sowjetunion und ihre Verbündeten die Bundesrepublik angegriffen hätten? Jörg Diester und Johannes Jung von der „Dokumentationsstätte Regierungsbunker“ sind im Bundesarchiv fündig geworden. Das Bundespresseamt hatte 1966 diesen Text für den damaligen Bundespräsidenten Heinrich Lübke (CDU) anlässlich der Nato-Übung „Fallex 66“ entworfen: „Meine lieben deutschen Landsleute diesseits und jenseits der Demarkationslinie, Soldaten der Bundeswehr. Der Friede ist in äußerster Gefahr. Heute früh haben Einheiten der sowjetzonalen

Volksarmee die Demarkationslinie überschritten und erste Kampfhandlungen ausgelöst. Das ist ein Bruch des Völkerrechts. Die Aggression richtet sich nicht nur gegen uns, sondern gegen alle mit dem deutschen Volk verbündeten Mächte der Welt. Nichts haben wir in den letzten Wochen unversucht gelassen, um den Frieden zu sichern ... In dieser



schweren Stunde stehen wir alle zusammen. Die Kraft, dem Unrecht und der Gewalt zu widerstehen, erwächst aus unserer Gewissheit, den Frieden leidenschaftlich gewollt und den Ausgleich gesucht zu haben. Wir sind den Weg der Verständigung bis zuletzt gegangen, dafür ist die Welt unser Zeuge. Nun, da die Waffen sprechen, ist es auch dem letzten Zweifler offenbar, wer den Krieg will. Noch haben wir aber nicht die letzte Hoffnung aufgegeben, dass die Vernunft doch noch Oberhand behält ... Wir stehen in einem weltweiten Bündnis. Unsere Freunde sind an unserer Seite. Das muss dem ganzen deutschen Volk bewusst sein, vor allem auch Ihnen, meine lieben Landsleute jenseits der Elbe. Wir wissen, dass Sie zu Freiheit und Recht stehen. Wir wissen,

dass die Mehrheit unserer mitteleuropäischen Jugend die Uniform Ulbrichts nicht aus Überzeugung trägt. Lasst uns in dieser Stunde der Gefahr zusammenstehen, dass der Friede doch noch gerettet, dass die gemeinsame Freiheit doch noch errungen werden kann. Nicht nur wir, Europa darf diesem schändlichen Anschlag nicht unterliegen. Das Recht ist auf der Seite der freien Welt. Zusammen mit unseren Verbündeten sind wir stark. Jeder kann sich auf den Schutz der Bundeswehr und aller öffentlichen Organe verlassen.

Wir werden im Kampf um das Leben und die Freiheit unserer Kinder ein Beispiel jenes Mutes und jener Tapferkeit geben, die unserem Volke eigen sind. Es lebe Deutschland, es lebe Europa, es lebe die Freiheit.“ klw

Einbruchskriminalität Schäuble bremst Koalitionäre aus

Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) sieht keine Notwendigkeit dafür, dass Bürger bei der Absicherung gegen Wohnungseinbrüche mehr von der Steuer absetzen können. Anders als durch die derzeitige politische Diskussion suggeriert, handle es sich um ein „geringfügiges Problem, das kaum unterstützungswürdig“ sei, heißt es in seiner Behörde. Schäuble stellt sich damit gegen entsprechende Forderungen insbesondere

aus der Union. Bereits jetzt könnten Vermieter sowohl benötigte Materialien als auch Handwerksleistungen komplett steuerlich geltend machen, lautet die Begründung. Privatpersonen könnten Lohnkosten, etwa für den Einbau von Sicherheitschlossern oder neuen Fenstern, absetzen. „Am Ende geht es nur um die bessere Absetzbarkeit der Materialkosten für Privathaushalte“, so ein Vertrauter von Schäuble. Allerdings rechnen die Beamten selbst bei einer großzügigeren Regelung nur mit geringen Steuerausfällen. bö, rei

Betreuungsgeld CSU keilt zurück

Als Reaktion auf die kritische Einschätzung des Bundesverfassungsgerichts zum Betreuungsgeld thematisiert die CSU nun die Kita-Förderung mit Bundesmitteln. „Wenn das Betreuungsgeld nicht rechtmäßig sein sollte, mit dem Argument, der Bund sei dafür nicht zuständig, dann muss man auch die Beteiligung des Bundes am Kita-Ausbau der Länder infrage stellen“, sagt Max Straubinger, parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe im Bundestag. Der Bund subventioniert Betreuungseinrichtungen für unter Dreijähr-

rige mit fast einer Milliarde Euro jährlich. Im Gegenzug hatte die CSU das Betreuungsgeld für Eltern durchgesetzt, die Kleinkinder zu Hause erziehen. Sollte Karlsruhe diese Familienleistung kippen, müsste Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) eine neue, verfassungskonforme Variante erarbeiten. CSU-Generalsekretär Andreas Scheuer warnt bereits vor einer möglichen Demontage des Betreuungsgelds: „Es reicht jetzt! Ob Maut oder Betreuungsgeld: Heckenschützen aus der SPD versuchen immer wieder, zentrale CSU-Projekte zu bekämpfen. SPD-Chef Gabriel hat seinen Laden nicht im Griff.“ mp



Kita-Kinder in Leipzig

FOTOS: FOTOPRESS THOMAS SEHR (O.); AXEL DOERING (M.); WALTRAUD GRUBITZSCH / DPA (U.)



Der Augenzeuge

Ein dreistimmiges „Oh“



Axel Doering, 67, Kreisvorsitzender des Bund Naturschutz Garmisch-Partenkirchen, entdeckte bei einem Familienausflug das riesige Partyzelt auf einer Lichtung bei Schloss Elmau, dem Tagungshotel des geplanten G-7-Gipfels im Juni. Den dort bereits eingesetzten Sicherheitskräften war der gigantische Schwarzbau, in dem ein wohlhabender Geschäftsmann seinen 50. Geburtstag feiern wollte, offenbar völlig entgangen.

„Der G-7-Gipfel beschäftigt die Naturschützer sehr, deswegen schaue ich regelmäßig in Elmau vorbei. Am vergangenen Sonntag war ich dort mit der ganzen Familie spazieren, und wir haben uns über etliche versteckte Antennen im Wald gewundert. Dann sind wir um die Ecke gebogen vor der großen Teerfläche, auf der während der Tagung die Hubschrauber der Politiker landen sollen. Und standen plötzlich vor diesem Riesenbauwerk. Es entfuhr uns ein dreistimmiges ‚Oh‘. Das war unerwartet mitten in dem wunderschönen Wiesental, mitten im Landschaftsschutzgebiet. Außen herum standen zwölf Trucks, es war eine unglaubliche Geschäftigkeit an dem Bau, und das am Sonntag. Ich konnte die Ausmaße der Halle gar nicht fassen. Ein Arbeiter erzählte uns, dort wolle ein reicher Geschäftsmann seinen Geburtstag feiern, und Rammstein werde auftreten. Da meine Tochter Rammstein-Fan ist, hat sie das auf der Facebook-Seite der Band gepostet und nach Karten gefragt. Rammstein hat das sofort wieder weggenommen. Viele Nutzer haben die Frage aber mit anderen Nutzern geteilt – und der große Trubel begann. Das mit Rammstein erwies sich als Gerücht. Alle Wanderer, die an diesem Sonntag an der Halle vorbeikamen, waren total überrascht und offensichtlich verärgert. Es ist eine ziemliche Gefühllosigkeit, in diese Landschaft so ein Gebäude zu stellen. Ich kann auch den Hotelbesitzer Dietmar Müller-Elmau nicht verstehen, dass er offenbar keinen Einspruch eingelegt hat. Das Hotel wirbt schließlich mit der Natur rundherum. Außerdem gibt es dort wegen des Gipfels schon länger ein riesiges Polizeiaufgebot. Wenn ein paar Leute mit einem Plakat ins Tal hinuntergehen, auf dem steht ‚Stoppt den G-7-Gipfel‘, dann ist sofort Polizei da. Aber den Schwarzbau haben die angeblich nicht bemerkt. Immerhin gab es am Montag einen Baustopp. Die Veranstaltung wurde abgesagt. Aber als ich am Dienstag da war, kamen immer noch Lkw mit neuem Baumaterial.“

Aufgezeichnet von Conny Neumann

Der Krieg via Ramstein

Bündnisse Wie stark unterstützt Deutschland Obamas Drohneneinsätze gegen Terroristen? Geheime Pläne belegen die elementare Rolle der US-Militärbasis in der Pfalz. Und Dokumente zeigen, dass die Bundesregierung mehr weiß, als sie zugibt.



US-Drohne „Predator“

Wissen ist Macht. Unwissen bedeutet oft Machtlosigkeit. Aber Unwissen kann auch bequem sein, es kann vor Verwicklungen, Konflikten, Ärger bewahren. Das gilt sogar für eine deutsche Kanzlerin.

Im Herzen der Pfalz – Kaiserslautern ist nur ein paar Kilometer entfernt – unterhalten die Vereinigten Staaten von Amerika den größten Militärstützpunkt außerhalb ihres Landes. Bekannt ist die Air Base in Ramstein als Verkehrsknotenpunkt für die US-Truppen auf dem Weg in den Nahen Osten.

Eine andere strategische Aufgabe des Hauptquartiers der United States Air Forces in Europe (USAFE) blieb hingegen jahrelang ein Staatsgeheimnis. Sogar die Bundesregierung musste passen, als der Stützpunkt vor zwei Jahren in Verdacht geriet: Ramstein, so hieß es, sei auch ein Zentrum für Präsident Barack Obamas Drohnenkrieg gegen den islamistischen Terror. Über die Militärbasis, so berichtete ein ehemaliger Pilot, würden die Daten für alle Drohneneinsätze geschickt.

Die Aufregung war groß. Die todbringenden Präzisionswaffen, die Qaida-Terroristen, Taliban-Kämpfer oder Schabab-

Milizen in Afrika scheinbar klinisch sauber ausschalten können – ins Ziel gelenkt via Deutschland?

Nein, so könne man das nicht sagen, erklärte die Bundesregierung. Aber wie es genau sei, darüber hat sie bis heute angeblich „keine gesicherten Erkenntnisse“. Die USA verweigern die Auskunft.

Die Geheimniskrämerei der Amerikaner wird der Spitze in Berlin gelegen gekommen sein. Offiziell nichts zu wissen schützt vor Handlungszwängen.

Doch mit dieser kommoden Position könnte es nun vorbei sein. In geheimen Dokumenten, die dem SPIEGEL und dem US-Internetportal The Intercept vorliegen, ist so detailliert wie nie zuvor dargestellt, wie Obamas „Krieg gegen den Terror“ organisiert wird. Die Unterlagen, die aus amerikanischen Geheimdienstkreisen kommen und als „Top Secret“ klassifiziert sind, stammen aus dem Juli 2012. Ein Schaubild zeigt, wie die US-Regierung den Einsatz der Drohnen strukturiert. Andere Dokumente ermöglichen es, den Ablauf der Operationen, etwa in Somalia, Afghanistan, Pakistan oder im Jemen, weitgehend nachzuvollziehen. Sichtbar wird dabei, dass ein ebenso zentraler wie umstrit-

tener Part der Kriegsführung in Deutschland stattfindet.

Die Grafiken dokumentieren, dass praktisch alle Drohnenangriffe der Air Force über Ramstein abgewickelt werden. Mögen die Piloten auf Militärbasen in Nevada, Arizona oder Missouri sitzen, mögen die Ziele der Todeskommandos am Horn von Afrika liegen oder auf der Arabischen Halbinsel: Das Hauptquartier der USAFE in der Pfalz ist fast immer involviert.

„Von Ramstein wird das Signal übermittelt, das den Drohnen befiehlt, was sie tun sollen“, sagt ein Amerikaner, der mit dem geheimen Militärprogramm vertraut ist. Von ihm stammen die Dokumente. „Ohne Ramstein könnte keine der Drohnen gesteuert werden – jedenfalls nicht in der bisher geübten Weise.“

Für Kanzlerin Angela Merkel ist die neue Beweislage brisant. Die Air Base im deutschen Südwesten mutet mit ihren Kirchen und Kinos, den Baseballplätzen und dem parkähnlichen Golfkurs wie ein Stück Amerika an, aber sie ist kein exterritoriales Gebiet. Zwar hat der Bund den USA per Vertrag die Nutzung der Liegenschaften zugesichert – allerdings mit der Auflage, dass sie auf dem mit Stacheldraht gesicher-

FOTO: LT, COL. LESLIE PRATT / PICTURE ALLIANCE / DPA



1 Steuerzentrale

Von der Luftwaffenbasis Creech in Nevada aus werden im Anti-Terror-Kampf operierende Drohnen gesteuert. Die Steuerzentrale ist in das Common Ground System eingebettet, in dem die Drohneneinsätze koordiniert werden.

2 Hauptquartier der US-Luftwaffe in Europa

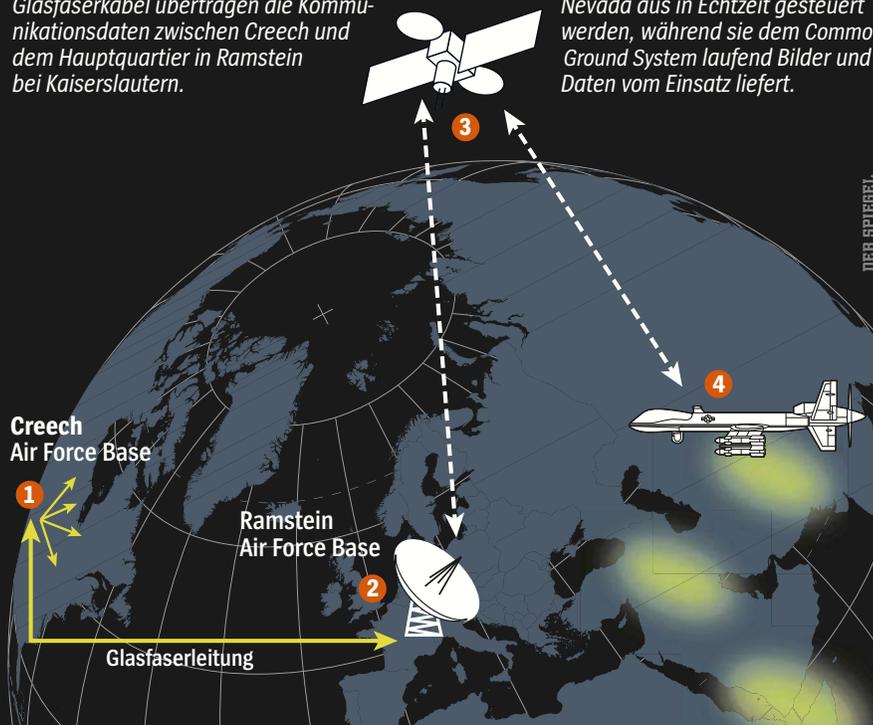
Glasfaserkabel übertragen die Kommunikationsdaten zwischen Creech und dem Hauptquartier in Ramstein bei Kaiserslautern.

3 Satellit

Ramstein ist die Relaisstation für die Satellitenkommunikation, über die die Verbindung zur Drohne hergestellt wird.

4 US-Kampf- und -Aufklärungsdrohnen

Im Einsatz kann die Drohne so von Nevada aus in Echtzeit gesteuert werden, während sie dem Common Ground System laufend Bilder und Daten vom Einsatz liefert.



DER SPIEGEL

ten Areal nichts unternehmen, was gegen deutsches Recht verstößt.

Wann immer Medien Indizien für Rechtsverstöße in Ramstein zusammentrugen, wann immer kritische Parlamentarier Aufklärung forderten über den deutschen Beitrag an den Exekutionen aus der Luft: Stets zog sich Berlin auf die Position zurück, es handle sich nur um Behauptungen. Dagegen stünden die Beteuerungen aus Washington, deutsche Gesetze zu achten.

Eine pauschale Erklärung, deren Wahrheitsgehalt nun besser zu überprüfen ist. Die Bundesregierung und ihre Strafverfolgungsbehörden stehen damit, wie schon während des NSA-Skandals, vor der Frage, ob sie einen möglichen massiven Rechtsbruch von deutschem Boden aus ahnden sollen.

Aus der Pfalz ins All

Das Geheimdienst-Diagramm offenbart, dass es auf diesem Globus derzeit zwei Orte gibt, die für den Drohnenkrieg unverzichtbar sind: Ramstein und Creech, ein hermetisch abriegeltes Flecken in der Wüste von Nevada. Der Luftwaffenstützpunkt, eine Autostunde nordwestlich

von Las Vegas, dient als Drohnenzentrale und Relaisstation für zehn Air-Force-Basen in verschiedenen US-Bundesstaaten. Glasfaserkabel garantieren einen schnellen Datenaustausch – auch zur National Security Agency (NSA), auch in die pfälzische Provinz.

Das ist wichtig, denn in Creech loggt sich zu Beginn seines Einsatzes jeder Drohnenpilot im Air and Space Operation Center (AOC) in Ramstein ein. Der ehemalige Pilot Brandon Bryant berichtete voriges Jahr, dass er sich in Deutschland mit seinem Rufzeichen melden und die Kennung der jeweiligen Drohne durchgeben musste, um mit ihr verbunden zu werden.

Vom AOC aus, einem beigefarbenen Flachbau, überwachen mehr als 500 US-Soldaten den Luftraum in Europa und Afrika. Im vergangenen Jahrzehnt hat das Pentagon viel Geld investiert, um Ramstein für seine Auswertungs- und Drehscheibenfunktion auszubauen. Ein Dutzend haushohe Satellitenschüsseln soll dafür sorgen, dass den Spähern kein Menschentrupp, kein Lastwagen, kein Gefechtsstand entgeht.

Steht die Verbindung zwischen dem Drohnenpiloten in Nevada und dem AOC

in Ramstein, werden die Steuerbefehle in der Pfalz an einen Satelliten umgeleitet. Aus dem All gelangen sie dann zur Drohne.

Die unbemannten Flieger werden jeweils von einem Team aus Spezialisten dirigiert. Der Pilot kümmert sich um Höhe, Richtung und Geschwindigkeit, andere um Infrarot- und Videokameras sowie das Lasersystem zur Zielerfassung. Entscheidend für eine präzise Steuerung ist die sogenannte Latenz, also die Zeit, die vergeht, bis das Signal vom Joystick des Piloten die Drohne erreicht.

Hier kommt Ramsteins geografische Lage ins Spiel. Kein Satellit, der mit der Erde kreist, kann ein Signal auf direktem Wege etwa von Pakistan auf den amerikanischen Kontinent senden – die Erdkrümmung ist zu stark. Einen zweiten Satelliten in den Datenfluss einzubeziehen würde die Latenzzeit verlängern, schnelles Reagieren und präzise Manöver wären unmöglich. Denn die Videobilder der Drohne kämen nicht mehr in Echtzeit in den USA an. Kurzum: Ohne die Hilfe aus der Pfalz flögen die Piloten praktisch blind.

„Ramstein ist der zentrale Punkt für jede Datenübertragung“, sagt Dan Get-

tinger, Kodirektor des Zentrums für Drohnenforschung am Bard College nahe New York, „die Infrastruktur für die Kommunikation ist für die Operationen wichtiger als die Waffen, die die Drohnen tragen.“

Die Geheimdokumente, die dies belegen, sind umso brisanter, weil sie in einem weiteren Punkt der Darstellung der Bundesregierung widersprechen. Demnach sind die Drohnen in der Lage, für ihre tödlichen Angriffe auch Mobiltelefone zu orten. In der Vergangenheit übermittelten die Deutschen den Amerikanern bei der Terrorismusbekämpfung die Handynummern von Verdächtigen, etwa in Afghanistan. Eine Mobilfunknummer allein reichte nicht zur Lokalisierung für einen präzisen Luftschlag, rechtfertigte die Bundesregierung die Praxis. Doch die Unterlagen zeigen, dass Drohnen dank eines speziellen Ortungssystems in der Lage sind, Personen anhand ihres Telefonsignals zu lokalisieren: so genau, dass ein Luftschlag möglich wird.

Das System heißt „Gilgamesh“, wird unter die Flügel einer Drohne geschraubt und simuliert einen Handyfunkmast für verdächtige Nummern. Loggt sich ein Zielgerät bei „Gilgamesh“ ein, kann das Telefon präzise angepeilt werden. Via Satellit meldet die Drohne die genauen Daten dann zurück nach Ramstein.

Bereits in der Frühphase des US-Drohenkrieges spielte der Stützpunkt, der mehr als 50 000 US-Bürger in die Pfalz gelockt hat, eine herausgehobene Rolle. Der amerikanische Autor Richard Whittle beschreibt in seinem Buch „Predator“, wie im Sommer 2000 die bis dahin wichtigste Drohnenmission von Ramstein aus geführt wurde. Auf der Jagd nach Osama bin Laden sollten die damals noch unbewaffneten Drohnen Lager und Aufenthaltsorte des Terrorclans in den Bergen Afghanistans ausfindig machen.

Unter strengster Geheimhaltung wurde eine Satellitenstation in die Pfalz transportiert und am Ende der Air-Base-Landebahn aufgestellt. Schon beim siebten Drohnenflug konnte Bin Laden nahe Kandahar aufgespürt werden. Laut Whittle hatte das Weiße Haus die Bundesregierung über die Aktion nicht informiert.

Als im Jahr darauf eine mit „Hellfire“-Raketen bewaffnete Version des Drohnen-typs „Predator“ einsatzbereit war, gingen die Amerikaner zunächst davon aus, die Fluggeräte weiterhin von Deutschland aus zu steuern. Der Standort hatte sich bewährt, zumal sich die Infrastruktur für das Drohnenprogramm auf dem riesigen Gelände leicht verbergen ließ.

Rechtsberater des Pentagon äußerten jedoch Bedenken, ohne Wissen der Bundesregierung von Ramstein aus Todesdrohnen in die Welt zu schicken. Die



Bündnispartner Merkel, Obama

Juristen verwiesen auf das Truppenstatut, dessen rechtliche Vorgaben und warnten vor diplomatischen und juristischen Folgen. Das Risiko eines Vetos der rot-grünen Bundesregierung oder gar des Bekanntwerdens der Pläne mochten die Amerikaner nicht eingehen. Sie suchten nach Auswegen – und folgten schließlich der Idee eines US-Technikers, Piloten und Satellitenverbindung räumlich zu trennen.

Seitdem fühlen sich die USA rechtlich im grünen Bereich. Viele Juristen sehen das jedoch anders.

Erste deutsche Drohnenopfer

Der Tod kündigt sich mit einem leisen Summen an. „Machay“ („Wespen“) nennen die Paschtunen die US-Drohnen, wegen der sirrenden Geräusche beim Überflug. Es war am Abend des 4. Oktober 2010, als in einem abgelegenen Hof in Waziristan zehn Erwachsene aus der Dschihad-Szene und ein Kleinkind in einer Lehmhütte beim Essen saßen. Weil sein Sohn quengelte, verließ der Gastgeber Emrah E. die Runde und brachte den Jungen in eine andere Hütte.

Gegen 19.30 Uhr hörte Emrah einen Knall. „Die Holztür flog hinein, meine Augen waren voller Erde“, so berichtete er später. „Ich lief zurück, schaute nach meinem Bruder, rief seinen Namen Bünyamin. Dann sah ich ihn, und dass er einen Splitter im Hinterkopf hatte.“

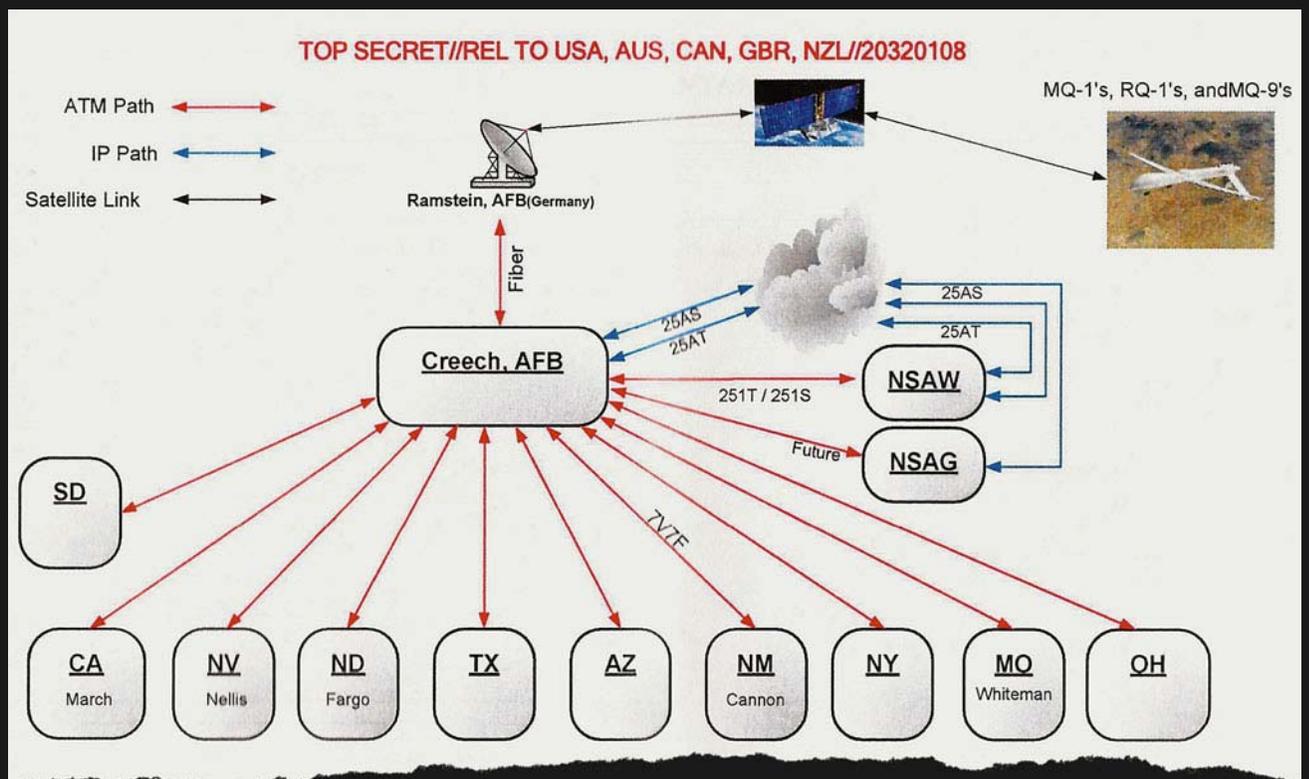
Bünyamin E. war erst ein paar Wochen zuvor im pakistanischen Kampfgebiet

angekommen. Er ist der erste deutsche Staatsbürger, der von einem unbemannten US-Flugzeug getötet wurde. Emrah und Bünyamin E. kommen aus dem Wuppertaler Stadtteil Vohwinkel. Bis heute ist unklar, ob der Angriff dem 20-jährigen Deutschen galt oder einem hochrangigen Paschtunen, der die Hütte bereits vor dem Abendessen verlassen haben soll.

Die Bundesanwaltschaft legte kurz nach Bünyamins Tod einen „Prüfvorgang“ zum Thema Drohnenkrieg an. Und nach zwei Jahren leitete Generalbundesanwalt Harald Range ein Ermittlungsverfahren ein, „um zu untersuchen, ob der gewaltsame Tod des Bünyamin E. als Kriegsverbrechen nach dem Völkerstrafgesetzbuch zu qualifizieren ist“.

Das schien mutig. Das Ermittlungsverfahren kam dem Verdacht gleich, die USA würden Kriegsverbrechen begehen. Ein knappes Jahr später stellte Range das Verfahren jedoch ein. Bünyamin E. sei, so begründeten die Ermittler, keine durch das Völkerrecht geschützte Zivilperson gewesen, als ihn die Drohne traf. Er sei zu werten als „Angehöriger einer organisierten bewaffneten Gruppe, die als Partei an einem bewaffneten Konflikt teilnahm“. Der Deutsche habe sich in Pakistan an der Waffe ausbilden lassen und eingewilligt, als Selbstmordattentäter zu sterben. Mithin, so schloss die Bundesanwaltschaft, sei seine Tötung „gerechtfertigt“.

Es war die Karlsruher Blaupause für das Einleiten und Einstellen von Ermittlungsverfahren zu den bislang bekannten deut-



Originalschaubild des US-Drohnenprogramms mit Standorten und Kommunikationswegen

schen Drohnenopfern im afghanisch-pakistanischen Grenzgebiet.

Generell gilt: Wer einen anderen mit einer Rakete aus einem Luftfahrzeug tötet, kann sich wegen Mordes strafbar machen – es sei denn, der Angriff ist als Kriegshandlung völkerrechtlich gerechtfertigt. Und von dieser Rechtfertigung macht das Pentagon umfassend Gebrauch: Für die US-Regierung sind alle Drohneneinsätze gegen den organisierten Terrorismus von „al-Qaida und den mit ihnen assoziierten Kräften“ Teil eines weltumspannenden Krieges, dessen Schlachtfeld sich überallhin erstreckt, wo der Gegner auffällig wird.

Jedoch ist kaum ein Völkerrechtler in Europa und kaum ein Experte in den Außenministerien der Nato-Verbündeten bereit, diese Wildwest-Sicht zu akzeptieren, die den Erdball in einen ubiquitären Krieg mit allgegenwärtiger Tötungserlaubnis verwickelt.

„Brandgefährlich“ findet Claus Kreß, der Direktor des Kölner Instituts für Friedenssicherungsrecht, die Übung der Vereinigten Staaten, alle Terrorgruppchen, die „allenfalls durch eine gemeinsame Ideologie, nicht aber durch eine einheitliche Kommandostruktur verbunden sind“, als eine einzige, weltweit agierende Kriegspartei zu behandeln: So entstehe aus vielen lokalen Problemen eine Ermächtigung für die Weltpolizisten in Washington, überall dort zu töten, wo sie einen Gegner ausmachen.

Immerhin hat der Generalbundesanwalt in seiner Begründung, warum er das Er-

mittlungsverfahren wegen des Drohnenangriffs auf Bünyamin E. einstellte, deutlich gemacht, dass aus deutscher Rechts-sicht diese Art der Terrorbekämpfung nicht zu akzeptieren ist – so sieht es auch die Bundesregierung. Angriffe, so das Votum aus Karlsruhe, seien nur in „tatsächlichen Kriegsgebieten“ zu rechtfertigen.

Viele scharfe Schüsse aus Drohnen über dem Jemen und Somalia sind in der Vergangenheit demnach nicht über das Völkerrecht zu legitimieren gewesen. Und auch in Pakistan sind Drohnenkommandos in manchen Fällen nur sehr bedingt als Kriegseinsatz zu betrachten.

Obamas Kampf gegen den Terror ist umso fragwürdiger, als immer wieder Fälle bekannt wurden, in denen die US-Militärs in Zusammenarbeit mit Geheimdienstlern auf Menschen zielten, die zu Unrecht als Top-Terroristen in Verdacht geraten waren.

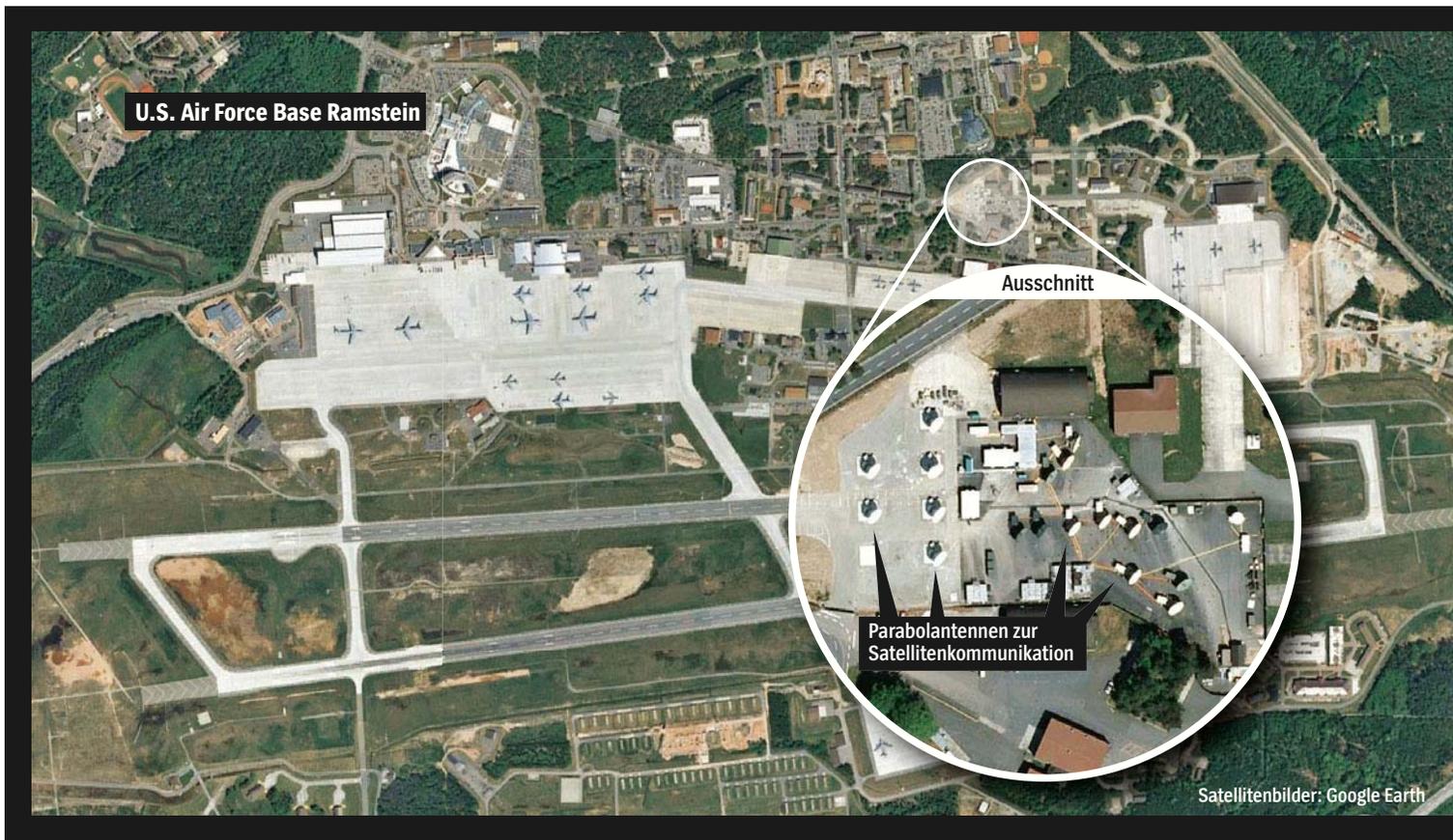
„Signature Strikes“ heißen solche Verdachtstötungen allein aufgrund verdächtigen Verhaltens. Erst vor wenigen Tagen alarmierte die New Yorker Menschenrechtsorganisation Open Society Justice Initiative die Öffentlichkeit mit den Ergebnissen ihrer Recherchen im Jemen: 39 unbeteiligte Zivilisten, darunter 8 Kinder, seien dort bei Drohnenangriffen getötet oder verletzt worden – all dies könnten Kriegsverbrechen sein, die nach dem deutschen Völkerstrafgesetzbuch vom Generalbundesanwalt verfolgt werden müssten.

Anklage gegen US-Soldaten?

Der Verdacht ist mit Händen zu greifen: Wenn von Ramstein aus Drohnenpiloten mit Signalen versorgt werden, die in mehreren Fällen zu verbrecherischen Aktionen geführt haben sollen, dann sind dort ansässige Soldaten Gehilfen oder sogar Mit-täter. „Das ist schlicht Mord“, sagt der Kölner Völkerrechtler Björn Schiffbauer. Die in die Luftwaffeneinsätze eingespannten Air-Force-Leute könnten als mutmaßliche Mordgehilfen von der Staatsanwaltschaft Zweibrücken und als Kriegsverbrecher vom Generalbundesanwalt verfolgt werden.

Zumindest soweit es um Kriegsverbrechen geht, können sich die US-Militärs nach herrschender Auffassung auch nicht auf ihre Immunität als Amtswalter einer fremden Staatsmacht berufen. Das deutsche Völkerstrafgesetzbuch ist 2002 eigens in die Welt gesetzt worden, um die Verfolgung von in- wie ausländischen Kriegsverbrechen sicherzustellen. Nun kommt die Bewährungsprobe für das Strafgesetz, das weltweit als vorbildlich gilt.

Auch für staatlich verantwortete Mordaktionen außerhalb von Kriegen – in der Sprache der Völkerrechtler „extralegale Tötungen“ – lassen viele Juristen eine Staaten-Immunität nicht gelten. Jedenfalls nicht auf deutschem Boden. Denn hier gilt das Nato-Truppenrecht. Und dieses räumt hiesigen Strafverfolgungsbehörden das Recht ein, gegen US-Militärs zu ermitteln, die im Verdacht stehen, strafbare Dienst-handlungen begangen zu haben. Zwar ge-



nießen Ermittlungen der amerikanischen Militärjustiz Vorrang. Doch wenn die nichts tut, sind die Deutschen dran. Sie dürfen dann sogar das Reich des Bösen, den Stützpunkt vor Ort, betreten und durchsuchen. Nach vorheriger Anmeldung.

Aber dazu scheint der versammelte Rechtsstaat nicht einmal bereit, wenn er sich selbst einer Klage zu erwehren hat. Vor dem Verwaltungsgericht Köln läuft derzeit ein Verfahren von drei Jemeniten gegen die Bundesrepublik Deutschland. Es sind Angehörige mutmaßlich ziviler Drohnenopfer; sie klagen, weil die tödlichen Drohnen mit Daten aus Ramstein gesteuert worden sein sollen.

Inzwischen liegt die Klageerwidlung vor, und wieder bestreitet die Bundesregierung darin rundheraus, über die zentrale Bedeutung des Luftwaffenstützpunkts Ramstein im Drohnenkrieg Bescheid zu wissen. Was immer die US-Streitkräfte in der Pfalz taten, es handle sich „um selbstständiges hoheitliches Handeln eines fremden Staates“, das keiner Genehmigung und auch keiner Überprüfung bedürfe. „Es kann nicht Aufgabe der Beklagten sein, gegenüber anderen, souveränen Staaten als ‚Weltstaatsanwaltschaft‘ aufzutreten“, heißt es in dem 19-seitigen Schriftsatz vom 30. Januar.

Immerhin räumt die Regierung ein, dass sie versuchen müsste, Verstöße gegen das Völkerrecht – sollte es diese in Ramstein geben – zu unterbinden. „Dieser ‚Bemühenspflicht‘ wäre die Beklagte aber bereits hinlänglich durch ihren engen Kontakt zur US-Regierung nachgekommen.“

Soll heißen: Es reicht ja wohl, dass wir die Amerikaner gefragt und die uns versichert haben, alles gehe in Ramstein mit rechten Dingen zu. „Die Bundesregierung geht den Verdachtsmomenten nicht ausreichend nach, weil sie es offenkundig lieber nicht genau wissen will“, sagt der deutsche Menschenrechtsanwalt Wolfgang Kaleck, der die Klage der Jemeniten unterstützt.

Zur Klageerwidlung brauchte die Bundesregierung aber dann doch etwas juristisch Handfestes über Ramstein. Deshalb sprachen Diplomaten des Auswärtigen Amts im amerikanischen State Department vor – mit der Bitte um eine Formulierung, die man vor dem Kölner Verwaltungsgericht verwenden könne.

Es dauerte eine ganze Weile, bis diese eintrudelte. Vor drei Monaten schaute die US-Spitzendiplomatin Victoria Nuland im Auswärtigen Amt vorbei und wiederholte die amerikanische Position. Die USA würden in keiner Weise von Ramstein aus Drohnenoperationen in Afrika steuern oder durchführen. Zudem kämen die Be-

fehle für die Einsätze von Drohnen immer aus Washington. Den Fragenkatalog der Bundesregierung vom April 2014, so gab Nuland zu verstehen, erachte die amerikanische Regierung hiermit als beantwortet. Dem SPIEGEL teilte das Pentagon dazu mit, dass Drohnen von Ramstein aus „nicht direkt geflogen oder kontrolliert“ würden.

Aussitzen statt anprangern

Es ist wie seinerzeit in der NSA-Affäre, nachdem der SPIEGEL enthüllt hatte, dass amerikanische Geheimdienste ein Handy der Bundeskanzlerin als Spionageziel führten. Die USA schweigen oder bestreiten, die Deutschen staunen ob solcher Dreistigkeit.

Wahr ist aber auch, dass ein Gutteil der Berliner Ahnungslosigkeit in Sachen Ramstein vorgeschoben ist, wie verschiedene vertrauliche Vermerke der Bundesregierung zeigen, die dem SPIEGEL vorliegen.

Am 18. November 2011 zum Beispiel teilte das Department of the Army dem

- Angebliche von US-Streitkräften in Deutschland geplante oder geführte Drohneinsätze: StS'in Haber weist auf Probleme der Glaubwürdigkeit hin. Druck werde anhalten. Zumindest sollten wir uns um eine negative Auskunft der US-Regierung bemühen („...US-Stellen in Deutschland sind nicht an gezielten Tötungseinsätzen gegen Personen in Afrika beteiligt“). BKAm und BMVg plädieren hingegen dafür, Druck aus Parlament und Öffentlichkeit „auszusitzen“.

die während der Baumaßnahme erforderlich sind, zu behalten. Diese Maßnahme ermöglicht eine PL Zertifizierung bei Abschluss der Baumaßnahme. Mit Hilfe diese Maßnahme wird ein einzigartiges Kontrollzentrum für den Einsatz der Predator, Reaper und Global Hawk zur Unterstützung bei der Unter Operation Iraqi Freedom (OIF) und Operation Enduring Freedom (OEF) geschaffen. Dieses Vorhaben

Regierungsdokumente zum US-Drohnenprogramm: Wirklich ahnungslos?



Einschlagstelle einer Drohnenrakete im Jemen 2012

Verteidigungsministerium mit, in Kürze auf der Air Base Ramstein eine Relaisstation für Drohneinsätze errichten zu wollen. Dabei handelte es sich um einen zentralen Baustein des Drohnenkriegs: ein Antennenfeld, das die Kommunikation zwischen den Piloten auf amerikanischem Boden und den Drohnen in arabischer oder afrikanischer Luft nahezu in Echtzeit ermöglicht. Das Projekt, schrieb das US-Heeresamt den Deutschen, genieße „sehr hohe Priorität“. Mit seiner Hilfe werde ein „einzigartiges Kontrollzentrum“ für den Einsatz der Drohnen vom Typ „Predator“, „Reaper“ und „Global Hawk“ geschaffen.

Aus anderen Berichten an die Bundesregierung geht hervor, dass die 6,6 Millionen teure Anlage in der Nähe der Rampe 6 in Ramstein errichtet werde; vorgesehen seien auch Räume für „Betrieb, Verwaltung und Instandhaltung“, außerdem Platz für „Mission Control Vans“.

Mission Control? Offenkundig handelte es sich von Beginn an nicht nur um technische Ausrüstung zur Weiterleitung von Daten, sondern um ein operatives Kontrollzentrum, mit leibhaftigen Menschen.

Mahnende Stimmen, die das Drohnenprogramm mit Skepsis begleiten, gab es in der deutschen Regierung schon früh. Nachdem der damalige US-Präsident George W. Bush bei der Wahl eines Standorts für ein Hauptquartier der amerikanischen Truppen in Afrika in mehreren Ländern abgeblitzt war, fragten seine Emissäre 2007 in Berlin nach: ob man die Kelley-Kaserne in Stuttgart zum Zentrum von Africom

machen könne. In einem Vermerk an die Ministeriumsspitze notierte die zuständige Abteilung im Auswärtigen Amt, dass „gewisse Zweifel in der Öffentlichkeit“ entstehen könnten, da Africom auch für Somalia zuständig sei und das dortige Vorgehen der Streitkräfte „Anlass zur Kritik“ gebe.

Die Bundesregierung tat dem treuen Partner aus Amerika den Gefallen dennoch – verbunden mit der Bitte, Bush möge bei der Bekanntgabe des Africom-Projekts auf die Nennung des Standorts Stuttgart verzichten.

Als im Frühjahr 2013 die „Süddeutsche Zeitung“ detailliert über die Aktivitäten der Africom-Truppe berichtete, über deren Befehlszentrale in Stuttgart und den technischen Stab in Ramstein, wuchs die Nervosität in der Bundesregierung. Erst sollte US-Außenminister John Kerry eine Ehrenerklärung abgeben, dann versicherte General Philip Breedlove, der Oberbefehlshaber der Nato, aus den Gebäuden in Ramstein würden keine Drohnen starten. Das hatte aber auch niemand behauptet.

So wirkten die Beruhigungsfloskeln nicht bei jedem. Im Juni 2013, kurz vor Obamas Berlin-Besuch, drängte die damalige Staatssekretärin im Auswärtigen Amt darauf, von Washington eine Zusage zu verlangen: dass sich US-Stellen in Deutschland „nicht an gezielten Tötungseinsätzen“ beteiligen.

Emily Haber wurde laut einem internen Vermerk jedoch überstimmt: „Bundeskanzleramt und Verteidigungsministerium plädieren hingegen dafür, Druck aus Par-

lament und Öffentlichkeit ‚auszusitzen‘.“ Ein paar Tage später versprach Obama dem Kanzleramt, „dass wir Deutschland nicht als Startpunkt für Drohnen verwenden, die Teil unserer Terrorismusbekämpfung sind“.

Einen halbherzigen Versuch, mit dem Bündnispartner in Übersee Klartext zu reden, unternahm die Bundesregierung Anfang Februar 2014 auf der Münchner Sicherheitskonferenz. Eine hochrangige Delegation traf dort den damaligen US-Verteidigungsminister Chuck Hagel. Wie üblich wanderte zuvor ein Sprechzettel zwischen den beteiligten Ministerien hin und her – die Anmerkungen dokumentieren die Berliner Zaghaftheit.

Die Position der USA, so der Sprechzettel, sei eindeutig: Ihnen gehe es um die „kontinuierliche Durchführung von Drohneinsätzen zwecks gezielter Tötung von al-Qaida-Terroristen in Pakistan, im Jemen und in Somalia“. Das Gesprächsziel der Deutschen sei dagegen, nach der Beteiligung von Africom bei Drohneinsätzen mit Todesfolge zu fragen – und gegebenenfalls auf „rechtliche Probleme“ hinzuweisen.

Doch nicht einmal dafür reichte die Courage. In einer Fassung des Sprechzettels ist der Satz gestrichen. Am Rand findet sich der Kommentar: „Wir sollten vonseiten der Bundesregierung nicht mit rechtlichen Fragen kommen, wenn der Sachverhalt nicht feststeht.“

Obama rüstet weiter auf

Mit der Weigerung der USA, die Fragen der Bundesregierung zum Ramstein-Komplex en détail zu beantworten, hat sich die Bundesregierung offenbar abgefunden. Angela Merkel ist froh, dass die Talsohle in den deutsch-amerikanischen Beziehungen durchschritten ist.

Die Krisen im Nahen Osten und in der Ukraine ließen die beiden Nationen in den vergangenen zwölf Monaten wieder eng zusammenrücken. Der radikalislamische IS und die offene Konfrontation mit Russland verdrängten Themen wie US-Spionage in Deutschland oder den Drohnenkrieg via Ramstein aus der Öffentlichkeit. Intern haben sich jene in der Bundesregierung durchgesetzt, die stets darauf verweisen, wie sehr deutsche Dienste etwa bei der Terrorabwehr von den Amerikanern abhängen.

Zugleich fühlt sich nicht nur die Bundeskanzlerin geschmeichelt, dass Barack Obama ihrer Führung in der Ukraine-Krise vertraut. Bei Merkels letztem Besuch im Februar in Washington mündete die neue Nähe in einen inoffiziellen Deal: Wenn die Kanzlerin einen halbwegs tauglichen Waffenstillstand in der Ostukraine erreichen könne, werde der Präsident sich allen For-

FOR SALE

Euroconsult SPRL, als Insolvenzverwalter der Gesellschaft SC Ecodiesel SRL (im Konkurs, in bankruptcy, en faillite) teilt hiermit die Absicht mit, die Aktiva der Gesellschaft SC ECODIESEL SRL gemeinsam zu verwerten.

Die Haupttätigkeit der Raffinerie ist die Erdölaufbereitung und die Erhaltung von folgenden Produkten: Bitumen ohne Paraffingehalt für Straßen; Leichtbitumen für Teerpappe; Bitumen für Verdämmungen; Bitumen für Wasserdämmungen; kationische Emulsionen mit Bitumengehalt; Kraftstoff M-Typ; leichter Flüssigbrennstoff Typ III; Heizöl.

Die Verwertung wird im Bündel, als Schlüsselgeschäft, durchgeführt, wobei es materielle und immaterielle Vermögensgegenstände, Bestände, immaterielle Elemente usw. umfasst.

Zum Zweck der gemeinsamen Verwertung der oben erwähnten

Aktiva, übermittelt der Insolvenzverwalter die folgende:

EINLADUNG ZUR AUSSCHREIBUNG

durch die alle Personen, die an dem Kauf aller Aktiva der Gesellschaft SC Ecodiesel SRL interessiert sind, gebeten sind **schriftliche Angebote** vorzulegen, die die folgenden Daten umfassen sollen: Identifizierungsdaten der Anbietergesellschaft, Angaben über die Gesellschaftsbonität, den Ansprechpartner, der angebotene Preis, die Zahlungsbedingungen und die angebotenen Sicherheiten. **Die Absichtserklärung und die unverbindliche Angebote können bis 23. April 2015, 12:00 Uhr, eingereicht werden.**

Die ausführliche Beschreibung des Ziels und die Verwertungsregelung sind im **Pflichtenheft** eingeschlossen, das vom **Sitz des Insolvenzverwalters in Arad, Dr. Ion Georgescu Straße Nr. 4/A, Arad Kreis**, erworben werden kann.

Zusätzliche Angaben, Nachsehen in den Dokumentationen und Planungen von Besuchen beim Standort kann man an die Telefonnummer **+40-257-257-143, +40-723-133-762**, oder durch E-Mail: **office@euroconsult.ro** erhalten.

— ecodiesel.euroconsult.ro —

Deutschland

derungen nach US-Waffenlieferungen an die ukrainische Zentralregierung widersetzen. Mit dem zweiten Abkommen von Minsk hat Merkel ihren Teil erfüllt, Obama hält sich an seine Zusage. Die NSA-Affäre und die umstrittenen Drohneneinsätze sind nicht vergessen, auf der Tagesordnung aber stehen andere Themen. „Es gibt doch Wichtigeres“, heißt es in Berliner Regierungskreisen.

Trotzdem: Was es an transatlantischer Misstimmung gab, ist nicht völlig verfliegen. Bei Merkels Washington-Besuch ließ der US-Präsident das in einem Moment erkennen. „Die Deutschen sollten uns ab und zu zugestehen, dass wir gute Partner sind“, sagte Obama, während die Kanzlerin am Stehpult danebenstand. „Sie sollten nicht immer nur das Schlechteste annehmen.“

Barack Obama zu Zugeständnissen im Drohnenkrieg bewegen zu wollen scheint aussichtslos. Kurz nach seinem Amtsantritt im Januar 2009 hatte er entschieden, die Kriege im Irak und in Afghanistan alsbald zu beenden – und die US-Truppen nach Hause zu holen. Der Präsident wollte vor allem die eigenen Verluste minimieren, ohne die Terroristen gewinnen zu lassen. Dazu durfte der Druck auf al-Qaida nicht nachlassen. Drohnen schienen dafür ein perfektes Instrument. So erlebte das Programm einen Boom, im Vergleich zur Bush-Ära verzehnfachte sich unter Obama die Zahl der Drohnenangriffe.

Unbestritten haben die Drohnenschläge die Führungsriege von al-Qaida in Afghanistan und Pakistan massiv dezimiert. Allerdings ist auch die Zahl der zivilen Opfer hoch. Obama mahnt zwar, dass es bei allen Drohneneinsätzen „eine an Sicherheit grenzende Wahrscheinlichkeit“ geben müsse, dass keine Zivilisten getötet oder verletzt werden. Ein Verzicht auf diese Technik kommt für ihn jedoch nicht infrage. Im Entwurf für den Verteidigungshaushalt 2016 hat das Pentagon 2,9 Milliarden Dollar für die Anschaffung weiterer unbemannter Flugsysteme beantragt.

Ob Kampfdrohnen auch in Zukunft ausschließlich über Ramstein geleitet werden, ist indes nicht sicher. Vor drei Jahren bereits haben die Vereinigten Staaten Ausschau nach einer Alternative gehalten. Auf dem süditalienischen US-Stützpunkt Sigonella wurden sie fündig. Inzwischen wächst dort eine ähnliche Anlage wie in der Pfalz heran. Als „Back-up-System für Ramstein“, so ein Planungspapier der Air Force, um im Falle eines Falles „einen Engpass zu vermeiden“.

Matthias Bartsch, Maik Baumgärtner, Nikolaus Blome, Thomas Darnstädt, Matthias Gebauer, Hubert Gude, Marcel Rosenbach, Jeremy Scahill, Jörg Schindler, Fidelius Schmid, Holger Stark, Alfred Weinzierl

Alter, was für eine Zukunft!



Ullrich Fichtner / Guido Mingels (Hg.)

Deutschland 2030 – Gesellschaft im demografischen Umbruch

Nach Jahrzehnten chronischer Geburtenchwäche steht Deutschland vor dem Umbruch: Die Babyboomer erreichen die Rente – und ein ganzes Land muss zittern, ob das gut geht. Die SPIEGEL-Serie über den demografischen Wandel.

Kostenlos für alle Abonnenten des digitalen SPIEGEL!



Jetzt **App DER SPIEGEL** laden.



„Den Emir haben wir“

Parteien CSU-Chef Seehofer will die Christsozialen stärker in der Außenpolitik profilieren, doch den Bayern fehlen Personal und Ideen.

Horst Seehofer fliegt ins Ungewisse. Bayerns Ministerpräsident steigt am Samstagnachmittag in eine Chartermaschine nach Riad, doch bis kurz vor der Reise war unklar, ob ihn der saudische König überhaupt empfangen wird. Termine des Monarchen werden gewöhnlich kurzfristig festgelegt, da ändert auch der Name Seehofer nichts. Zur Erleichterung der Bayern steht wenigstens das Programm für die anschließende Visite in Katar. „Den Emir haben wir“, heißt es.

Seehofer und der Emir, das sorgt für schöne Bilder, und darauf kommt es an. Seit der verzeigten Europawahl im vergangenen Mai spricht der CSU-Vorsitzende davon, die Außenpolitik zur Chefsache zu machen. Die bayerische Regionalpartei will wieder mitspielen in der Weltpolitik.

Aber so richtig will das nicht gelingen, und das liegt vor allem an Seehofer selbst. Er ist ein Mann der Innenpolitik, nichts interessiert ihn derzeit mehr als die Reform des Länderfinanzausgleichs und Stromtrassen in Bayern. Zur Ukraine oder zu Syrien dagegen hört man so gut wie nichts von ihm.

Solche Dinge überlässt er lieber der Kanzlerin, die kennt sich da besser aus. Die Sache würde nicht so auffallen, wenn es wenigstens einen anderen präsentablen Mann gäbe. Aber Seehofer hat ausgerechnet den Berliner Entwicklungsminister Gerd Müller zum Außenbeauftragten der CSU ernannt, und der hat von diesen Dingen ungefähr so viel Ahnung wie Henry Kissinger von den deutschen Krankenkassen.

Vor ein paar Tagen war Müller in Westafrika unterwegs. In der liberianischen Hauptstadt Monrovia besuchte er eine Übergangsklinik, die einst als Ebolazentrum geplant war. Er baute sich vor den Kameras auf und erklärte, dass Deutschland eine „Weißhelm“-Truppe brauche, ein Einsatzteam von Ärzten, Pflegekräften und Technikern, jederzeit abruf- und weltweit einsetzbar. Koordinieren soll das Ganze die staatliche Deutsche Gesellschaft für In-



Parteivorsitzender Seehofer in Peking

ternationale Zusammenarbeit (GIZ). Notfalls will Müller die Truppe im nationalen Alleingang aufstellen, „weil es immer einen braucht, der zeigt, wie es geht“.

Ein eher kühner Spruch. Eben erst hat der holprige Einsatz gegen die Seuche Ebola gezeigt, wie schwer sich gerade die Deutschen mit koordinierter Hilfe in Afrika tun. Die Kritik der Experten ließ nicht lange auf sich warten. Ihr Tenor: Was der Minister da in die Kameras posaunte, geht gar nicht. Der GIZ fehle das Know-how. Bei kurzfristiger Nothilfe gehe „es oft darum, binnen weniger Stunden ein Flugzeug mit erfahrenen Mitarbeitern auf den Weg zu bringen“, sagt Florian Westphal, Geschäftsführer der deutschen Sektion von Ärzten ohne Grenzen. Das aber gilt, anders als langfristige Wiederaufbauprojekte, kaum als Stärke der GIZ.

Als Müller im Dezember 2013 ins Kabinett einzog, sprach Seehofer stolz vom „kleinen Außenministerium“, das die CSU nun führe. Aber den Ton gaben andere vor. Während die CSU-Minister in der Bundesregierung Sanktionen gegen Moskau unterstützten, reiste der damalige Parteivize Gauweiler nach Moskau und wettete gegen Merkels Politik. „Wir stehen nicht irgendwo zwischen Amerika und Moskau“, wies ihn Seehofer in einer Rede im Oktober in Nürnberg zurecht. Doch Gauweiler durfte weitermachen, monatelang.

Als Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt im vergangenen Herbst mit einer gemeinsamen Reise der drei CSU-Bundesminister in die Ukraine ein dringend erwartetes Zeichen der Solidarität setzen wollte, stellte sich Müller quer – Dobrindts Kabinettkollege wollte einen von ihm initiierten Hilfskonvoi in das vom kampfgeplagten Land allein in Empfang nehmen, ohne sich die Lorbeeren teilen zu müssen.

Schnellschüsse, häufig gegen den Rat des eigenen Hauses, hat Minister Müller zu seinem persönlichen Markenzeichen gemacht. „Eine Welt ohne Hunger“, „Fluchtursachen bekämpfen“, „Stabilitätsinitiative Nordafrika“ – so hat er seine politischen

Ziele benannt. Erfolge können Experten bisher nicht verzeichnen.

Das Defizit der CSU in der Außenpolitik schmerzt gerade in diesem Jahr: Im September will die Partei den 100. Geburtstag von Franz Josef Strauß feiern. Strauß vermittelte dem jungen israelischen Staat Waffen, in den Weihnachtstagen des Jahres 1987 steuerte er eigenhändig eine Cessna durch den Wintersturm zu Michael Gorbatschow, eine Aktion, die Mitreisenden wie Edmund Stoiber noch heute den Angstschweiß auf die Stirn treibt.

Auch Seehofer bekommt Termine mit Staatsoberhäuptern, die sich normalerweise nicht mit einem Länderregierungschef abgeben. Auf intensive Vorbereitung legt er allerdings selten Wert. Die Informationsmappe, die ihm die Beamten der Staatskanzlei zusammenstellen, blättert er gewöhnlich erst in letzter Minute durch.

Besonders schmerzlich fehlten Inhalte bei seiner Reise nach China im vergangenen November. Natürlich erledigte Seehofer das Kerngeschäft des Ministerpräsidenten routiniert. Beim Parteichef in Kanton warb er für eine direkte Flugverbindung in die bayerische Hauptstadt, dem Elektronikriesen Huawei versuchte er, München für die Erweiterung eines Entwicklungszentrums anzudienen.

Doch zu politischen Themen, der Menschenrechtsfrage etwa, sagte er kein Wort, zumindest öffentlich. Margarete Bause, die Chefin der Grünen im bayerischen Landtag, begleitete Seehofer nach China. In Eigenregie organisierte sie sich einen Besuch im Atelier des Regimekritikers Ai Weiwei.

Bause will nun auch bei Seehofers Visite an den Golf genau hinsehen. „Saudi-Arabien führt Krieg, Bloggern droht die Todesstrafe, und Frauen werden unterdrückt – das ist nicht der richtige Zeitpunkt, um über gute Geschäfte zu reden“, sagt sie. Nach den Erfahrungen aus China ist Bauses Prognose jedoch wenig erbaulich: „Eine Reise nach Saudi-Arabien erfordert außenpolitisches Fingerspitzengefühl – und das hat Herr Seehofer nicht.“

Horand Knaup, Peter Müller, Cornelia Schmergal



CDU-Mann Huber

Der Neue

Karrieren Charles M. Huber besetzte als Assistent des „Alten“ eine Nebenrolle mit wenig Text. Nun hat er im Bundestag als Abgeordneter die Bühne seines Lebens gefunden.

Der Neue sitzt im alten Büro von Rainer Brüderle, einem der schönsten Räume, die man als Abgeordneter bekommen kann. Ein Eckzimmer, zwei Fensterfronten, fünfter Stock, Aussicht auf den Reichstag, er hat zwei mannshohe Fahnen von Brüderle übernommen. Wenn er am Schreibtisch sitzt, umrahmen sie ihn wie ein Vorhang, beispielsweise wenn er sagt, dass ihm Rainer Brüderle leidtue. Das sei damals eine übertriebene Debatte gewesen, Brüderle sei gestürzt, nur weil er einen kleinen Fehler gemacht habe.

„Welchen denn?“

„Er hat kurz vergessen, dass er Politiker ist und dass er beobachtet wird.“

Das, sagt der Neue, könne ihm nicht passieren.

Charles M. Huber würde es selbst falsch finden, ihn den Neuen zu nennen. Er ist seit anderthalb Jahren Mitglied des Deutschen Bundestags. Bei der Wahl 2013 zog er über Platz 19 der hessischen CDU-Landesliste ein. Der letzte, gerade noch reingerutscht, und doch ein Star, denn er war schon damals mehr als nur ein einfacher Abgeordneter, er war ein Abgeordneter mit Filmvergangenheit.

Er war Henry Johnson in „Der Alte“, er war der erste farbige Seriendarsteller Europas, aber wie die beiden anderen Assistenten war er nur der Stichwortgeber. Er saß meist in einem grauen Büro und sagte Dinge, die die Handlung vorantreiben sollten („Ich habe mir das Nummernschild notiert“, „Bleiben Sie stehen!“, „Was machen wir jetzt?“), und manchmal rannte er auch einem Mörder hinterher. Er galt als guter Schauspieler, doch nach elf Jahren gab es Streit mit dem Produzenten, und er wurde ersetzt. In Folge 226 stand da plötzlich ein anderer Henry Johnson, einer, der so ähnlich aussah wie Huber.

Wenn man sich den „Alten“ ansieht, die vielen langen Blicke, die die Schauspieler sich über Leichen gebeugt zuwerfen, wenn man die Dialoge hört („Glaubst du, es war Mord?“ – „Ich will es nicht ausschließen!“), dann befindet man sich wieder in der Bonner Republik. Und sie scheint so weit weg zu sein wie die Eiszeit.

Er sieht immer noch so aus wie damals, nur mit Glatze und ohne Lederblouson. Im Unterschied zu früher sagt Charles M. Huber nun Dinge, die bedeutsam klingen sollen. Er sagt: „Mich interessieren verstärkte internationale Zusammenhänge.“ Er

sagt: „Ein Schlüssel für die Lösung der Probleme in Afrika liegt in der Dynamisierung der Wirtschaft.“ Er sagt: „Wer eine gute Expertise zu Themen und Sachverhalten hat, wird in der oberen Etage auch ernst genommen.“ Nach solchen Sätzen schaut er einen lange an, vielleicht zu lange, und manchmal hebt er eine Augenbraue, als wollte er sagen: Nicht schlecht, oder?

Auf seinem Handrücken verblasst ein Tattoo. Mit 13 hat er es sich mit dem Schulzirkel selbst gestochen: „Monika“.

Er sitzt im Restaurant des Reichstags, ein paar Meter entfernt vom Plenum, das er den „Circus Maximus“ des Bundestags nennt. Links und rechts laufen die Statisten zu seinem Stück vorbei, die anderen Abgeordneten. Manche haben Journalisten dabei, andere ihre Mitarbeiter, die meisten tragen Akten mit sich rum, es ist Sitzungswoche, und Charles M. Huber sagt, dass es ihm am liebsten wäre, wenn er mehr über Politik und weniger über Schauspielerei sprechen könnte.

Es gebe so viel zu sagen. Charles M. Huber hat sich auf Entwicklungsarbeit spezialisiert, er sagt, er habe schon 70 Botschafter getroffen, er reise um die Welt, „neulich erst mit Bouffier“. Er habe einen

Ordner mit Artikeln über sich aus der internationalen Presse, und erst gestern habe Harvard angefragt, ob er da nicht sprechen wolle.

„Aber ist Politik nicht auch ein bisschen wie Schauspielerei?“

„Nein.“

„Ein kleines bisschen?“

„Und wenn Sie noch mal fragen: Nein, das ist mir einfach zu pauschal.“

Charles M. Huber weiß, dass Politik ein Geschäft ist, in dem man nicht wirken darf wie ein Schauspieler. Er weiß, dass sein neues Leben voraussetzt, dass man sich für die Sache interessiert. Und so sitzt er da und spricht über den Alexander (Dobrindt), den er kürzlich erst angesprochen hat wegen einer Verkehrsangelegenheit: „Alexander, ich habe eine Situation im Wahlkreis, über die ich gern mit dir reden möchte.“ Oder den Kauder, das sei der Politiker, „der die Dinge inhaltlich und rhetorisch aus meiner Sicht in bester Manier kommunizieren kann“. Das sind jetzt seine Kollegen.

Er kam in die Bundespolitik, weil die CDU im Wahlkreis Darmstadt im Sommer 2012 ein bekanntes Gesicht suchte, jemanden, der es mit der ehemaligen SPD-Ministerin Brigitte Zypries aufnehmen konnte. In Berlin empfahl man ihnen Charles M. Huber, den ehemaligen Schauspieler, der sei doch bekannt und in der CSU in München politisch engagiert. Man traf sich am Flughafen in Frankfurt, das Casting lief gut. Charles M. Huber brachte nach Darmstadt etwas mit, das man dort dringend brauchte: Bekanntheit, Ausstrahlung.

Doch im Wahlkampf lief vieles schief. Charles M. Huber erschien zu Veranstaltungen, die ein bisschen glamourös waren, zu den Kaffeenachmittagen im Seniorenheim ging er eher nicht. So erzählt man es in Darmstadt. Am Wahlabend dann, als es so aussah, als würde er den Einzug in den Bundestag knapp verpassen, fiel Charles M. Huber für ein paar Stunden aus seiner ihm zgedachten Rolle.

Er tauchte nicht auf der Wahlparty auf, wo seine ehrenamtlichen Helfer auf ihn warteten. Er gab einer Zeitung ein Interview, in dem er sich über die mangelnde Unterstützung der CDU im Wahlkampf beschwerte. Am folgenden Tag stellte sich heraus, dass er doch den Sprung ins Parlament geschafft hatte. Von da an war eigentlich nichts mehr zu retten zwischen Huber und der CDU in Darmstadt.

Ende März hält er eine Rede in einer kalten Turnhalle in Mühlthal bei Darmstadt. Er kommt nicht im Anzug, sondern in Jeans, mit leichter Bügelfalte. Bevor er die Szene betritt, geht es um lokale Stauvermeidung, um den Bau einer Schönheitsklinik, um die Finanzen der Kommune.

Huber spricht dann von seinen Reisen, den vielen Botschaftern, die er trifft, Südafrika, Ghana, Senegal, er spricht über



Schauspieler Huber*

„Bleiben Sie stehen!“

Er weiß, dass es auch ums Bild geht. Er braucht jetzt schönere Autogrammkarten.

Griechenland, er holt die große Welt in den kleinen Raum mit Stiefmütterchen und Turnmatten. Doch in der Politik wird nicht so schnell vergeben. Am Ende sagt eine Frau leise zu einer anderen: „Der hat doch inhaltlich keine Ahnung.“

Auf der Fahrt zum Flughafen, sagt Huber, dass es so sei: Wenn man bekannt sei, dann habe man Neider. Die CDU Darmstadt habe nicht damit gerechnet, dass ein Charles M. Huber Schlagzeilen mache, die über das „Darmstädter Echo“ hinausreichen. Politik sei nicht das Geschäft der Rückschau, man müsse nach vorn blicken, und er sagt das mit großer Bestimmtheit, so, als gäbe es keinen Zweifel daran. Es wäre der Moment für seinen langen Blick, für das Heben der Augenbraue, aber das geht nicht, er sitzt am Steuer, und manchmal wirkt es auch so, als sei es ihm egal, ob man ihm zustimmt.

Ende Februar begleitet Huber eine Reisegruppe aus dem Wahlkreis bei einer Führung durch das Kanzleramt. Er hält eine kleine Rede, er sagt, wie wunderbar seine neue Aufgabe sei, und am Ende ist Politik dann doch ein bisschen wie Theater: Wenn man fertig ist, wird geklatscht.

Draußen ist es dunkel geworden. Links der Reichstag, rechts das Kanzleramt, und in der Mitte breitet Huber die Arme angesichts der Kulisse aus und sagt: „Schauen Sie!“

Er sagt, dass da schon ein kleines Loch war nach dem „Alten“. Er hatte viel zu tun, das schon, er spielte in einem Musical mit, er schrieb ein Buch über seine Kindheit, er machte Entwicklungshilfe und Wahlwerbespots für Angela Merkel.

Aber seine Erfüllung, die habe er jetzt gefunden.

Er ist zuvor schon alles Mögliche gewesen.

Er war Zahntechniker, Sänger, Bauarbeiter. Er war Mitglied der SPD, der CSU und schließlich der CDU.

Er war auch mal Karl-Heinz Huber. Unter diesem Namen wurde er geboren. Er war der Sohn einer Hausangestellten und eines senegalesischen Diplomaten. Sein Vater hat sich lange nicht zu ihm bekannt, Huber wuchs bei seiner Großmutter in einem kleinen Ort auf, und wenn man ihn fragt, ob das schwer gewesen sei, sagt er: „Ich war das einzige schwarze Kind in einem bayerischen Dorf. Ich wurde so akzeptiert, wie ich war, aber dennoch war ich natürlich immer auch etwas Besonderes.“

Er beschloss, sich Charles Muhamed zu nennen, nach Muhammad Ali. Er verließ Großköllnbach am Rande des Isartals und wurde Schauspieler.

Manchmal spricht er darüber, aber nur kurz. Über den Arnie, den er kennengelernt hat, als er mit Anna Nicole Smith in Los Angeles gedreht hat. Über Iris Berben, eine feine Frau.

Doch dann fällt ihm wieder ein, dass er Politiker ist. Und sagt irgendwas über Botschafter.

Er gibt nicht an. Er versucht nur, alles richtig zu machen.

In seinem Wahlkreis heißt es, dass man ihn nicht noch einmal aufstellen wolle.

Aber es sind ja noch mehr als zwei Jahre bis zur nächsten Wahl, und es gibt noch so viel zu tun. Er braucht zum Beispiel neue Autogrammkarten. Die Farbkombination seines Fotos gefällt ihm nicht, und es stört ihn, dass die Karte nur einen „Ausschnitt seiner Gesamterscheinung“ zeigt. Es geht auch ums Bild, das man abgibt.

Huber begrüßt an jedem einzelnen Morgen jeden einzelnen seiner Mitarbeiter per Handschlag, und abends verabschiedet er sich wieder per Handschlag, bei jedem Einzelnen, weil sich das so gehört.

Er geht meist direkt nach Hause, nie auf Partys und selten auswärts essen. Er lebt in der „Schlange“, einem Gebäude, das für Bundespolitiker im Regierungsviertel errichtet wurde. Die meisten Abgeordneten sind in das echte Berlin gezogen, nach Friedrichshain oder Kreuzberg, in Wohnungen oder Häuser, ganz egal, nur nicht in die für sie erbaute Kulisse.

Er lebt hier allein, seine Kinder sind groß, seine Frau wohnt in München, sie studiert jetzt Psychologie, er sieht sie einmal im Monat. Er macht keinen Urlaub, er will auch keinen machen.

Wenn alle Reden gehalten und alle Botschafter getroffen sind, sitzt er in seinem Apartment und denkt nach. Er sagt, er sei dann ganz bei sich. Er tue einfach nichts. Nur manchmal esse er ein Eis. Britta Stuff

* Mit Kollege Rolf Schimpf in „Der Alte“ 1994.



Soldaten mit G36-Sturmgewehren

Weitgehend Einzelfeuer

Bundeswehr In der Affäre um das G36-Gewehr mehren sich Indizien für eine Kumpanei zwischen Beamten und Industrievertretern. Auch die Verteidigungsministerin gerät unter Druck.

Es kommt nicht häufig vor, dass der Militärische Führungsrat der Bundeswehr zusammengerufen wird. Nicht in Friedenszeiten und schon gar nicht an einem Sonntagabend. Als Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen (CDU) Ende März den Kern der Bundeswehrführung, darunter den Generalinspekteur und die Führer der Teilstreitkräfte, ins Ministerium bestellte, war den Kommandeuren klar, dass ihre Chefin Wichtiges mit ihnen besprechen wollte.

Die CDU-Frau hatte nur ein Thema: das Sturmgewehr G36. Sie habe Berichte, wonach die Waffe nicht richtig funktioniere.

Jetzt wolle sie von jedem einzelnen Inspekteur wissen, was das Ganze seiner Meinung nach zu bedeuten habe. Was sie zu hören bekam, dürfte ihre Sorgen nur noch verstärkt haben. Denn schon am darauffolgenden

Tag unterrichtete sie das Parlament, dann lud sie auch die Presse ins Ministerium und attestierte dem lange als zuverlässig gelobten Gewehr erhebliche Probleme. Die Waffe schieße im heißen Zustand und auch in warmen, feuchten Klimazonen nicht präzise. Einen Gegner auszuschalten sei dann nahezu unmöglich.

Selbst wohlwollende Beobachter in ihrem Haus wundern sich, was da gerade vor sich geht. Warum agiert die Ministerin so hektisch, wo das Problem G36 doch schon so lange schwelt? Im Berliner Bendler-Block des Ministeriums kann es sich niemand anders erklären, als dass sie die Taktik der Vorwärtsverteidigung für sich gewählt hat.

Der Streit um das G36 ist eine hässliche Affäre, die von der Leyen mit ihrem Amtsantritt geerbt hat. Das Problem gehört zu rund ei-

nem Dutzend Beschaffungsvorhaben der Bundeswehr, die aus dem Ruder gelaufen sind: milliardenteure Transportflieger, die nicht fertig werden, oder Marinehubschrauber, die eigentlich nicht übers offene Meer fliegen dürfen. Das Sturmgewehr aber ist für die Verteidigungsministerin viel gefährlicher.

Das G36 kostete nicht nur zu viel Steuergeld, seine Schwächen könnten Soldaten das Leben kosten. Sein Gewehr ist für einen Infanteristen so etwas wie seine Lebensversicherung. Es ist die erste und die letzte Waffe, mit der er im Gefecht gegen den Tod kämpft. Versagt es wegen Konstruktionsmängeln, tragen seine Vorgesetzten eine Mitverantwortung für seinen Tod. Und der höchste Vorgesetzte ist die Bundesministerin der Verteidigung, Ursula von der Leyen.

Doch die Ministerin hat sich an die Spitze der Aufklärer gestellt, so scheint es. Vertuschen, ignorieren, leugnen, das soll nun der Vergangenheit angehören, glaubt man von der Leyen. Gleich zwei Kommissionen sollen untersuchen, wer die politische Verantwortung für das G36-Debakel trägt.



Ministerin von der Leyen
Taktik Vorwärtsverteidigung

FOTOS: TIMM SCHAMBERGER / DAPD (O.); WERNER SCHUERING (U.)

Von der Leyen denkt offenbar vor allem an ihren Vorgänger, Thomas de Maizière (CDU). In seiner Amtszeit erschien eine Reihe kritischer Berichte, er wurde mehrmals persönlich gewarnt. Wenn es von der Leyen gelänge, ihm die Hauptschuld für die Affäre zuzuschieben, hätte sie nicht nur ihren Ruf als reformfreundige Allzweckwaffe gefestigt, sondern nebenbei einen Konkurrenten im Kampf um die Nachfolge Angela Merks ausgeschaltet. Dabei belegen interne Dokumente auch das Versagen von der Leyens beim G36.

Die Skandalchronik beginnt, als der Liefervertrag für die Waffe mit dem Hersteller Heckler & Koch noch nicht unterschrieben ist. In einem unscheinbaren Dokument – Aktenzeichen 90-14-10/P1065 – beschreiben die Prüfer der Wehrtechnischen Dienststelle für Waffen und Munition in Meppen 1994 die Ergebnisse eines „Beschusstests“. Demnach beträgt bei einer Entfernung von 500 Metern der Streukreis bei Einzelfeuer 75 Zentimeter, bei Dauerfeuer bis zu zweieinhalb Meter.

Der mittlere Treffpunkt, das wohl wichtigste Merkmal für die Treffsicherheit einer Waffe, weiche „durch besondere und Witterungseinflüsse“ um bis zu sechs Meter ab (SPIEGEL 38/2013). Den Experten muss schon 1994 klar gewesen sein, dass die Waffe ein gravierendes Problem bei Dauerfeuer und Hitze hat: Sie schießt ungenau. Dennoch schaffte das Ministerium 178 000 Exemplare des G36 für insgesamt rund 180 Millionen Euro an.

Warum nur? Ist Stümperei der Grund? Faulheit oder Schlimmeres? Interne Dokumente des ehemaligen Bundesamts für Wehrtechnik und Beschaffung (BWB) in Koblenz nähren den Verdacht der Kumpanei. Seit fast einem Jahrzehnt ist aktenkundig, wie BWB-Beamte und Mitarbeiter von Heckler & Koch kungelten.

Die Informationen stammen zu großen Teilen von einem Ingenieur, der 2005 in den Bereich „Qualitätssicherung Waffen“ versetzt worden war. Als er die Dokumente seiner neuen Dienststelle durcharbeitete, stellte er überrascht fest, dass es dort keinerlei Prüfdokumente zum G36 gab. Auch über den gesetzlich vorgeschriebenen Schusstest der Waffe fanden sich keine Unterlagen. Der Ingenieur fragte, nach welchen Vorschriften die Prüfungen hätten erfolgen müssen. Die Antworten der Kollegen seien schockierend gewesen, sagt ein Beamter, der mit dem Vorgang befasst war.

Es habe einmal zwei Aktenordner mit Vorschriften gegeben, doch die seien 1997 außer Kraft gesetzt und seitdem nicht mehr erneuert worden. Misstrauisch geworden, besorgte sich der Ingenieur unter der Hand den Testbericht der Meppener Experten aus dem Jahr 1994. Dessen Fazit meldete der Mann seinen Vorgesetzten. Erkennbare Reaktionen: keine.

Erst bei seinem Versuch, nachvollziehbare Kriterien und Vorschriften zur Qualitätssicherung zu entwickeln, kam es zu Diskussionen. Im Januar 2006 lud der Ingenieur ein halbes Dutzend Mitarbeiter der BWB-Güteprüfstellen Unterlüß und Oberndorf ein. Er stellte ihnen seine Pläne vor, unter anderem die mechanische Stempelung von Waffen mit dem BWB-Prüfsiegel durch ein Laserverfahren zu ersetzen. Die Kollegen waren vehement dagegen, nach mehreren Nachfragen gestanden sie kleinlaut: „Wir lasern schon.“

Das geschah offenbar an allen Vorschriften vorbei – Heckler & Koch, so meldete der Ingenieur seinen Vorgesetzten im Dezember 2006, verfüge im Werk über eine Lasersoftware mit dem amtlichen Prüfsiegel. Das Unternehmen könne damit seine Waffen selbst als amtlich geprüft markieren.

„Die Firma Heckler & Koch führt diese ‚Hoheitliche Maßnahme‘ mit eigenen nachgemachten Siegeln auf firmeneigenen Lasermarkierungsmaschinen aus“, führte der Ingenieur aus. Die permanente Anwesenheit eines Mitarbeiters der Güterprüfstelle sei „nach den Ausführungen“ des Leiters der Güterprüfstelle Oberndorf „aufgrund der vertrauensvollen Zusammenarbeit“ mit Heckler & Koch „entbehrlich“.

Rund drei Monate später, im März 2007, antwortete die Dienstaufsicht des BWB, sie habe die Vorwürfe „eingehend“ geprüft. Im besten Behördendeutsch folgt ein Schuldeingeständnis: „Als Ergebnis dieser Überprüfungen teile ich Ihnen mit, dass geeignete Maßnahmen eingeleitet wurden, die eine der geltenden Vorschriftenlage entsprechende Kennzeichnung von Waffen ... gewährleisten.“ Im Klartext: Bis 2007 war dies offenbar nicht gewährleistet.

Die Beteiligten wollten sich dazu nicht eingehend äußern. Heckler & Koch bittet, mit den Vorwürfen konfrontiert, um „Verständnis, dass wir zum jetzigen Zeitpunkt über unsere Presseinformationen hinaus keine weiteren Erklärungen abgeben“. Dort heißt es, das G36 habe keine Mängel. Ein Sprecher des Verteidigungsministeriums sagt, die Fragen des SPIEGEL zielten auf Sachverhalte, die „teils mehr als 20 Jahre zurückliegen und die durch das Ministerium in kurzer Frist nicht mit der gebotenen Sorgfalt überprüfbar sind“. Den Fragen werde aber im Rahmen der Arbeit der externen Sachverständigenkommissionen „penibel nachgegangen“.

Dabei hätte die Führungsetage des Verteidigungsministeriums schon vor Jahren aktiv werden müssen. Am Karfreitag 2010 geriet eine Bundeswehrereinheit in Afghanistan in einen Hinterhalt der Taliban. Ein Soldat erlitt einen Bauchschuss und verblutete, die anderen verschanzten sich. Das Gefecht dauerte zehn Stunden, länger als jedes andere deutscher Soldaten seit

Mein Unternehmen: erfolgreich.

Meine Steuerberaterin: unentbehrlich.

Zukunft gestalten. Gemeinsam.



Bei allen betriebswirtschaftlichen Entscheidungen und in der Personalwirtschaft können Sie auf die Unterstützung Ihres Steuerberaters vertrauen. Gemeinsam mit ihm und Software von DATEV werden alle Unternehmensfragen geklärt.

Sprechen Sie mit Ihrem Steuerberater oder informieren Sie sich auf www.datev.de/vertrauen bzw. unter 0800 1001116.



Zukunft gestalten. Gemeinsam.

SPIEGEL TV MAGAZIN

SONNTAG, 19. 4., 22.55 – 23.40 UHR | RTL

Ein infernalischer Staat – Die geheimen Strukturen des IS; **Mein neues deutsches Leben** – Wie Kelvin aus Nigeria nach Gauting kam; **Trauma Fehlgeburt** – Das unglückliche Ende einer Schwangerschaft.

SPIEGEL GESCHICHTE

DIENSTAG, 21. 4., 21.00 – 21.50 UHR | AUF SKY

Face to Face – Jobs gegen Gates

Eine neue elfteilige Serie beschäftigt sich mit den größten Rivalitäten der Welt. In der ersten Folge werden die erstaunlichen Gemeinsamkeiten, aber auch die erbitterten Kämpfe von Bill Gates und Steve Jobs, den digitalen Revolutionären aus Kalifornien, erzählt. Die Dokumentation gewährt ungewöhnliche Einblicke.

SPIEGEL TV REPORTAGE

MITTWOCH, 22. 4., 0.10 – 0.45 UHR | SAT.1

**Top- oder Flopmodel?
Die Laufstegmalocher**

Für Victoria's Secret über den Catwalk, ein Cover-Shooting für die „Vogue“, Tagesgagen von 10 000 Dollar – das sind Träume von Nachwuchsmodells überall auf der Welt.



Fotoshooting mit Jungmodel Nadja

Katya aus Moskau hat bereits in Mailand und Singapur gemodelt, jetzt versucht sie ihr Glück in Hamburg. Kristians wohnt in Lettland noch bei seinen Eltern. In Asien hatte er schon einige Fotoshootings, ein Casting-Marathon in Berlin soll jetzt in Deutschland den Durchbruch bringen. SPIEGEL-TV-Autor Ralph Quinke hat die Jungmodels begleitet.

Deutschland

dem Zweiten Weltkrieg. Erst schwer ausgerüstete Einheiten konnten es beenden, drei Bundeswehrsoldaten starben.

Die Deutschen hatten 28 000 Schüsse abgefeuert, überwiegend aus G36-Gewehren. Trotzdem konnte die Bundeswehr keine getöteten oder auch nur verwundeten Taliban ausmachen. Erste Hinweise auf mögliche Ursachen dieses Desasters lieferten zwei G36-Gewehre, die aus Afghanistan kommend im Dezember 2011 von Bundeswehrexperten untersucht wurden: Bei einer der Waffen war der Kunststoffhandschutz regelrecht weggeschmolzen.

Die Experten der Wehrtechnischen Dienststelle in Meppen stellten in ihrem Bericht einen „erheblichen Mangel“ fest, die Waffen streuten ihre Kugeln bei Schüssen aus 100 Meter Entfernung über mehr als einen halben Meter. „Hier ist die Frage zu stellen, inwieweit ein Soldat in einem Feuergefecht mit heißgeschossener Waffe überhaupt noch treffen kann“, notierte ein Hauptmann. Der Bericht gelangte bis nach ganz oben, zu Verteidigungsminister Thomas de Maizière.

Wenige Monate später, am 8. März 2012, bat der Wehrbeauftragte Hellmut Königshaus (FDP) den Minister um ein persönliches Gespräch. Die Ergebnisse des Berichts – als geheime Verschlussache klassifiziert – seien eindeutig, doch die Experten würden durch das Ministerium offenbar mundtot gemacht, klagte Königshaus.

Im Ministerium wurde Königshaus als Querulant dargestellt, der sich mit Waffen nicht auskenne; er solle doch lieber weiter Kasernentoiletten begutachten. Wenn er neue Erkenntnisse zum G36 vortrug, ließ ihn Verteidigungsstaatssekretär Stéphane Beemelmans lässig bis arrogant abtropfen.

Diese Strategie des Beschwichtigens und Ablenkens setzte sich zunächst auch unter de Maizières Nachfolgerin Ursula von der Leyen fort. Gefährlich werden könnten der Ministerin deshalb die Prüfer des Bundesrechnungshofs, die immer hartnäckiger ermittelten. Ihre Arbeit kulminierte in einem Bericht vom 23. Juni 2014 („VS-vertraulich“), einer schonungslosen Abrechnung ministeriellen Versagens. Dort steht über das Verteidigungsministerium der Satz: „Die Ursachen der von Experten der Bundeswehr als inakzeptabel bewerteten Präzisionseinschränkungen hat es bis heute weder folgerichtig aufgearbeitet noch zweifelsfrei aufgeklärt.“

Schlummer noch: Das Ministerium vertrete auch unter neuer Führung „weiterhin die uneingeschränkte Tauglichkeit und Zuverlässigkeit des Gewehres G36, ohne alle bisherigen Untersuchungen in der Gesamtheit zu würdigen, und die Schießerbefahrungen der Bundeswehr in der Ausbildung zu berücksichtigen“. Mit anderen Worten: Es mangelt nicht an Erkenntnissen zum G36, sondern an politischem Handeln.

Zum Problem für die selbst ernannte Chefaufklärerin von der Leyen könnte auch die Tatsache werden, dass sie die Mitglieder des Haushaltsausschusses des Bundestags hinteres Licht geführt hat. In einer Sitzung am 22. Mai 2014 sagte von der Leyen, es lägen keine neuen Erkenntnisse zum G36-Gewehr vor, die Funktionsfähigkeit von Gewehr und Munition müsse weiter untersucht werden. Da wusste sie schon, was die Rechnungsprüfer herausgefunden hatten. Ein Entwurf des Berichts war ihrem Haus bereits im April zugestellt worden.

Anfang Juni musste ihr Parlamentarischer Staatssekretär im Haushaltsausschuss zugeben, dass der Truppe noch immer neue G36-Gewehre geliefert werden. Man könne die Annahme der bereits bestellten Waffen nicht verweigern. Man wolle aber keine weiteren G36 bestellen, solange die Untersuchungen noch laufen.

Die Opposition zürnt. „Ursula von der Leyen gibt die große Aufklärerin, dabei wurden auch in ihrer Amtszeit noch G36 beschafft, obwohl sie längst wissen musste, dass das Sturmgewehr große Mängel aufweist“, kritisiert der Grünen-Verteidigungsexperte Tobias Lindner.

Noch immer kann sich Heckler & Koch Hoffnung machen, weitere G36 liefern zu dürfen. Das ergibt sich aus den geheimen Erläuterungen zum Verteidigungshaushalt 2015, den die Parlamentarier im vergangenen Jahr vorgelegt bekommen haben. Darin sind fünf Millionen Euro bereitgestellt, die 2015 für G36-Gewehre an Heckler & Koch fließen sollen. Ein Ministeriumssprecher bestätigt dies, sagt aber, dass diese Mittel bei einem negativen Prüfergebnis nicht ausgegeben werden müssten.

Derweil sind von der Leyens Leute bemüht, die Defizite des G36 mit den Notwendigkeiten der Einsatzplanung in Einklang zu bringen. Das Gewehr, so heißt es in einer Weisung, solle nicht öfter als notwendig bei Auslandsmissionen eingesetzt werden. Vor allem „in den heißen Regionen Afghanistan, Mali und am Horn von Afrika“ sollten die Soldaten mit dem Gewehr so umgehen, „dass die möglichen Defizite des Sturmgewehrs G36 ... ausgeglichen werden“. Weitgehend Einzelfeuer, lautet die Empfehlung. „Feuerstöße“ sollen nur „gegen überraschend auftretenden und zahlenmäßig überlegenen Feind im Nahkampf“ erfolgen.

Eine Lösung des Problems findet sich in den „Technischen Lieferbedingungen“ (TL 1005-0099), die das BWB im Oktober 1996 für das G36 ausgegeben hat. Dort steht, die Waffe sei beim Dauerbeschuss „nach jedem Schießrhythmus mit Druckluft auf 294 K bzw. Umgebungstemperatur“ zu kühlen. Dumm nur, dass ein Soldat im Gefecht so selten Druckluft parat hat.

Matthias Gebauer, Gunther Latsch, Gordon Repinski, Gerald Trauffetter, Andreas Ulrich

VON HIER. VON UNS.

Spitzenmäßig.



Der auch.



Spitzenmäßiges zur Spargelsaison.

Viele wissen nicht, dass auch hier in Württemberg Spargel angebaut wird. Die passenden Weine von uns sind da schon viel bekannter, wie zum Beispiel dieser rassige Riesling. Seine fruchtigen Aromen von grünen Äpfeln und Weinbergspfirsichen machen diesen trockenen Wein zum perfekten Begleiter jedes „Spitzen“-Menüs. Entdecken Sie das Beste aus Württemberg: Achten Sie einfach auf das Siegel unserer Erzeuger.



Württembergische Weingärtner-Zentralgenossenschaft e. G.

Raiffeisenstraße 2 · 71696 Möglingen · Telefon 07141 4866-0 · www.wzg-weine.de · info@wzg-weine.de

Dienst an der Rampe

Holocaust 70 Jahre nach der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz stehen drei ehemalige SS-Leute vor Gericht. Die Prozesse hätten vor Jahrzehnten geführt werden müssen.

Der Weg zu dem Mann, der einer der letzten lebenden Täter von Auschwitz sein soll, führt durch Wiesen und Kiefernwäldchen. Es geht vorbei an Pferdekoppeln, Klinkerhäusern und gepflegten Vorgärten, tief hinein in die Lüneburger Heide.

Vor einem weiß getünchten Bungalow steht ein Mann in dunklem Anzug. Hinter ihm in der Garage hängen Gartenschläuche, der grüne VW Bora in der Einfahrt ist blitzsauber. Nein, sagt der Mann, sein Mandant werde sich bis zum Prozess nicht äußern. Das sei jetzt alles etwas viel für ihn. „Bitte haben Sie Verständnis und gedulden sich.“

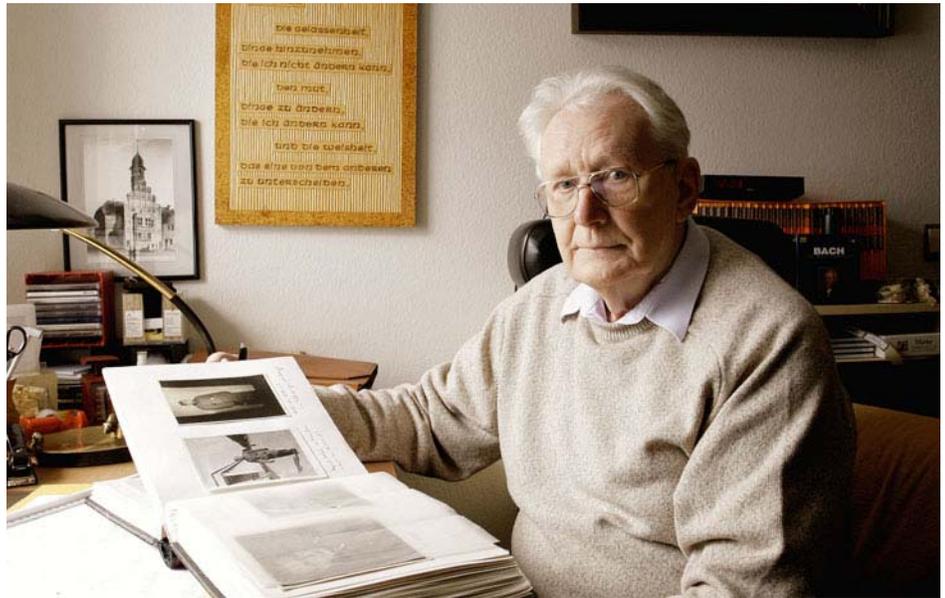
Ab dem kommenden Dienstag wird sich der frühere SS-Unterscharführer Oskar Gröning, 93, in Lüneburg den Fragen der Öffentlichkeit stellen müssen. Vor der 4. Großen Strafkammer des Landgerichts beginnt sein Verfahren – die Staatsanwaltschaft hat ihn angeklagt wegen Beihilfe zum Mord in 300 000 Fällen. Der Prozess gegen Gröning ist der erste eines vermutlich letzten Anlaufs, das gigantische Unrecht von Auschwitz aufzuarbeiten, bevor alle mutmaßlichen Täter gestorben sind.

Angeklagt sind auch die ehemaligen SS-Männer Hubert Z., 94, aus Mecklenburg-Vorpommern und Reinhold H., 93, aus Nordrhein-Westfalen. Beiden Greisen werfen die Staatsanwälte in Schwerin und Dortmund Beihilfe zum Mord in Tausenden Fällen vor. Wie Gröning waren sie in Auschwitz eingesetzt und sollen mit ihrem Dienst zum Funktionieren der Mordmaschine beigetragen haben. Weitere Verfahren könnten folgen.

Keiner der jetzt angeklagten SS-Männer soll selbst getötet haben, aber sie waren im Lager, als mindestens 1,1 Millionen Juden sowie Zehntausende nichtjüdische Polen, sowjetische Kriegsgefangene, Sinti und Roma umgebracht wurden.

Der gelernte Bankkaufmann Gröning war Buchhalter in Auschwitz, Landwirt Z. arbeitete als Sanitäter, und der Arbeiter H. war als Wachmann im sogenannten Stammlager tätig. Als „Rädchen im Getriebe“ hat Gröning selbst seine Rolle in der Mordfabrik beschrieben.

Der Befehl, der den SS-Sturmmann Oskar Gröning vor mehr als 72 Jahren nach Auschwitz bringt, kommt aus dem SS-Wirtschafts-Verwaltungshauptamt und trägt die Tagebuch-Nummer 762/42. „Mit Wirkung vom 25. September 1942 werden nachstehend aufgeführte SS-Angehörige“, so heißt es in dem Schreiben, „zur Verwal-



Ex-SS-Mann Gröning 2005: Angeklagt wegen Beihilfe zum Mord in 300 000 Fällen



Selektion in Auschwitz 1944: „Jeder wusste, was da passiert“

tung des Konzentrationslagers Auschwitz versetzt.“

Gröning ist damals 21 Jahre alt und überzeugter Nationalsozialist. Als er sich freiwillig zur SS meldet, ist seine größte Sorge, „zu spät zu kommen“ zu den letzten Siegen des Krieges. So hat er es vor zehn Jahren dem SPIEGEL (19/2005) erzählt, in einem Versuch, sich zu erklären.

Doch Gröning kommt nicht an die Front; er siegt auch nicht, sondern fährt in geheimer Mission in den Osten. Von Kattowitz aus geht es mit dem Zug nach Auschwitz, einer „ominösen Station“, wie Gröning in seinen Erinnerungen notierte. Er hat seine Erlebnisse in Auschwitz aufgeschrieben. Diese Dokumente, für Familie und Freunde bestimmt, konnte der SPIEGEL einsehen. Aus ihnen ergibt sich, wie Gröning seine Rolle erlebte.

FOTOS: MANFRED WITT (O.); JAO WASHEM (U.)

Nachdem die Neuen in Auschwitz angekommen waren, hätten SS-Führer sie nach ihren zivilen Berufen gefragt. Weil Gröning bislang in einer Sparkasse gearbeitet hatte, sei er in die Häftlingsgeldverwaltung gesteckt worden. Er habe die Devisen, die man den Insassen des Lagers abnahm, registriert und verbucht.

Ende November 1942, so erinnert sich Gröning, sei er zum ersten Mal auf der Rampe angetreten, wo die vollen Züge einliefen. Weil Gepäck und Wertgegenstände nach dem Ausladen immer wieder gestohlen worden waren, wurden die SS-Männer der Häftlingsgeldverwaltung zur Wache eingeteilt. Schon bei seinem ersten Einsatz sieht Gröning Schreckliches, wie er in seinen Erinnerungen notiert.

Eine Mutter habe ihren Säugling im Gepäck zurückgelassen, wohl weil sie fürchtete, zusammen mit dem Kind sofort getötet zu werden. Ein SS-Rottenführer habe das schreiende Baby genommen und es so lange mit dem Kopf gegen die Seitenwand eines Lastwagens geschlagen, bis es verstummt sei. Gröning schreibt, er habe den Mann zur Rede gestellt. Doch der habe ihn nur angebrüllt: „Leck mich am Arsch!“

Eines Nachts hätten sie nach geflohenen Häftlingen suchen sollen. Die SS-Männer durchkämmten einen Wald, Gröning sah einen Bunker und die Leichen, die davor lagen. Ein SS-Oberscharführer habe sich eine Gasmaske aufgesetzt und eine Büchse durch einen Schacht in das Gebäude geworfen. Gröning beschreibt, dass er die Schreie der Verzweifelten hörte, die zu ihm herausdrangen, dass sie bald schwächer wurden und dann aufhörten.

Gröning hat diese Vorgänge auch in diversen Vernehmungen geschildert. Er ist einer der wenigen ehemaligen KZ-Wachleute, die in der Öffentlichkeit mit ihrer moralischen Verantwortung gerungen haben. Gröning begann, über seine Vergangenheit zu sprechen, um Holocaust-Leugner zu widerlegen. Seine Aufzeichnungen, mit denen er mitteilen wollte, was er getan hat und was nicht, sollten anderen die Augen öffnen. Jetzt sind sie rechtlich von Bedeutung. Die Ermittler schließen daraus, dass er vom Massenmord in Auschwitz gewusst und trotzdem mitgemacht hat. Er habe mit seinem Dienst in der Verwaltung und auf der Rampe den reibungslosen Ablauf der Tötungsmaschinerie gewährleistet, heißt es in der 85-seitigen Anklageschrift der Staatsanwaltschaft Hannover.

Sein Verteidiger, Rechtsanwalt Hans Holtermann aus Hannover, argumentiert hingegen, dass der Dienst an der Rampe nicht als Beihilfe zum Mord gewertet werden könne. Die Staatsanwaltschaft gehe davon aus, dass Gröning immer erst nach Abschluss der Selektionen an den Gleisen eingetroffen sei. Er sei somit Teil der Drohkulisse gegen die deportierten Juden

gewesen und habe die Tötungen durch seine Handlungen nicht gefördert.

Was zynisch klingt, war lange die Haltung der deutschen Justiz. Sie verfolgte für viele Jahrzehnte nur diejenigen, die zur Leitung der Lager gehört hatten, die selbst gemordet hatten oder durch besondere Grausamkeit aufgefallen waren, sogenannte Exzesstäter. Von den 6500 SS-Leuten des Vernichtungslagers Auschwitz, die den Krieg überlebt hatten, wurden in der Bundesrepublik gerade 29 verurteilt; in der DDR waren es rund 20.

Das Ermittlungsverfahren mit dem Aktenzeichen 61/50/4 Js 76/77 gegen Gröning und Dutzende weitere Männer aus der Häftlingsgeldverwaltung stellte die Staatsanwaltschaft in Frankfurt am Main im Jahr 1985 ein. Es fehle ein „hinreichender Tatverdacht“, schrieb ein Oberstaatsanwalt. Gröning könne keine Beihilfe zum Mord vorgeworfen werden, weil „die Kausalität seiner Tätigkeit für den Erfolg der Vernichtungsaktion nicht gegeben“ gewesen sei, hieß es später. Noch im Januar 2013 lehnten es Frankfurter Staatsanwälte ab, die Ermittlungen gegen Gröning wieder aufzunehmen. Die Staatsanwaltschaft in Hannover sah den Fall anders und klagte ihn im August 2014 an.

„In dem Verfahren liegt eine große Chance für die deutsche Justiz, endlich zu einer juristischen Sicherheit im Umgang mit den Gehilfen von Massenmördern zu gelangen“, sagt der Berliner Rechtsanwalt Markus Goldbach, der als Nebenklagevertreter einer Auschwitz-Überlebenden an dem Prozess teilnimmt. Auch sein Kölner Anwaltkollege Günther Feld hat große Erwartungen an das Verfahren: „Wir haben die moralische Pflicht, dieses Menschheitsverbrechen aufzuarbeiten.“

Feld war früher Staatsanwalt und brachte 1991 Grönings Kameraden Heinrich Kühnemann vor Gericht. Er warf dem früheren SS-Unterscharführer unter anderem Beihilfe zum Mord vor. Kühnemann hatte als Angehöriger der sogenannten Gefangeneigentumsverwaltung das Gepäck der Deportierten auf der Rampe in Auschwitz bewacht und nach Auffassung Felds damit „den reibungslosen Ablauf der Massentötung gewährleistet“.

Das Verfahren vor dem Landgericht Duisburg endete vorzeitig, weil Kühnemann herzkrank wurde und eine Behandlung verweigerte. Der Versuch des Staatsanwalts zeigt aber, dass es möglich war, auch Handlanger vor Gericht zu stellen. Der Vorstoß blieb folgenlos, weil sich andere Ermittlungsbehörden Felds Beispiel noch nicht anschließen wollten.

Das änderte sich erst mit dem Verfahren gegen den SS-Wachmann John Demjanjuk. Ihm konnte man keine konkreten Taten im Vernichtungslager Sobibór nachweisen, er wurde trotzdem 2011 verurteilt. Ähnlich

**Wadenkrämpfe?
Verspannungen?**

Magnesiummangel!

Körperfreundliches **EXPRESS*** Magnesium

Magnesium-Diasporal® 300 mg zur Behandlung eines Magnesiummangels, der zu Muskelbeschwerden führen kann (Muskelkrämpfe, Zittern). Mit reinem Magnesiumcitrat, wie es als Baustein im Körper vorkommt. Deshalb körperfreundlich und schnell aktiv.

- Stark, direkt und nachhaltig
- Gegen Krämpfe und Verspannungen
- Vitalisiert die Muskeln
- 1x täglich – 24h Langzeiteffekt

JETZT
IN PRAKTISCHEN
STICKS



Magnesium-Diasporal®
Auch in anderen Darreichungsformen.
Nur in der Apotheke.

*Erhöhung der Magnesiumkonzentration im Blut nach 90 Minuten.

Magnesium-Diasporal® 300 mg, Granulat zur Herstellung einer Lösung zum Einnehmen (Wirkstoff: Magnesiumcitrat) Anwendungsgebiet: Behandlung und Vorbeugung eines Magnesiummangels. Enthält Sucrose (Zucker) und Natrium. Zu Risiken und Nebenwirkungen lesen Sie die Packungsbeilage und fragen Sie Ihren Arzt oder Apotheker. Protina Pharm. GmbH, D-85737 Ismaning

hatte zuvor der Bundesgerichtshof geurteilt und den Hamburger Studenten Mounir al-Motassadeq der Beihilfe zum Mord für schuldig befunden, weil er Geld an die Attentäter vom 11. September 2001 überwiesen hatte.

Es dauerte aber Jahre, bis die Ermittler handelten. Am 19. Februar 2014 durchsuchten sie in elf Bundesländern die Häuser und Wohnungen ehemaliger Auschwitz-Wachleute. Die „Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen“ in Ludwigsburg hatte 24 Männer und 6 Frauen als Tatverdächtige ausgemacht, darunter Gröning, Reinhold H. und Hubert Z.

Z. kam im Oktober 1943 als Sanitäter nach Auschwitz. Im Alter von 20 Jahren hatte er sich zur Waffen-SS gemeldet. Nach einem Fronteinsatz sollte er als letzter überlebender Sohn der Familie geschont werden: mit dem wenig risikoreichen Dienst in einem Konzentrationslager. Als Angehöriger der SS-Sanitätsstaffel habe er „das arbeitsteilige Lagergeschehen“ und damit den „industriellen Ablauf der Massentötungen“ unterstützt, wirft ihm die Staatsanwaltschaft Schwerin vor.

In seinen Vernehmungen bestreitet Z., mit Häftlingen Kontakt gehabt zu haben. Er habe sich als Sanitäter lediglich um SS-Angehörige gekümmert. Auf die Frage, ob er denn gewusst habe, was in dem KZ vorgegangen sei, antwortet er bereitwillig: „Natürlich wusste jeder, was da passiert.“

Reinhold H. wiederum hatte als Angehöriger des SS-Totenkopfsturmbanns Selektionen an der Rampe bewacht. Er habe auf diese Weise die tausendfachen Tötungen der Lagerinsassen gefördert oder zumindest erleichtert, heißt es in der Anklageschrift der Dortmunder Staatsanwaltschaft. Dem Rentner wird Beihilfe zum Mord in 170 000 Fällen vorgeworfen.

Die SS-Leute lebten nicht schlecht, während im Lager tausendfach gemordet wurde. Gröning berichtet von Trinkgelagen, Hochsprungwettkämpfen und ausgedehnten Mensch-ärgere-dich-nicht-Partien mit seinem Vorgesetzten. Außerdem war er in Sicherheit, sein Bruder fiel Ende 1942 vor Stalingrad. „Ich war halber Zivillist, der seine Arbeit machte und sonst eben nur sein Leben lebte“, schreibt Gröning.

Doch irgendwann reichte Gröning ein Versetzungsgesuch ein und wurde im Oktober 1944 zur kämpfenden Truppe abkommandiert. Ihm sei klar geworden, schreibt er in seinen Erinnerungen, dass seine „Hal-tung der inneren Emigration“ in Auschwitz nur bequem und feige gewesen sei. Die Erkenntnis kam in dem Moment, als er mit einem Sonderkommando jüdische Gettos zu räumen hatte. In seinen Aufzeichnungen empört er sich noch Jahrzehnte später über den Befehl: „Ich sollte plötzlich mit-helfen, Juden umzubringen.“ Jörg Diehl

Jüngstes Gericht

Verbände Jahrelang schlossen christliche Gewerkschaften Billiglohn-Tarifverträge ab. Und verschleierten dafür offenbar ihre winzigen Mitgliederzahlen.

Imagepflege bei den Gewerkschaften ist in der CDU gemeinhin Chefsache. Angela Merkel lässt kaum eine Gelegenheit aus, bei Treffen des Deutschen Gewerkschaftsbunds (DGB) zu sprechen. Schließlich gehören Arbeitnehmer zu den wichtigsten Wählergruppen der Merkel-Partei. Und ein kurzer Draht zum DGB mit seinen sechs Millionen Mitgliedern ist wichtig, wenn die Wirtschaft wieder einmal kriseln sollte.

Um die christlichen Gewerkschaften, die der CDU eigentlich besonders nahestehen müssten, macht die Kanzlerin jedoch einen Bogen. Spätestens seit sie in der Zeitarbeitsbranche Lohndrückerei gegen die Interessen der eigenen Mitglieder betrieben haben, haftet den Christengewerkschaften ein Schmutzimage an. Damit mag die Kanzlerin nicht in Berührung kommen.

Schon die nächste Woche könnte Merkel darin recht geben: Ab kommendem Dienstag verhandelt das Arbeitsgericht in Hamburg darüber, ob die „DHV – Die Berufsgewerkschaft“ weiterhin Tarifverträge abschließen darf. Die DHV ist eine der größeren Einzelgewerkschaften, die im christlichen Gewerkschaftsbund CGB organisiert sind. Die Kläger, die DGB-Gewerkschaften Ver.di und IG Metall sowie das Bundesland Berlin, wollen verhindern, dass die DHV weiter Löhne und Arbeitsbedingungen in Krankenhäusern, Pflegeeinrichtungen, Banken und Versicherungen aushandeln darf.

Die Argumente der Kläger haben Sprengkraft, weit über diesen Prozess hinaus. Unterlagen, die dem Gericht vorliegen, stützen den Verdacht, dass die DHV über Jahrzehnte seine Mitgliederzahlen manipuliert und somit eine Verankerung unter den Arbeitnehmern vortäuschte, die in Wirklichkeit nie bestand. Womöglich sind nur 10 000 von den 15 Millionen Beschäftigten in der DHV organisiert. „Bei einem Organisationsgrad, der selbst bei großzügigen Schätzungen maximal 0,07 Prozent beträgt“, argumentieren die Kläger, „besteht kein Zweifel daran, dass die DHV nicht tariffähig ist.“

Schönrechnerei, manipulierte Zahlen? Davon wisse er nichts, sagt Matthäus Strebl. Der CSU-Parlamentarier ist neben-

bei Chef des christlichen Gewerkschaftsbunds CGB, dem auch die DHV angehört. Er müsse sich auf das verlassen, was ihm die Bosse der Einzelgewerkschaften meldeten, verteidigt sich CGB-Chef Strebl. Über das Image seines Verbandes macht er sich gleichwohl keine Illusionen. „Wir waren die billigen“, sagt Strebl. „Wir müssen uns noch heute dafür schämen.“ Mithilfe der Billiglohn-Gewerkschaften konnten sich in der Vergangenheit Arbeitgeberverbände über günstige Lohnregelungen freuen. Es gab ja einen Tarifvertrag – aber womöglich mit einer Schein-Gewerkschaft.

Schon ein Blick auf die Website der DHV schürt dieses Misstrauen. Während die Christengewerkschaft unter der Rubrik „Wir über uns“ davon spricht, 75 000 Arbeitnehmer zu vertreten, vermeldet sie ein paar Klicks weiter eine Zahl von 80 000 Mitgliedern. Von der DHV beim Vereinsregister eingereichte Unterlagen zeigen, dass die Zahl in Wahrheit weit geringer sein dürfte. Die Satzung der DHV bestimmte nämlich bis 1994, dass die einzelnen „Gau“ für jeweils 2000 Mitglieder einen Funktionär in den Aufsichtsrat entsenden müssen. Gemessen daran könne die DHV zu keiner Zeit mehr als 32 000 Mitglieder gehabt haben.

DHV-Chef Henning Röders will sich zu dem Vorwurf nicht äußern, er verweist auf den laufenden Rechtsstreit und auf Gerichtsurteile, die der DHV in der Vergangenheit Tariffähigkeit bescheinigt hatten. Unterliegt er, könnte es um seine Gewerkschaft geschehen sein. Und nicht nur um sie. Tatsächlich steht auch die christliche Metallgewerkschaft CGM unter Druck. Zwar durfte sie nach einem Verfahren vor dem Bundesarbeitsgericht 2006 weiter Tarifverträge abschließen. Unter anderem hatte die Gewerkschaft eidesstattliche Versicherungen ihrer Funktionäre vorgelegt, wonach die CGM knapp 100 000 Mitglieder habe.

Doch auch diese Zahl muss bezweifelt werden, wie interne Unterlagen nahelegen. Die Mitgliedsbeiträge, die die Gewerkschaft in den eigenen Finanzberichten ausweist, passen nicht zu der Mitgliederzahl, die dem Gericht genannt wurde. Bricht man die Gesamtsumme der Beiträge herunter, hat die Gewerkschaft heute knapp 17 000 Mitglieder, eine Zahl, die auch Insider für plausibel halten. Der Chef der christlichen Metaller, Adalbert Ewen, will dazu nichts sagen.

Ehemalige Funktionäre jedoch sind nicht so zurückhaltend. Einer von ihnen machte seinem Unmut über Tarifdumping, interne Machtspiele und aufgeblasene Mitgliederzahlen unlängst in einem Schreiben an den Vorstand Luft. „Euer Geschwafel vom christlichen Menschenbild“, schreibt er darin, „kann kein normales Mitglied mehr hören.“

Peter Müller, Andreas Wassermann

Wir sind Weltmeister im Fußball und der Herzen, Häuslebauer und Weltentdecker, stolz auf Dichter und Denker und verkraften selbst Supertalente.

Und wir Deutschen haben mit 5,2 Billionen Euro so viel Geldvermögen wie nie. Nur eins bereitet uns Kopfzerbrechen: die anhaltend niedrigen Zinsen.

Dabei gibt es Lösungen, die **attraktive Erträge** bieten und trotzdem die **Sicherheit** jederzeit im Blick behalten. Ein Beispiel: **Mit Fidelity Zins & Dividende** nutzen Sie die Chance auf eine Ausschüttung von aktuell 4,9% pro Jahr.* Unsere Experten sorgen dafür, dass die Risiken für Sie überschaubar bleiben. **So ist Ihr Geld gut investiert.**

Seit mehr als 40 Jahren unterstützen wir Millionen Anleger, ihre finanziellen Ziele zu erreichen – erfolgreich und nachhaltig.

Informieren Sie sich über Fidelity Vorsorgelösungen bei Ihrem **Anlageberater**, Ihrer **Bank** oder unter

www.fidelity.de/zins-dividende



mehr Wert für Ihre Geldanlage

* WKN A12EE9 / ISIN LU1129851157 Fidelity Funds - Global Multi Asset Income Fund, Fidelity Zins & Dividende. Dieser Fonds ist eine Anteilsklasse des Fidelity Funds - Global Multi Asset Income Fund. Die letzte Ausschüttung des Fidelity Global Multi Asset Income Fund vom 02.02.2015 betrug 4,85 % p. a. bezogen auf den Anteilpreis von 10,15 Euro am 30.01.2015 (verwendete ISIN: LU0987487419). Alle anfallenden Erträge werden jährlich ausgeschüttet. Die Kosten für die Fondsverwaltung (voraussichtlich 1,73 % p. a.) können aus dem Fondskapital bedient werden und den Anteilpreis mindern, wenn sie nicht durch Kursgewinne gedeckt werden. **Die Höhe von Ausschüttungen, Anteilspreisen und Renditen können schwanken. Weitere Informationen zu Chancen und Risiken einer Fondsanlage erhalten Sie bei Ihrem Anlageberater oder unter www.fidelity.de/zins-dividende.** Fidelity Worldwide Investment betreut ein Kundenvermögen von 291,6 Milliarden Euro und beschäftigt rund 6.900 Mitarbeiter in 25 Ländern (Stand 31.12.2014). In Deutschland ist Fidelity seit 1992 fest verwurzelt, mit Firmensitz in Kronberg bei Frankfurt am Main. Die wesentlichen Anlegerinformationen zu diesem Fonds erhalten Sie kostenlos beim Herausgeber: Fidelity - FIL Investment Services GmbH, Kastanienhöhe 1, 61476 Kronberg im Taunus. Der Herausgeber erteilt keine Anlageempfehlung. Morningstar Awards 2015[®]. Morningstar, Inc. Alle Rechte vorbehalten. Verliehen an Fidelity Worldwide Investment für „Best Fund House“, Platz 1 in der Kategorie „Multi-Asset“, Deutschland. MK7847/2

„Ich war ein ganz schüchterner Kerl“

SPIEGEL-Gespräch Der Politologe Claus Leggewie über sein Leben als 68er, über Sympathien für den Terrorismus und die Karriere seiner wohl bekanntesten Wortschöpfung: Multi Kultu



Wissenschaftler Leggewie: „Da liegen Sie komplett falsch“

Ein Professor zieht Bilanz: **Leggewie** mischt sich seit Jahrzehnten in deutsche Debatten ein, nun hat er seine Lebenserinnerungen verfasst: „Politische Zeiten. Beobachtungen von der Seitenlinie“. Leggewie, 1950 geboren, studierte in Köln sowie in Paris Germanistik, Geschichte und Sozialwissenschaften, 1979 wurde er Assistent am Lehrstuhl von Bassam Tibi in Göttingen, 1989 Professor für Politikwissenschaft in Gießen. Seit 2007 leitet er das Kulturwissenschaftliche Institut in Essen. Leggewie verschanzte sich nie im Elfenbeinturm, stets suchte er die öffentliche Bühne, er schrieb Artikel über Rechtsradikalismus und Integration, etwa für die „Frankfurter Rundschau“, die „taz“ und den SPIEGEL. Vor der Bundestagswahl 2013 veröffentlichte er zusammen mit seinem Freund Daniel Cohn-Bendit einen SPIEGEL-Essay über die Chancen für Schwarz-Grün.

SPIEGEL: Herr Leggewie, kürzlich haben die Blockupy-Proteste in Frankfurt am Main die Republik bewegt. Haben diese Bilder Sie an Ihre politische Kampfzeit in den späten Sechzigerjahren erinnert?

Leggewie: Nein, von Blockupy bin ich weit entfernt. Dass man sich so besinnungslos austobt, hätte ich mir nicht im Traum vorstellen können. Ich wäre viel zu feige gewesen und zu unsportlich. Ich hätte auch Manschetten gehabt, eine Polizeistation

anzugreifen oder einen Bankautomaten zu zertrümmern.

SPIEGEL: Die Blockupy-Demonstranten haben eine kapitalismuskritische Agenda. Die hatten Sie auch.

Leggewie: Deswegen tut es mir ja auch so leid, was da passiert ist. Denn diese Agenda, die man auch heute haben muss, wird durch das, was in Frankfurt passiert ist, vollkommen zugedeckt. Diese fast blindwütige Gewalt verschüttet ja die Kritik an den Banken, die mir sehr sympathisch wäre.

SPIEGEL: Auch Sie haben mal für nicht eben friedfertige Ziele demonstriert, für den Kampf der Vietcong gegen die amerikanischen Truppen in Südvietnam, für den Maoismus.

Leggewie: Ja, ich war immer ein erklärter Nicht-Pazifist. Mein Ausgangspunkt war allerdings der algerische Befreiungskrieg. Ich hielt es für gerechtfertigt, dass Algerien sich von dem repressiven Kolonialregime Frankreichs befreit, und das dann auch mit Gewalt. Auch der Widerstand gegen eine Aggression – in Vietnam waren es erst die Franzosen und dann die Amerikaner – ist legitim. Aber das ist etwas anderes als eine Attacke auf einen Gegner wie die EZB, der zudem der falsche Gegner ist, weil es sich um eine staatliche Einrichtung handelt, die bei allen Mängeln in der Euro-Rettungspolitik gegenüber Griechenland noch vergleichsweise mäßigend auftritt.

SPIEGEL: Sie sind schon als Schüler früh politisiert worden. Ging es damals gleich

um die Weltrevolution, oder ging es eher darum, dass man Teil einer Bewegung sein wollte, die chic und angesagt war?

Leggewie: Nein, mit „chic“ hatte das nichts zu tun, dieses linke Milieu war damals noch eine kleine Minderheit. Bevor ich überhaupt politisch irgendwo aktiv war, habe ich 1966 an einer großen Demonstration von Schülern auf dem Kölner Neumarkt teilgenommen. Es ging um die Erhöhung der Straßenbahnpreise, die mich eigentlich gar nicht interessierten, weil ich sowieso nur Fahrrad fuhr. Aber man konnte sich mit einer größeren Sache solidarisieren. Und man hatte zum ersten Mal das Gefühl von Macht in einer Gemeinschaft, das Gefühl, etwas politisch bewirken zu können. Solche Momente wünsche ich 16-Jährigen heute.

SPIEGEL: Warum war das so faszinierend?

Leggewie: Wir waren noch nicht die, die man heute als 68er zu kennen meint. Wir hatten damals noch schwache Stimmen, ich selber war ein ganz schüchterner Kerl. Deswegen waren ja Mikrofon und Megafon so wichtig, die laute Popmusik und der Stimmverstärker, mit dem unsere schwachen Stimmen stark wurden, auch deswegen brüllte man später „Ho-Ho-Ho Chi Minh!“. Hörst mich an!

SPIEGEL: Sie haben als Schüler erst bei der Jungen Union angefangen und sind danach auf die linke Seite gewechselt. In Ihren Memoiren schreiben Sie, dass Sie dieses „neue Milieu, in dem geöffnet und geklaut wurde“, einfach „scharf“ gefunden hätten. Also nicht „chic“, aber „scharf“?

Leggewie: Wir waren nicht die besseren Menschen. Ich hatte bei alledem immer sehr ambivalente Gefühle. Ich erinnere mich an eine Rektoratsbesetzung in Köln und daran, wie ich in die „Sieg Heil“-Rufe meiner Kommilitonen einstimme. Und noch heute meldet sich mein Unbewusstsein, das mir sagt: Mensch Claus, bist du verückt geworden?

SPIEGEL: Sind Sie sich sicher, dass Sie dieses schlechte Gewissen schon damals hatten?

Leggewie: Ja, daran erinnere ich mich ganz genau. Ich fand es sogar unmöglich, dass ein Freund von mir bei dieser Besetzung die Zigarren des Rektors rauchte. Das macht man nicht, das fand ich ungehörig. Dazu war ich einfach zu bürgerlich geprägt.

SPIEGEL: War 68 für Sie ein Weg, Ihre Schüchternheit zu überwinden?

Leggewie: Ja, es machte Mut, sich aus dem herauszutragen, was für einen vorgezeichnet war. All das, was dieser Generation

Das Gespräch führten die Redakteure Klaus Brinkbäumer und Martin Doerry.



Leggewie-Idol Dutschke 1967: „Die Typen waren cool“



Blockupy-Protest am 18. März in Frankfurt am Main: „Fast blindwütige Gewalt“

heute so zugeordnet wird, die sexuelle Befreiung, das Antiautoritäre – das war anfangs noch gar nicht da, man musste erst ganz, ganz viele Schritte machen, um so locker zu werden. Natürlich gab es Kommilitonen, die wirklich rotzfrech waren. Ich erinnere mich noch an einen, der einmal den CDU-Landtagspräsidenten, der sich in die Aula der Kölner Uni gewagt hatte, aufforderte: „Reden Sie mal über Ihre Orgasmusschwierigkeiten.“ Großes Gelächter, aber ich bin vor Scham im Boden versunken.

SPIEGEL: Sie haben nicht mitgelacht?

Leggewie: Ich fand es furchtbar, nein.

SPIEGEL: Trotzdem haben Sie in diversen linken Gruppen Politik gemacht.

Leggewie: Das hatte natürlich viele Gründe. Aber es war anders, als Sie es bei einem Professor für Politologie vielleicht erwarten: Ich bin nicht durch die Theorien von Adorno, Horkheimer oder anderen politisiert worden, sondern durch das, was auf der Straße passierte. Durch die Hakenkreuze an der Kölner Synagoge, durch das Massaker an algerischen Einwanderern in Paris, durch die Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze, die Ermordung von Benno Ohnesorg 1967 durch einen Polizisten am Rande der Anti-Schah-Demo in Berlin. Und dann waren auch noch die Typen cool, Rudi Dutschke vor allem. Das hat mich geprägt.

SPIEGEL: Und wie wird man dann zum Maoisten?

Leggewie: Also: 68 endete auch 1968. Die Studentenbewegung bis dahin war libertär, sie war antiautoritär und unterstützte die Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt. In dem Moment, in dem diese Bewegung sich in Grüppchen und Parteien zerlegte, war sie vorbei. Und das geschah 1968. Ich hatte damals in Köln mit dem Studium begonnen, zuerst Germanistik und Geschichte. Und der MSB Spartakus trat auf den Plan, ein von der DDR gesteuerter Studentenbund. Da wurde ich ganz automatisch zum Maoisten, denn den Argwohn gegenüber Russland haben Sie in dem rheinisch-katholischen Milieu, in dem ich aufgewachsen bin, schon mit der Muttermilch aufgesogen. Und dann erleben Sie auch noch, wie diese MSB-Leute Ihren Professor als alten Nazi angreifen, den Historiker Theodor Schieder ...

SPIEGEL: Womit die Spartakus-Leute allerdings recht hatten.

Leggewie: Sie waren von der Stasi gebrieft worden.

SPIEGEL: Schieder war im „Dritten Reich“ ein prominenter Vertreter der nationalsozialistischen Volkstums- und Rassenpolitik.

Leggewie: Nicht prominent, aber schwer verstrickt. Ich bin damals zu Schieder hingegangen und habe ihn gefragt: „Sagen Sie mal, ist da etwas dran, was diese idiotischen Spartakisten über Sie behaupten?“

Ich hatte schon einen Verdacht, zumal Streitigkeiten aus der Familie Schieder an unser Ohr drangen. Und er hat nur gesagt: „Machen Sie sich da keine Sorgen.“ Aber ich wusste, hier wirst du wieder mal belogen.

SPIEGEL: Trotzdem haben Sie ihm, so schreiben Sie in Ihren Erinnerungen, Ihre „Loyalität“ erklärt.

Leggewie: ... und bin alsbald zu dem garantiert unverdächtigen Soziologen René König gewechselt.

SPIEGEL: Sie berichten, dass Sie bei dem Thema auch von Ihrem Vater belogen worden seien.

Leggewie: Ja, er war sozusagen ein Double von Schieder, nur zwei Jahre jünger, und er hat auf meine Frage, ob er jemals in der NSDAP gewesen sei, immer Nein gesagt. Erst nach seinem Tod habe ich erfahren, dass er 1937 eingetreten war, der Karriere wegen, er wollte Studienrat für Griechisch und Latein werden.

SPIEGEL: Was genau werfen Sie ihm vor? Dass er in die Partei eingetreten ist oder dass er es Ihnen nicht gesagt hat?

Leggewie: Dass er mit mir darüber nicht gesprochen hat, als ich in der Pubertät anfang, pampig zu werden, als ich ihn danach gefragt habe. Was ich mir allerdings vorwerfe, ist die Härte, die irgendwann eintritt. Diese allgemeine Rede meiner Generation: Das waren alles „alte Nazis“. Das waren sie eben nicht. Und wir waren leider nicht in der Lage, dieser Generation wenigstens so etwas wie nachgetragenes Mitleid entgegenzubringen. Das finde ich schade.

SPIEGEL: Sie sprechen von der Härte Ihrer Generation. In den Siebzigerjahren radikalisierte sich das linke Spektrum, viele gingen nur zu den Spontis, so wie Sie, andere dagegen in den Terrorismus. Wie erklären Sie sich Ihren Weg im Nachhinein?

Leggewie: Das war ein ganz schmaler Grat. In meinem Buch berichte ich von dem geplanten Anschlag auf das spanische Generalkonsulat in Köln. Der scheiterte daran, dass wir in der entscheidenden Nacht einfach zu besoffen waren. Die RAF hätte gesagt: Lob der Feigheit. Aber mir war es am Ende eben doch nicht egal, wenn da im entscheidenden Moment ein unbeteiligter Spaziergänger in Mitleidenschaft gezogen worden wäre.

SPIEGEL: Warum haben Sie dann 1977 zusammen mit anderen Uni-Dozenten das berühmte Pamphlet „Buback – ein Nachruf“ verbreitet? Der anonyme Autor spricht darin von seiner „klammheimlichen Freude“ über den Mordanschlag der RAF auf den Generalbundesanwalt.



Muslimische Frauen in Berlin

„Wir waren nicht romantisch, sondern realistisch“

Leggewie: Wir haben das veröffentlicht, weil wir Anhänger einer radikalen Rede- und Meinungsfreiheit waren.

SPIEGEL: Was hatte das mit Pressefreiheit zu tun?

Leggewie: Ich bin der Meinung, dass man alles publizieren kann, soweit es nicht zur Gewalt aufruft.

SPIEGEL: Aber es handelte sich um ein Dokument, in dem Gewalt bejaht wurde. Wer „klammheimliche Freude“ äußert ...

Leggewie: ... der geht sehr weit ...

SPIEGEL: ... bekennt sich aber nicht zur Gewalt?

Leggewie: Einspruch: Die ausdrückliche Schlussfolgerung des „Nachrufs“, nämlich die klare Absage an Gewalt, wurde überall ignoriert.

SPIEGEL: Ist das nicht nur ein Versuch, das bis heute ungeklärte Verhältnis der Linken zur Gewalt zu verharmlosen?

Leggewie: Das Verhältnis der Linken zur Gewalt ist nicht ungeklärt. Das ist schon tausendmal besprochen worden, im Fall von Joschka Fischer zum Beispiel. Mein Verhältnis zur Gewalt ist ganz klar. Ich habe keine Gewalt gegen Personen ausgeübt, ich habe nur einen einzigen Stein bei einer Demo in eine Fensterscheibe geworfen, und deswegen habe ich noch heute ein schlechtes Gewissen ...

SPIEGEL: Niemand würde Ihnen das noch vorwerfen. Aber war es wirklich vernünftig, dieses Dokument zu verbreiten? Es existierte ja schon, als Artikel in einer Göttinger Studentenzeitung.

Leggewie: Der vollständige Text war eben nur wenigen bekannt. Aber jetzt frage ich Sie: Sind Sie als Vertreter eines mächtigen deutschen Presseorgans gegen Veröffentlichung?

SPIEGEL: Grundsätzlich natürlich nicht. Nur würden wir wohl kein Dokument veröffentlichen, in dem die Ermordung eines Repräsentanten unserer Demokratie gefeiert wird. Warum haben Sie das Buback-Pamphlet verbreitet, statt es erst mal öffentlich zu kritisieren?

Leggewie: Man kann es erst kritisieren, wenn mehr als der fatale Satz bekannt ist. Und wir haben den Inhalt dann auch diskutiert.

SPIEGEL: Was halten Sie von einer anderen Hypothese: Sie und die anderen Herausgeber haben dieses Dokument veröffentlicht, weil Sie Teil eines Milieus waren, in dem die Koketterie mit der Gewalt nun einmal ziemlich „scharf“ war, um es mit Ihren Worten zu sagen.

Leggewie: Da liegen Sie komplett falsch. Ich persönlich galt in diesen Kreisen, von denen wir reden, als totaler Renegat, als reformistisches

Weichei. Ich war 1977 in diesem Milieu vollkommen erledigt. Sie haben hier nicht einen Anführer oder Rädelführer vor sich, sondern jemanden, der sich damals schon mit vielem kritisch auseinandergesetzt hat, was bei den Linken schiefgegangen war.

SPIEGEL: Dennoch haben Sie eine Solidaritätsdemonstration für den Hochschullehrer Peter Brückner mitorganisiert ...

Leggewie: ... der auch mit Ulrike Meinhof geredet hatte, ich weiß.

SPIEGEL: Das finden Sie heute ebenfalls in Ordnung?

Leggewie: Nein, Brückners Kontakte zur RAF lagen viele Jahre zurück. Dass jemand deswegen Jahre später von der Universität relegiert wird und im Kaffeehaus sitzen muss, das fand ich nicht in Ordnung.

SPIEGEL: Wenn Sie heute auf den jungen Mann zurückblicken, der Sie damals waren: Wo finden Sie ihn naiv, wo finden Sie ihn abenteuerlustig und bewundernswert?

Leggewie: Naiv war zum Beispiel der deutsche Professor, der 1994 in den Jugoslawienkrieg nach Sarajevo gefahren ist und geglaubt hat, dass er dort etwas ausrichten kann. Allerdings naiv im kantschen Sinne, als Ausdruck einer menschlichen Aufrichtigkeit angesichts der sonst üblichen Falschheit.

+ CHEMIESPEZIALISTEN TREND- SCOUTS

SPIEGEL: Sie haben 1990 ein Buch herausgegeben, dessen Titel „Multi Kulti“ eine denkwürdige Karriere gemacht hat. Betrachten Sie den Begriff heute auch als naïv?

Leggewie: Zuerst mal: Ich habe ihn ja nicht erfunden, sondern nur nach Deutschland geholt. „Multi Kulti“ war der Name einer Jazzgruppe von Don Cherry, die ich in New York gehört hatte und die in der Tat bunt gemischt war. Ich hatte deswegen auch immer den englischen Klang im Ohr und nicht den deutschen. Das hört sich ja so nach Eiapoepia an, so verniedlichend. Insofern war es vielleicht eine falsche Wortwahl.

SPIEGEL: Die sich aber durchgesetzt hat.

Leggewie: Als Schmusewort für sechs Monate, als Hasswort für Jahrzehnte nun schon. Noch heute wird in jeder dritten Politikerrede verächtlich über das angebliche Ideal von „Multi Kulti“ gesprochen. Aber das, was damals in diesem Buch stand, hat mit diesem Klischee nichts zu tun. Das war eine absolut nüchterne Bestandsaufnahme einer Gesellschaft, in der unterschiedliche Kulturen aufeinandertreffen. Dort findet sich auch der Satz „We never promised you a rose garden“. Das heißt: Das wird keine besonders schöne Geschichte werden, eine Einwanderungsgesellschaft hat Konflikte, hat Probleme.

SPIEGEL: Aber Sie haben auch nicht vor Multi Kulti gewarnt.

Leggewie: Wie kann man vor der Wirklichkeit warnen? Dass die Bundesrepublik eine Einwanderungsgesellschaft geworden ist, finde ich sehr gut. Wir sind eine offene Gesellschaft. Wir können Einwanderer nicht nur aus ökonomischen Gründen gut gebrauchen. Aber wir müssen auch eine vernünftige Einwanderungspolitik machen. Wir waren also nicht romantisch, sondern realistisch. Wir haben 1994 im „Manifest der 60“ gesagt: Leute, hier passiert was. Akzeptiert, wie es ist. Das kann man gestalten, da kann man was daraus machen.

SPIEGEL: Im Unterschied zu den Neunzigerjahren ist die deutsche Gesellschaft heute in ihrer Mehrheit dazu bereit.

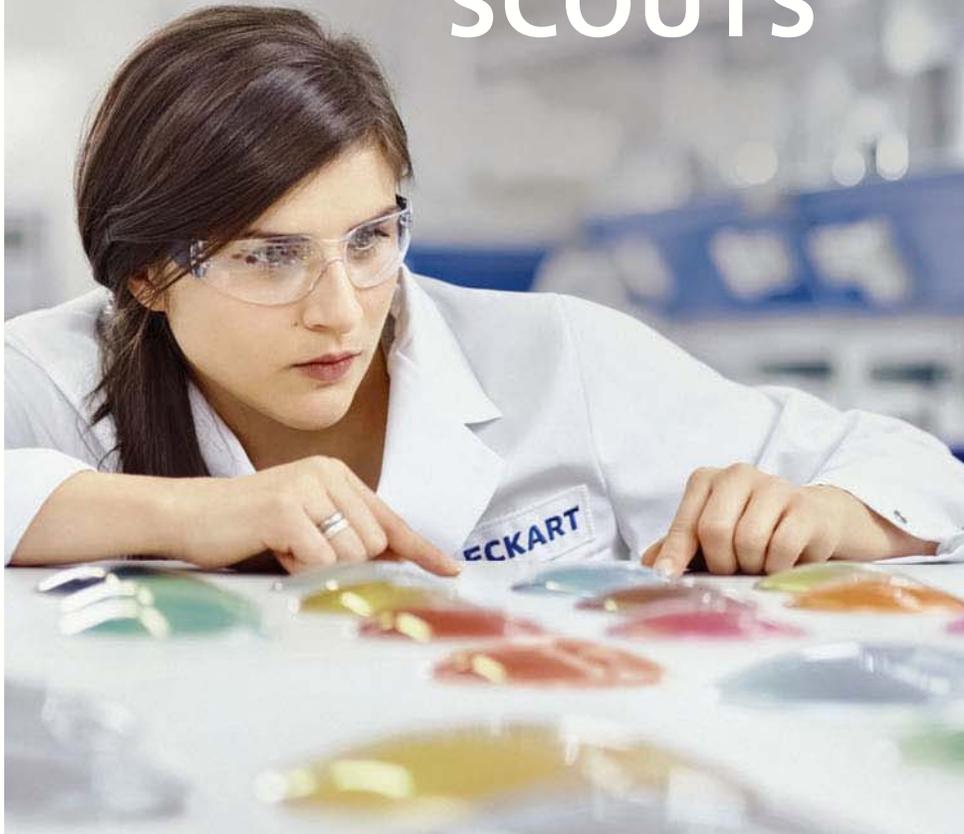
Leggewie: Und das finde ich hervorragend. Ich finde es großartig, wie wir inzwischen in der Regel mit den Flüchtlingen umgehen. Deswegen stehe ich zu Multi Kulti – und zu 68.

SPIEGEL: Herr Leggewie, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Claus Leggewie
Politische Zeiten. Beobachtungen von der Seitenlinie

Verlag C. Bertelsmann,
München;
480 Seiten;
24,99 Euro.



ALTANA – global führend in reiner Spezialchemie. Wir investieren jedes Jahr rund sechs Prozent des Umsatzes in Forschung und Entwicklung – fast doppelt so viel wie der Branchendurchschnitt. Deswegen finden wir für Sie nicht nur die passende chemische Formel, sondern die Lösung, mit der Sie auch in Zukunft in Ihren Märkten Akzente setzen, zum Beispiel mit unseren tonangebenden Effektpigmenten.

Entdecken Sie dieses Plus für Ihr Geschäft:
www.altana.de/plus



MARINA DISTLER, FARBEXPERTIN IM GESCHÄFTSBEREICH ECKART EFFECT PIGMENTS

ALTANA

BYK
Additives & Instruments

ECKART
Effect Pigments

ELANTAS
Electrical Insulation

ACTEGA
Coatings & Sealants

Brennt wie Stroh

Sicherheit Ein internes Papier der Bauminister fordert strengere Vorschriften für gedämmte Fassaden. Für Millionen Mieter und Hausbesitzer würde es teuer.

Als die Feuerwehr eintraf, stand das Mehrfamilienhaus an der Bolongarstraße in Frankfurt-Höchst bereits in Flammen. Mit mehr als tausend Grad Celsius fraß sich das Feuer durch die Fassade im ersten Geschoss. Aus einer kokelnden Restmülltonne war binnen wenigen Minuten ein Großeinsatz geworden – und die Löschkräfte glauben auch zu wissen, warum: Wie so oft in letzter Zeit habe eine großzügig aufgeklebte Isolierschicht aus Polystyrol den Flammen als Nahrung gedient und den Brand beschleunigt wie sonst nur ein Bündel Stroh.

Die Frage, ob Wärmedämmung die Feuergefahr erhöht, beschäftigt nun auch die zuständigen Bauminister in den Bundesländern. Offiziell gilt der Dämmstoff Polystyrol, besser bekannt unter dem Markennamen Styropor, als schwer entflammbar. Die Bundesregierung fördert seinen Einsatz mit milliardenschweren Subventionen. Doch der Frankfurter Brand von Mitte März ist nur der jüngste von mindestens 60 vergleichbaren Fällen der vergangenen Jahre; viele betroffene Hausbesitzer und Mieter sind verunsichert. Und so gaben die Bauminister ihren Fachleuten den Auftrag, auf der Grundlage wissenschaftlicher Studien und eigener Brandversuche einen Leitfaden zu entwickeln, der über mögliche Risiken aufklärt.

Das Ergebnis wird kaum für Beruhigung sorgen, im Gegenteil. Ein Arbeitspapier der „Fachkommission Bauaufsicht der Bauministerkonferenz“ kommt zu dem Schluss, dass die Gefahren offenbar noch größer sind, als die Betroffenen fürchten: Wärmedämmungen mit Polystyrol zeigten „Schwächen bei bestimmten Außenbrandsituationen“.

Die Experten schlagen in ihrem Entwurf für das Merkblatt vor, dass um jedes gedämmte Haus künftig eine Art Schutzzone errichtet wird, um Fälle wie in Frankfurt zu verhindern. „Bei der dauerhaften Lagerung von brennbarem Material und Gegenständen (z. B. Brennholz, Müllcontainer aus Kunststoff) sollte ein Mindestabstand von drei Metern zur Fassade eingehalten werden“, heißt es dort. Eine Alternative sei, Mülltonnen in einer „ge-



Dämmfassade in Hamburg in Flammen
„Mindestabstand für Autos und Mülltonnen“

schlossenen Einhausung“ unterzubringen. Ob diese „aus Stahl oder Beton“ bestehe, könne dem Hausbesitzer überlassen werden, Hauptsache: „aus nichtbrennbarem Material“.

Geht es nach den Experten, müssten vor mit Polystyrol gedämmten Häusern demnächst sogar Parkverbote eingerichtet werden, um die Brandgefahr einzudämmen: „Kraftfahrzeuge sollten nicht unmittelbar an der Fassade stehen“. Gleiches gelte für das „zeitweise Abstellen von Brandlasten (z. B. Sperrmüll) sowie für Marktbuden“, heißt es in dem Papier weiter.

Die Baufachleute sind zudem der Ansicht, dass es nach den Erfahrungen der vergangenen Jahre womöglich nicht reicht, sich wie bislang auf Gebäude mit mindestens drei Obergeschossen zu beschränken. Alle Präventivmaßnahmen seien „selbstverständlich auch für Gebäude niedriger Bauhöhen und bei allen brennbaren Fassaden sowohl bei Bestands- als auch bei Neubauten empfehlenswert“, schreiben sie in ihrem Entwurf. Für die Wärmedämmung bei größeren Gebäuden wiederum sollten die Vorgaben dahingehend verschärft werden, dass auf jeder Baustelle ein „in Brandschutzfragen erfahrener Fachbauleiter“ bestellt werden muss.

Mülltonnenverbot, Parkverbot, Brandschutzbeauftragter: Ob sich all diese Punkte im geplanten Merkblatt niederschlagen, müssen jetzt die Bauminister aus den Bundesländern entscheiden. Für die Politiker steht viel auf dem Spiel. Sollten sie die Expertenratschläge übernehmen, käme dies einer Warnung an alle Hausbesitzer gleich: Entweder teure Nachrüstungen oder Finger weg von Wärmedämmplatten aus Polystyrol! Es fällt schwer zu glauben, dass Eigenheimbesitzer bereit sein werden, alle Mülltonnen einzumauern und das Auto um die Ecke zu parken anstatt in der eigenen Einfahrt.

Doch was würde dann aus der Kampagne „Dämmen lohnt sich“, mit der Bund, Länder und Dämmstoffindustrie seit Jahren gemeinsam werben? Styropor ist billiger als vergleichbare Dämmstoffe; sein Marktanteil liegt deshalb bei fast 50 Prozent und steigt ständig an. „Wenn wir unsere Klimaschutzziele erfüllen wollen, dann müssen wir an den Gebäudebestand ran“, sagte kürzlich Baden-Württembergs grüner Umweltminister Franz Untersteller, weshalb er auch nichts davon halte, Styropor zu verteufeln.

Tatsächlich arbeiten Spitzenbürokraten einiger Bundesländer bereits daran, den Wortlaut des Entwurfs zu entschärfen. In einer nervenschonenderen Version ist nun von „Einzelfällen“ die Rede, in denen Styroporfassaden in Brand geraten seien. Und die Sache mit dem Parkverbot fürs Auto taucht hier gar nicht mehr auf.

Alexander Neubacher

Lesen was gesund macht.

Weitere Themen:

- ▶ **Palliativ-Patienten:** Wie Apotheken die Betreuung aktiv unterstützen können
- ▶ **Tierimpfungen:** Alles Wichtige über die Vorsorge für Hund, Katze & Co.
- ▶ **Feldenkrais:** Wie das Training Knie- und Fußprobleme mindert
- ▶ **Kalzium:** Warum eine Überversorgung mit dem Mineralstoff riskant ist
- ▶ **Reife Haut:** Wie Sie mit reichhaltiger Pflege der Trockenheit entgegenwirken

Alle 14 Tage NEU
in Ihrer Apotheke.



www.apotheken-umschau.de

„Noch mal etwas Schönes“

Pflegeheime Das Bedürfnis alter Menschen nach Sex ist ein Tabuthema. Pfleger und Angehörige von Demenzkranken lernen erst langsam, damit umzugehen.

Der alte Herr stand nackt auf der Terrasse und onanierte, als die Pflegedienstleiterin das Zimmer betrat. „Was machen Sie denn da, das ist doch viel zu kalt“, rief die blonde Frau. „Kommen Sie, ich ziehe Ihnen mal was an.“ Die Antwort des 74-Jährigen kam prompt: „Zieh du dich erst mal aus, Blondie.“

Die Szene stammt nicht aus dem Kinohit „Honig im Kopf“, in dem Dieter Hallervorden einen Alzheimerpatienten mimt. Sie ist ein Ausschnitt aus dem Alltag des Hamburger Pflegeheims „Fallen Anker“.

Die Einrichtung im Stadtteil Othmarschen ist auf die Betreuung von Menschen mit Demenz spezialisiert, etwa 100 der 134 Bewohner leiden unter der fortschreitenden Hirnerkrankung. Sie vergessen, wer sie sind, was sie gerade noch gesagt, getan und gefühlt haben. Und einige haben einen ausgeprägten Sexualtrieb und sind häufig ziemlich hemmungslos.

Vor allem die Pflegekräfte bekommen das zu spüren. „An die Brust fassen oder auf den Hintern hauen, das kennen wir alle, egal ob vom Waschen, Anziehen oder Essenanreichen“, sagt Claudia Pilß, die Pflegedienstleiterin, die seit 13 Jahren in der Einrichtung arbeitet. „Einige Bewohner laufen unbekleidet umher, denen müssen wir dann helfen, sich wieder anzuziehen.“

Alte Menschen und Sex – über beide Themen sprechen die Deutschen am Arbeitsplatz, in der Freizeit, in der Familie; aber so gut wie nie im Zusammenhang miteinander. Es scheint, als gebe es ein kollektives Übereinkommen: Sexuelle Begierde ist etwas, das im Alter abflacht und irgendwann nicht mehr existiert. Großeltern haben asexuelle Wesen zu sein, von Pflegebedürftigen ganz zu schweigen.

Dass die Realität anders aussieht, davon bekommt die Gesellschaft nur wenig mit. Die Last mit der Lust dementer Menschen haben jene zu tragen, die sie betreuen.

Die Gerontologin Katharina Sieren hat für eine wissenschaftliche Arbeit über „Sexuelle Bedürfnisse von Altenheimbewohnern“ 20 Pfleger und Betreuer beiderlei Geschlechts interviewt. Die meisten Befragten hatten anzügliches Verhalten der Betreuten erlebt, häufig mehrmals. Sie berichteten von ungewollten Berührungen und von Bewohnern, die sich selbst befriedigten oder Pornofilme anschauten. Junge Altenpflegerinnen mussten sich Anspielungen auf ihre Oberweite gefallen lassen. Eine Pflegerin erzählte von einer demen-



Pflegedienstleiterin Pilß: „Zieh du dich erst mal aus, Blondie“

ten Bewohnerin, die Männer zum Austausch von Zärtlichkeiten aufforderte; eine andere von einem Paar, das sich anderen beim Sex zeigen wollte.

Die Reaktionen der Pflegekräfte waren sehr unterschiedlich. Sieren fand heraus, dass ältere Mitarbeiter dem sexuellen Verhalten aufgeschlossener gegenüberstehen als jüngere. Berührungen im Altersheim werden noch immer als widernatürlich angesehen. So habe eine Pflegerin unbeabsichtigt das Liebesspiel eines Paares gestört, weil sie glaubte, die lautstarke Seniorin fühle sich bedroht.

Das Thema Sexualität findet bis heute wenig Raum in der Ausbildung zur Altenpflege, geschweige denn in Pflegerichtlinien. Wenn überhaupt darüber gesprochen

wird, dann im Rahmen von Fortbildungen wie im Fallen Anker.

Weil sich Claudia Pilß der Unterstützung der Einrichtungsleitung sicher ist, pflegt sie einen offenen Umgang mit dem Thema. Sie sucht das Gespräch mit ihren Kollegen, insistiert, dass sexuelle Bedürfnisse mitunter zwar peinlich, jedoch immer menschlich sind. „Ich akzeptiere aber, wenn jemand sagt, in dieses oder jenes Zimmer möchte ich nicht mehr reingehen.“

Pilß berichtet von einem Mann, der sich mit Ausscheidungen befriedigte. „Das ist eklig. Das überfordert mich.“ Derartige Sätze hat Claudia Pilß daraufhin von ihren Mitarbeitern gehört.

Weil sich bald niemand mehr fand, der zu dem Bewohner ins Zimmer gehen woll-

te, hat sie ihm in Absprache mit seiner Betreuerin Pornohefte und Gleitcreme gekauft, ihm in Ruhe erklärt, was das ist, und danach die Tür hinter sich zugezogen. „Das hat gut geklappt, der Mann war danach weniger anzüglich und übergriffig – vielleicht weil er sich ernst genommen fühlte –, und wir hatten weniger Arbeit.“

Derartige Hilfe zur Selbsthilfe gibt es jedoch nur in fortschrittlichen Häusern. Auch weil zuvor immer ein Gespräch mit den Betreuern oder Angehörigen erforderlich ist. Sie müssen solche Maßnahmen nicht nur mittragen, sondern meist auch bezahlen, sie werden nicht von der Pflegeversicherung übernommen.

Die Gespräche sind schwierig, die Reaktionen oft voller Scham. „Vor allem für die Kinder dementer Senioren ist es sehr belastend, wenn ihnen ihr Vater oder ihre Mutter wesensfremd wird – besonders wenn sexuelle Bereiche betroffen sind“, sagt Björn Cranen, Sozialtherapeutischer Leiter der Einrichtung Pro8 im Rheinland, die sich ebenfalls auf die Betreuung Demenzkranker spezialisiert hat.

Cranen setzt auf die Aufklärung der Angehörigen. „Sie müssen verstehen, dass bei der Demenz die Steuerungsmechanismen stetig verloren gehen“, sagt er, „dadurch setzt sich das Triebhafte immer mehr durch.“ Ein 86-Jähriger werde seine Gedanken an Sex dann nicht mehr los.

Gab es einen Zwischenfall, ruft Cranen Mediziner, Psychiater, Pflegekräfte und die Angehörigen zusammen. Gemeinsam beschließen sie schon mal, dass ein Mann in Pumps rumlaufen dürfe, wenn er in hohem Alter seine Vorliebe für Frauen sachen entdeckt hat. Für Cranen gibt es eigentlich nur eine Regel: „Die Bewohner sollen sich wohlfühlen und dürfen niemanden verletzen.“

In Ausnahmefällen holen sich einige Heime auch sogenannte Sexassistenten ins Haus. Das sind Menschen wie Catharina König. Die Frau mit den grauen Locken und der orangefarbenen Brille nennt sich Sexualbegleiterin, dazu hat sie eine Ausbildung absolviert, die ein privates Institut anbietet. König wohnt in einem Altbau im Norden Bochums und bietet seit zehn Jahren ihre Dienstleistungen für Menschen mit Behinderungen an, darunter Alte und Demenzkranke.

Immer mehr Pflegeheime akzeptierten, dass auch demente Insassen sexuelle Bedürfnisse hätten, sagt König, sogar katholische Häuser würden sie inzwischen bestellen.

Meist wird sie gerufen, „wenn in einer Einrichtung mal wieder Not herrscht“. Oder wenn die verbalen oder tätlichen Übergriffe eines Bewohners unerträglich für ein Heim werden. Jüngst hatte sie einen Kunden, der das gesamte Haus mit



Sexualbegleiterin König

„Mehr als essen, trinken und schlafen“

seinem Ruf nervte: „Ich will ficken.“

Lange Zeit hätten besonders junge Pflegerinnen das „Problem eines erigierten Penis weggekichert“, sagt König, „aus Scham einfach Schwamm drüber, im wahrsten Sinne des Wortes“. Wenn sich ein Senior eindeutig mit der Hand in die Hose fasse oder untenrum gestreichelt werden möchte, sagen sie heute, dafür seien sie nicht zuständig, aber sie würden da jemanden kennen: Frau König.

Die ehemalige Steuerfachangestellte sagt, oft würden alte Menschen gar nicht mehr als körperliche Nähe wollen: „Ich nehme sie in den Arm, streichle, schaffe einen Raum von Intimität.“ Es sind Zeichen menschlicher Vertrautheit, für die im

Alltagsbetrieb eines Heimes selten Zeit bleibt.

Catharina König sagt, sie könne „gut Menschen spüren“ – so sei sie vor einigen Jahren auf die Idee gekommen, als Sexualbegleiterin zu arbeiten. Anfangs hatte sie ausschließlich Menschen mit Behinderung als Kunden. Später seien die Senioren hinzugekommen. Im Grunde gehe es immer um das Gleiche: eine „Form des Menschseins“ zu vermitteln. Behinderten und Alten das Gefühl zu geben, dass „das Leben mehr ist als essen, trinken und schlafen“.

Einige Bewohner der Senioreneinrichtungen würden nur mal wieder gern eine nackte Frau sehen oder anfassen, um sich als Mann zu fühlen. Es gebe aber auch Senioren, die einen Orgasmus wünschen. Auch dieses Bedürfnis kann sie befriedigen, Geschlechts- und Oralverkehr bietet sie aber nicht an. „Andere haben kein Gespür für Intimität, sie wollen zum Beispiel einfach nur grapschen. Das kann anstrengend sein“, sagt sie. Aber sie zeige, was ihre Grenzen seien, und habe noch nie einen Termin wegen eines übergriffigen Kunden abbrechen müssen.

Catharina König will wissen, wie ihre Dienstleistung gewirkt hat. Vor dem nächsten Treffen fragt sie beim Pflegepersonal nach, wie die Reaktion auf ihren Besuch gewesen sei. Sie hört dann oft, dass viele nach ihrem Einsatz entspannter seien, andere würden „einfach nur strahlen“. Das Wohlbefinden nach Massagen oder intensiver Körpernähe halte oft länger an als die Befriedigung nach einem Orgasmus, sagt König.

100 Euro berechnet sie für eine Stunde. Einmal habe ein Enkel sie für seinen Großvater gebucht, damit „der noch mal etwas Schönes erlebt“. Eine Frau bestellt König einmal im Monat für den Ehemann. Das Sexuelle in der Beziehung sei seit Jahren zum Erliegen gekommen, aber bei dem Mann regten sich noch starke sexuelle Bedürfnisse.

Dass Liebe, Sex und Zärtlichkeit ein lebenslanges Thema sind, hat kürzlich eine Studie der Universität Rostock mit 194 Menschen gezeigt. Die Befragten waren 74 Jahre alt. Das Ergebnis: 91 Prozent der Männer und 81 Prozent der Frauen fanden Zärtlichkeiten wichtig. Knapp zwei Drittel der Männer fanden Sex wichtig oder sogar sehr wichtig. Unter den Frauen war dieser Trieb nicht mehr so ausgeprägt. Ein gutes Viertel hatte noch viel für Sex übrig.

„In den Arm genommen zu werden, das mögen hier 98 Prozent“, sagt Claudia Pilß in Hamburg. Dann erzählt sie von dem Paar im ersten Stock: Der Mann und die Frau seien erst neulich eingezogen, hätten sich auf einem Ausflug kennengelernt. Beide sind über 80. Es ist ihre erste gemeinsame Wohnung. Udo Ludwig, Antje Windmann



1



2



3



4



5



6

Sechserpack Die Welt kann so bunt sein, wie sie mag, geheiratet wird in Weiß, vorzugsweise in Paris (1). Die Braut aus Tel Aviv (2) bricht die Regel, die in Hongkong gilt (3), in Tokio (4), im Breisgau (5) und in Pescara (6). Ein alter Trend, dem der Legende nach auch Kaiserin Elisabeth von Österreich folgte, besser bekannt als Romy Schneider alias Sisi.

Reisen

War's das jetzt mit Kuba, Herr Deininger?

Gerd Deininger, 51, Chef des Kuba-Reise-Veranstalters aventOURa, über die Folgen der Annäherung zwischen Havanna und Washington

SPIEGEL: Herr Deininger, kann man Kuba vergessen, jetzt, wo die Amerikaner kommen?

Deininger: Definitiv nein. Ich bin überzeugt, dass sich die Kubaner trotz Coca-Cola und anderer Errungenschaften der USA nicht so schnell ändern lassen, wenn überhaupt. In China wird ja auch noch mit Stäbchen gegessen, und die russische Volksseele ist immer noch so wie vor 30 Jahren.

SPIEGEL: Die Zahl der US-Touristen soll sich verdoppeln.

Deininger: Klar, wenn der Hahn mal richtig offen ist, rechnet man ja sogar mit bis zu zwei Millionen jährlich. Das größte Problem ist aber nicht, dass man dann den US-Amerikaner sieht, der irgendwo an der Pommese-Bude steht, sondern dass es für uns schwieriger wird, Hotels zu bekommen. Auch die Preise steigen enorm. Wir haben jetzt schon Steige-

rungen von bis zu 20 Prozent für den nächsten Winter.

SPIEGEL: Wenn bald McDonald's und Walmart das Bild prägen und die verrotteten Fassaden verschwinden – was bedeutet das für Sie?

Deininger: Also, was die Fassaden betrifft: Das ist sehenswert, aber in der Regel ist es ja schöner, wenn sie saniert sind, und das macht Kuba jetzt schon erfolgreich. Die Kubaner wollen eine bessere Versorgung, schnelles Inter-

net, freie Medien, generell mehr Freiheit, mehr Privatwirtschaft, aber sie brauchen nicht unbedingt mehr Fast Food.

SPIEGEL: Was wäre für Sie das schlimmste Szenario?

Deininger: Soziale Unruhen, eine Konterrevolution. Aber Kuba ist seit 20 Jahren im Wandel, und die Führung versteht es, das Land mit dosierten Reformen unter Kontrolle zu halten.

SPIEGEL: Jetzt schnell noch mal hin, bevor es zu spät ist?

Deininger: Unbedingt. Wir haben einen extremen Nachfrageschub. Es rechnen viele damit, dass sich das Blatt schnell wendet. Diese Wahrnehmung gibt es aber auch schon seit 20 Jahren – und es ist noch immer nicht zu spät. dia



US-Amerikaner in Havanna

Ciao, ciao, Panda

Eine Meldung und ihre Geschichte Warum ein italienischer Zirkus Hunde färbte und als Bären ausgab

Der Pandabär im Zirkus Orfei ist nun ein Kater. Er hört auf den Namen Buzz, das heißt, eigentlich hört er kaum noch, denn er ist ein ziemlich alter Kater. Buzz hat graues, fleckiges Fell, einen enormen Schnurrbart, und er verfügt über einen Gesichtsausdruck, den kaum ein Wort besser beschreibt als: griesgrämig.

Kater Buzz gehört einem jungen Fotografen mit ausrasiertem Nacken und Schiebermütze. Der steht im Sonntagsanzug unter der Zirkuskuppel von „Nelly Orfei“ in einem betongrauen Mailänder Vorort, die Digitalkamera um den Hals. Sein Assistent, ebenfalls im Sonntagsanzug, drückt das Tier jedem kleinen Zirkusbesucher in den Arm, der nicht schreiend das Weite sucht.

Zum Fauchen oder Kralenausfahren ist Buzz viel zu lethargisch, er lässt sich durch die Zuschauerreihen tragen, vorbei an Omas und Opas mit Popcornütüten, die Enkelkinder zwischen sich. Buzz erduldet mit Zuckerwatte verklebte Kinderhände, die Trommelwirbel der Zirkusband und das Blitzlichtgewitter des Fotografen. Zehn Euro pro Foto bekommt sein Besitzer von den Gästen – Kind mit Kater, ein Andenken an den Zirkusbesuch. Das Bild, sagt der Fotograf, werde gleich entwickelt und liege nach der Vorstellung an der Kasse bereit.

Es ist noch nicht lange her, da machten Buzz' Arbeit andere. Zwei Chow-Chows, ein Männchen und ein Weibchen, sie hatten einen Fulltime-Job, anderthalb Stunden während der 17-Uhr-Vorstellung und anderthalb während der 21-Uhr-Vorstellung mussten sie posieren, an Wochenenden zusätzlich noch um 11 und um 15 Uhr.

Chow-Chows sind reservierte Rassehunde aus der Gruppe der Spitze, ihre Welpen ähneln fiependen Wollknäueln. Im Zirkus wurden sie angepriesen als Sensation aus fernöstlichen Bambuswäldern – sie traten auf als Panda-Babys. Dazu hatte man ihr rötliches Fell mit Haarfärbemittel behandelt, den Rumpf schneeweiß gefärbt; die Öhrchen hingegen, die Ringe um die Augen und die Vorder- sowie Hinterbeine samt Pfoten pechschwarz. Sie sahen jetzt aus wie tierische Transen, immer noch putzig, aber irgendwie unecht.

Der Fotograf samt Assistenten hatte auch diese Tiere durch die Reihen getragen, „un paaanda!“, hatten italienische Kinder gekreischt; ein paar Hundert Euro kamen so pro Vorstellung

zusammen, das Geschäft lief besser als jetzt mit Buzz, dem rüddigen Kater.

„Das hat doch jedes Kind gesehen, dass das keine echten Pandas waren. Warum die Aufregung?“, fragt der Zirkusfotograf, der seinen Namen nicht nennen mag. Natürlich seien er und seine Kollegen keine Tierquäler, „wir lieben unser Vieh wie unsere Kinder“. Er zeigt jetzt auf die Wohnwagen hinter den Löwenkäfigen. In einem davon, dem kleinen ganz hinten, seien seine zwei Hunde eingesperrt. „Jeden Morgen“, sagt er, „jaulen sie und jammern, weil sie mit mir zur Arbeit wollen, aber nicht dürfen.“

Seit dem 21. Dezember dürfen seine Hunde wieder Hunde sein, polizeiliche Anordnung. Sie konnten unter der Obhut ihres Herrchens bleiben, aber nur unter der Bedingung, dass er sie nie wieder als Bären ausgibt.

Es war kurz vor Weihnachten, der Zirkus gastierte in Brescia, zwischen Mailand und dem Gardasee, da rückte eine Einheit der Forstpolizei mit zwei Tiermedizinerinnen an, so bestätigt es die Staatsanwaltschaft, sie blieben bis spät in die Nacht. Die Männer hatten kein Interesse an Maicol, dem 15-jährigen Hochseilartisten, der am Trapez seine Salti dreht, keines an den wohlgeformten Tänzerinnen, der Giraffe oder dem Flusspferd mit dem gigantischen Gebiss – sie waren wegen der Pandabären angerückt, die nie welche waren. Jemand hatte den Zirkus angeschwärzt, wahrscheinlich der örtliche Tierschutzbund.

Die Männer kontrollierten die Papiere der Tiere und stellten fest, dass sie gefälscht waren und die Hunde deutlich jünger als angegeben, wahrscheinlich illegal eingeführt aus Ungarn. Bis heute ermitteln Staatsanwälte wegen illegaler Einfuhr der Tiere, unsachgemäßer Haltung und Betrug. Die Aufregung in der Lokalpresse war groß. Ressentiments gegen das fahrende Volk kamen hoch, andererseits wuchs die Wut der Zirkusleute, die seit Monaten gegen das auch in Italien heiß diskutierte Wildtier-

verbot im Zirkus kämpfen. In den Niederlanden sind Wildtiere seit diesem Jahr in der Manege verboten, statt Tigern werden dort Ponys durch Feuerreifen springen, kaum noch ein Zuschauer will so etwas sehen. Der diensthabende Comandante der Forstpolizei aus Brescia, Dottore Pier Mulattiero, selbst tierlieb und Katzen-Fan, sagt: „Hunde sind keine Clowns und sollten auch nicht als solche auftreten. Unser Eingriff damals war wichtig.“ Trotzdem bezweifelt er, ob es jemals zu einem Prozess kommen wird. Die Ermittlungen dauerten an. „Erinnern Sie sich“, sagt der Comandante, „früher war der Zirkus oft eine menschliche Freakshow: Der dickste Mann der Welt wurde zur Schau gestellt, Zwerge, siamesische Zwillinge, Zwitterwesen.“ Heute sei das alles verboten. Es liege an uns, sagt der Comandante, die Dinge zu verändern. Er verstehe sich als eine Art Geburtshelfer einer gerechteren Welt. Auch und gerade für Tiere.



Zirkusplakat



Gefärbte Hunde

Miese Masche in Italien

Zirkus verkauft Hunde als Pandas

23.12.2014 256 Reax

Dieser Zaubertrick ging in die Hose: Ein Zirkusbesitzer aus dem italienischen Brescia malte seine zwei Chow-Chows schwarz-weiß an – und verlangte Geld von Besuchern, die sich mit den «Pandas» fotografieren liessen.

Aus der Schweizer Zeitung „Blick am Abend“



Karteikästen in der „Deutschen Dienststelle“ in Berlin-Borsigwalde

Die Endlager des Krieges

Gefallene Jahr für Jahr steigt eine Armee aus Gräbern: Weltkriegssoldaten, deren Knochen ausgegraben und in Berlin mit deutscher Perfektion registriert werden. Fast 32 000 sind allein vergangenes Jahr hinzugekommen. *Von Alexander Smolczyk und Maurice Weiss (Fotos)*

Thomas Schock steht auf einem Feldstück in Redczyce bei Znin, ehemals Rettschütz bei Dietfurt, im Westen Polens, ehemals Reichsgau Wartheland. Es ist ein windiger März Morgen, kahle Birken stehen am Rand, ein Birnbaum, 70 Jahre nach dem Krieg, fast auf den Tag. Thomas Schock sagt: „Ideal sind Vormarschtote.“ Es gebe dann Gräberpläne, Skizzen, Fotos. „Rückmarsch ist schwieriger“, sagt Schock. Hinter ihm schabt ein Bagger am Boden, etwa ein Meter ockergelbe Erde ist abgetragen. „Stopp!“, ruft Schock, er hat eine Färbung im Sand gesehen, eine Verdunkelung, „Leichenschatten“, sagt Thomas Schock.

Er hat eigentlich Förster gelernt, oben in Holstein. Umbetter wurde Schock, weil ihm das spannender vorkam, als immerfort im Wald zu stehen. Er erzählt, wie er ganz am Anfang seiner neuen Arbeit einmal abends in seinem Zimmer saß und Umbettungsprotokolle ausfüllte. Über hastig verscharrte 17-Jährige, über Erschlagene, Massengräber, über ganze Schichten von Toten, Soldaten und Zivilisten, Knochen, Schädel, Stiefel. „Nur Tod und Leiden. Stapelweise“, sagt Schock. „Ich wusste: Entweder du hörst jetzt sofort auf. Oder du machst das jetzt.“

Heute ist er Leiter im Umbettungsdienst Mittel- und Südosteuropa beim Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge. Hinter ihm hat der Baggerführer auf dem Feldstück in Redczyce den Motor ausgemacht. Sie arbeiten jetzt mit Spachtel und Quast weiter. Schicht um Schicht wird abgetragen, es ist wie bei einer Fotografie, die sich langsam entwickelt. Ein Helm kommt zum Vorschein, eine Gestalt zeichnet sich ab, ein Schädel, Stiefelfetzen, die Reste einer Wattejacke, Rippen.

Der Grund, auf dem Europa gebaut ist, sind seine Toten. Es genügt, ein wenig an der Oberfläche zu kratzen. Und da liegen sie, die Knochen und Metallsplitter, die Blindgänger, die Soldatenmarken, die Rosenkränze, die rostigen Essgeschirre, Orden und Gürtelschnallen. Die Leichenschatten.

*

Im August 1942 unterzeichnete Oberst Walther Sonntag, „Abt. Wehrmachtverlustwesen“, eine Arbeitsanweisung für die „Wehrmachtgräberoffiziere“. Den vier Schreibmaschinenblättern lagen neun Sei-

ten mit Skizzen in der Anlage bei: „Richtlinien für Sammellanagen“.

Mit Sammellanagen waren Soldatenfriedhöfe gemeint. Oberst Sonntag ging bei seinen Überlegungen davon aus, dass nach einer „ersten Bestattung in Feldgräbern damit gerechnet werden muss, dass ein Teil der Sammellanagen später zu endgültigen Kriegerfriedhöfen ausgebaut wird“.

Vorhandener Baumbestand sei „weitgehendst zu schonen“, die Nähe einer Bahnstation erwünscht. Bei Sammellanagen „bis 3000 Grabstellen u. darüber“ müsste der Hauptweg zwölf Meter breit sein, „einschließlich der beiderseitigen Grünstreifen“. „7 qm pro Grabstelle“ sind nicht zu überschreiten, der Mutterboden ist zu erhalten. „Grabstellen sind so anzulegen, dass die Gefallenen Kopf an Kopf gebettet werden (Doppellage). Dadurch wird ein Zuviel an Wegen und Grabzeichen vermieden.“ Doch entgegen der Richtlinie von Oberst Sonntag konnte „ein Zuviel von Grabzeichen“ nach dem August 1942 nicht immer vermieden werden.

So hat Thomas Schock gut 70 Jahre später damit zu tun, die materiellen Reste des „Wehrmachtverlustwesens“ aufzuspüren, die kreuz und quer verstreut liegen, auf den ehemaligen Schlachtfeldern des Kontinents. Die Umbetter graben nicht nur die Gebeine Gefallener aus. Sie graben, Schicht um Schicht, in der Geschichte, die oft noch nicht in Büchern steht.

In Redczyce hatte die damals sechsjährige Anna Domanska, geborene Rossa, gesehen, wie im Februar 1944 eine Gruppe Deutscher von der Roten Armee erschossen wurde. Das Bild der Leichen, die halb nackt an der Straße lagen, hat sie nicht vergessen können. So hat sie einen Brief geschrieben. „Sie lagen da, bis die Front weitergegangen ist. Man hat sie dann in eine Grube beim alten Protestantenfriedhof gelegt. Ich weiß es, weil mein kleiner Bruder Pawel dort auch begraben war.“

Anna Domanska schickte ihren Brief an den Verein „Pomost – Die Brücke“. Der Verein sucht und sichert seit zehn Jahren Weltkriegsgräber in Polen und arbeitet mit dem deutschen Volksbund zusammen. Tomasz Czabański ist der Chef von Pomost und zugleich einer von zehn Gruppenleitern des Volksbunds.

„Wir haben Frau Domanska noch vor ihrem Schlaganfall besucht. Sie hat uns diese

Stelle auf einer Karte gezeigt. Die anderen Leute aus dem Dorf konnten sich nicht erinnern. Aber sie haben geholfen. Es gab eine Säuberungsaktion.“ Czabański sagt das auf Deutsch. Säuberungsaktion; auch Wörter können Leichenschatten haben.

In der freigeräumten Grube liegt, unter Birken und Birnbaum, jetzt ein Knochenmann. Als wollte er sich hochdrücken ins grelle Licht, liegt er da. Knochen in Knobelbechern, weil Leder länger hält als Haut. Daneben ein anderer, das Kinn hochgereckt, der Schädel in den Nacken geschoben und darunter, stets gebleckt, das Gebiss, obszön jung, weiß und strahlend, als würden sie sich wie toll amüsieren über das Gescharre und Gekratze um sich herum. Ein Totentanz.

„Du kannst das nur machen, wenn du Abstand hältst“, sagt Thomas Schock. „Auch durch die Sprache. Jemand hat mal geschrieben, wir begleiten die Toten ins Leben. Und so ist das auch. An die Nieren geht das, wenn du Angehörige triffst oder Zeitzeugen.“

Nur rund ein Drittel der Kriegstoten kann identifiziert werden. Manchmal findet sich ein Grabzettel, oft in einer Flasche mit ins Grab gegeben. Oder, besser noch, eine Erkennungsmarke der Wehrmacht. Wenn ein Soldat starb, ging eine Hälfte der Marke an den Offizier, die andere blieb bei dem Toten. Auf Ebay werden solche Marken versteigert. Von Erben, aber oft auch von Grabräubern. Thomas Schock kann das nicht verstehen. Sobald eine Marke von einem Toten entfernt wird, ist dessen Identität für immer verloren.

*

Im Berliner Nordwesten, hinter der Kleingartenkolonie Kühler Grund, verbirgt sich eine der unbekanntesten Behörden der Hauptstadt. Dabei ist der im Stadtplan verzeichnete Name durchaus einprägsam. Er lautet: „Deutsche Dienststelle“, so, als ginge es hier um Übergeordnetes, Allgemeineres als bei anderen deutschen Dienststellen. Als stünde man hier, in Berlin-Borsigwalde, Eichborndamm 179, vor dem Inbegriff der deutschen Behörde.

Es ist ein Backsteinbau aus der Kaiserzeit, lang gestreckt über eine ganze Straßenzeile. Reihen von Halbbogenfenstern, Werkhallen, ein Eckturm, im Pflaster noch Reste von Schienen. Bis zur Demontage durch die Rote Armee standen hier die

Maschinen der Deutschen Waffen- und Munitionsfabrik AG.

Heute findet sich hier das Endlager der deutschen Kriege. Wo früher Granaten gezogen wurden, lagern heute Tausende Tonnen Karteikarten. Wo Schrapnelle, Kartuschen, Patronen gefüllt wurden, stehen Reihe an Reihe Hängeregistraturen von Gefallenen. Eine „Sammelanlage“ auch sie.

Die Deutsche Dienststelle ist Rechtsnachfolgerin der ehemaligen „Wehrmachauskunftsstelle für Kriegerverluste und Kriegsgefangene“. Deshalb trägt sie vollständig noch den Anhang „WAST“ im Titel. Es gibt eine Sachbearbeiterin für „Gebeinfunde“. Jemand ist befasst mit Angehörigen „Fremdländischer Verbände“, andere mit Umbettungen und Schicksalsklärungen, „auch 1. WK“.

Was die Wehrmacht an amtlich-notorischen Spuren hinterlassen hat, ist hier gesammelt. 65 Aktenkilometer Lazarettunterlagen und Personalakten, „Grabmeldungen“, Wehrstammbücher und Gräberlisten, 156 Bände Feldpostnummern-Verzeichnisse, Umbettungsprotokolle, Versorgungsakten und weitere Grabmeldungen, Kriegsgefangenenmeldungen. Dazu die Kartei „Führer der Waffen-SS“, Marine-ranglisten, die „Erkennungsmarkenkartei der dienstverpflichteten Handelsleute“ und die 74000 Karten umfassende „Erkennungsmarken-Begegnungskartei (Heer, Luftwaffe, Polizei, Waffen-SS, Volkssturm, RAD, OT und andere militärähnliche Formationen)“. Irgendwo hier liegt auch das vergilbte Blatt des 18-jährigen Kriegsgefangenen „GRASS, Günther“, Truppeneinheit „SS-Pz-Div. Frundsberg-Pz-Abt“.

Elvira Gerhardt, Sachbearbeiterin im Referat II D 30, ist eine zarte Person, deren Bürowände sie als Katzenliebhaberin ausweisen. Auf ihrem Schreibtisch liegen ein vergilbtes Karteiblatt, handbeschrieben, ein Brief mit Absender „Im Felde, den 13.10.1944“ und ein rostiges Zigarettentui.

„Im Unterschied zum Nachlass“, sagt sie, werde ein „Rücklass“ von Soldaten noch im Dienst, also lebendig, hinterlassen. Hinter ihr stapeln sich grau marmorierte Karteikästen. „Bei 500 Umbettungen fallen etwa 20 Nachlässe an“, sagt Elvira Gerhardt. In einer Vitrine liegen Ringe, Taschenuhren, Rosenkränze, Etuis, rostige Münzen – „das meiste ist aus Gräbern“, sagt Elvira Gerhardt.

Flure, Treppenhäuser, deutsche Dienstzimmer. Hier – hängt ein Schild „Infanterie-Regimenter“ an der Tür, dort – „Schnelle Truppen“ und, etwas weiter – „Ranglisten Waffen-SS“. An der Stirnseite der Regale gymnastische Hinweise für die Mitarbeiter für den Rücken- und Beckenbereich.

Es ist 70 Jahre her, ein Menschenalter, dass der letzte Krieg auf deutschem Boden



Gebeine von Wehrmachtsoldaten in polnischer Erde: „Wir begleiten die Toten ins Leben“

endete. In der Deutschen Dienststelle hat er nie aufgehört – innerhalb der üblichen Bürozeiten. 250 Angestellte sind damit beschäftigt, 18 Millionen handgeschriebene und noch während der Kampfhandlungen angelegte Karteikarten auf dem neuesten Stand zu halten.

Ein blaues Kreuz zeigt den „Gefallenen“ an, ein rotes den für tot erklärten. „Für Stefa n. ausr.“, ist auf der Karte eines Mannes vermerkt, wobei „Stefa“ meint: „Sterbefall“. Es genügt nicht, tot zu sein. Eigentlich fange die Arbeit dann erst an, sagt ein Mitarbeiter: „Der amtliche Erweis des Todes muss erbracht werden.“ Erst dann kann auf der Karteikarte ein rotes Kreuz vermerkt werden. Mit den entsprechenden renten- und erbrechtlichen Folgen.

150 Millionen „Verlustmeldungen“. In diesen Regalen und Hängeregistern sind sie vermerkt, die abgefrorenen Füße, die Unfälle und Selbstverstümmelungen, die amputierten Oberschenkel und die aufgerissenen Bauchdecken vor Stalingrad und Kursk, lückenlos. Die Deutsche Dienststelle ist das amtliche Doppel der Wehrmachtskriege, ein vorschriftsmäßig abgelegter Durchschlag des Grauens.

Der Amtsleiter ist Hans-Hermann Söchtig, Oberstleutnant a. D., er trägt ein weinrotes Samtjackett. Als Bildschirmschoner schwebt ein „Eurofighter“ über seinen Dienstcomputer. Nein, es sei Zufall, sagt

Söchtig, dass eine Wehrmachauskunftsstelle nur wenige Tage vor Ausbruch des Weltkriegs, am 26. August 1939, eingerichtet wurde. Er sagt: „Gemäß Artikel 77 der Genfer Konvention von 1929 über die Behandlung von Kriegsgefangenen müssen alle kriegführenden Unterzeichnerstaaten bei Ausbruch von Feindseligkeiten Auskunftsstellen einrichten, um Anfragen über Gefangene zu beauskunften.“

Wobei Söchtig sich immer wieder wundert, wie lange die Behörde funktioniert hat: „Noch bis in die letzten Kriegstage kamen die Verlustmeldungen an.“

Rechtlich unterliegen Wehrmachtsgebeine dem deutschen Gräbergesetz und haben nach Paragraf 2 „dauerndes Ruherecht“. Allerdings nur, wenn sie sich auf deutschem Boden in den Grenzen von 1990 befinden. „Das Problem beginnt“, sagt Söchtig, „wenn im Ausland Gefallene liegen, wo sie nicht hingehören. Dann schickt uns der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge die Grabungsprotokolle, und wir schauen in den Listen nach. Wir können Toten einen Namen geben.“

Erfreulich sei, wie eng die Zusammenarbeit mit Russland inzwischen ist. Man helfe einander, tausche Informationen und Grabfunde. Knochen und Karteieinträge. Letztlich diene seine Dienststelle, sagt Söchtig, und das sei ihm wichtig festzuhalten, dem Frieden.



nie aus ihrer Erinnerung habe verdrängen können.

*

Der Volksbund Kriegsgräberfürsorge hatte im Jahr 1989 seine Arbeit fürs Erste abgeschlossen. Im Westen waren die Gräber gesichtet, archiviert und dem Gedenken anheimgegeben. Die Umbetter, Knochensammler, Gräbersucher wurden schon entlassen. Dann fiel die Mauer, und der Krieg war wieder da. Alles begann von Neuem, nur in weit größeren Dimensionen.

Die ehemalige DDR, Polen, Estland, Litauen, Weißrussland, das ehemalige Jugoslawien – „überall neue Gräber“. Wenn Thomas Schock aus dieser Zeit erzählt, klingt es wie ein Osterwunder: der Eiserner Vorhang zerriss, und die Gräber öffneten sich. Mit jedem vom Kommunismus befreiten Gebiet kamen Gräber hinzu, es war eine Woge von hastig angelegten Soldaten-, Kriegsgefangenen-, Zivilisten-, Heldengräbern, Vormarschtote, Rückzugstote,

Als die Mauer fiel, war der Krieg wieder da. Alles begann von Neuem, nur in weit größeren Dimensionen.

Wie jede Behörde kämpft die Deutsche Dienststelle Jahr für Jahr um ihre Berechtigung. Nicht jeder Finanzpolitiker will einsehen, weshalb drei Generationen nach Kriegsende noch 250 Tarifbeschäftigte mit Wehrmächtsauskünften ausgelastet sein könnten. Als Warnschuss wurde der Dienststelle die Kantine gestrichen.

Für den Amtsleiter ist das unverständlich. Allein die Zigtausend Ergebnisübermittlungen pro Berichtszeitraum. Die Kriege der Wehrmacht waren so gewaltig, dass es selbstverständlich noch genug zu tun gibt: „Wir erhalten jährlich fast 40 000 Anfragen. Sie nehmen immer dann zu, wenn zum Beispiel im Fernsehen Sendungen laufen wie ‚Unsere Mütter, unsere Väter‘. Es sind auch die Enkel, die Näheres über das Schicksal ihres Großvaters wissen wollen.“

Aus der Trauerkultur wird eine Erinnerungskultur. Aus dem Ausland melden sich „Besatzungskinder“, denen die Mutter auf dem Sterbebett gestanden hat, dass ihr leiblicher Vater Siegfried geheißt hat und nicht Jean-Luc. Da muss der Ludwigsburger Stelle zur Aufklärung von Nazi-Verbrechen zugearbeitet werden. Da sind Nach- und Rücklässe zu verwalten.

Da schreibt eine Anna Domanska, dass im Dörfchen Redczyce bei Znin, gestern Reich und heute Polen, etwa 40 Leichen verscharrt worden seien, Deutsche wohl, ein Kind darunter, und dass sie das Bild

alles durcheinander und sehr oft ohne einen Namen.

Auch 70 Jahre nach Kriegsende kommt es vor, dass ein hochbetagter Mensch noch erfährt, wo der Bruder, der Cousin, der Vater gestorben ist. „Trauer braucht einen Ort“, sagt Schock. Es sei wichtig für die Familien, den eigenen Namen auf einer der Stelen eines Soldatenfriedhofs finden zu können. Die Landschaft zu sehen, die Birken, den Birnbaum, jenes Stück Horizont, das der Angehörige als letzten Rest Welt sah.

*

Dicht an dicht liegen die Toten in Redczyce. Beinknochen, Armknochen, ein Beutel mit Pistolenmunition. Für die wird später der polizeiliche Räumdienst benachrichtigt. Und Schädel, Schädel, Schädel.

Thomas Schock ist gern Umbetter. Jedes Land ist eigen, jeder Boden verlangt nach einer besonderen Haltung. Mit Polen und Russland gibt es längst Kriegsgräberabkommen, auch mit Montenegro. Völlig unbekannt, sagt Schock, seien das Kosovo und die Geisterrepublik Transnistrien. „Oft gibt es einen großen Bedarf an eigenen Helden. Da landen deutsche Soldatenknochen schnell im nationalen Heldengrab.“ Und müssen dann mühsam wieder rausgeklaut werden.

Schock hat über die Jahre gemerkt, dass auch Gräber eine Geschichte haben, die

nicht zu Ende ist, nur weil der Krieg vorbei ist. Die Gebeine verändern sich, manche Tote wechseln ihre Identität, manche werden von Tätern zu Opfern.

Tschechien sei schwierig, sagt Schock. Da liegen viele Zivilopfer von 1945 in der Erde. „Die Tschechen wollen, dass wir auf die Stelen schreiben: ‚ Gestorben in den letzten Kriegsmonaten‘.“ Aber viele Tote waren im Mai 1945 noch lebendig. Sie wurden erst danach, aus Rache, erschlagen.

Es gibt Orte, sagt Schock, die seien regelrecht verflucht. In Slowenien gibt es einen alten Bergwerksstollen, bei Huda Jama, was „Schlimme Grube“ heißt. „Da lagen unten deutsche Soldaten, darüber Kroaten, Kollaborateure und Partisanen, Zivilisten, Intellektuelle, manche wohl noch lebendig hineingeworfen, Schicht auf Schicht, und ganz oben drauf noch Tierkadaver.“

Überall mischt sich die Gegenwart ein. Der Volksbund gräbt auch in der Ukraine nach Knochen. In Charkiw und Donezk ruhen die Umbettungsarbeiten, weil es aufgrund des neuen Krieges im Osten zu unsicher ist. Während die Gebeine des alten Krieges geborgen werden, legen sie einige Kilometer weiter schon wieder neue in die Erde. Es hört nicht auf. In Vilnius haben sie Knochen gefunden, die stammten von Soldaten der Grande Armée Napoleons.

Im deutsch-französischen Krieg seien Offiziere und Soldaten noch separat begraben worden. Vom Ersten Weltkrieg an habe es Einzelgräber gegeben. In Russland seien auch im Zweiten Weltkrieg noch alle in ein Loch gekommen. „Bruderfriedhöfe“ sagen sie dort zu den Anlagen, wo alle umgebetteten Knochen einer Suchperiode gemeinsam bestattet werden. „Eine andere Kultur. Das ist alles so interessant“, sagt Schock. Er erzählt von den fast tausend Soldaten in der Nähe von Krakau. Die hätten längst umgebettet werden sollen, aber ein örtlicher Priester sperrt sich gegen den Abtransport. Vielleicht liegt es am Namen der Ortschaft: Oświęcim, zu Deutsch: Auschwitz.

Er erzählt von einer alten Frau bei Poznań, einer von vielen, die habe jahrzehntelang ein Soldatengrab gepflegt, irgendwo im Wald. Der Mann war ihr völlig unbekannt. Ein Deutscher lag da, aber egal, es war ihr Grab, und sie hatte etwas zum Harken und zum Zeigen, zum Kümmern. „Manchmal gräbst du auch“, sagt Schock, „und da ist dann keiner. Das Grab, wo Leute seit 40 Jahren hingehen, ist leer.“

Manchmal haben sich Grenzen verschoben, auf dem Balkan etwa, und Tote, die schon längst in Österreich begraben waren, mussten ein zweites Mal umgebettet werden. Die europäische Erde, getränkt vom Blut so vieler Schlachten, kommt nicht zur Ruhe. In Serbien, erzählt Schock, verstecken sie die Deutschen oft nicht, wenn sie



Erkennungsmarke, Leichenfund in Polen: „Manchmal gräbst du, und da ist dann keiner“

kommen und von Versöhnung und Frieden sprechen: „Die denken, es geht uns um Heldendenkmäler.“

Das ist ein Wort, das im Deutschen anstößig geworden ist, wie es auch „Gefallener“ lange Zeit war. Die 55 in Afghanistan ums Leben gekommenen Soldaten der Bundeswehr sind bei ihren Familien abgeliefert worden, als handelte es sich um Opfer von Arbeitsunfällen in der Entwicklungshilfe. Ihr Einsatz war öffentlich, die Trauerarbeit soll Privatsache sein. Erst seit der Amtszeit des Verteidigungsministers Guttenberg gibt es ein „Ehrengrab der Bundeswehr“.

Schocks Leute finden bei einem Toten einen Taschenspiegel, kyrillische Buchstaben auf der Rückseite: „Ende des Bolschewismus – Anfang vom Glück“. Wem gehört das? Den Angehörigen, dem Finder? Deutschland oder Polen? Der Dienststelle?

Rechtlich gehört alles dem polnischen Kulturministerium. Der Volksbund darf jedoch alles bergen, was der Identifizierung von Gebeinen dient, Erkennungsmarken, sonstige Hinweise. Es geht dabei auch um die Frage, wann sich ein Grab in einen Fundort verwandelt, wann aus einem Andenken ein museales Artefakt wird. Für die jungen Polen des Umbettungsteams ist das Feldstück bei Redczyce zum Gegenstand der Wissenschaft geworden. Sie schauen nicht mehr nur mit Schmerz in solch ein Grab, sondern mit Neugier.

Maksymilian Frackowiak, 31-jähriger Archäologe, sagt: „Die Weltkriegsgräber sind für mich ein archäologisches Objekt. Wir identifizieren nicht nur das Skelett, sondern eine komplette Geschichte.“

Maciej Erdmann, 28 Jahre, Geologe: „Ob es sich lohnt? Man kann die Wieder auffindung einer Person nicht in Geld rechnen. Wir zeigen den Schrecken des Krieges. Es ist jedenfalls viel billiger als der nächste Krieg.“

Adam Bialas, 32 Jahre alt, Politologe: „Für die Anwohner hier ist es normal, ei-

nen Toten richtig zu bestatten. 70 Jahre danach kann man nicht nur als Opfer und Märtyrer herumlaufen. Manchmal finden wir Kampfauszeichnungen bei den Knochen. Aber wenn ich etwas Persönliches finde, denke ich, auch auf diesen Menschen hat einmal jemand gewartet.“

In Westpolen wohnen viele Familien, die selbst vertrieben worden sind, aus Galizien, Litauen, Ruthenien. Familien, in denen die Großeltern auf den Koffern lebten, die Eltern sich ansiedelten, ehe das Land für die Enkel Heimat wurde. Sie, die Enkel und Urenkel, wollen wissen, was hier früher war. Und ihnen ist es egal, ob es um deutsche oder polnische Geschichte geht. Die Erinnerungsbilder von Pferdekarren und Hunger, Elendszügen, erfrorenen Säuglingen haben keine Nationalität; sie gleichen sich, eines dem anderen.

*

Bevor Schock und seine Leute mit dem Graben anfangen konnten, haben sie die Genehmigung der polnischen Gemeinde, von Gesundheits- und Denkmalschutzamt eingeholt. Die Gemeinde als Eigentümerin des Flurstücks musste ihre Erlaubnis geben. Und der ROPWiM, der „Rat zum Schutz des Gedenkens an Kampf und Märtyrertum“. „Polenrat“ sagen sie in Berlin, ein Gremium, das dafür Sorge tragen soll, dass nicht versehentlich Kriegsverbrecher ein Ehrengrab bekommen.

Kratzen, Schaben, Bürsten, Stunde um Stunde im eisigen Wind, hinter den Birken, und dann liegt da, völlig unversehrt und glänzend, ein rot umrandeter Emailleknopf. Das Hakenkreuz auf weißem Grund, ein Parteiabzeichen. Ob sie damals wegen dieses Bonzenbonbons hingerichtet wurden? Wenn auch noch ein SS-Abzeichen am Helm auftauchte? Dürfen, müssen, können die sterblichen Reste eines Kriegsverbrechers in ein normales Soldatengrab umgebettet werden?

„Das ist alles im Fluss“, sagt Thomas Schock. Früher habe es diese Gleichma-

cherei gegeben. „Alle waren Opfer. Wir wollen das Schweigen jetzt brechen. Es muss einen Weg geben, mit Opfern und Tätern auf einem Friedhof umzugehen.“ Jetzt wird auf einer Tafel vermerkt, dass auch Kriegsverbrecher an dieser Stelle liegen. „Aber dann kommen die Angehörigen der anderen Toten und sagen, wir würden ihren Opa zum Täter machen.“

Die Grablage auf dem Feldstück in Redczyce ist jetzt vermessen und fotografiert. Alle gefundenen Überreste werden in schwarze Leichensäcke gelegt, etikettiert und später in einer Kasematte der ehemaligen Festung Posen zwischengelagert. Die Deutsche Dienststelle bekommt eine Umbettungsliste.

Sofern es eine Erkennungsmarke oder sonst einen Hinweis zur Identität der Toten gibt, wird am Eichborndamm 179 in Berlin in den Karteikästen nachgeschaut. „Schicksalsklärung“ heißt das. Und dann wird die Sachbearbeiterin vom Referat II C, „Umbettungen Osteuropa“, eine Erstbenachrichtigung an die Angehörigen schreiben: „... haben wir die Mitteilungs erhalten, dass die sterblichen Überreste aus einem Kameradengrab zur letzten Ruhe umgebettet worden sind“.

Weil es oft schwierig ist, Angehörige zu finden, gibt es die Kampagne „Toter sucht Angehörigen“, eine andere Art der Familienzusammenführung.

Es kann Herbst werden, bis alle Gebeine der Grabung in Sarkophage umgebettet werden, aus Pappe, weil das weniger Delen im Boden hinterlässt. In einer Zeremonie werden sie bestattet, auf einem Soldatenfriedhof in Polen. Vier bis fünf Jahre nach der Ausgrabung wird schließlich ein Name auf einer Granitstele stehen.

In Redczyce bei Znin, ehemals Rettschütz bei Dietfurt, werden bis zum Abend 61 Tote geborgen, darunter ein Kind. Das Grabungsprotokoll vermerkt, dass zum Ende des Grabes hin die Toten in zwei Schichten lagen. Von zehn Toten waren die Gebeine nicht mehr einzeln zu trennen.

Thomas Schock sichtet, was in der Umbettungswanne liegt, fasst nach Knochen und diktiert das Protokoll, Wanne für Wanne: „Kopf, stark zersetzt, Lebendloch, etwa 25 Jahre ... Feuerexplosion, Granatsplitter rechts, Oberschenkel 41,5 cm, Schlagspuren Kopf, Holzhammer oder Ähnliches, Erkennungsmarke mit Blutspuren ... Kopf mit Lebendloch, etwa 167 Zentimeter Körpergröße, jung, Fontanellen noch nicht ganz geschlossen ... Kopf ...“ Und so weiter. Und so weiter. Und so weiter.

*

Bis heute hat der Volksbund 827812 Kriegstote geborgen, davon 31698 allein im vergangenen Jahr. 69 Jahre danach. Mitten in Europa.

Mitten im Frieden.

Viertelsenegalese

Homestory Viele Leute können einfach nicht fassen, dass mein Sohn anders aussieht als ich. So langsam reicht das jetzt mal.

Alle paar Wochen werde ich für die Nanny meines eigenen Sohnes gehalten. Oder für die Au-pair aus der Karibik. Oder für eine Freundin der Familie. Jedenfalls nicht für seine Mutter.

Ich stehe dann mit dem Kinderwagen an einer Ampel oder schiebe durch die Kunsthalle oder sitze auf dem Spielplatz, und ich werde angesprochen: „Darf ich Sie mal was fragen?“, so fangen die Sätze an. „Wie kann das sein!?!“, so gehen sie weiter.

Ich habe mir Antworten zurechtgelegt für diese Situationen. „Ja, das ist wirklich mein Sohn“, und: „Meine Mutter hat sich wohl durchgesetzt“, und: „Nein, ich weiß nicht, ob er noch braun wird.“ Denn darum geht es bei diesen Fragen. Mein Sohn ist weiß. Nicht nur weiß, er hat große blaue Augen und blonde Haare, und ich, seine Mutter, bin schwarz. Braune Augen, dunkle Haare, Vater aus dem Senegal, Mutter Deutsche. Das macht die Leute völlig fertig.

Sie kommen mir auf der Straße entgegen, und ich sehe schon, wie sie sich das Gehirn zerfurchen. Sie schauen zu mir und zum Kind und wieder zu mir und dann noch mal zum Kind, und in ihren Gesichtern steht ein großes, weißes Fragezeichen. Sie halten es kaum aus, mich nicht anzusprechen, sie müssen das geklärt haben, sonst können sie nicht schlafen, glaube ich.

Fremde Menschen haben mich schon immer gern angesprochen. Ich wurde angesprochen, seit ich in einer Kleinstadt an der Ostsee auf die Welt gekommen bin. Wie süß, darf ich mal anfassen? Das waren die ersten Fragen. Damals antwortete meine Mutter für mich: Nein. Färbst du ab? Ich war ein Kindergartenkind. Ich antwortete jetzt selbst: Nein. Warum haben Afrikaner so komische Haare? Gegenfrage: Warum stellst du so blöde Fragen? Wo kommst du wirklich her? Da war ich ein Teenager: Deutschland. Warum wirst du nicht Tänzerin, du hast es doch im Blut, oder? Ich war Studentin: Nein. Und jetzt, wo ich Mutter bin: Warum ist dein Kind so weiß?

Echt jetzt? Was soll ich darauf antworten?

Es ist ja nicht so, dass ich den genetischen Code meines Sohnes mit der Hand geschrieben hätte. Ich verstehe die Verwunderung, ehrlich, ich habe das selbst nicht kommen sehen, ein Kind mit blonden Haaren und blauen Augen. Ich wusste, dass es möglich ist, logisch: Meine Mutter ist blond und blauäugig, die Mutter meines Mannes ist blond und blauäugig. Aber der Anteil an Melanin in der Haut meines Sohnes ist mir völlig egal.

Er ist entzückend, er sieht mir auch ähnlich, finde ich, die Form der Augen, die Nase, der Mund. Es würde mir gar nicht

mehr auffallen, dass er weiß ist, würde ich nicht ständig darauf angesprochen.

„Bist du sicher, dass du die Mutter bist?“ Je nach Tagesform lache ich darüber. Manchmal denke ich: Freunde, merkt mal was: Euer Deutschland verändert sich.

Wir Migrantenkinder bekommen nämlich Kinder, und damit wächst eine neue Generation heran, die von außen nicht mehr zwangsläufig einer Herkunft zuzuordnen ist. Meine Freundin ist Halbkoreanerin und hat ein weißblondes Töchterchen mit Mandelaugen, es gibt blonde Viertelsenegalesen wie meinen Sohn, blonde Vierteltürken, blonde Viertelalgerier. In Großstädten hat schon heute etwa jedes zweite Kind irgendeine Form von Migrationshintergrund, im Bundesdurchschnitt ist es jedes dritte. Wir sitzen auf einem gigantischen Genpool. Menschen aus 190 Nationen mischen mit, und heraus kommen deutsche Kinder. Kinder, deren Gesicht nicht unseren Erwartungen entspricht, ihr Äußeres passt in keine Box mehr. Und die Herkunft ihrer Vorfahren verwischt.

Vergangenen Sommer sind wir durch die USA gereist, weißer Mann, schwarze Frau, weißes Baby. Erst waren wir in einer ziemlich schwarzen Community in Tennessee, da lebt der ziemlich schwarze Opa meines ziemlich weißen Kindes. Von da ging es auf eine wochenlange Reise durch Kalifornien. Kaum jemand sprach uns auf die Hautfarbe unseres Kindes an. Die

Amerikaner haben ja gerade auch ein paar Probleme mit Hautfarben, vor allem bei der Polizei. Aber im Alltag sind die Leute entweder höflicher oder einfach einen Schritt, einige Einwanderergenerationen weiter. Sie wissen, es gibt mehr als schwarz, weiß, hispanisch, asiatisch; es gibt alles, was dazwischenpasst, in allen möglichen Kombinationen.

Ein berühmter deutscher Fotograf, Martin Schoeller, hat in den USA mal eine beeindruckende Porträtserie zu dem Thema gemacht: „The Changing Face of America“. Von den Bildern schauen einen Gesichter mit schwarzer Haut und hellgrünen Augen an, mit blondem Afro, mit breiter Nase zu glatten Haaren, mit vollen Lippen und schmalen Zügen. Inzwischen könnte er die Porträtserie auch in unserem Land fortführen.

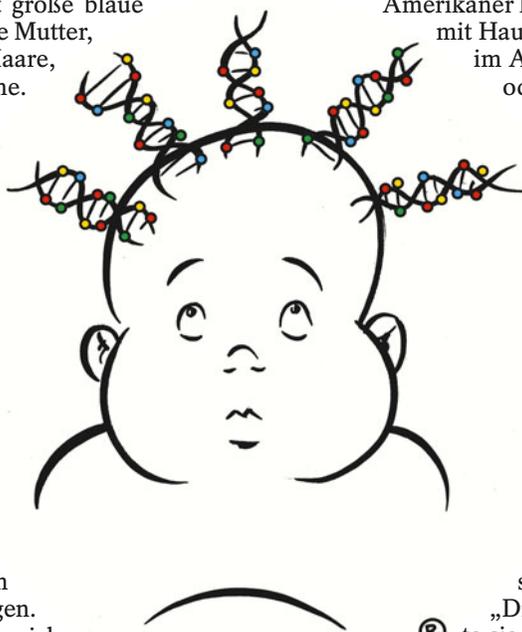
„Die neuen Gesichter Deutschlands“ könnten sie heißen.

Vielleicht würde ich dann nicht mehr ganz so häufig gefragt, ob er nicht doch noch schwarz wird, mein kleiner Sohn, wenn er erst mal so richtig in der Sonne ist. Als würde ich mein Kind uneingecremt an den Pazifik setzen, damit er endlich ein bisschen Farbe bekommt. Vielleicht würde ich dann auch nicht mehr gefragt, ob ich die Babysitterin sei.

Einmal bin ich auf eine dieser Internetseiten gegangen, auf denen anhand des Familienstammbaums die Wahrscheinlichkeit von Augenfarben berechnet wird. Ich gab die Augenfarben meiner Vorfahren ein, die Augenfarben der Vorfahren meines Mannes. Das Programm rechnete. 14 Prozent blau kam dabei heraus. So hoch, sagt das Internet, sei die Wahrscheinlichkeit, dass die Augenfarbe meiner Kinder blau ist. Gar nicht so wenig. Ich nehme das in meinen Antwortenkatalog mit auf.

Meinem Sohn, genetisch Viertelsenegalese, drei viertel weiß, wachsen übrigens gerade wie verrückt die Haare: Es sind Locken. Er wird bald einen schönen blonden Afro haben.

Dialika Neufeld





G-20-Teilnehmer in Brisbane 2014

G 20

Deutschland bekommt Vorsitz

Die Bundesrepublik wird wohl 2017 den Vorsitz der G 20 übernehmen, der Runde der großen Industrie- und Schwellenländer. Seit Wochen werben Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und ihr zuständiger Berater Lars-Hendrik Röller darum, dass Deutschland die prestigeträchtige Aufgabe im Jahr der nächsten Bundestagswahl übernehmen darf. Offenbar mit Erfolg: Neben Deutschland gebe es keine Bewerber aus dem Kreis der europäischen Mitgliedstaaten, heißt es in G-20-Kreisen. Turnusgemäß fällt der Vorsitz 2017 an Europa. Merkel verspricht sich eine ganze Serie wahlkampfwirksamer Auftritte auf internationaler Bühne. Bei den zahlreichen Treffen der Staats- und Regierungschefs sowie auf Ministerebene will sie Deutschland als Land präsentieren, das die Finanzkrise und die Herausforderungen des demografischen Wandels bewältigt hat. rei

Wirtschaftswissenschaften Ökonomen kritisieren Ökonomen

Zwei renommierte deutsche Wirtschaftswissenschaftler gehen mit dem eigenen Berufsstand ins Gericht. In einem Aufsatz mit dem Titel „Kein Grund zu lamentieren – mehr Relevanz gefragt“ fordern Gert Wagner, Vorstandsmitglied des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW), und der Direktor des Düsseldorf Institute for Competition Economics, Justus Haucap, eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Arbeit. Zu oft werde von Experten suggeriert, Antworten auf alle wirtschaftlichen Fragen zu haben und Probleme mit Patentrezepten lösen zu können. „Die Ökonomenzunft sollte daraus lernen, dass sie nicht permanent zu viel verspricht“, schreiben Wagner und Haucap. Mit „mehr Bescheidenheit bei Prognosen“ ließe sich ihrer Meinung nach die Akzeptanz erhöhen. Zugleich weisen die Autoren das Wehklagen vieler Kollegen zurück, ihr Rat sei in der Öffentlichkeit zu wenig gefragt. Ökonomen hätten

hier „im Vergleich zu anderen wissenschaftlichen Disziplinen keineswegs ein Problem“, argumentiert das Forscherduo. „Werden Wissenschaftler in Medien genannt, sind dies in knapp zwei Drittel der Fälle Ökonomen.“ bö

Mercedes Boom in Russland

Der Autohersteller Daimler hält trotz Wirtschaftskrise und EU-Sanktionen weiter an seinem Plan fest, in Russland ein Mercedes-Werk zu bauen. Ein Grund dafür sind die neuesten Absatzzahlen: Obwohl der russische Automarkt im Vergleich zum Vorjahr um mehr als ein Drittel einbrach, verzeichnete Mercedes in den ersten drei Monaten des Jahres ein Verkaufsplus von 9 Prozent, der Sportwagenbauer Porsche konnte seine Verkäufe im selben Zeitraum sogar um 54 Prozent steigern. Als Favorit für den neuen Mercedes-Standort gilt Sankt Petersburg. Während das Luxussegment floriert, kämpfen andere westliche Autohersteller in Russland mit großen Schwierigkeiten. mas

Verkehr

Freie Fahrt für Riesen-Lkw

Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) erhält immer mehr Zuspruch für sein Vorhaben, sogenannte Lang-Lkw auf deutschen Straßen flächendeckend zuzulassen. Bald nehmen 12

Bundesländer am entsprechenden Feldversuch des Ministeriums teil. Als jüngstes Bundesland meldete nun auch Baden-Württemberg umfangreiche Streckenwünsche an. Die grün-rote Landesregierung in Stuttgart galt bislang als erbitterter Gegner der Laster, die bis zu 25,25 Meter lang sein dürfen. Zu-

letzt hatte auch die rot-grüne Landesregierung in NRW ihre ablehnende Haltung aufgegeben. Darüber hinaus haben unter anderem Bayern und Sachsen zusätzliche Strecken für den Feldversuch beantragt. Derzeit umfasst das Netz, auf dem Lang-Lkw fahren dürfen, gut 10 000 Kilometer, der Großteil davon

sind Autobahnen. In einem Zwischenbericht kam die Regierung zu dem Ergebnis, dass die Fahrzeuge für eine Spritersparnis von bis zu 25 Prozent sorgen. „Ich gehe davon aus, dass sich die positiven Ergebnisse bestätigen“, sagt Dobrindt. „Dann werden wir mit den Lang-Lkw in den Regelbetrieb gehen.“ bö



FOTOS: KAY NIETFIELD / DPA (0.); M.I.S.-SPORTPRESSEFOTO / PICTURE ALLIANCE / DPA (U.)

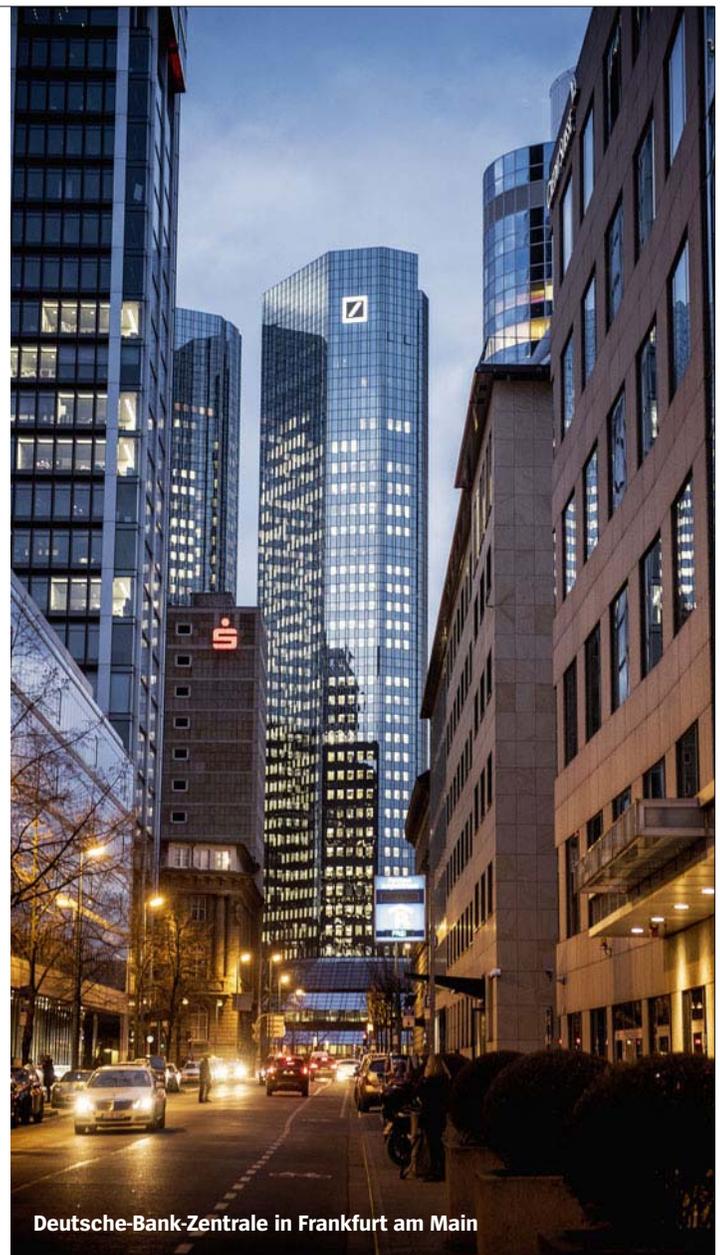
Deutsche Bank

Vorstand für Postbank-Verkauf

Der Vorstand der Deutschen Bank hat in einer Sitzung am vergangenen Mittwoch eine Vorentscheidung für den Verkauf der Postbank getroffen. Das alternative Modell, das eine Abspaltung des kompletten Privatkundengeschäfts vorsieht, fand in dem Gremium offenbar keine ausreichende Unterstützung. Zugleich sieht das Strategiekonzept vor, dass im verbleibenden Privatkundengeschäft Filialen geschlossen und ein Teil der Auslandsaktivitäten aufgegeben wird; das Investmentbanking muss um etwa 150 Milliarden Euro schrumpfen. In der Bank sollen zudem die Kosten gesenkt werden. Bis zur Aufsichtsratsitzung am 24. April sollen alle Details geklärt sein. Die Bank erklärt, noch sei keine Entscheidung gefallen. Zugleich sorgen neue Entwicklungen in der Libor-Affäre für Diskussionen. So rückt erneut Kochef Anshu Jain in den Fokus, der damals das in die Manipulationen verwickelte Investmentbanking leitete. Die britische Finanzaufsicht FCA wirft der Führung der Bank unkooperatives Verhalten bei der Aufarbeitung des Libor-Skandals vor. In einem Brief der FCA, der ebenfalls im Vorstand erörtert wurde, heißt es, der Umgang des Instituts mit dem Thema sei inakzeptabel. Noch im April wird ein Vergleich der Deutschen Bank



mit der FCA und mehreren amerikanischen Behörden in der Libor-Affäre erwartet, er soll den Konzern 1,4 Milliarden Euro kosten. Die Bank soll bislang nur für etwa zwei Drittel des Betrages Rückstellungen gebildet haben. Angesichts des harten Vorgehens der angelsächsischen Behörden wird auch in der deutschen Finanzaufsicht BaFin der Ruf nach einer strengen Sanktionierung laut. „Es kann nicht sein, dass die Manipulation wichtiger Referenzzinsen allein in Deutschland ohne Folgen bleibt“, heißt es in Aufsichtskreisen. Sie fordern nun vor allem personelle Konsequenzen bis hin zum Vorstand. In einem Zwischenbericht zu ihren Libor-Untersuchungen hatte die BaFin bereits 2013 schwere organisatorische Mängel in der Bank ausgemacht und, wie jetzt die FCA, die schleppende Aufarbeitung der Affäre kritisiert. Die BaFin-Spitze soll jedoch gegen personelle Konsequenzen auf der höchsten Führungsebene der Bank sein. Der Abschluss-



Deutsche-Bank-Zentrale in Frankfurt am Main

bericht der BaFin wird frühestens Ende Mai erwartet. Die BaFin äußert sich dazu nicht. Auch Vertreter des Aufsichtsrats beklagen, es sei den Aktionären kaum zu vermitteln, dass Milliardenstrafen an die

Behörden gezahlt würden, ohne dass es zu personellen Konsequenzen komme. Aufsichtsratschef Paul Achleitner soll sich jedoch auch nach dem FCA-Schreiben hinter Jain gestellt haben. mhs

Kohle

Parteifreunde erhöhen Druck auf Merkel

Die nordrhein-westfälische CDU riskiert in der Energiepolitik den Machtkampf mit Bundeskanzlerin Angela Merkel. Bei einer Klausurtagung der CDU-Abgeordneten aus Landtag, Bundestag und Europaparlament in der kommenden Woche will die Partei einen Beschluss fassen, in dem sie die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) für eine Klimaschutzabgabe auf Kohlekraftwerke ablehnt. Bei der Tagung am Freitag suchen die NRW-CDUler zudem den Schulterchluss mit Parteifreunden aus anderen Bundesländern. Als Gast wird Sachsens Ministerpräsident Stanislaw Tillich erwartet, ebenfalls ein Gegner der Klimaabgabe. Kanzlerin

Merkel hatte im CDU-Präsidium zu erkennen gegeben, dass sie Gabriels Plänen aufgeschlossen gegenübersteht (SPIEGEL 14/2015). Die NRW-CDU ist mit Abstand der größte Landesverband der Christdemokraten und stellt im Bundestag 63 der über 300 Unionsabgeordneten. Zuletzt hatte die NRW-CDU Änderungen bei der von der CSU betriebenen Ausländer-Maut durchgesetzt. Auch der Wirtschaftsflügel der Partei verstärkt den Druck auf die Kanzlerin. Vizefraktionschef Michael Fuchs beschwerte sich bei Merkel, Gabriel habe beim erwarteten Anstieg des Strompreises mit falschen Zahlen operiert. „Gabriels Konzept ist das Ende der Braunkohle in Deutschland“, sagt Fuchs. Aus Sicht des CDU-Europaabgeordneten Herbert Reul könnte die geplante Abgabe gegen das Europarecht verstoßen. ama, gt, mp

Ein Satz und seine Folgen

Autoindustrie Trotz aller Treueschwüre – nach der Attacke von Aufsichtsratschef Ferdinand Piëch sind die Tage von Martin Winterkorn an der Spitze des VW-Konzerns wohl gezählt. Die komplette Führungsstruktur soll umgebaut werden.

Es sollte nach Routine aussehen. Am vergangenen Dienstag traf sich, wie jeden Dienstag, der Vorstand des Volkswagen-Konzerns in Wolfsburg. Eine der üblichen Sitzungen, in denen es um Marken, Modelle und Märkte geht. Gleich zu Beginn sagte der Vorstandsvorsitzende Martin Winterkorn zu seinen Kollegen: „Wir arbeiten weiter wie immer.“

Den Vorständen des VW-Konzerns war klar, dass sie dieser Aufforderung kaum folgen können. Wie sollten sie weiterarbeiten, als wäre nichts geschehen? Seit Freitag, dem 10. April, ist der Wolfsburger Konzern durch einen einzigen Satz Ferdinand Piëchs erschüttert: „Ich bin auf Distanz zu Winterkorn“, hatte der Aufsichtsratschef des VW-Konzerns dem SPIEGEL gesagt.

Die Aussage löste „Schockwellen“ im Automobilkonzern aus („Die Welt“), sorgte zeitweilig für einen Sturz der VW-Aktie und wirkte auf manche „wie eine Hinrichtung“ des Vorstandsvorsitzenden („Süddeutsche Zeitung“).

Seitdem stehen vor allem zwei Fragen im Zentrum vieler Debatten: Was trieb Piëch dazu, den VW-Chef derart brutal zu attackieren? Und könnte diese Auseinandersetzung für Piëch, der in seiner Karriere schon zahllose Machtkämpfe für sich entschieden hat, mit einer Niederlage enden? Also mit einem Sieg Winterkorns, dem sofort der Betriebsratsvorsitzende Bernd Osterloh, der niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil und Wolfgang Porsche zur Seite sprangen?

Gewöhnlich verlaufen die Machtkämpfe des Ferdinand Piëch nach einem Muster. Zuerst zündet er eine Bombe. Dann wartet er ab, was passiert, und tut so, als sei alles gar nicht so schlimm. Muss ein Aufsichtsrat nicht Distanz zum Vorstand wahren, wenn er ihn kontrollieren will? Eine Ablösung Winterkorns hat er sicher nicht beabsichtigt. Einen Weckruf vielleicht.

Wenn sich der Staub gelegt hat, geht die nächste Bombe hoch. In der Zwischenzeit haben viele erkannt, dass es Gründe für die Attacken gibt. Sind die Probleme bei Volkswagen nicht viel größer als erwartet? Und dann wird der Wechsel erfolgen, und viele werden sagen, „der Alte“, wie Piëch halb ehrfürchtig, halb spöttisch genannt wird, hat mal wieder recht gehabt. VW-Boss Winterkorn ist durch die Distanzierung seines Aufsichtsratschefs so ge-

schwächt, dass er seine Aufgabe künftig nicht in gewohnter Weise wird ausüben können. Er wird deshalb, allen Treueschwüren zum Trotz, auch kaum bis zum Ende seines Vertrags im Dezember 2016 im Amt bleiben können.

Die Gemengelage ist allerdings komplex. Es geht nicht nur um die Position des Vorstandsvorsitzenden, sondern auch um eine neue Führungsstruktur für den Zwölf-Marken-Konzern. In dem Riesenreich kann nicht mehr alles zentral aus Wolfsburg gesteuert werden. Die Aufsichtsräte suchen nach einer „Paketlösung“.

Porsche-Chef Matthias Müller ist der Favorit für die Winterkorn-Nachfolge. Er hat bei Audi gearbeitet, war für die Modellstrategie verantwortlich und führt seit 2010 erfolgreich Porsche. Müller ist Techniker, aber nicht technikverliebt. Er hat auch die Kosten im Blick und erfüllt damit die wichtigsten Voraussetzungen für die Führung des VW-Konzerns.

Müller hat vor längerer Zeit schon ein Konzept für eine neue Führungsstruktur erarbeitet. Danach sollen mehrere Automarken in einer Gruppe zusammengefasst werden: Volkswagen mit Škoda und Seat,

Audi mit Bentley und Bugatti, Porsche mit Lamborghini. Die Reibereien zwischen den Marken könnten so verringert werden.

Und Noch-Chef Winterkorn? Seine Stimmung schwankt nach Angaben von Vertrauten zwischen Fassungslosigkeit, Wut und Enttäuschung. Er gibt sich zwar kämpferisch: „Ich lasse mich nicht vom Hof jagen“, sagte er in einer ersten Reaktion. Das gehe gegen seine Ehre. Und warum sollte er von sich aus hinwerfen? In Winterkorns Amtszeit haben sich Absatz und Umsatz nahezu verdoppelt. Der VW-Chef ist hoch angesehen: in der Branche, auch in der Politik, vor allem bei Kanzlerin Angela Merkel, mit der er am Montag auf der Hannover Messe auftrat.

Und doch hat dieser eine Satz Piëchs aus Martin Winterkorn einen anderen gemacht. Er ist jetzt nicht mehr der unumschränkte Herrscher, der die vielen Marken mit harter Hand zusammenhält. Er kann sie noch zur Ordnung rufen, wenn sie mal wieder gegeneinander antreten: Škoda gegen Volkswagen, Audi gegen Porsche. Und Winterkorn kann weiterhin drohen: „Die mach ich rund!“ Aber werden die angesprochenen Manager dem Vorstandsvorsitzenden noch folgen?

Winterkorn ist ein geschwächter Konzernchef. Ein Teil seiner Macht war geliehen vom Aufsichtsratschef, der hinter ihm stand und ihn unantastbar machte. Diesen Teil der Macht hat Piëch nun von einem Tag auf den anderen einkassiert.

Warum nur?

Es gibt Probleme auf dem US-Markt, wo Winterkorn eine Fabrik für eine Milliarde Dollar errichten ließ, die jetzt nicht ausgelastet ist, weil die richtigen Modelle fehlen. Die Partnerschaft mit dem japanischen Hersteller Suzuki, mit dem zusammen ein Kleinwagen entwickelt werden sollte, endete im Streit. Die Rendite der Marke Volkswagen ist schwach, weil die Autos zu aufwendig konstruiert sind.

Den Autovisionär Piëch, der in seiner Zeit bei Audi den Quattro-Antrieb und die Aluminiumkarosserie einführte, ärgert auch, dass der VW-Konzern bei den großen Zukunftsthemen hinterherfährt. Vorsprung durch Technik zeigt BMW mit seinen Elektro- und Hybridautos i3 und i8. Als Mobilitätsanbieter ist Daimler führend mit seinem Car2go-Angebot in 29 Städten der Welt. Und mit Apple hätte der Wolfs-



VW-Chef Winterkorn

„Ich lasse mich nicht vom Hof jagen“



VW-Aufsichtsratsvorsitzender Piëch: „Wenn ich etwas erreichen will, gehe ich auf das Problem zu und ziehe es durch“

burger Konzern nach Ansicht des Aufsichtsratschefs längst eine Zusammenarbeit vereinbaren müssen, damit der Technologiekonzern nicht ein potenzieller Konkurrent, sondern ein Partner wird.

Diese Probleme und Versäumnisse werden bislang überdeckt durch hohe Gewinne im China-Geschäft, bei Porsche und Audi. Der Kern des Konzerns aber, die Marke Volkswagen, muss schnell auf Kurs gebracht werden. Der Absatz sinkt, die Rendite auch. Ein Effizienzprogramm soll fünf Milliarden Euro einsparen. Winterkorn hat es begonnen, vollenden aber soll es Herbert Diess, der von BMW verpflichtete neue Chef der Marke Volkswagen.

Angesichts dieser Lage kann ein Aufsichtsrat zu der Erkenntnis kommen, dass ein Wechsel an der Spitze sinnvoll wäre, zumal Winterkorn in wenigen Wochen 68 Jahre alt wird.

Nach allem, was Winterkorn geleistet hat, verdient er aber einen ehrenvollen Abgang. Man hätte mit ihm über einen Wechsel reden können, er hätte sich dem

wahrscheinlich nicht verschlossen. Stattdessen wird er öffentlich abgeschossen.

Die Erklärung suchen viele in der Persönlichkeit des Ferdinand Piëch. Er selbst macht sich lustig über Journalisten, die versuchen, ihn psychologisch zu deuten, und ihm bescheinigen, er sei durchdrungen von der Mission, einmal auf einer Stufe mit seinem Großvater Ferdinand Porsche zu stehen, der den Käfer entwickelte und den Grundstein für die Unternehmen Volkswagen und Porsche legte.

Eher schon prägend empfand er die Zeit im Internat, einem „typischen Abhärtungsinternat, elitär, schlicht, streng“, so Piëch. Dort lernte er, sich durchzuboxen. Er hat sich aus dieser Zeit „ein extrem hohes Misstrauen gegenüber anderen“ bewahrt.

In seiner Karriere in der Automobilindustrie, die den Ingenieur von Porsche zu Audi und schließlich an die Spitze des VW-Konzerns führte, musste Piëch viele Machtkämpfe bestehen, bei denen seine Chancen anfangs als gering eingeschätzt wurden. Er hat sich meist durchgesetzt.

„Wenn ich etwas erreichen will“, sagte Piëch einmal, „gehe ich auf das Problem zu und ziehe es durch, ohne zu merken, was um mich herum stattfindet.“

Er ist in solchen Auseinandersetzungen härter als die Gegner, er hat den längeren Atem, und er nimmt keine Rücksichten, auch nicht auf sich selbst und sein Image.

Dass Piëch nun wegen seines Umgangs mit dem VW-Chef kritisiert wird, dürfte er noch nicht einmal zur Kenntnis nehmen. Schlagzeilen interessieren ihn nicht. Er analysiert Machtverhältnisse. Gegen die zehn Stimmen der Arbeitnehmervertreter im VW-Aufsichtsrat und die zwei Stimmen Niedersachsens kann er nichts ausrichten. Vor allem muss er zunächst die Mitglieder der Familien Porsche und Piëch auf seine Seite bringen, die zusammen 53,1 Prozent der Stammaktien von VW besitzen.

Vertreter der Familien vermuteten, Piëch wolle seine Frau Ursula, die bereits als gewöhnliches Mitglied im VW-Aufsichtsrat sitzt, zu seiner Nachfolgerin an dessen Spitze machen. Das wollten sie auf

jeden Fall verhindern. Diese Hürde hat Piëch bereits aus dem Weg geräumt. Die Führung von Vorstand und Aufsichtsrat bei VW sollten „die Richtigen“ übernehmen, sagte er am vorvergangenen Freitag, und das seien „keine Familienmitglieder, das ist auch nicht meine Frau“. Er wolle „nicht durch meine Frau weiterregieren“.

Das dürfte Wolfgang Porsche, der den Clan der Porsches anführt, kaum beruhigen. Wopo, wie er in der Familie genannt wird, ist ein Mann des Ausgleichs. Er setzt sich seit Langem dafür ein, dass die Familien Porsche und Piëch Diskussionen über die Führung des VW-Konzerns intern führen. Ein öffentlicher Angriff auf den Vorstandschef muss ihm zutiefst zuwider sein, zumal er persönlich ein sehr gutes Verhält-

nis zum VW-Boss pflegt. Aber was soll Wolfgang Porsche machen, wenn sein Cousin Ferdinand sich nicht mit ihm abstimmt?

Seit jener Zeit akzeptieren auch Piëch-Kritiker in den Familien, dass dieser Enkel Ferdinand Porsches wohl über den größten Unternehmergeist in der Sippe verfügt – gepaart mit einer Durchsetzungskraft, die gelegentlich frösteln lässt. Gegen eine mögliche Ablösung Winterkorns werden die Familien sich deshalb nicht wehren.

Die beiden anderen Protagonisten in dem Machtkampf, Betriebsratschef Osterloh und Niedersachsens Ministerpräsident Weil, verurteilen die Art, in der Piëch seinen Angriff auf Winterkorn startete. Aber jetzt müssen sie vor allem dafür sorgen, dass die Führung des VW-Konzerns hand-

lungsfähig ist. Und ein Chef, zu dem der Großaktionär auf Distanz geht, kann dies nicht gewährleisten. Also werden auch sie sich einem Wechsel an der VW-Spitze nicht allzu lange widersetzen.

Bleibt die Frage, warum Piëch Winterkorn auf diese brutale Art zum Abschied freigegeben hat. Zwar hatte er ganz ähnlich die Ablösung der einstigen Chefs von Audi (Franz-Josef Paeffgen), VW (Bernd Pischetsrieder) und Porsche (Wendelin Wiedeking) vorbereitet. Es genügte meist ein Satz. „Zurzeit habe ich noch Vertrauen zu Wiedeking“, hatte er gesagt und hinzugefügt, „streichen Sie das Wort ‚noch‘.“

Aber Winterkorn ist ein ganz besonderer Fall. Piëch hatte ihn 1981 als seinen Assistenten zu Audi geholt und dessen Karriere mehrere Jahrzehnte lang gefördert. Es müsse etwas Persönliches sein, mutmaßen viele, die beide schon länger kennen.

Piëch reagiert empfindlich, wenn Konzernchefs auftreten, als gehörte ihnen das Unternehmen. Letztlich ist der VW-Boss ein angestellter Mitarbeiter wie der Gärtner und der Hausmeister, auch wenn er 16 Millionen Euro im Jahr verdient. Winterkorn hat oft über seinen möglichen Wechsel an die Spitze des Aufsichtsrats gesprochen. Zu oft. Das hat er gar nicht zu entscheiden, sagte Piëch zu Vertrauten.

Solche vermeintlichen Kleinigkeiten haben sich addiert. Und dann muss es noch etwas Größeres gegeben haben. Möglicherweise vermutet Piëch, dass aus Winterkorns Umfeld heraus im September 2013 das Gerücht verbreitet wurde, der Aufsichtsratsvorsitzende sei krank und werde



> Das Giro fürs Leben – mit bis zu 150 Euro Prämie.

Kostenloses Girokonto mit lebenslanger Zufriedenheitsgarantie¹:

- 100 Euro, wenn Sie uns mögen – 150 Euro, wenn nicht
- Kostenlose Visa-Karte
- Kostenlos Bargeld weltweit²

**JETZT
NEU**

04106-70 88
www.comdirect.de

.comdirect

¹Details unter www.comdirect.de/zufriedenheitsgarantie ²Im Ausland an Geldautomaten mit der Visa-Karte, im Inland mit der girocard an rund 9.000 Automaten der Commerzbank, Deutschen Bank, HypoVereinsbank und Postbank. comdirect bank AG, Pascalkehre 15, 25451 Quickborn

nis zum VW-Boss pflegt. Aber was soll Wolfgang Porsche machen, wenn sein Cousin Ferdinand sich nicht mit ihm abstimmt?

Vor gut sechs Jahren war Wolfgang Porsche mit anderen Mitgliedern der Familien entschlossen, Ferdinand Piëch zum Rücktritt vom Aufsichtsratsvorsitz zu zwingen. Piëch hatte den Porsches im VW-Kontrollgremium eine Abstimmungsniederlage eingebracht, weil er an der Sitzung nicht teilnahm und seine Stimme einem Gewerkschafter übertragen hatte.

Doch Piëch überstand auch diesen Angriff, was sich für die Familien Monate später als Glücksfall erwies. Als Porsche damals versuchte, den viel größeren VW-Konzern zu übernehmen, war die Familienfirma in Existenznot geraten. Ein Mitglied des Porsche-Zweigs erzählte, es habe Alpträume, dass bei ihm „künftig der Kühlschrank leer bleibt“. In der Lage konnte Piëch den VW-Konzern davon überzeugen,

lungsfähig ist. Und ein Chef, zu dem der Großaktionär auf Distanz geht, kann dies nicht gewährleisten. Also werden auch sie sich einem Wechsel an der VW-Spitze nicht allzu lange widersetzen.

Bleibt die Frage, warum Piëch Winterkorn auf diese brutale Art zum Abschied freigegeben hat. Zwar hatte er ganz ähnlich die Ablösung der einstigen Chefs von Audi (Franz-Josef Paeffgen), VW (Bernd Pischetsrieder) und Porsche (Wendelin Wiedeking) vorbereitet. Es genügte meist ein Satz. „Zurzeit habe ich noch Vertrauen zu Wiedeking“, hatte er gesagt und hinzugefügt, „streichen Sie das Wort ‚noch‘.“

Aber Winterkorn ist ein ganz besonderer Fall. Piëch hatte ihn 1981 als seinen Assistenten zu Audi geholt und dessen Karriere mehrere Jahrzehnte lang gefördert. Es müsse etwas Persönliches sein, mutmaßen viele, die beide schon länger kennen.

deshalb in wenigen Monaten seinen Posten übergeben. Die Berichte darüber haben den Patriarchen getroffen.

Sein einstiger Ziehsohn Winterkorn steckt jetzt in der wohl schwierigsten Phase seiner Karriere. Er ist angegriffen und kann sich nicht wehren. Also muss Winterkorn erst einmal weiterarbeiten wie immer. An diesem Samstag steht ein Flug nach Shanghai in seinem Terminkalender. Dort beginnt die Automobilmesse. Und dort muss der VW-Chef sich wie bei seinem Auftritt auf der Hannover Messe wohl wieder fragen lassen, wie seine Zukunft aussieht. In Hannover hat er geantwortet: „Ich habe eine Zukunft.“

Dietmar Hawranek



Video: Wie tickt Ferdinand Piëch?

spiegel.de/sp172015vw
oder in der App DER SPIEGEL

Neue soziale Frage

Jobs Die Digitalisierung krepelt den Arbeitsmarkt um und stellt den Sozialstaat vor neue Herausforderungen. In einem Strategiepapier sucht das Arbeitsministerium nach Lösungen.

Das Mannequin verschränkt die Arme und senkt seinen Blick. Die Kamera klickt, eine Minute lang richtet sich das Objektiv auf das Model. Doch das Foto auf dem Bildschirm wird anschließend nicht sein Gesicht zeigen, zu sehen ist lediglich die Uhr mit dem silbernen Zifferblatt, die das schmale Handgelenk ziert. In der Berliner Bildfirma Zuumeo zählt nur das Produkt.

Zuumeo hat sich auf die Ausstattung von digitalen Schaufenstern spezialisiert. Das Unternehmen fotografiert und beschriftet das Sortiment von Onlineshops, rund 70 Kunden schicken dafür ihre Waren hierher. In den Hallen der Firma in Friedrichshain arbeiten rund hundert fest angestellte Grafiker und Texter Tisch an Tisch mit Freiberuflern, die aus einem „Freelancer Pool“ gespeist werden. Für Zuumeo-Geschäftsführer Ferdinand von Humboldt sind sie Aushilfen für stressige Phasen: schnell einzusetzen, schnell zu entlassen, vergütet nach ihrer Leistung. Sie sind die Arbeiter aus der neuen Digitalwelt.

Einst startete Zuumeo als Tochterunternehmen des Onlineversandhauses Zalando. Seit Mitte 2013 ist es eigenständig – und heuert nun selbst Dienstleister an. Auch in Asien gibt es Auftragnehmer, die T-Shirts am Computer umfärben. Die Arbeiter dort retuschieren 24 Stunden am Tag, an sieben Tagen in der Woche – für den Bruchteil des Preises, den ein Freiberufler in Deutschland kostet.

In der Arbeitswelt ist die Zukunft längst Gegenwart, seit Unternehmen ihre Aufträge über das Internet weltweit outsourcen, Menschen am Fließband neben einem Roboter stehen und Maschinen über das Netz selbst melden, wann sie Ersatzteile brauchen. Und sie betrifft nicht nur die Industriebeschäftigten, sondern auch die über 70 Prozent der Erwerbstätigen, die in Dienstleistungsberufen arbeiten.

Die Revolution in Fabriken und Büros ist eine Frage, die nun auch die Bundesarbeitsministerin umtreibt. Was die Digitalisierung für den Sozialstaat deutscher Prägung bedeutet, will Andrea Nahles (SPD) zu ihrem Thema machen. Es geht um eine „Gestaltungsfrage“, die die Politik stellen müsse, denn sie habe das Primat: „Wie wollen wir morgen arbeiten?“, sagt Nahles.

In einem Grünbuch hat sie auf 90 Seiten aufschreiben lassen, welchen Problemen sich die Politik künftig stellen muss. „Arbeiten 4.0“ – so steht es auf dem Deckblatt. Es geht darin um nichts Geringeres als die



Ministerin Nahles

Frage, wie die Arbeit in der Zukunft aussehen wird – und welche Arbeit die Zukunft überhaupt noch zulässt. Sicher ist schon heute: Kaum ein Job bleibt unberührt, und die Politik steht vor jeder Menge neuer Fragen.

So will das Ministerium prüfen, welche Berufe die Digitalisierung vernichten und welche neuen Stellen sie hervorbringen wird. Es will herausfinden, was es für die Sozialkassen bedeutet, wenn die Zahl der neuen Selbstständigen wie der Clickworker steigt – und es will ausloten, ob das deutsche Arbeitsrecht noch in eine Zeit passt, in der viele Beschäftigte nicht nach Stunden, sondern nach Projekten und Ergebnissen bezahlt werden. Am Ende soll es darum gehen, ein „Neues Normalarbeitsverhältnis“ zu definieren, eine Aufgabe, die auch Nahles eigenen Parteigängern einiges abverlangen wird. Von einer „Evolution des Sozialen“ ist in dem Papier die Rede.

Dabei ist das Grünbuch, das Nahles am kommenden Mittwoch vorstellen wird, nur ein Anfang. So will das Ministerium etwa mit Wissenschaftlern und Praktikern diskutieren – und Bürger in zweistündigen Interviews befragen lassen. Aus den Ergebnissen will Nahles bis Ende 2016 eine politische Handlungsanleitung erstellen.

Es ist kein Zufall, dass die nächste Bundestagswahl dann ziemlich nahe rückt.

Zum ersten Mal besetzen die Sozialdemokraten ein Thema, das noch nicht abschließend durch den Koalitionsvertrag gewalkt wurde. Dass sie sich damit auch von der Union absetzen, ist kalkuliert. Schon seit Wochen ist die SPD auf der Suche nach einem neuen Thema. Seit Mindestlohn und Rente mit 63 Gesetz sind, hat die SPD ihr Soll für die Mühseligen und Beladenen erfüllt, meint Nahles. Das neue Konzept soll die arbeitende Mitte wieder für die SPD erwärmen, die sich die bange Frage stellt, was bleibt, wenn der engste Kollege ein Computer ist.

Früher trafen Rationalisierungswellen durch technologischen Fortschritt vor allem Geringqualifizierte. Heute garantiert Wissen nicht mehr einen zukunftssicheren Beruf. Auch die Jobs von Ärzten, Lehrern oder Ingenieuren können durch Algorithmen bedroht werden.

Zugleich gerät das traditionelle Leitbild des Industriearbeiters – langfristige Festanstellung mit steigenden Löhnen und planbarem Ruhestand – unter Druck. Die Grenzen zwischen Arbeitnehmern und Selbstständigen verschwimmen. In der digitalisierten Welt gewinnt ein neuer Typus von Selbstständigen an Bedeutung: Es sind Unternehmer in eigener Sache, die doch abhängig bleiben.

Zu einer anderen Zeit hätte man das Geschäftsmodell von Ines Jachomowski vielleicht Heimarbeit für Hausfrauen genannt. Heute verdient sie am Küchentisch ihrer Rostocker Mietwohnung fast genauso viel wie ihr Partner, der in einem IT-Unternehmen fest angestellt ist: rund 1200 Euro netto im Monat. Jachomowski, 37 Jahre alt, zwei kleine Kinder, hat das Internet verstanden.

Das Netz benötigt Inhalte, Gebrauchstexte für Blogs oder Onlinelexika. Jachomowski schreibt über Mode und Pflanzenzucht, für Brandschutzfirmen oder Hersteller von GPS-Ortungsgaräten. Sie verfasst Studienratgeber, ganze E-Books oder Zweizeiler für Onlineshops.

Das Problem ist: Die gesetzlichen Sozialversicherungen wie die Rente fußen auf der Idee, dass Arbeitnehmer mit festen, dauerhaften Verträgen Beiträge in das Sozialsystem zahlen. Was aber, wenn diese Verträge gar nicht mehr der Regelfall sind?

Angesichts der Digitalisierung wird die Zahl der Solo-Selbstständigen steigen. Viele Kleinstunternehmer verdienen aber

so wenig, dass ihnen eine Altersvorsorge zu teuer erscheint – und sie im Zweifel ganz darauf verzichten. Spätestens im Alter sind sie dann auf Stütze vom Staat angewiesen.

Bunte Erwerbsbiografien und Solo-Selbstständigkeit machten die Absicherung über klassische Sicherungssysteme schwieriger, sagt Nahles. Dabei stellt sich für die SPD-Politikerin auch die Frage nach dem Verhältnis von Bürger und Staat: „Wie viel Eigenverantwortung lässt die Gesellschaft dem Einzelnen, für den sie im Notfall dann doch solidarisch da sein will und muss?“

Die Sozialkassen müssen fürchten, dass umso weniger Geld in ihre Kassen fließt, je mehr die neuen Arbeitsformen zunehmen. Nötig sind deshalb, so heißt es in dem Ministeriumsplan, „langfristige Strategien zur Sicherung der Einnahmehasis der gesetzlichen Rentenversicherung“.

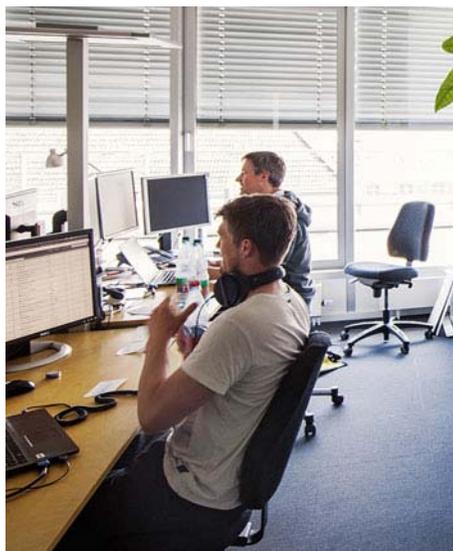
Dabei sehen die Nahles-Leute zwei Wege: Wenn ein Projektmitarbeiter als normaler Beschäftigter gelten würde, müsste seine Firma die Beiträge abführen – und er wäre automatisch über die gesetzliche Rentenkasse abgesichert. Dazu müsste neu festgelegt werden, was als reguläres Arbeitsverhältnis gilt.

Die andere Variante wäre, die Solo-Selbstständigen zu verpflichten, in die Rentenkasse einzuzahlen. Allerdings dürfte das Projekt nicht ganz einfach werden. Noch in der schwarz-gelben Koalition wollte die damalige Sozialministerin Ursula von der Leyen Selbstständige dazu verdonnern, eine Versicherung für das Alter abzuschließen. Statt Beifall erntete sie Protest: Vor allem Kleinunternehmer sammelten im Internet mehr als 80 000 Unterschriften gegen das Vorhaben. Auch das war eine Spielart der Digitalisierung. Am Ende verschwanden die Pläne in der Schublade.

So zeigt sich das Kernproblem der neuen Arbeitswelt: Clickworker und die neuen Selbstständigen sammeln sich auf Plattformen. „Aber Netzwerke schaffen noch keine Kollektive“, wie ein Gewerkschafter sagt. Und die neue Arbeitswelt stellt auch die althergebrachte Form der Mitbestimmung vor neue Probleme.

In der Softwarefirma Seibert Media in Wiesbaden dokumentieren die Angestellten jeden ihrer Arbeitsschritte digital. In Grafiken und Tabellen, auf Pappkarten und Tablets geben sie an, woran sie im Augenblick basteln und was sie für die kommenden zwei Wochen planen.

Wer hier arbeitet, muss bereit sein, sich auf volle Kontrolle einzulassen. Der Lohn dafür ist Mitbestimmung. Bei Seibert Media kennen die Arbeitnehmer alle Unternehmenszahlen. In Teams dürfen sie selbst entscheiden, wie sie ihre Arbeitskraft und ihre Mittel einsetzen. Jeder hat eine Stimme. „Dieses Image pflegen wir“, sagt Ge-



Maschinenfabrik, Softwarefirma

Kein Winkel der Arbeitswelt bleibt verschont

schäftsführer Martin Seibert. Es verkauft sich gut.

Vor acht Jahren hat Seibert begonnen, sein klassisches Unternehmen umzuwandeln. Seither lässt er jeden Mitarbeiter und jeden Kunden online beobachten, ob die Teams ihre selbstgesteckten Ziele erreichen. Sie nutzen dazu ein einfaches Diagramm: Eine blaue Linie zeigt, welche Arbeit getan werden soll. Eine rote, wie viel geschafft ist. Große Lücken werfen Fragen auf – auch in der Belegschaft. Denn alle Beschäftigten sind am Gewinn beteiligt.

Nach der Umstellung mussten bei Seibert Media einige Mitarbeiter gehen. Einen Betriebsrat gibt es nicht. Überflüssig, sagt Seibert. Nur: Ersetzt ein digitales Netzwerk, in dem alle über alle wachen, wirklich die traditionelle Mitarbeitervertretung mit ihren gesetzlich verbrieften Rechten? Nicht nur Gewerkschafter stellen daher die Frage, ob die Digitalisierung zu einer neuen Form des kooperativen Arbeitens führt – oder zu einer Totalkontrolle der Beschäftigten.

Für Nahles ist die Antwort klar: Die Mitbestimmung muss erhalten werden. Die

Frage ist aber, wie sie auf eine Welt des vernetzten Arbeitens übertragen werden kann und welche neuen Formen der Mitsprache möglich sind.

Viele Antworten auf die Digitalisierung der Arbeitswelt müssen erst gefunden werden: Kein Bereich des Sozialstaats bleibt von ihr unberührt, kein Winkel der Arbeitswelt verschont. Ob die Digitalisierung am Ende mehr Gewinner als Verlierer produziert, darüber entscheidet nicht die Technik, sondern auch die Politik.

Die Digitalisierung, so das Grünbuch, erfordere „ein positiv beschreibbares Zukunftsbild und einen langfristigen politischen Gestaltungswillen“. Die Technik schaffe nur Möglichkeiten der Veränderung: Welche Auswirkungen diese haben, sei „durch Gesellschaft und Politik gestaltbar“.

Wenn alte Tätigkeiten durch den Computer ersetzt werden, müssen die Menschen in der Lage sein, die neuen Aufgaben zu bewältigen. Das ist das Fazit, das sich aus dem Grünbuch ziehen lässt. Nur dauerhafte Weiterbildung und Qualifizierung werden dabei helfen, ganz gleich, ob die Beschäftigten den Status von fest angestellten Arbeitnehmern oder von Selbstständigen haben.

Auf dem Kinn von Martin Lang stehen Schweißperlen, obwohl er am Computer arbeitet. Die Industriemaschine, die er damit bedient, kann sowohl drehen als auch fräsen, sie kann alles auf einmal, und Lang muss sich konzentrieren. Nur ein Zahlenfehler, und das Hightech-Gerät fährt in die falsche Richtung. Die Reparatur kostet dann 50 000 Euro.

In der Maschinenfabrik Reinhausen in Regensburg baut Martin Lang Spezialteile für Umspannwerke. Vor 19 Jahren fing er hier als Zerspanungstechniker an, und seitdem musste er viel dazulernen. Denn das 1868 gegründete Familienunternehmen ist zu einer Smart Factory geworden. Während Lang und seine Kollegen früher ein Werkzeug nach dem anderen in die Maschinen spannten, werden sie heute bei ihrer Arbeit navigiert. Bildschirme an jeder Werkbank zeigen den Mitarbeitern, zu welchem Teil sie greifen müssen – mit Code-Nummer, Bauanleitung und 3-D-Ansicht.

Zu jedem neuen Gerät bekommt Lang eine Schulung. Auch das Computerprogramm, das alle Daten der Werkstücke kennt, lernte er zu bedienen. Einige Kollegen, die früher mit ihm in der Halle standen, haben 20, 30 Schulungen hinter sich. Mit den Informatikern optimieren sie nun die Software, die Maschinen und Mitarbeiter koordiniert.

Für viele ist es ein Aufstieg. Sie verbringen ihren Arbeitstag jetzt im Büro – nicht mehr als Dreher, sondern als „Value Factoring Consultant“.

Markus Dettmer, Kristiana Ludwig, Cornelia Schmergal

FOTOS: FLORIAN GENEROTZKY / DER SPIEGEL (O.); BERT BOSTELMANN / BILDFOLO / DER SPIEGEL (U.)

Danke für Ihr Vertrauen!

ADAC. Immer für Sie da.



ADAC

www.adac.de



Robin Hood der Reichen

Euro Künftig müsse die wohlhabende Elite Griechenlands die Staatskasse füllen, versprach die neue Regierung. Daraus wird nichts: Gut situierte Steuersünder werden geschont.

Für seine Wähler tritt der griechische Ministerpräsident Alexis Tsipras, 40, gern als Klassenkämpfer auf. Das ehemalige Mitglied der Kommunistischen Partei Griechenlands will die Luxussteuer anheben und jene Putzfrauen wiedereinstellen, die monatelang vor den Toren des Athener Finanzministeriums gegen ihre Entlassung protestierten.

Besonders populär bei seinen Wählern war, dass Tsipras die verhasste Troika aus den Ministerien warf, die im Auftrag der internationalen Geldgeber den Stand der Reformen kontrollieren soll. Die Experten von Europäischer Kommission, EZB und Internationalem Währungsfonds müssen nun im Athener Luxushotel Hilton darauf warten, dass subalterne Ministerialbeamte ihnen ein paar Akten vorbeibringen.

Meist ist unklar, wer auf der griechischen Seite was zu sagen hat. Immerhin, seit Dienstag wird wieder gearbeitet. Die Griechen hatten wegen des orthodoxen Osterfestes eine extralange Verhandlungspause verlangt.

Ganz schön mutig für ein Land, das am Rande der Pleite laviert. Keiner weiß, wie lange das Geld noch reicht. Bis zum 12. Mai, wenn eine größere Zahlung an den IWF geleistet werden muss? Oder doch

noch bis Juni? Die Gehälter der Beamten, die Ende April fällig werden, will sich Tsipras bei den Kassen der Sozialversicherung und den staatlichen Unternehmen leihen.

Griechenland braucht dringend einen Deal mit seinen Geldgebern. Doch die neue Athener Regierung erweckt den Anschein, als sei sie daran gar nicht interessiert. Sie verweigert Brüssel die ausstehenden Reformkonzepte, verwirrt ihre Partner mit widersprüchlichen Botschaften und, was am schwersten wiegt, verschont die reichen Steuersünder des Landes. Das ist bislang die größte Enttäuschung der politischen Wende in Athen: Die griechische Elite darf ihre Pfründen weiter in Sicherheit bringen, und Tsipras wird zum Robin Hood der Reichen.

Dabei hatten auch die internationalen Experten darauf gehofft, dass die neuen Machthaber ihre Wahlversprechen einlösen und entschlossen gegen die alten Zirkel der Macht vorgehen würden, die Griechenland seit Jahrzehnten dominieren. Doch nun stellt sich heraus, dass Tsipras und seine Minister klammheimlich mit den Oligarchen paktieren.

Klaus Masuch, fünf Jahre lang Delegationsleiter der EZB für Griechenland, hat in Athen schon einige Regierungen kom-

men und gehen sehen. Eines aber blieb stets gleich: Wenn die Privilegien von geschützten Branchen und begünstigten Berufsgruppen abgeschafft werden sollten, gab es besonders viele Widerstände. Solche Spezialinteressen dienten vor allem „den relativ Wohlhabenden, den Unternehmern mit den hohen Einkommen“, klagte der deutsche Volkswirt, der einst bei der Bundesbank sein Handwerk gelernt hatte, bereits Ende 2013 während einer Anhörung im Europäischen Parlament.

Die Griechen schulden ihrem Staat 76 Milliarden Euro. Im vergangenen Herbst erlaubte die damalige Regierung unter dem konservativen Ministerpräsidenten Antonis Samaras den griechischen Steuersündern, die Rückstände in 72 Monatsraten abzustottern. Eigentlich eine gute Idee; denn so sollte es den Reichen leichter gemacht werden, die geforderten Steuern auch tatsächlich zu zahlen.

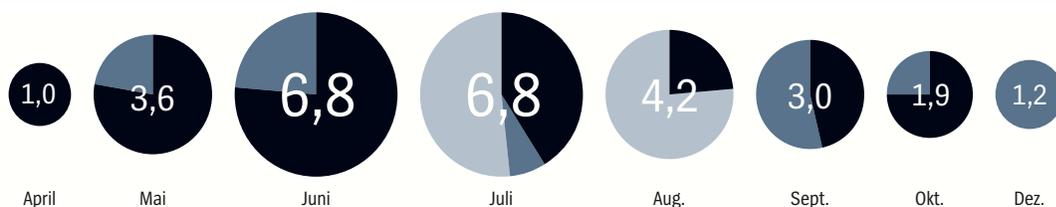
Doch in Griechenland gilt nun einmal eine andere Logik. Viele wohlhabende Griechen haben das Gesetz offenbar als Steueramnestie verstanden und fortan gar kein Geld mehr an den Fiskus abgeführt. „Wir haben vergeblich gewarnt, dass damit die Steuerbasis wegbricht“, sagt Masuch.

Griechenlands fällige Rückzahlungen

2015, in Milliarden Euro

Quellen: PDMA, IWF, Bloomberg; Stand: 16. April

■ kurzfristige Staatsanleihen
■ IWF ■ EZB



Immerhin: Die Troika konnte bei der Samaras-Regierung erreichen, dass wenigstens die 6500 größten Steueründer ausgenommen wurden, die dem Staat jeweils mehr als eine Million Euro schulden. Diese begrenzte Zahl von Superreichen, so hofften die Experten, sollte möglichst bald den Besuch eines Steuerfahnders bekommen: So sollte zumindest ein Teil der ausstehenden Forderungen in Höhe von rund 60 Milliarden Euro eingetrieben werden.

Ausgerechnet Syriza hat nun diese Regelung gekippt, zum Ärger der internationalen Geldgeber. „Die jetzige Regierung hat die Steuerstundungen sogar noch ausgeweitet und auch die relativ Vermögenden einbezogen“, sagt Masuch.

Reeder, Nachtclubbesitzer und Präsidenten von Fußballvereinen jedenfalls jubelten. „Befreit von den Fesseln der Schulden werden wir den Klub jetzt auf den Weg unserer Träume führen können“, sagte der griechisch-russische Multimillionär Ivan Savvidis, dem der griechische Fußballklub Paok Saloniki gehört. Der Verein kann dank Syriza mehr als 20 Millionen Euro Verzugszinsen und Strafgeldern sparen, wenn er von einer neuen Regelung der Syriza-Regierung Gebrauch macht.

Die Folgen für die staatliche Kassenlage zeichnen sich längst ab. Der griechische Fiskus nahm im Dezember und Januar rund 2,2 Milliarden Euro weniger als geplant ein, auch weil die Steuerzahler mit dem Entgegenkommen der neuen Regierung rechneten.

Mindestens zweimal seien die Syriza-Leute gewarnt worden, die Steuerstundung auf die Superreichen auszudehnen, ist aus Verhandlungskreisen zu hören. Das sei eine der roten Linien, die die neue Regierung überschritten habe.

Noch bei einem weiteren der Gesetzentwürfe von Syriza beklagen die Geldgeber die soziale Schlagseite. Die griechische Regierung will den Banken Zwangsversteigerungen verbieten, wenn das Privatvermögen des Hausbesitzers unter 500 000 Euro liegt. In einem Gesetz der Vorgängerregierung, das Ende 2014 auslief, waren nur Vermögen bis zu einem Wert von 270 000 Euro davor geschützt, dass die Banken bei einem Ausfall der Zinszahlungen die Immobilien zum Kauf anbieten dürfen.

Das gehe „über den Schutz verletzlicher Niedrigeinkommensbezieher hinaus“ und untergrabe „die Zahlungskultur“, warnte EZB-Chef Mario Draghi am vergangenen

Wochenende in einer Stellungnahme zu dem Gesetzentwurf. Der oberste Banker Europas ist besorgt, dass die für die Konjunkturerholung so wichtige Kreditvergabe in Griechenland weiter zurückgeht, wenn die Banken fürchten müssen, dass sie ihr Geld nie wiedersehen werden. Auch dieser Gesetzentwurf sei „nicht konsistent“ mit den Verpflichtungen Griechenlands gegenüber seinen internationalen Kreditgebern.

Ein weiteres Geschenk hatte Syriza den Reichen bereits im Wahlkampf versprochen: Die Immobiliensteuer, die Athen nach langem Sträuben im vergangenen Jahr auf Veranlassung der Troika eingeführt hatte, werde sie wieder aufheben. Davon würden nicht zuletzt jene wohlhabenden Schichten des Landes profitieren, denen ein großer Teil des griechischen Grund- und Wohnungsvermögens gehört. Daraufhin ging schon vor der Wahl das Aufkommen aus der Steuer drastisch zurück.

Bis Montag sollen die Griechen ihre Reformvorschläge konkretisieren, mit denen sie die Eurofinanzminister doch noch davon überzeugen wollen, ihnen zusätzliche Milliarden zu überweisen. „Wir brauchen ein umfassendes Paket mit einer kritischen Masse an Reformen“, sagt Masuch, der bei der EZB seit Kurzem jene Länder kontrolliert, die Hilfen von der EU bekommen.

Nur noch eine komplette Kehrtwende der griechischen Regierung könnte helfen. Doch dafür brauchte es ein politisches Wunder. Bisher mussten die Experten von der Troika erleben, dass die griechische Regierung mühsam errungene Reformen aus den vergangenen Jahren beerdigt. So wurde ein von den Parteien unabhängiger Korruptionsbekämpfer wieder der Regierung unterstellt, obwohl es auf der Hand liegt, dass nur politisch unabhängige Ermittler gute Ermittler sein können.

Auch bei den Arbeitsmarktgesetzen werden die Reformen von 2012 zurückgedreht, mit deren Hilfe die Troika der griechischen Wirtschaft zu mehr Flexibilität verhelfen wollte. So will Syriza die Mindestlöhne deutlich anheben. Bei der EZB kursiert eine Grafik, die zeigt, dass diese schon heute, gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt, im europäischen Vergleich hoch sind.

In der Rentenpolitik erwarten die Experten von IWF, EZB und EU-Kommission ebenfalls Reformen, die Syriza kaum liefern wird. So gilt es als Anachronismus, dass Arbeitnehmer in Griechenland schon nach 15 Jahren im Job einen relativ üppigen Rentenanspruch erwerben. „So etwas gibt es nirgends in Europa“, heißt es beim IWF in Washington.

Dass sich die zerstrittenen Partner bis zur bevorstehenden Sitzung der Euro-Gruppe in der nächsten Woche auf einen Kompromiss einigen, wird immer unwahrscheinlicher. Und so bereiten sich die Institutionen nun auf den Fall der Fälle vor: die Staatspleite Griechenlands. Die Wiedereinführung der Drachme gilt dann als eine realistische Option. Größtes Problem: Rein rechtlich gesehen müsste Griechenland bei einem Euroaustritt auch die EU verlassen. Doch das wollen die Brüsseler Experten unbedingt verhindern, nicht zuletzt aus außenpolitischen Gründen. Deshalb ist die EU-Kommission bereit, die entsprechenden Gesetze zu ändern und weiter zu helfen. Sollte Griechenland den Euro aufgeben, will die EU den prognostizierten Konjunkturerinbruch mit weiteren Milliardenzahlungen abfedern.

Es wäre ein Ende mit Schrecken, das weiß auch der deutsche Finanzminister. Doch sei das immer noch besser, erklärte Wolfgang Schäuble vergangenen Mittwoch seinen Gesprächspartnern in Washington, als das Geld weiter „in ein Fass ohne Boden zu stecken“.

Christoph Pauly



Politikerinnen Angela Merkel, Christine Lagarde
Wiedereinführung der Drachme als Option



Event von Spotify mit der Sängerin Charli XCX in London

Musik-Streaming*

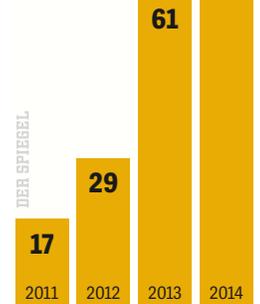
Umsatz in Deutschland
in Mio. Euro

* Bezahlangebote
von Spotify,
Napster,
Deezer etc.

108

2014
gegenüber
2013:
+ 79 %

Quelle:
Bundesverband
Musikindustrie



DER SPIEGEL

„Weltweiter Muskel“

Musikindustrie Sony-Music-Chef Edgar Berger über den Einfluss von Streaming-Diensten wie Spotify und die schwierige Suche nach Stars

Berger, 49, ist CEO International von Sony Music, der zweitgrößten Plattenfirma der Welt. Sony Music besitzt die Verwertungsrechte an Werken von Künstlern wie Michael Jackson, Oasis oder Peter Dinklage. Zudem hält die Firma einen kleinen Anteil am schwedischen Streaming-Anbieter Spotify. Während Dienste wie YouTube mehrheitlich auf Werbefinanzierung setzen, gibt es Anbieter wie Tidal, die den Kunden immer zahlen lassen. Marktführer Spotify bietet ein Freemium-Modell an: Manche Funktionen sind nur bei Bezahlung nutzbar.

SPIEGEL: Herr Berger, darf man Musik im Internet kostenlos anbieten?

Berger: Na ja, zunächst wollen wir natürlich den Konsumenten so viele Angebote wie nur möglich machen. Aber am Ende sollte es nur Geschäftsmodelle geben, bei denen Künstler und Urheber fair bezahlt werden.

SPIEGEL: Spotify hat mehrheitlich Zuhörer, die nichts bezahlen und stattdessen Werbung zu hören bekommen. Über YouTube beklagte sich Ihr Branchenverband diese Woche: Wie kann mit der Kostenlosmentalität gebrochen werden?

Berger: Über alle Streaming-Angebote hinweg muss man feststellen, dass die 41 Millionen zahlenden Abonnenten mehr Umsatz generieren als die eine Milliarde Nutzer von Gratisdiensten. Aber bezahlte Abo-Dienste sind das am stärksten wachsende Segment. Das

Schwierige ist ja, eine ganze Generation zum Bezahlen zu bewegen, die gelernt hat, nicht bezahlen zu müssen.

SPIEGEL: Spotify wurde zuletzt mit acht Milliarden Dollar bewertet, muss Rechte aber stets lizenzieren. Sony Music hat zwar einen riesigen Musikkatalog, dürfte aber weniger wert sein. Wie passt das zusammen?

Berger: Die Bewertung ist natürlich Ausdruck von hohem Wachstumspotenzial. Und hier müssen wir aufpassen, dass das Verhältnis zwischen den Plattenlabels und Vertriebsplattformen gewahrt bleibt. Nachhaltiges Wachstum für Streaming-Dienste und die Musikbranche gibt es über bezahlte Abo-Modelle.

SPIEGEL: Spotify will die Nutzer aber offenbar nicht durch ein reines Bezahlangebot verprellen. Die Vorteile mit einem Premium-Abo sind überschaubar.

Berger: Jeder Streaming-Dienst will zunächst wachsen, aber am Ende sind vor allem zahlende Nutzer entscheidend. Und, ja, Sie haben recht: Auch die Differenzierung zwischen bezahlten Angeboten und werbefinanzierten ist nicht immer so deutlich, wie sie sein könnte.

SPIEGEL: Es kommen neue Dienste auf den Markt wie Apple mit Beats. Der Rapper Jay Z übernahm Tidal und macht daraus einen Streaming-Dienst von Künstlern für Künstler. Wird diese Konkurrenz den Markt verändern?



Berger

Berger: Das Internet ist ein „Winner takes it all“-Markt: Suche ist Google, soziales Netzwerk ist Facebook, weltweiter Download-Markt ist Apples iTunes. Jedes dieser Unternehmen hat eine enorm starke Stellung. Wir gehen allerdings davon aus, dass es im Streaming-Markt einen starken Wettbewerb geben wird.

SPIEGEL: Kannibalisiert Streaming nicht den rentablen Markt mit Downloads einzelner Songs, etwa bei Apples iTunes?

Berger: Das mag so sein. Aber man kann gegen Technologie und Konsumenten nicht ankämpfen. Man muss den Leuten geben, was sie möchten, wann und wo immer sie es wollen. Es gibt keine Alternative.

SPIEGEL: Viele Künstler beklagen sich, dass von den Streaming-Einnahmen kaum etwas bei ihnen ankommt, weil die Plattenfirmen zu wenig abgeben.

Berger: Das ist faktisch falsch. Die Art, wie ein Album oder ein Hit Geschäft generiert, hat sich einfach grundlegend geändert. Wird ein Song heruntergeladen, fließt nur einmal Geld. Beim Streaming gibt es bei jedem Abruf wieder Einkünfte. Nach ungefähr 18 Monaten stehen die Abo-Einnahmen in keiner Weise den Download-Einnahmen nach. Wenn der Markt wächst, können sie sogar darüberliegen.

SPIEGEL: Nicht alle können es sich leisten, 18 Monate zu warten. Sie müssen ein neues Album aufnehmen.

Berger: Das ist richtig. Die Zyklen haben sich geändert – auch für uns. Wir müssen ganz anders finanzieren und länger warten, bis wir Geld zurückbekommen. Der Umsatz der Musikindustrie mit lokalen Künstlern ist in den vergangenen fünf Jahren um 17 Prozent zurückgegangen, die Erlöse der Künstler aber nur um 6 Prozent. Wir tragen die größere Last. Niemals zuvor wurde so viel Musik konsumiert. 29 der 30 meistgeklickten YouTube-Clips sind

Musikvideos. 15 der 20 populärsten Persönlichkeiten auf Facebook und Twitter sind Musiker. Dass sich die Umsätze der Musikindustrie dennoch halbiert haben, steht im krassen Widerspruch zur Popularität von Musik.

SPIEGEL: Wie verändert die Digitalisierung das Verhältnis zwischen Künstlern und Plattenfirmen?

Berger: Der Künstler kann heute immer sagen, er macht alles allein und braucht uns nicht. Dennoch bleiben oder unterschreiben praktisch alle Künstler bei Plattenfirmen. Denn es ist extrem komplex, die größte Massenkultur der Welt global zu steuern. Wenn etwa eine Band aus England das Marketing in Australien oder Mexiko hinbekommen will, wird das schwierig. Wir stellen diesen weltweiten Muskel zur Verfügung, und der wird nach wie vor extrem genutzt.

SPIEGEL: Werden sich im digitalen Geschäft nur noch Megakünstler durchsetzen, die auf der ganzen Welt bekannt sind?

Berger: Es ist genau umgekehrt. 60 Prozent des Streamings sind Lieder aus dem Katalog, also alte Songs. Dazu kommen aber viele neue Künstler, denn der Nutzer hat ja dafür schon einmal bezahlt und will den Dienst nun auch nutzen. Das hilft Newcomern. Sie verbreiten sich schneller und viraler.

SPIEGEL: Wie hat sich Ihre Arbeit in der digitalen Musikwelt geändert?

Berger: Wir finden Künstler auf anderen Wegen. Wir finden sie oft auch im Netz und können dort sofort prüfen, wie ein Künstler ankommt. Dafür schauen wir uns in sozialen Netzwerken um, analysieren Kommentare zu Videos, prüfen die Anzahl von Streams. Auch können wir schneller und vor allem regionaler reagieren, wenn wir einen unserer Künstler promoten. Wird etwa ein Song im Radio gespielt, sehen wir in Echtzeit, ob sich das auch auf Verkäufe oder Streams auswirkt. Daraufhin stimmen wir Fernsehauftritte, Pressearbeit und Marketing ab.

SPIEGEL: Der Film-Streaming-Dienst Netflix hat die Serie „House of Cards“ auch nach Erkenntnissen aus Datensätzen der Zuschauer entwickelt. Wann kommt die Formel für den perfekten Hit?

Berger: Nie. Mit einem Algorithmus kann man keinen Hit schreiben. Wir verkaufen Emotionen, die wird man nicht programmieren können. Einen Film muss man verstehen, bei einem Song muss ich nicht darüber nachdenken. Entweder ich finde den gut und wippe mit – oder eben nicht.

SPIEGEL: Ärgern Sie sich, nicht selbst Spotify gegründet zu haben?

Berger: Gegenfrage: Hätte man uns vor 20 Jahren vorgeworfen, dass wir nicht Media Markt und Saturn gegründet haben? Streaming-Dienste sind ein Vertriebskanal.

Interview: Martin U. Müller

TRIUMPHE und TRAGÖDIEN der englischen KRONE



Gebundenes Buch mit Schutzumschlag

304 Seiten mit Abb. · € 19,99 (D)

ISBN 978-3-421-04674-1 · Auch als eBook erhältlich.

In ihrer beinahe 1000-jährigen Geschichte erlebte die englische Krone ungezählte Ränkespiele und Intrigen am Hof, Glaubenskämpfe und Revolutionen, Liebesgeschichten mit tödlichem Ausgang, den Aufstieg zum Weltreich. Anhand ihrer berühmtesten Herrscher, von Wilhelm dem Eroberer über Heinrich VIII. bis zu Königin Elizabeth II., liefern die Autoren des Buches einen Einblick in die beliebteste Monarchie Europas.

EU-Kommissarin Vestager



Scharfe Töne

Wettbewerb Die EU-Klage gegen Google wirft grundsätzliche Fragen auf: Sind digitale Monopole schlimmer als solche in traditionellen Branchen?

Der vergangene Mittwoch war der große Tag einer kleinen Frau aus Großbritannien. „Dies ist der Beginn des Endes von Googles hinterlistigen Praktiken der Suchmanipulation“, jubelte Shivaun Raff, die Gründerin der Internetfirma Foundem. Vor fünf Jahren hatte sie den amerikanischen Multi bei der EU-Kommission verklagt, nachdem ihr Preisvergleichsportal nicht mehr auf den ersten Google-Seiten angezeigt worden war. Ihr Verdacht: Der Internetriese habe seinen eigenen Shoppingführer bevorzugen wollen.

Rund fünf Jahre später kann Raff triumphieren. Die Wettbewerbsbehörde in Brüssel ist zu dem Schluss gekommen, dass Google „seinen eigenen Preisvergleichsdienst auf seinen allgemeinen Seiten systematisch bevorzugt“. Wer über Google nach einem Produkt im Internet forscht, bekomme in der Regel automatisch „Google Shopping“ als einen der Toptreffer angezeigt. Nach vorläufiger Auffassung

der EU-Kommission verstößt das gegen EU-Kartellrecht, wie die zuständige Kommissarin Margrethe Vestager diese Woche verkündete.

Sie findet es nicht normal, „dass Google immer an erster Stelle steht“. Da komme offenbar nicht der berühmte Algorithmus zum Einsatz, der den Verbrauchern die relevantesten Ergebnisse präsentiert, sagte die Dänin in Brüssel. Als Quasi-Monopolist habe der Konzern eine besondere Verantwortung gegenüber den Konsumenten. Google droht wegen des Missbrauchs seiner Marktmacht eine Milliardenstrafe, wenn die EU mit ihrer Beschwerde auch vor Gericht durchkommt.

Google will in den nächsten Wochen die Kommission davon überzeugen, dass die Anschuldigungen nicht stimmen. Amit Singhal, Chef von Google Search, sagt: „Wir möchten respektvoll, aber vehement widersprechen.“

Nun droht eine lange Auseinandersetzung mit möglicherweise gefährlichen Nebenwirkungen. Das Verfahren könnte die Gespräche mit den USA über das geplante Handelsabkommen TTIP belasten;

denn das Vorgehen der EU wird nicht nur im Silicon Valley, sondern auch in Washington argwöhnisch verfolgt. Auch Facebook hat Probleme in Europa. Und vor wenigen Wochen begann die Kommission, das Musikgeschäft von Apple unter die Lupe zu nehmen.

Es geht also um mehr als um die Marktmacht eines einzelnen Unternehmens. Infrage steht, wie der Wettbewerb in der Digitalindustrie insgesamt zu betrachten ist. Google könnte so zum Präzedenzfall werden für eine schon länger schwelende Debatte: Sind digitale Monopole anders zu bewerten als solche in traditionellen Branchen? Braucht es einen anderen Umgang mit Kartellfragen im digitalen Zeitalter?

Die Meinungen gehen weit auseinander. Der US-Ökonom Jeremy Rifkin etwa glaubt, dass sich digitale Monopole in der schnelllebigen Internetwelt nicht auf Dauer halten lassen und von selbst in sich zusammenfallen. Microsoft etwa wurde bestraft, weil der Konzern seinen Internetbrowser mit seinem Betriebssystem gekoppelt hatte. Heute ist das Standard. Andere Wissenschaftler dagegen vertreten die Auffassung, dass digitale Monopole sogar mächtiger und gefährlicher sind als herkömmliche.

Dabei ist die Lage im Hinblick auf die Marktmacht von Google in vielen Bereichen keineswegs eindeutig. Gerade bei der einträglichen Suche nach Produkten wandern immer mehr Online-Shopper zu den Portalen oder Apps von Anbietern ab, die eigentlich keine Suchmaschinen sind und dadurch auch in den Marktanalysen nicht auftauchen: Amazon und Ebay etwa, Facebook oder Pinterest. Wall-Street-Analysten sehen dadurch die Position von Google bereits erheblich bedroht.

Überraschend ist zudem, dass sich die EU zunächst ausgerechnet auf Online-Shopping-Portale fixiert hat. Google spielt in diesem Markt keine dominante Rolle. Im Gegenteil, der Bereich gilt schon lange als Schwachpunkt des Konzerns.

Viel gefährlicher ist für Google deshalb die nächste Front, die gleichzeitig von Vestager eröffnet wurde: Die Wettbewerbs-

hüter interessiert nun auch, wie das Unternehmen seine Marktmacht bei Betriebssystemen von Smartphones nutzt.

Die Google-Software Android hat weltweit eine vorherrschende Stellung. Die Wettbewerbskommission geht nun dem Verdacht nach, dass Google „den Marktzugang konkurrierender mobiler Betriebssysteme, Anwendungen und Dienste zum Nachteil der





Abb. zeigen Sonderausstattung.



WORK-LIFE-BALANCE AUF SCHWEDISCH.

Jetzt exklusiv für alle **gewerblichen Volvo Neukunden**: das Geschäftskunden-Leasing mit einer **Leasingrate von 1%** des Fahrzeugneupreises für alle Volvo V40, Volvo V60 und Volvo XC60 Modelle. Interessiert? Dann vereinbaren Sie doch gleich eine **Probefahrt: 0800/250 50 25**.

MEHR UNTER **VOLVOCARS.DE**

Volvo V60 D3 Linje Business

GESCHÄFTSKUNDEN-LEASING

JETZT FÜR **283,- € MTL.*** (NETTO)
0,- € ANZAHLUNG

Verbrauch kombiniert: 3,9 l/100 km;
CO₂-Emissionen kombiniert: 102 g/km

Volvo V40 D2 Basis

GESCHÄFTSKUNDEN-LEASING

JETZT FÜR **218,- € MTL.*** (NETTO)
0,- € ANZAHLUNG

Verbrauch kombiniert: 3,6 l/100 km;
CO₂-Emissionen kombiniert: 94 g/km

Volvo XC60 D3 Kinetic

GESCHÄFTSKUNDEN-LEASING

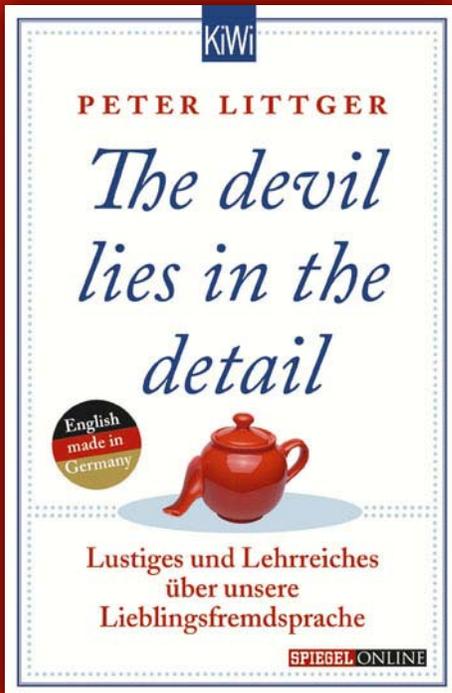
JETZT FÜR **299,- € MTL.*** (NETTO)
0,- € ANZAHLUNG

Verbrauch kombiniert: 4,5 l/100 km;
CO₂-Emissionen kombiniert: 117 g/km

Kraftstoffverbrauch in l/100 km kombiniert: 4,7–3,6; CO₂-Emissionen kombiniert: 124–94 g/km (gem. vorgeschriebenem Messverfahren).

*Ein Leasingangebot der Volvo Car Financial Services, ein Service der Santander Consumer Leasing GmbH, Santander-Platz 1, 41061 Mönchengladbach – für den Volvo V60 D3 Linje Business 110 kW (150 PS), Volvo V40 D2 Basis 88 kW (120 PS) und Volvo XC60 D3 Kinetic 110 kW (150 PS) bei einer Laufzeit von 48 Monaten, 15.000 km Gesamtfahrleistung pro Jahr und einer Anzahlung von 0,- Euro. Angebot zzgl. gesetzlicher Umsatzsteuer, Überführungs- und Zulassungskosten. Bonität vorausgesetzt. Nur für gewerbliche Volvo Neukunden. Gültig bis 31.05.2015 bei allen teilnehmenden Volvo Händlern.

English made in Germany



Taschenbuch. € (D) 9,99. Verfügbar auch als eBook

Sie beherrschen »fluent English«, fühlen sich aber unverstanden, wenn Sie vom »moonshine« oder Ihrer »oldtimer collection« schwärmen? Don't make you worries – Peter Littger zeigt, wo Fallstricke im deutsch-englischen Sprachaustausch lauern und wie sie sich vermeiden lassen.

»Ich freue mich auf das Buch: because there are such much problems with my English!«

Barbara Schöneberger

SPIEGEL ONLINE

www.spiegel.de

KIWI

www.kiwi-verlag.de

Wirtschaft

Verbraucher behindert“. Wer als Hersteller eines Mobiltelefons oder eines Tablets Android nutzen will, werde gezwungen, bestimmte Google-Apps auf den Geräten zu installieren.

Der Multi hält dagegen, dass Android eine sogenannte Open-Source-Software ist, die von jedem kostenlos genutzt werden könne. Android habe deswegen ganz im Gegenteil den Wettbewerb im Smartphone-Geschäft erheblich gefördert.

Die Vorwürfe der EU sind deshalb als Eröffnungsschachzug einer grundlegenden Auseinandersetzung mit Google zu sehen. Vergleichbare Untersuchungen gegen den Internetkonzern bei Reiseportalen, Online-Flugbuchungen oder Kartendiensten laufen weiter und könnten zu ähnlichen Ergebnissen führen. Weitere kartellrechtliche Prüfungen könnten dem Multi ebenfalls gefährlich werden. Mal geht es um das Kopieren von Webinhalten konkurrierender Unternehmen, mal um die Exklusivwerbung bei Google. Auch YouTube muss sich mit einer Kartellklage in Brüssel auseinandersetzen.

Die Regierung in Washington vermutet deshalb, dass die zunehmend scharfen Töne aus Europa gegen amerikanische Digitalkonzerne keinen rein wettbewerbsrechtlichen Hintergrund haben. Brüssel versuche vielmehr, die eigene Industrie zu fördern. Es wird die Frage gestellt, ob das Vorgehen der EU wirklich dem Verbraucher nutzt – oder nur den Wettbewerbern.

Im Februar beschwerte sich US-Präsident Barack Obama in einem Interview mit der Technologie-Nachrichtenseite Recode, dass gerade in Bezug auf Google und Facebook „das europäische Vorgehen mehr von wirtschaftlichen Motiven bestimmt ist“.

Die Angriffe auf die Silicon-Valley-Unternehmen wären „nicht immer ehrlich“. Amerikanische Unternehmen hätten „das Internet erfunden, ausgebaut und perfektioniert“ auf eine Art und Weise, bei der andere nicht mitgekommen seien. Dabei hatte der Präsident nicht nur die EU-Politik im Blick, sondern vor allem die Lobbyarbeit europäischer Firmen: „Was da als hochtrabende Positionen zu politischen Fragen dargestellt wird, ist oft nur dazu gedacht, wirtschaftliche Interessen zu fördern.“

Dass da etwas dran sein könnte, bewies der Fraktionschef der Konservativen im EU-Parlament, Manfred Weber. Er begrüßte die EU-Entscheidung mit den Worten: „Europa muss auch gegen die US-Megakonzerne Zähne zeigen. Das Internet ist kein Wilder Westen.“

Allerdings ist auch in den USA die Debatte um angebliche Wettbewerbsverzerrungen durch Google neu entflammt. Ein Viertel der Beschwerden, die Brüssel untersucht habe, sei von US-Unternehmen gekommen, betonte Vestager.

Zudem wurde vor Kurzem durch eine Panne bei der US-Wettbewerbsbehörde Federal Trade Commission (FTC) ein internes Gutachten aus dem Jahr 2012 bekannt, das eine Klage gegen Google empfiehlt. Auf 160 Seiten liefert das Papier eine harsche Analyse der Geschäftspraktiken des Konzerns. Die Schlussfolgerung: Google habe den Wettbewerb gehemmt und seine Monopolstellung missbraucht.

Das Gutachten wurde von der FTC-Abteilung für Wettbewerb erstellt. Andere Abteilungen sprachen sich jedoch gegen eine Klage aus und setzten sich mit dieser Haltung durch. Die FTC hatte zwei Jahre lang die Geschäftspraktiken von Google untersucht. 2013 stimmte die Leitung der Behörde dann jedoch einstimmig dafür, die Ermittlungen einzustellen: Es sei klar, dass es vor allem im Suchmaschinen-geschäft, dem Fokus der Ermittlungen, „keine rechtliche Grundlage für Maßnahmen“ gebe. Der Marktanteil von Google in den USA ist erheblich geringer als in weiten Teilen der EU, Experten schätzen ihn auf etwa 75 Prozent. In Deutschland dagegen erreicht Google bis zu 94 Prozent.

Auch bei Reiseportalen, Online-Flugbuchungen und Kartendiensten laufen Ermittlungen gegen Google.

Aber auch viele US-Unternehmen führen hinter den Kulissen schon lange eine aufwendige Kampagne gegen Google – allen voran Microsoft. Auch namhafte Konkurrenten aus der Online-Industrie sagten gegen den Konzern aus – darunter etwa Ebay und Amazon.

Google hat nun zehn Wochen Zeit, auf die Beschwerde der Kommission zu reagieren. Am Ende könnte der Konzern ausklagen – und bis der Europäische Gerichtshof dann endgültig entscheidet, könnten viele Jahre vergehen.

Aber in den vergangenen Jahren hat Google stets versucht, eine rechtliche Auseinandersetzung mit der Wettbewerbsbehörde zu vermeiden. Die Konzernlenker haben dabei auch Microsoft und Intel vor Augen: Der Streit der beiden Konzerne mit der EU erwies sich nicht nur als kostspielig, sondern auch als schädlich fürs Tagesgeschäft. Apple dagegen hat sich in einem anderen Fall mit der EU-Kommission außergerichtlich geeinigt. Darauf werde auch Google nun hinarbeiten, heißt es in der Firmenzentrale in Mountain View.

Ob sich Kommissarin Vestager schnell von ihrer Angriffslust abbringen lässt, ist allerdings unwahrscheinlich. Sie sagt: „Wir werden uns Google auch in anderen Bereichen anschauen.“

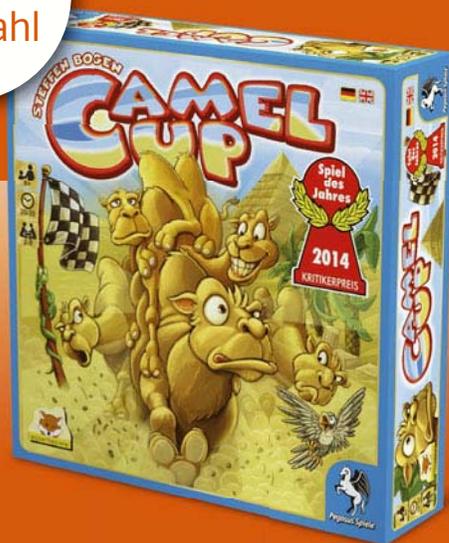
Christoph Pauly, Thomas Schulz

Geschenk für Testleser!

JETZT 10x DEN SPIEGEL + DEN DIGITALEN SPIEGEL TESTEN UND 35% SPAREN.



Gratis
zur Wahl



Neu: Travelite Daypack L in Schwarz

Rucksack aus leichtem und reißfestem Vichykaro-Material. Mit Air-Flow-Rückenabstandssystem und Reflektoren. Volumen: 25 Liter, Gewicht: nur 550 g.

Brettspiel Camel up

5 schnelle Kamele, 1 Pyramide und bis zu 8 Spieler ergeben das spannende „Spiel des Jahres“ 2014!

Ja, ich möchte 10 x den SPIEGEL für nur € 29,90 frei Haus testen, 35% sparen und ein Geschenk!

Tipp: den SPIEGEL + digitalen SPIEGEL testen!

- Noch vor Erscheinen der Print-Ausgabe. Schon ab freitags 18 Uhr.
- Exklusiv: Mit der SPIEGEL-ID jede Ausgabe auf bis zu 5 verschiedenen Geräten lesen.
- Alle E-Books aus dem SPIEGEL-Verlag inklusive.
- Mit zusätzlichen Videos, interaktiven Grafiken und 360°-Panoramabildern.
- Ausgaben auch offline lesen.
- App für Tablets, Smartphones sowie für PC/Mac.

Gleich mitbestellen!

Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für € 3,99 im Einzelkauf.

SD15-029

Mein Wunschgeschenk:

Travelite Daypack L (5040) Brettspiel Camel up (5018)

Anschrift:

- Frau
 Herr

Name/Vorname

Straße/Hausnr.

Geburtsdatum

19

PLZ

Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen)

E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Wenn ich mich nach Erhalt der 8. Ausgabe nicht melde, möchte ich den SPIEGEL weiterbeziehen, dann für zurzeit € 4,40 pro Ausgabe statt € 4,60 im Einzelkauf. Der Bezug ist jederzeit zum Monatsende kündbar.

Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Onlineprodukten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Ich nutze die bequemste Zahlungsart: per SEPA-Lastschrift*

DE
IBAN

Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

Datum

Unterschrift

SP15-067

Coupon ausfüllen und senden an:
DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg

040 3007-2700

040 3007-857085

abo.spiegel.de/ma1715

Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Der Vorzugspreis von € 0,50 für den digitalen SPIEGEL gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,48 für das E-Paper. Mein Geschenk erhalte ich direkt nach Zahlungseingang. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu den AGB und Ihrem Widerrufsrecht finden Sie unter www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de
*SEPA-Lastschriftmandat: Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.



Jetzt bewerben
bis zum
19.06.2015.

Gesucht: Die Energie- Visionäre des Jahres.

Der Handelsblatt Energy Award 2015 für innovative
Energiekonzepte mit Zukunft.

Die Kategorien:

- Industrie
- Smart Home
- Mobilität
- Start-up
- Utilities & Stadtwerke

Ihre Energie verdient einen großen Rahmen: Erleben Sie eine hochkarätige Jury, eine festliche Preisverleihung mit umfangreicher Berichterstattung und profitieren Sie vom Networking mit Experten direkt vor Ort. Bewerben Sie sich jetzt unter:

energyawards.de

Eine Initiative von:



Handelsblatt
Substanz entscheidet.



Di Lorenzo, Mitarbeiter

Presse

„Zeit“-Redakteure innovativ

Die Wochenzeitung „Die Zeit“ hat einen Innovationsreport nach dem Vorbild der „New York Times“ erarbeitet. Das 50-seitige Papier – plus 150 Seiten Anhang – listet Ideen für eine bessere Zusammenarbeit von Online- und Printredaktionen sowie für neue Geschäftsmodelle auf. Vorgeschlagen werden unter anderem ein „Zeit“-Klub für Abonnenten und die Einrichtung von „Magnetpunkten“ zwischen Print und Online.

„Es war unglaublich zu sehen, wie viele ungehobene Schätze es in einem Unternehmen gibt“, sagt „Zeit“-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo, der das Projekt gemeinsam mit Geschäftsführer Rainer Esser im Juni vergangenen Jahres angesprochen hatte. Insgesamt hätten sich 115 Mitarbeiter aus Redaktion und Verlag mit ihren Vorschlägen eingebracht. „Was mir besonders auffiel“, sagt di Lorenzo, „je jünger die Kollegen sind, desto mehr denken sie mit, ob eine Idee auch monetarisierbar ist.“ Der Report war bereits im November 2014 fertig und wurde Verlegern und Redaktion vorgestellt. bra

Internet

Technik-Blog wird wieder versteigert

Das Blog Basicthinking.de war einmal eine bedeutende Adresse im deutschsprachigen Web. Der IT-Experte Robert Basic schrieb dort in knapp fünf Jahren mehr als 12 000 Beiträge für die Technik- und Internetszene; die Seite galt als das populärste deutsche Blog. Als Basic die Adresse versteigerte, gab es erregte Debatten in der Szene über den Wert dieser Meinungsseiten. Die Auktion auf Ebay erbrachte dann im Jahr 2009 gerade einmal 46 902 Euro. Seitdem fand Basicthinking nicht wieder zu seiner alten Bedeutung zurück. Nun hat sich der Besitzer, das Unternehmen Onlinekosten.de, entschlossen, die Adresse in

den kommenden Wochen wieder zu versteigern. Grund dafür seien „Umstrukturierungen der Muttergesellschaft“, bestätigt der derzeitige Basicthinking-Chefredakteur Tobias Gillen. bra

TV-Projekte

RTL plant Film über Adidas und Puma

Sie waren Brüder, sie waren erbitterte Konkurrenten, und beide erschufen sie Weltmarken. Gleich zwei TV-Sender planen nun Spielfilme über Rudolf Dassler, der 1948 den Sportartikelhersteller Puma gründete, und Adolf Dassler, der 1949 mit Adidas nachzog. RTL will im Sommer mit den Dreharbeiten für einen Film beginnen, der von Michael Souvignier



Adolf Dassler 1954

und dessen Firma Zeitsprung produziert wird, Koproduzent ist Uwe Kersken von G5 fiction. „Diese Geschichte zweier Brüder, die aus einem Zwist heraus zwei Im-

perien schufen, ist äußerst spannend“, sagt RTL-Programmgeschäftsführer Frank Hoffmann. „Es ist auch eine deutsche Heldengeschichte mit Siegen und Niederlagen – und großer Fallhöhe.“ Die beruflichen Anfänge der Brüder liegen in der alten Waschküche ihrer Mutter im fränkischen Herzogenaurach, wo sie seit 1920 Turnschuhe fertigten, die an den Fuß der Sportler angepasst wurden. Zwischen dem extrovertierten Rudolf und dem stillen Tüftler Adolf kam es immer wieder zum Streit und schließlich zum Bruch. Laut einem RTL-Sprecher ist die Idee für das Filmprojekt knapp zwei Jahre alt. In dieser Woche war bekannt geworden, dass auch die ARD an einem Film über die Dasslers arbeitet. akü



„Ich bin nicht Claus Kleber“

SPIEGEL-Gespräch Florian Mundt alias LeFloid kommentiert auf seinem YouTube-Kanal das Weltgeschehen. Er ist damit zu einem Star mit Millionen Zuschauern geworden. Bei ihm, sagt er, interessieren sich auch Jugendliche für Politik.

Mundt, 27, der sich auf YouTube LeFloid nennt, ist für viele Jugendliche eine mediale Leitfigur. In seinen zweimal wöchentlich erscheinenden Videos beschäftigt sich Mundt mit politischen Nachrichten ebenso wie mit Abseitigem aus der Boulevardpresse.

Mundt montiert und kommentiert – oft polemisch und an der Grenze zur Albernheit. Aber er schafft es, dass Jugendliche wissen, wofür Grexit und IS stehen. Seine Videos erreichen regelmäßig über eine Million Aufrufe. 2,4 Millionen Nutzer haben seinen YouTube-Kanal abonniert. Florian Mundt hat keine Redaktion, er dreht und schneidet alles selbst. Als Kulisse dient ihm sein Schlafzimmer.

SPIEGEL: Herr Mundt, wie viele E-Mails, wie viele Kommentare erreichen Sie am Tag?

Mundt: Ungefähr 3000 E-Mails, unter meine Videos schreiben die Nutzer täglich um die 15 000 Kommentare.

SPIEGEL: Und die lesen Sie alle?

Mundt: Ich verbringe zwar jeden Tag, 365 Tage im Jahr, anderthalb bis zwei Stunden damit, diese Masse an Text zu scannen und einen Teil zu beantworten. Anfangs hab ich auch allen zurückgeschrieben. Aber das schaffe ich schon lange nicht mehr.

SPIEGEL: Ist die Erwartung, dass Sie möglichst vielen antworten, eine Last?

Mundt: Für mich nicht, aber teilweise für meine Mitmenschen. Manche Leute müssen dauernd auf ihre Armbanduhr schauen. Ich habe den Tick, alle zehn Sekunden mein Handy rauszuholen und die Kommentare unter meinem letzten Video zu checken und bei der Gelegenheit gleich ein paar zu beantworten. Meine Freundin nervt das manchmal.

SPIEGEL: Was bringt die Zuschauer dazu, Ihre Videos tausendfach zu kommentieren? So viele Leserbriefe bekommt der SPIEGEL nicht pro Woche.

Mundt: Meine Zuschauer haben genug davon, Medien einfach nur zu konsumieren. Sie wollen sich nicht hinsetzen und wie bei der „Tagesschau“ in 15 Minuten zehn Themen reindrücken lassen, von denen sie die Hälfte bis zum „Tatort“ vergessen haben. Außerdem provoziere ich gern, und das funktioniert als Lockmittel nun mal gut.

SPIEGEL: Die Menschen schauen Ihnen zu, weil sie wissen, sie können sich über Sie aufregen?

Mundt: Manche bestimmt. Ich bekomme Mails von Leuten, von denen ich nicht einmal ahnte, dass die mir zuschauen. Als ich über Sebastian Edathy ...

SPIEGEL: ... den SPD-Politiker, der sich Filme mit nackten Kindern beschaffte ...

Mundt: ... gesagt habe, seine politische Karriere sei zwar beendet, aber er könne ja nun als katholischer Priester anfangen, da schrieb mir ein Kirchenverein irgendwo aus Niedersachsen, was ich mir herausnehmen würde, die katholische Kirche mit solchen Machenschaften in Verbindung zu bringen. Das sei respektlos. Keine Ahnung, wie die darauf kommen. Vielleicht haben die in den letzten fünf Jahren keine Zeitung gelesen.

SPIEGEL: Was haben Sie denen geschrieben?

Mundt: Ich habe mir gedacht, dass ich denen nicht unbedingt antworten muss.

SPIEGEL: Nach Dialog klingt das nicht.

Mundt: Das ist ja die Ausnahme. Die meisten, die anderer Meinung sind als ich, stärken nicht bloß, manche schicken mir gleich noch einen Link mit einer Statistik, die meine Argumente entkräftet. Wenn jemand behauptet, Jugendliche seien nicht politikinteressiert, kann ich nur entgegnen: Das stimmt nicht. Das sehe ich an den Kommentaren unter meinen Videos, da sind Tausende darunter, die wirklich hochintelligent sind.

SPIEGEL: Und Sie haben Anteil daran, dass sich Jugendliche für Politik interessieren?

Mundt: Zumindest einen kleinen. Neulich habe ich eine Zuschauerin mit ihrer Mutter getroffen. Die Mutter hat mir erzählt, wie sie fast vom Stuhl gefallen sei, als ihre Tochter am Küchentisch plötzlich von Griechenland anfangt: Wie es denn sein könne, dass die neue Regierung lauter Beamte zurückholt, wo sie doch eigentlich die Wirtschaft ankurbeln will.

SPIEGEL: Der „Tagesschau“-Redaktion kann auch jeder eine E-Mail schreiben, trotzdem tun es längst nicht so viele Zuschauer wie bei Ihnen. Was ist der Unterschied?

Mundt: Erstens: Die Leute haben einen unglaublichen Spaß daran, ein bisschen gekitzelt zu werden. Sie merken, dass da jemand eine Meinung vertritt, sie laufen mit oder regen sich auf, und plötzlich merken

sie: Eigentlich habe ich auch eine Meinung. Das gibt's bei der „Tagesschau“ eher nicht. Zweitens: Ich glaube, mein Verhältnis zu den Zuschauern ist viel enger als das zu irgendwelchen Nachrichtensprechern aus dem Fernsehen. Ich kenne das ja selbst. Bei YouTube, die ich seit Jahren verfolge, habe ich das eigentlich absurde Gefühl einer besonderen persönlichen Nähe.

SPIEGEL: Das gab's allerdings schon immer. „Tagesschau“-Sprecherinnen bekommen heute noch regelmäßig Liebesbriefe und Heiratsanträge von Zuschauern.

Mundt: Cool! Ich überlege gerade, welcher „Tagesschau“-Sprecherin ich einen Liebesbrief schreiben würde.

SPIEGEL: Die persönliche Nähe schützt nicht vor Beschimpfungen oder Hass-E-Mails.

Mundt: Klar, es gibt schwarze Schafe in jeder Community. Aber man muss das locker sehen. Die Statements unter meinen Videos sind jedenfalls bedeutend positiver als zum Beispiel die Kommentare unter einem Artikel auf SPIEGEL ONLINE. Was manche Leute dort zu einem Krim-Beitrag schreiben, ohne ihn gelesen zu haben – wow! Ich habe unter meinen Zuschauern weniger Aluhütchen-Träger, die behaupten, dass alles, was mehr als 50 Menschen erreicht, schon mal grundsätzlich gelogen ist.

SPIEGEL: Die Debatte um die „Lügenpresse“ ödet Sie an?

Mundt: Ödet mich unheimlich an.

SPIEGEL: Warum?

Mundt: Weil es so ein undurchdringlicher Wust geworden ist aus Medienkritikern mit einem berechtigten Anliegen und Verschwörungstheoretikern, die das nächste Ufo-Buch des Kopp Verlags schon vorbestellt haben. Ich habe mit dem Thema Lügenpresse abgeschlossen. Das filtere ich komplett heraus – lernt man übrigens ganz toll als YouTuber: Kommentare filtern. Weißes Rauschen drüberlegen. Entspannen.

SPIEGEL: Sehen Sie sich eigentlich als Journalist?

Mundt: Nein, ich bin Videoblogger und Kommentator.

SPIEGEL: Sie wählen Nachrichten aus und ordnen sie ein. Das ist journalistische Arbeit.

Mundt: Wenn man es darauf herunterbricht, könnte man mich vielleicht Journalist nennen. Ich scheue mich nur davor, weil ich in diesem Beruf keinen Abschluss erzielt habe.



Videoblogger Mundt: „Das Standard-TV der Elterngeneration ist tot“

SPIEGEL: Wir haben eher den Eindruck, Sie meiden die Bezeichnung Journalist grundsätzlich.

Mundt: Ich fand es jedenfalls ganz schlimm, als vor einem Jahr jemand geschrieben hat, ich sei der „Anchorman von YouTube“. Ich bin nicht Claus Kleber für Jugendliche. Ich mag das nicht, dieses: „Vor Lampedusa sind 2000 Leute ertrunken, kommen wir zum Sport.“ Ich will die Leute auffordern, mitzumachen, mitzudenken.

SPIEGEL: Werden Ihnen Fehler eher verziehen, wenn Sie sich nicht Journalist nennen?

Mundt: Oh Mann, Sie meinen die Sache mit Putin.

SPIEGEL: Die von Verschwörungstheoretikern verbreitete Falschmeldung, dass Wladimir Putin die Anschläge vom 11. September als eine Inszenierung der US-Regierung ansieht – die Sie für echt hielten.

Mundt: Ja, da habe ich mich echt verrannt. Mich hatte ein Zuschauer auf die angebliche Meldung hingewiesen – und als ich sie im Netz auf elf verschiedenen Seiten wiedergefunden hatte, war ich sicher, dass etwas dran ist. War aber leider nichts dran. Blöd.

SPIEGEL: Was haben Sie daraus gelernt?

Mundt: Dass ich beim nächsten Mal noch eine zwölfte Quelle suche. Aber ich bezweifle, dass das eine Absicherung ist. Das Problem ist, ich habe keine Ahnung, wen ich in solchen Situationen anrufen und fragen kann: Stimmt das?

SPIEGEL: Die SPIEGEL-Dokumentation.

Mundt: Ja, lustig. Das kann ich ja nicht. Ich bin bloß eine Ein-Mann-Armee. Ich kann mir höchstens selbst eine E-Mail schicken.

SPIEGEL: Sie lassen häufig durchblicken, dass Sie den Politikbetrieb für intransparent und träge halten. Vermitteln Sie Jugendlichen damit nicht ein ernüchterndes Bild von Demokratie?

Mundt: Das glaube ich nicht. Ich bin kein politikverdrossener Mensch, ich gehe wählen und fordere meine Zuschauer auf, das ebenfalls zu tun. Ich bin ein Fan des mündigen Menschen. Wenn die Zuschauer merken, dass ich Quatsch erzähle, sollten sie anfangen, mich zu hinterfragen.

SPIEGEL: 70 Prozent Ihrer Zuschauer sind zwischen 16 und 24 Jahren. Steigt der Altersdurchschnitt eigentlich?

Mundt: Die Zuschauer werden mit mir zusammen älter.

SPIEGEL: Was verändert das?

Mundt: Vielleicht ist das niederschmetternd, aber eigentlich ändert das gar nichts. Das Einzige, was man daran ablesen kann, ist, dass die Leute nicht irgendwann aus dem YouTube-Alter herauswachsen und auf einmal wieder Bock auf Fernsehen haben.

SPIEGEL: Es ist eine Generation, die sich nicht vom Fernsehen abgewandt hat und die man zurückgewinnen könnte, sondern eine, die ohnehin nie etwas mit Fernsehen anfangen konnte?

Mundt: Jedenfalls mit dem herkömmlichen, synchronen Fernsehen. Dieses Standard-TV der Elterngeneration, bei dem man darauf warten muss, dass es 20.15 Uhr wird, damit man etwas sehen kann, das ist doch tot. Ich schaue natürlich Serien aus den USA wie „Breaking Bad“ – aber dann, wann ich will, und so viel ich will.

SPIEGEL: YouTube war immer auch eine Gegenbewegung zum Fernsehen. Sie selbst haben öfter erklärt, dass Sie nie zum Fernsehen wollen.

Mundt: Ich finde es einfach nicht reizvoll. Und ich weiß, was Sie jetzt fragen.

SPIEGEL: Sie haben bei der Wok-WM von Stefan Raab mitgemacht und entwickeln ein Format für das Jugendangebot von ARD und ZDF, das 2016 im Internet starten soll.

Mundt: Ich habe gesagt, dass ich keine Fernsehsendung machen will, bei der ich nicht 100 Prozent Entscheidungshoheit über alles habe. Mir widerstrebt es, mich hinzustellen und fremde Texte vom Teleprompter abzulesen. Nur wenn ein Sender mir garantieren würde, dass ich ein Format selbst produzieren, drehen und schneiden kann, würde mich Fernsehen interessieren.

SPIEGEL: Und ausgerechnet beim öffentlich-rechtlichen Jugendkanal haben Sie zugesagt, weil Sie da absolute Freiheit haben?

Mundt: Das werde ich sehen. Und außerdem ist es kein Fernsehen, sondern ein Internetformat. Was ich aber an einem öffentlich-rechtlichen Auftraggeber absolut reizvoll finde, ist ja gerade die öffentliche Finanzierung. Auf einmal völlig unabhängig zu sein von allem, das ist schon groß.

SPIEGEL: Sie meinen auch die Abhängigkeit von der Werbung. YouTuber leben von den Erlösen der Werbespots, die vor ihren Videos laufen – aber auch von bezahlten Produktplatzierungen. Wie sehen solche Angebote aus?

Mundt: „Stell doch mal für die Summe x dieses Computerspiel vor, und erzähl, wie cool es ist.“ Ich bekomme jeden Tag ein Dutzend solcher Angebote. 99 Prozent sind so schlecht, dass ich sie sofort ablehne.

SPIEGEL: Spüren Sie keine Verführbarkeit?

Mundt: Es ist leichter, 50 Euro abzulehnen als 5000. Aber ich riskiere doch nicht fürs schnelle Geld meine Glaubwürdigkeit. Ich bin überzeugt, dass man sich mit solchen Geschichten sehr schnell seinen YouTube-Kanal zerschießt, weil die Zuschauer ein gutes Gespür dafür haben, ob sich jemand verkauft.

SPIEGEL: Haben Sie da selbst Erfahrungen?

Mundt: Vor Jahren habe ich einmal Geld von der Chipsmarke Pringles angenommen und im Gegenzug mit der Chipsdose auf die Kamera gezielt wie mit einem Kanonenrohr. Zur selben Zeit haben das noch sechs andere YouTuber gemacht. Dafür habe ich von den Zuschauern ziemlich auf die Fresse gekriegt. So etwas würde ich heute nicht mehr machen.

SPIEGEL: YouTuber reden im Allgemeinen ungern darüber, wie viel sie verdienen, weil sie Angst haben, vor ihren Zuschauern als abgehoben dazustehen. Wie ist das bei Ihnen?

Mundt: Es wäre Quatsch, wenn ich behaupten würde, ich arbeite 70 Stunden pro Woche nur aus Spaß an der Freude. Natürlich bin ich auch Geschäftsmann.

SPIEGEL: Sie können mittlerweile locker von Ihren YouTube-Einnahmen leben.

Mundt: So lange geht das noch nicht. Meinen letzten Studentenjob hatte ich Weihnachten 2012.

SPIEGEL: Für die Generation der unter 25-Jährigen sind Sie ein Star. Die Techniker Krankenkasse wirbt sogar mit Ihnen. Haben Sie lange ums Geld verhandelt?

Mundt: Eigentlich nicht.

SPIEGEL: Hat es Sie überrascht, dass Sie Ihren Namen so zu Geld machen können? Man redet von einer halben Million Euro, die Sie bekommen haben sollen.

Mundt: Das sagt man? Da wäre ich allerdings sehr überrascht gewesen.

SPIEGEL: Die deutsche YouTube-Szene wurde in den letzten Jahren von der Vermarktungsfirma Mediakart dominiert. Auch Sie waren dort unter Vertrag. Ende vergange-

nen Jahres haben Sie den gekündigt, was in der Szene großen Wirbel ausgelöst hat. Was war der Grund?

Mundt: Ich war unzufrieden mit der erbrachten Leistung und habe mich nicht wohlgefühlt. Die finanziellen Konditionen haben eine Rolle gespielt. Aber dass wir uns endgültig getrennt haben, lag auch an persönlichen Differenzen.

SPIEGEL: Ihr YouTube-Kollege Simon Unge ist ebenfalls bei Mediakraft ausgestiegen und hat sich im Nachhinein über einen Knebelvertrag beklagt. Haben Sie sich von Mediakraft unfair behandelt gefühlt?

Mundt: Was heißt unfair? Die meisten Verträge in der Branche sind einfach scheiße. Laufzeiten von zwei Jahren sind beispielsweise indiskutabel. Wir reden hier von 14- und 15-Jährigen, deren Eltern Vermarktungsverträge unterschreiben sollen. Die finden es natürlich toll, dass ihr Sohn ein bisschen Geld mit YouTube verdienen kann. Aber in anderthalb Jahren ist er vielleicht der Teeniestar schlechthin und hat immer noch denselben beschissenen Vertrag.

SPIEGEL: Sehen Sie einen Ausweg?

Mundt: YouTube sollte Workshops organisieren über Vermarktung, Urheberrecht und Produktplatzierungen. Für Firmen, die Videos hochladen, bietet YouTube so etwas schon lange an. Auch für uns YouTuber wäre irgendeine Art Reglement wünschenswert. Dann könnten wir klar sagen: Wir machen nur Werbung, wenn sie eindeutig als solche gekennzeichnet ist, wir unterschreiben keine Verträge mit Laufzeiten von zwei Jahren. Punkt.

SPIEGEL: Nervt es manchmal, ein Teenager-Idol zu sein?

Mundt: Wenn ich in den Sommerferien in Berlin unterwegs bin und in die dritte Schülergruppe renne, aus der jeder ein Foto mit mir will, dann, ehrlich gesagt, schon. Ich wurde dreimal aus dem Saturn-Kaufhaus am Alexanderplatz geschmissen, weil ich einen Massenauflauf verursacht habe. Einmal hat eine Handvoll jugendlicher über WhatsApp ihre gesamte Crew informiert, dass sie mich getroffen habe. Wenig später war ich umringt von 30 Menschen, was die Security von Saturn nicht mehr so geil fand. Aber ansonsten genieße ich es.

SPIEGEL: Sind Sie auf YouTube ein anderer als im normalen Leben?

Mundt: Es wäre extrem anstrengend, wenn ich den hibbeligen, wild gestikulierenden Typen nur spielen würde. Das bin ich. Ich schreibe mir vor jedem Dreh drei, vier Notizen. Den Rest improvisiere ich.

SPIEGEL: Herr Mundt, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.



Video: Wie ein LeFloid-Video funktioniert

spiegel.de/sp172015leffloid
oder in der App DER SPIEGEL



Mossad

Ein Mythos wird entzaubert

Holocaust

Die Geschichte eines Neuanfangs

Silicon Wadi

Cyber-Boom in der Wüste

▶ Auch als App für iPad, Android sowie für PC/Mac.
Hier testen: spiegel-geschichte.de/digital



Moderne Sünden

Traditionell spült man sich beim Wasserfest in Burma die Sünden des vergangenen Jahres vom Leib. Diesmal aber wurde das Fest vor allem zu einer Demonstration für die Öffnung des Landes. Partytrucks zogen durch die Straßen, Mädchen in bauchfreiem Top und knappen Shorts tanzten zu Technomusik – vier Jahre nach dem Ende der Militärherrschaft zeigte sich Burma von einer bisher wenig bekannten Seite. suk

Syrien

„Es war der glücklichste Ort“

Der 29-jährige **Mohammed Assaf** über den Alltag zwischen Bomben und Terrormilizen im Palästinenser-Camp Jarmuk in Damaskus

„Ich wurde geboren in Jarmuk. Unsere Väter bauten das Viertel, als sie aus Palästina vertrieben worden waren. Wir hatten hier eine kleine Bäckerei. Mein Vater sagte, Jarmuk sei wie das Meer, denn er fühle sich dort frei wie ein Fisch. Unsere Siedlung war der glücklichste Ort der Welt. Früher lebten hier über 150 000 Palästinenser. Jetzt sind es noch etwa 18 000, alle anderen sind geflohen oder tot.

Wir werden von allen Seiten belagert. Kämpfer des ‚Islamischen Staates‘ haben das Camp kürzlich verlassen,

aber die Nusra-Front ist noch da und viele andere. Die Milizen überwachen jede Bewegung, sie sind völlig unberechenbar. Einmal lassen sie uns passieren, dann nehmen sie uns wieder fest. Manchen schneiden sie den Kopf ab, wie meinem Jugendfreund aus dem Nachbarhaus.

Über uns kreisen die Kampfflugzeuge der Regierung. Sie werfen ihre tödliche Ladung ab und behaupten, sie bombardierten die Terroristen. Aber die Bomben unterscheiden nicht zwischen uns und denen. Wir leben hier in Ruinen. Auch die Bäckerei gibt es nicht mehr. Die Nächte sind dunkel, ohne Strom. Tagsüber sitzen wir zu Hause. Wir können nichts tun, nur warten, bis die Son-

ne untergeht, und hoffen, dass wir den Tag überleben.

Wir müssen aber immer wieder raus, um Lebensmittel zu finden. Wir hungern. Es gibt keine Milch für die wenigen Kinder, die noch hier sind. Wir haben nicht genug Wasser. Wenn nicht geschossen wird und gerade keine Bomben fallen, überwinden wir unsere Angst. Hilfsorganisa-

tionen geben an bestimmten Stellen nahe der Grenze außerhalb von Jarmuk Lebensmittel aus: Reis, Öl, Linsen und Zucker. Wenn wir etwas davon ergattern, müssen wir auf dem Rückweg durch Gebiete, in denen Syrer leben. Sie nehmen uns das Essen oft mit Gewalt wieder ab. Sie sagen, die Hilfe sei nur für Syrer, nicht für Palästinenser.

Wir leben in einer Hölle. Und dabei behaupten alle Beteiligten, für unsere Befreiung zu kämpfen, die Regierung, die Islamisten. Aber das ist eine Lüge. Sie alle zerstören uns und alles, was wir je hatten. Niemand beschützt uns. Das ist ein Verbrechen aller, die das zulassen. Wir sterben und mit uns Jarmuk.“

Aufgezeichnet von
Susanne Koelbl



Lebensmittelausgabe im Jarmuk-Camp

China

Frauen als Verdächtige

Die Frauenrechtlerin **Zhao Sile**, 24, spricht nach der Freilassung von fünf Aktivistinnen über den schwierigen Kampf für Gleichberechtigung in ihrem Land und übt Kritik an der Regierung.

SPIEGEL: Was läuft schief zwischen Männern und Frauen in China?

Zhao: Mao Zedongs Ausspruch, dass Frauen die Hälfte des Himmels tragen, scheint bei Ihnen im westlichen Ausland noch immer Verklärung auszulösen. Viele glauben, die Frauen im sozialistischen China hätten es vergleichsweise gut.

SPIEGEL: Und wie sieht es wirklich aus?

Zhao: Die 37 Tage andauernde Festnahme meiner Mitstreiterinnen, der Feministinnen Wu Rongrong, Zheng Churan, Li Tingting, Wang Man und Wei Tingting, die lediglich planten, Aufkleber und Flyer gegen U-Bahn-Grabscher zu verteilen, zeigt einmal mehr, wie es ist: Die

Regierung betrachtet unsere Aktionen als Verbrechen. Feministinnen sind Feinde.

SPIEGEL: Welche Auswirkungen hat das auf die feministische Bewegung?

Zhao: Viele Frauen fürchten nun Repressalien und geben auf. Das ist auch verständlich. Die Gefangenen sind ja nur auf starken politischen Druck von innen, vor allem aber vom Ausland, freigekommen. Sie gelten weiterhin als Verdächtige und können jederzeit wieder verhört und eingesperrt werden, falls sie weitermachen. Aber trotz der Schikanen ist der Feminismus eine neue, sichtbare und immer stärker werdende Entwicklung im Land. Sie belebt die Zivilgesellschaft und die Demokratiebewegung.

SPIEGEL: Was werfen Sie der Regierung vor?

Zhao: Die Geschichte Chinas zeigt, dass es bei Frauenbelangen immer nur darum ging, die Macht der Einparteienherrschaft zu sichern. Die Frauen selbst haben dabei wenig gewonnen. Seit Beginn der Industrialisierung in den Fünfzigerjahren ermutigt die Regierung Frauen zwar zur

Arbeit, aber sie hat nie die Männer aufgefordert, sich auch um Hausarbeit zu kümmern. Frauen in Staatsbetrieben verloren nach der Einführung der Marktwirtschaft als Erste ihre „Eiserne Reisschüssel“, die Grundversorgung. In der Landwirtschaft verdienen Frauen ein Drittel weniger als die Männer. Die Einkindpolitik zwingt Frauen zu brutalen Abtreibungen; Sexarbeiterinnen werden bis zu zwei Jahre ohne Urteil eingesperrt. Unter Präsident Xi Jinping wird China immer konservativer. Seitdem seine Frau, Peng Liyuan, erstmals öffentlich als First Lady auftrat, im März 2013, wird in China das Bild vom starken Mann und seiner ergebenen Frau propagiert.

SPIEGEL: Was wollen Sie erreichen?

Zhao: Wir fordern das Recht, für unsere Gleichberechtigung kämpfen zu dürfen. Wir wollen, dass die chinesische Demokratiebewegung weiblicher wird. Dazu müssen aber auch die männlichen Aktivisten ihre Vorurteile gegen Frauen und ihr patriarchalisches Denken ablegen. red



Fußnote

397 Millionen

Dollar zahlten die US-Amerikaner im Jahr 2014 für den Betrieb des Gefangenenlagers Guantanamo. Auf die Insassen umgerechnet ergab das eine Summe von 2,6 Millionen Dollar pro Gefangenen. Zurzeit leben im Gefängnis der US-Militärbasis noch 122 Häftlinge.



Zhao

Der Strategie des Terrors

Islamischer Staat Ein irakischer Oberst plante die Machtübernahme des IS in Syrien. Der SPIEGEL hat seine Papiere exklusiv ausgewertet. Sie zeigen das Bild einer nach außen fanatischen, aber im Innern kühl kalkulierenden Organisation. *Von Christoph Reuter*

Spröde sei er gewesen. Höflich. Schmeichelnd. Extrem aufmerksam. Beherrscht. Verlogen. Undurchschaubar. Bösartig. Die Rebellen aus Nordsyrien, die sich Monate später an Begegnungen mit ihm erinnern, schildern ganz unterschiedliche Facetten des Mannes. Nur in einem sind sie sich einig: „Wir wussten nie, wem wir da eigentlich gegenüber saßen.“

Wer der hochgewachsene Endfünfziger wirklich war, das ahnten nicht einmal jene, die ihn an einem Januarmorgen 2014 nach kurzem Feuergefecht in dem Ort Tal Rifaat erschossen. Dass sie den strategischen Kopf des „Islamischen Staates“ (IS) umgebracht hatten, war ihnen nicht bewusst – und dass dies überhaupt geschehen konnte, war eine rare, aber fatale Fehlkalkulation des brillanten Planers. Die örtlichen Rebellen legten den Leichnam in eine Kühltruhe, in der sie ihn begraben wollten. Erst später merkten sie, wie wichtig der Mann gewesen war, und hoben ihn heraus.

Samir Abed al-Mohammed al-Khleifawi war der echte Name des Irakers, dessen knochige Züge von einem weißen Vollbart gemildert wurden. Doch unter diesem Namen kannte ihn niemand. Auch mit Haji Bakr, seinem bekanntesten Pseudonym, wussten die wenigsten etwas anzufangen. Und genau das war Teil des Plans. Der einstige Geheimdienstoberst der Luftabwehr in Saddam Husseins Armee zog seit Jahren aus dem Hintergrund die Fäden beim „Islamischen Staat“. Ausgestiegene Kader des IS hatten ihn immer wieder erwähnt als einen der führenden Köpfe. Was er aber genau tat, blieb im Dunkeln.

Doch als der Architekt des „Islamischen Staates“ starb, hinterließ er etwas, was eigentlich streng geheim bleiben sollte: den Bauplan dieses Staates. Eine prall gefüllte Mappe handschriftlicher Organigramme, Listen und Ablaufpläne, die beschrieben, wie sich ein Land schrittweise unterwerfen lässt. Diese 31 manchmal aus mehreren Seiten zusammengeklebten Blätter liegen dem SPIEGEL exklusiv vor. Sie enthüllen eine vielschichtige Komposition und Handlungsanleitung, in manchen Teilen erprobt, in anderen neu entworfen für die anarchische Lage in Syriens Rebellengebieten. Es ist gewissermaßen der Quellcode der erfolgreichsten dschihadistischen Terrorarmee der Neuzeit.

Bekannt waren bisher Aussagen geflohener Kämpfer sowie in Bagdad beschlagnahmte Datensätze aus der IS-Innenverwaltung. Aber weder das eine noch das andere lieferte eine Erklärung dafür, dass die Gruppe so kometenhaft aufsteigen konnte, bevor die Luftangriffe ab Spätsommer 2014 ihren Siegeszug aufhielten.

Die Dokumente von Haji Bakr lassen nun erstmals Rückschlüsse darauf zu, wie die Führung des IS organisiert ist und welche Rolle die Exkader von Diktator Saddam Hussein darin spielen. Vor allem aber zeigen sie, wie die Machtergreifung in Nordsyrien geplant wurde, die den späteren Durchmarsch im Irak erst möglich machte. Dass Haji Bakrs Anweisungen akribisch umgesetzt wurden, belegen darüber hinaus monatelange Recherchen des SPIEGEL in Syrien sowie weitere Aktenfunde.

Die Dokumente lagen lange Zeit versteckt in einem winzigen Anbau eines Hau-

ses im umkämpften Nordsyrien. Von ihrer Existenz berichtete schon im März 2014 ein Augenzeuge, der sie kurz nach Haji Bakrs Tod in dessen Haus gesehen hatte. Im April 2014 wurde dann eine einzelne Seite des Konvoluts in die Türkei geschmuggelt, wo der SPIEGEL sie erstmals in Augenschein nehmen konnte. Erst Ende November 2014 war es möglich, nach Tal Rifaat zu gelangen, um den gesamten Handschriftenschatz auszuwerten.

„Unsere größte Sorge war, dass diese Pläne in die falschen Hände geraten könnten und nie bekannt würden“, sagte damals ihr Verwahrer, der Haji Bakrs Aufzeichnungen unter hochgetürmten Kisten und Decken hervorholte. Der Mann möchte anonym bleiben, aus Furcht vor den Mordkommandos des IS.

Der Masterplan

Die Geschichte dieser Dokumentensammlung beginnt zu einer Zeit, in der kaum jemand vom „Islamischen Staat“ gehört hatte. Der Iraker Haji Bakr reiste Ende 2012 als Teil einer winzigen Vorhut und mit einem aberwitzigen Vorhaben nach Syrien: Der IS würde in Syrien so viel Land wie möglich erobern – und dann von dort aus in den Irak einfallen.

Bakr ließ sich in einem unauffälligen Haus in der Kleinstadt Tal Rifaat nördlich von Aleppo nieder. Die Stadt war gut ausgewählt, von hier waren in den Achtzigerjahren viele Einwohner zum Arbeiten in die Golfstaaten gegangen, vor allem nach Saudi-Arabien. Als sie zurückkamen, brachten einige von ihnen radikale Überzeugungen und Kontakte mit. 2013 würde Tal Rifaat



IS-Kämpfer auf Militärbasis bei Raqqa im August 2014

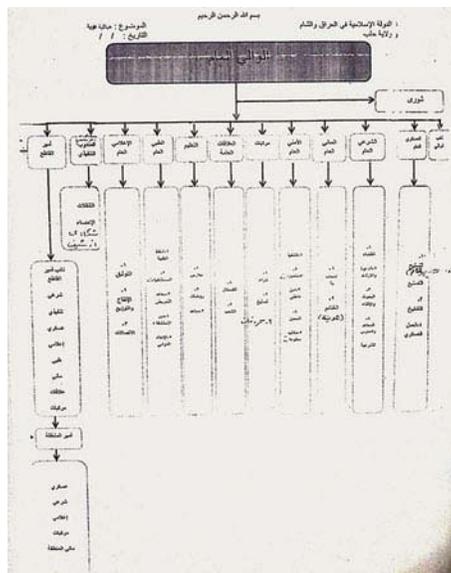
zur Hochburg des IS in der Provinz Aleppo werden, mit Hunderten Kämpfern.

Hier skizzierte der „Herr der Schatten“, wie manche ihn nannten, die Struktur des „Islamischen Staates“ bis auf Ortsebene, erstellte Listen zur schleichenden Infiltration von Dörfern und legte fest, wer wen überwachen sollte. Mit Kugelschreiber zeichnete er die Befehlsketten des Sicherheitsapparates auf Briefpapier. Das stammte vermutlich ein Zufall, vom syrischen Verteidigungsministerium, mit Briefkopf der Abteilung Unterkünfte und Immobilien.

Was Bakr zu Papier brachte, Blatt für Blatt, mit sorgsam umrandeten Kästchen für die einzelnen Zuständigkeiten, war nichts Geringeres als eine Blaupause für die Machtübernahme. Kein Glaubensmanifest, sondern der technisch präzise Bauplan für einen „Islamischen Geheimdienst-Staat“. Ein Stasi-Kalifat.

In den folgenden Monaten wurde diese Blaupause erstaunlich akkurat umgesetzt. Der Plan begann immer mit demselben Detail: Unter dem Vorwand, ein Daawa-Büro, ein islamisches Missionszentrum, zu eröffnen, sollten Gefolgsleute angeworben werden. Aus jenen, die zu Vorträgen und Kursen zum islamischen Leben kämen, sollten dann ein oder zwei Männer ausgewählt und beauftragt werden, ihr Dorf bis in den letzten Winkel auszuspiionieren. Dafür erstellte Haji Bakr Listen wie diese:

- ▶ Zähle die machtvollen Familien auf.
- ▶ Benenne die mächtigen Personen in diesen Familien.



Organigramm, Organisator Bakr*
31 lose Blätter, das ist der Quellcode von IS

- ▶ Finde ihre Einkunftsquellen heraus.
- ▶ Nenne Namen und Mannstärke der (Rebellen-)Brigaden im Dorf.
- ▶ Eruiere die Namen ihrer Anführer, wer die Brigaden kontrolliert sowie deren politische Orientierung.
- ▶ Finde ihre (gemäß Scharia) illegalen Aktivitäten heraus, mit denen wir sie im Bedarfsfall erpressen können.

Sollte jemand kriminell oder homosexuell sein oder eine geheime Affäre haben, seien all diese Details zu notieren. „Die Klügsten machen wir zu Scharia-Scheichs“, hatte Haji Bakr angemerkt: „Wir werden sie eine Weile trainieren und dann losschicken.“ Als PS war der Hinweis angefügt, dass jeweils mehrere „Brüder“ ausgewählt würden, die Töchter der einflussreichsten Familien zu heiraten, um „die Durchdringung dieser Familien sicherzustellen, ohne dass diese überhaupt davon erfahren“.

Die Kundschafter sollten über ihren jeweiligen Zielort möglichst alles herausfinden: wer dort wohnt, wer das Sagen hat, welche Familien religiös sind, welcher islamischen Rechtsschule sie angehören, wie viele Moscheen es gibt, wer der Imam ist, wie viele Frauen und Kinder dieser hat und wie alt diese sind. Ebenfalls zu ermitteln: wie die Predigten des Imams sind, ob er eher der Mystikervariante, den Sufis, zuneigt, ob er aufseiten der Opposition oder des Regimes steht und wie seine Position gegenüber dem Dschihad ist. Außerdem: Bezieht der Imam ein Einkommen? Falls ja, von wem? Wer beruft ihn ins Amt? Und schließlich: Wie viele Demokraten gibt es im Dorf?

Wie seismische Signalwellen sollten die Agenten funktionieren. Ausgeschickt, noch

* Oben: Entwurf eines Verwaltungsaufbaus; unten: nach seiner Erschießung im Januar 2014.

kleinste Risse, uralte Verwerfungen in den Tiefenschichten der Gesellschaft aufzuspüren – einfach alles, was deren Spaltung und Unterwerfung dienlich sein könnte. Unter den Zuträgern waren frühere Geheimdienstspitzel ebenso wie Regimegegner, die sich mit einer der Rebellen Gruppen überworfen hatten. Und es waren junge Männer darunter, Jugendliche, die Geld brauchten oder die Arbeit aufregend fanden. In Haji Bakrs Informantenlisten, etwa aus Tal Rifaat, waren die meisten Anfang zwanzig, andere aber auch erst 16 oder 17 Jahre alt.

In den Plänen kommen zwar auch Bereiche wie Finanzen, Schulen, Kindergärten, Medien, Transportwesen vor. Aber immer wieder geht es um das Kernthema, das in Organigrammen und Listen für Zuständigkeiten und Berichtspflichten akribisch abgehandelt wurde: Überwachung, Spionage, Morde, Entführungen.

Für jeden Provinzrat hatte Bakr einen Emir, einen Befehlshaber, für Ermordungen, für Entführungen, für Scharfschützen, für Kommunikation und Verschlüsselung sowie einen Emir zur Überwachung der anderen Emire vorgesehen – „falls sie ihre Arbeit nicht gut machen“. Die Keimzelle dieses gottgefälligen Staates würde das teuflische Räderwerk einer Zellen- und Kommandostruktur sein, die bodenlose Furcht verbreitet.

Von Anfang an war geplant, dass die Geheimdienste parallel arbeiteten, selbst auf Provinzebene: Eine allgemeine Nachrichtendienstabteilung unterstand dem „Sicherheits-Emir“ einer Region, der Vize-Emire für die Bezirke befehligte. Jeder von diesen wiederum führte unter sich einen Chef geheimer Spionagezellen sowie einen „Nachrichtendienst- und Informationsmanager“ des Bezirks. Die Spionagezellen auf Ortsebene waren jeweils dem Stellvertreter des Bezirks-Emirs untergeordnet. Kurz: Jeder würde jeden überwachen.

Die Verantwortlichen für die Ausbildung der „Scharia-Richter in geheimdienstlicher Informationsgewinnung“ unterstanden ebenfalls dem Bezirks-Emir, während eine separate Abteilung der „Sicherheitsoffiziere“ dem regionalen Emir zugeordnet war.

Scharia, Gerichtsbarkeit, verordnete Frömmerei, all dies diente nur einem einzigen Ziel: Überwachung und Beherrschung. Selbst das Wort, das Haji Bakr für die Bekehrung der echten Muslime benutzte, *takwin*, ist kein religiöser, sondern ein technischer Begriff, der „Implementierung“ bedeutet. Ein nüchternes Wort, das sonst in der Bauwissenschaft verwendet wird.

Die Anfänge im Irak

Es schien, als hätte George Orwell Pate gestanden bei dieser Ausgeburt paranoider Überwachung. Aber es war viel simpler. Haji Bakr modifizierte lediglich, womit er groß geworden war: Saddam Husseins allumfassenden Geheimdienstapparat, in



IS-Führer Baghdadi 2014

Ein religiöses Gesicht für die Terroristen

dem sich niemand, auch kein Geheimdienstgeneral, sicher sein konnte, nicht ebenfalls bespitzelt zu werden. Diese „Republik der Furcht“ hat der irakische Exilautor Kanan Makiya beschrieben: einen Staat, in dem jeder einfach verschwinden konnte und Saddam seinen offiziellen Amtsantritt 1979 mit der Aufdeckung einer fingierten Verschwörung besiegelte.

Dass in Haji Bakrs Papieren nichts von prophetischen Überlieferungen oder Verheißungen für das Dasein im angeblich gottgewollten „Islamischen Staat“ steht, hat einen simplen Grund: Ihr Urheber war der Ansicht, dass man auch mit noch so fanatischen Glaubensüberzeugungen keinen Sieg erringen könne. Aber man konnte sich den Glauben der anderen zunutze machen.

So waren es Haji Bakr und ein kleiner Kreis früherer irakischer Geheimdienstoffiziere, die 2010 Abu Bakr al-Baghdadi, den Emir und späteren „Kalifen“, zum offiziellen Anführer des „Islamischen Staates“ machten. Baghdadi, ein ausgebildeter Geistlicher, so ihr Kalkül, sollte der Gruppe ein religiöses Gesicht geben.

Haji Bakr „war ein Nationalist, kein Islamist“, erinnert sich der irakische Journalist Hisham al-Haschimi an den früheren Karriereoffizier, der mit Haschimis Cousin auf der Luftwaffenbasis Habbaniya stationiert war: „Oberst Samir“, wie Haschimi ihn nennt, „war hochintelligent, entschlossen und ein exzellenter Logistiker.“ Aber als Paul Bremer, der US-Statthalter in Bagdad, „im Mai 2003 per Dekret die Armee auflöste, war er arbeitslos und verbittert“.

Tausende gut ausgebildete sunnitische Offiziere wurden per Federstrich ihrer Existenz beraubt. Damit hatte sich Amerika seine erbittertesten und intelligentesten Feinde geschaffen. Haji Bakr ging in den Untergrund und lernte in der westirakischen Provinz Anbar Abu Musab al-Zarqawi kennen. Der gebürtige Jordanier hatte zuvor in Afghanistan ein Trainingslager für internationale Terrorpilger

betrieben. Ab 2003 wurde er als Pate der Anschläge gegen Uno, US-Truppen und schiitische Muslime weltberühmt – und selbst Osama Bin Laden zu radikal. 2006 starb Zarqawi durch einen US-Luftschlag.

Zwar war die im Irak herrschende Baath-Partei säkular, aber letztlich trafen sich beide Systeme in der Überzeugung, dass die Herrschaft über die Massen in den Händen einer kleinen Elite liegen sollte, die niemandem Rechenschaft schuldig sei. Weil sie im Namen eines großen Plans herrsche, legitimiert wahlweise von Gott oder der Glorie der arabischen Geschichte. Der fanatische Glaube der einen und das strategische Kalkül der anderen – diese Kombination der Gegensätze macht den Kern des IS-Erfolges aus.

Nach und nach avancierte Haji Bakr zu einem der militärischen Führer im Irak, er saß von 2006 bis 2008 im US-Lager Camp Bucca und im Gefängnis von Abu Ghraib. Er überstand die Verhaftungs- und Tötungswellen der amerikanischen und irakischen Sondereinheiten, die 2010 die Vorläuferorganisation „Islamischer Staat im Irak“ in seiner Existenz bedrohten.

Für Bakr und eine Reihe hoher Exoffiziere war dies die Gelegenheit zur Macht ergreifung in dem geschrumpften Dschihadistenzirkel. Die gemeinsame Zeit in Camp Bucca war hilfreich, um ein weites Netz von Kontakten zu knüpfen. Aber die oberste Führung kannte sich lange zuvor.

Gegen die irakische Staatsmacht militärisch zu siegen erschien nach 2010 aussichtslos. Aber mit Terror und Schutzgeld-erpressung entstand eine schlagkräftige Untergrundorganisation. Deren Führer witterten ihre Chance, als nebenan in Syrien der Aufstand gegen die Diktatur des Assad-Clans losbrach. Vor allem im Norden war die einst alles kontrollierende Staatsmacht Ende 2012 bis auf Überbleibsel besiegt und vertrieben. Stattdessen gab es nun Hunderte von Ortsräten und Rebellenbrigaden, es war ein anarchisches Nebeneinander, in dem niemand mehr die

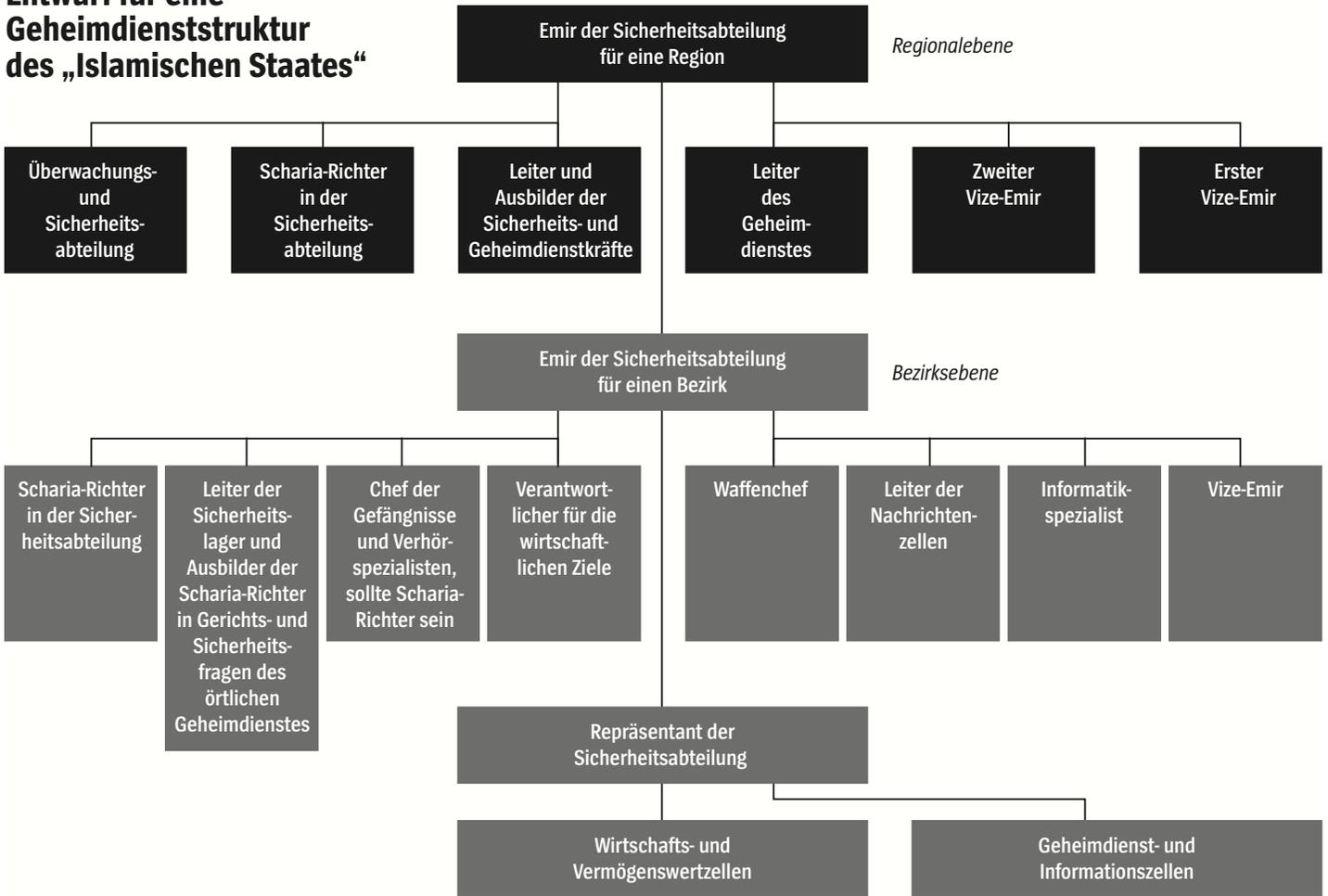
Übersicht hatte. Ein Zustand der Verwundbarkeit, den die straff organisierte Kadertruppe für sich nutzen wollte.

Die Versuche, den IS und seinen rasanten Aufstieg zu erklären, variieren je nach Herkunft der Erklärenden: Teroexperten betrachten den IS als Qaida-Abspaltung und halten das bisherige Ausbleiben spektakulärer Anschläge für organisatorisches Unvermögen. Kriminalisten sehen im IS eine mafiöse Holding zur Profitmaximierung. Geisteswissenschaftler verweisen auf die apokalyptischen Verlautbarungen der IS-Medienabteilung, auf seine Todesverherrlichung und den Glauben, in göttlicher Mission unterwegs zu sein.



Christoph Reuter
Die schwarze Macht. Der „Islamische Staat“ und die Strategien des Terrors
 DVA, München;
 352 Seiten;
 19,99 Euro.

Entwurf für eine Geheimdienststruktur des „Islamischen Staates“



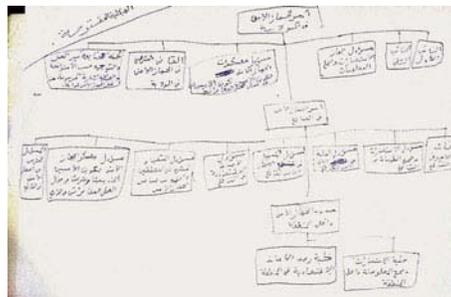
Doch mit apokalyptischen Visionen allein erobert man keine Städte und Länder. Terroristen gründen keinen Staat. Als kriminelles Kartell wiederum begeistert man keine Anhänger in aller Welt, von denen Tausende ihre Existenz aufgeben, um ins „Kalifat“ und in den Tod zu ziehen.

Mit Vorgängern wie al-Qaida hat der IS nicht viel mehr gemeinsam als das dschihadistische Label. In seinem Handeln, seiner strategischen Planung, seinem skrupellosen Wechsel von Allianzen und seinen präzise eingesetzten Propagandainszenierungen ist im Kern nichts Religiöses erkennbar.

Die Umsetzung des Plans

Derart unmerklich begann die generalstabmäßige Ausbreitung des IS, dass ein Jahr später viele Syrer erst einmal nachdenken mussten, wann die Dschihadisten bei ihnen aufgetaucht waren. Denn die Daawa-Büros, die ab Frühjahr 2013 in vielen Orten Nordsyriens entstanden, waren unschuldig wirkende Missionierungsstellen, wie sie von islamischen Wohltätigkeitsorganisationen weltweit eröffnet werden.

So machte in Raqqa ein Daawa-Büro auf, „aber die sagten nur, sie seien ‚Brüder‘, und erwähnten den ‚Islamischen Staat‘ mit keinem Wort“, berichtet ein aus der Stadt geflohener Arzt. Auch in Manbij, einer liberalen Stadt in der Provinz Aleppo, entstand im Frühjahr 2013 ein Daawa-Büro. „Ich habe das erst gar nicht bemerkt“, erinnert



Bakr-Strukturplan

Jeder sollte jeden kontrollieren

sich eine junge Bürgerrechtlerin. „Jeder konnte aufmachen, was er wollte. Wir wären nicht auf die Idee gekommen, dass jemand anders als das Regime uns bedrohen könnte. Erst als im Januar die Kämpfe ausbrachen, erfuhren wir, dass Da‘ish“, das arabische Kürzel für den IS, „schon vorher mehrere konspirative Wohnungen angemietet hatte, um dort Waffen zu lagern und seine Männer zu verstecken.“

In den Orten al-Bab, Atarib und Azaz verlief es ähnlich. Und auch in der Nachbarprovinz Idlib entstanden ab Anfang 2013 Daawa-Büros: in Sermada, Atmeh, Kafr Takharim, al-Dana und Salqin. Fanden sich genügend „Studenten“, die als Spione rekrutiert werden konnten, erweiterte der IS seine Präsenz. In al-Dana wurden weitere Häuser gemietet, schwarze Fahnen gehisst, Straßen gesperrt. War der Widerstand an

einem Ort zu groß oder konnten keine Anhänger gewonnen werden, zog man sich vorläufig zurück. Sich auszubreiten, ohne offenen Widerstand zu riskieren, „feindliche Individuen“ zu verschleppen oder zu töten, aber jede Täterschaft zu leugnen – das war die Anfangsmaxime.

Auch die Kämpfer sollten zunächst unauffällig bleiben. Haji Bakr und die Vorhut hatten sie nicht aus dem Irak mitgebracht, was nahe liegend gewesen wäre. Sie hatten ihren irakischen Kämpfern sogar explizit untersagt, nach Syrien zu gehen. Man rekrutierte auch nicht viele Syrer. Die IS-Führer wählten die komplizierteste Variante: Sie entschieden, all die seit Sommer 2012 eintreffenden ausländischen Radikalen einzusammeln. Studenten aus Saudi-Arabien, Angestellte aus Tunesien, Schulabbrecher aus Europa ohne jede Militärerfahrung sollten mit kampferprobten Tschetschenen und Usbeken eine Streitmacht formen. In Syrien. Unter irakischem Kommando.

Schon Ende 2012 waren an mehreren Orten Militärlager entstanden, von denen zu nächst niemand wusste, zu welcher Gruppe sie gehörten. Die Lager waren straff organisiert und die Männer dort, die mit keinem Journalisten sprachen, kamen aus zig Ländern. Nur aus dem Irak war kaum jemand dabei. Mindestens zwei Monate lang wurden die Ankömmlinge ausgebildet und darauf gedrillt, bedingungslos einem zentralen Kommando zu gehorchen. Diese

Prämienhits günstiger!

SICHERN SIE SICH IHRE PRÄMIE FÜR EINEN NEUEN SPIEGEL-LESER.



iPad Air 2 – 16 GB WiFi

Mit 9,7"-Widescreen-Display und 8-MP-iSight-Kamera. In Spacegrau. Zuzahlung bis 4.5.2015 statt € 315,- nur noch € 279,-.



iPad mini 3 – 16 GB WiFi

Mit 7,9"-Widescreen-Display und 5-MP-iSight-Kamera. In Spacegrau. Zuzahlung bis 4.5.2015 statt € 235,- nur noch € 199,-.



€ 90,- Geldprämie

Für jeden Leser, den Sie werben, erhalten Sie von uns € 90,- als Geldprämie.



View Quest Radio „Hepburn“

Mit DAB, DAB+, Bluetooth-Wiedergabe und FM-Radio. In Schwarz. Ohne Zuzahlung.

Prämie zur Wahl



Kärcher-Hochdruckreiniger K2

Mit Hochdruckpistole, 4-m-Schlauch, Dreckfräser und Flächenreiniger T 50. Druck bis 100 bar. Ohne Zuzahlung.

Gartenliege Ipanema

Witterungsfest aus geöltem, FSC-zertifiziertem Eukalyptusholz. Mit Wendekissen. Ohne Zuzahlung.



Ja, ich habe geworben und wähle meine Prämie!

SPIEGEL-Vorteile

- Wertvolle **Wunschprämie** für den Werber.
- Der Werber muss selbst kein SPIEGEL-Leser sein.
- Zum Vorzugspreis: statt € 4,60 nur € 4,40 je Ausgabe inkl. Lieferung.
- **KULTUR SPIEGEL gratis.**
- Auf Wunsch den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 je Ausgabe inkl. SPIEGEL-E-Books.

Wunschprämie

- iPad Air 2 (5097) Zzgl. nur € 279,- **bis 4.5.2015**
- iPad mini 3 (5098) Zzgl. nur € 199,- **bis 4.5.2015**
- View Quest Radio „Hepburn“, schwarz (5011)
- Kärcher-Reiniger (4838)
- Gartenliege Ipanema (5094)
- € 90,- Geldprämie (2807). Mein Konto für die Überweisung:

DE IBAN

Anschrift des Werbers:

Frau
 Herr
Name/Vorname

Straße/Hausnr.

PLZ Ort

Ich bin der neue SPIEGEL-Leser.

Anschrift des neuen Lesers:

Frau
 Herr
Name/Vorname

Straße/Hausnr. Geburtsdatum **19**

PLZ Ort

Telefon (für eventuelle Rückfragen) E-Mail (für eventuelle Rückfragen)

Gleich mitbestellen! Ja, ich möchte zusätzlich den digitalen SPIEGEL für nur € 0,50 pro Ausgabe beziehen statt für € 3,99 im Einzelkauf. SD15-015

Ja, ich wünsche unverbindliche Angebote des SPIEGEL-Verlags und der manager magazin Verlagsgesellschaft (zu Zeitschriften, Büchern, Abonnements, Online-Produkten und Veranstaltungen) per Telefon und/oder E-Mail. Mein Einverständnis kann ich jederzeit widerrufen.

Der neue Abonnent liest den SPIEGEL für mindestens ein Jahr für zurzeit € 4,40 pro Ausgabe statt € 4,60 im Einzelkauf, den digitalen SPIEGEL zusätzlich für € 0,50 pro Ausgabe. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ende des Bezugszeitraums gekündigt wird.

Ich zahle bequem per SEPA-Lastschrift* vierteljährlich € 57,20, digitale Ausgabe halbjährlich € 13,- Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt.

DE IBAN

Datum **X** Unterschrift des neuen Lesers **SP15-120**

Coupon ausfüllen und senden an: DER SPIEGEL, Kunden-Service, 20637 Hamburg **040 3007-2700** **040 3007-857085** **www.spiegel.de/p1715**

Der Werber erhält die Prämie ca. vier Wochen nach Zahlungseingang des Abonnementbetrags. Alle Preise inklusive MwSt. und Versand. Der Vorzugspreis von € 0,50 für den digitalen SPIEGEL gilt nur in Verbindung mit einem laufenden Bezug der Printausgabe, enthalten sind € 0,48 für das E-Paper. Bei Sachprämien mit Zuzahlung zzgl. € 2,- Nachnahmegebühr. Das Angebot gilt nur in Deutschland. Hinweise zu den AGB und dem Widerrufsrecht finden Sie unter www.spiegel.de/agb. SPIEGEL-Verlag Rudolf Augstein GmbH & Co. KG, Ericusspitze 1, 20457 Hamburg, Telefon: 040 3007-2700, E-Mail: aboservice@spiegel.de

* **SEPA-Lastschriftmandat:** Ich ermächtige den Verlag, Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Verlag auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrags verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Gläubiger-Identifikationsnummer DE50ZZZ00000030206

Konstruktion war unauffällig und hatte noch einen Vorteil: Was hier entstand, war eine zwar anfangs chaotische, aber absolut loyale Truppe. Die Ausländer kannten sonst niemanden, mussten keine Rücksicht nehmen und ließen sich rasch überallhin verlegen. Ganz anders als die syrischen Rebellen, die vor allem ihren Heimatort verteidigten, sich um ihre Familie und die Ernte kümmern mussten.

Zahlenmäßig waren die dschihadistischen Kader den syrischen Rebellen auch später hoffnungslos unterlegen. Diese begegneten ihnen mit Misstrauen, schlossen sich aber weder gegen den IS zusammen, noch wollten sie eine zweite Front riskieren. Mit einem simplen Trick plusterte der „Islamische Staat“ seine Kampfkraft auf. Die Männer traten stets schwarz maskiert auf, das machte sie zum einen furchteinflößend, zum anderen konnte niemand wissen, wie viele von ihnen es eigentlich gab. Wenn in fünf Orten hintereinander 200 Kämpfer auffuhren, hatte der IS dann dort 1000 Bewaffnete? Oder 500? Oder nur wenig mehr als 200? Überdies sorgten die Spitzel dafür, dass die IS-Führung stets genau unterrichtet war, wo die Bevölkerung schwach oder uneins war, wo es lokale Konflikte gab und der IS sich als Schutzmacht anbieten konnte, um Fuß zu fassen.

Die Einnahme von Raqqa

Eine einst verschlafene Provinzmetropole am Euphrat sollte zum Prototyp der vollständigen Eroberung durch den IS werden: Raqqa. Die Operation begann schleichend, wurde langsam brutaler und war am Ende gegen größere Gegner erfolgreich, ohne dass wirklich gekämpft worden wäre. „Wir waren nie sehr politisch“, erzählt ein Arzt, der in die Türkei geflohen ist: „Wir waren auch nicht religiös, hier haben nicht viele gebetet.“

Als Raqqa im März 2013 an die Rebellen fiel, wurde umgehend ein Stadtrat gewählt; Rechtsanwälte, Ärzte, Journalisten organisierten sich, Frauengruppen entstanden. Die „Freie Jugend Raqqas“ gründete sich, die Bewegung „Für unsere Rechte“ und Dutzende weiterer Initiativen. Alles schien

möglich in Raqqa. Und genau das, so sahen es später manche der Geflohenen, war der Auftakt zum Untergang der Stadt.

Getreu Haji Bakrs Plan folgte der Phase der Unterwanderung die Beseitigung jener Personen, die als potenzielle Anführer und Gegner ausgemacht worden waren. Als Ersten traf es den gewählten Vorsitzenden des Stadtrates. Er wurde Mitte Mai 2013 von maskierten Bewaffneten verschleppt. Als Nächster verschwand der Bruder eines prominenten Schriftstellers. Zwei Tage später der Mann, der an der Spitze der Gruppe stand, die die Revolutionsfahne auf die Mauern der Stadt gemalt hatte.

„Wir ahnten, wer ihn gekidnappt hatte“, erzählte einer seiner Freunde, „aber keiner traute sich mehr, etwas zu tun.“ Das System der Angst begann zu wirken. Ab Juli verschwanden erst Dutzende, dann Hunderte. Manchmal tauchten ihre Leichen auf, meistens aber blieben sie spurlos verschwunden. Im August schickte die IS-Militärführung mehrere Autos mit Selbstmordattentätern ins Hauptquartier der am wenigsten religiösen FSA-Brigade „Enkel des Propheten“, tötete Dutzende Kämpfer und trieb die übrigen in die Flucht. Die anderen Rebellen schauten zu. Die IS-Führung hatte ein Netz geheimer Abkommen mit den Brigaden gesponnen, sodass jede dachte, es treffe nur die anderen.

Am 17. Oktober 2013 rief der IS alle Notabeln, Geistlichen und Rechtsanwälte der Stadt zu einer Versammlung. Eine Geste der Konzilianz, mochten manche gedacht haben. Von den 300 Menschen, die zusammenkamen, erhoben nur zwei Männer das Wort gegen die brutal fortschreitende Machtübernahme, die Entführungen und Morde der Bärtigen. Einer der beiden war Muhammad Habayebna, ein stadtbekannter Bürgerrechtler und Journalist.

Fünf Tage später fand man ihn, gefesselt und hingerichtet per Kopfschuss. Freunde erhielten eine anonyme E-Mail mit dem Foto der Leiche, darunter stand nur ein Satz: „Bist du jetzt traurig über deinen Freund?“ Binnen Stunden flohen rund 20 führende Oppositionelle in die Türkei. Die Revolution in Raqqa war vorbei.

Kurz darauf legten die 14 Oberhäupter der größten Stämme den Treueeid auf den Emir Abu Bakr al-Baghdadi ab – es gibt einen Film von dieser Zeremonie. Es waren Scheichs derselben Stämme, die nur zwei Jahre zuvor Staatspräsident Baschar al-Assad ihre unverbrüchliche Treue geschworen hatten. Damit war der Boden gebetet für die Errichtung des IS-Hauptquartiers in Raqqa.

Der Tod von Haji Bakr

Bis Ende 2013 lief für den „Islamischen Staat“ in Syrien alles nach Plan beziehungsweise: nach den Plänen von Haji Bakr. Der Schreckenstaat unter schwarzer Fahne dehnte sich Ort um Ort aus, ohne auf den geeinten Widerstand der syrischen Rebellen zu stoßen, die wie gelähmt schienen angesichts dieser unheimlichen Macht.

Doch nachdem die IS-Schergen im Dezember 2013 einen beliebten Rebellenführer und Arzt grauenvoll zu Tode gefoltert hatten, geschah das Unerwartete: Landauf, landab verständigten sich die syrischen Brigaden, Säkulare sowie Teile der radikalen Nusra-Front, gemeinsam den Kampf gegen den IS aufzunehmen. Indem sie überall gleichzeitig losschlugen, beraubten sie den IS seines taktischen Vorteils, Einheiten stets rasch dorthin verlegen zu können, wo die Maskierten in Bedrängnis gerieten.

Innerhalb von Wochen wurde der IS aus weiten Teilen Nordsyriens vertrieben. Selbst Raqqa war beinahe schon eingenommen, als 1300 Mann Verstärkung für den IS aus dem Irak anrollten. Doch die stürmten nicht einfach los, sondern machten es trickreicher, erinnert sich der geflohene Arzt: „In Raqqa waren so viele Brigaden unterwegs, dass niemand wusste, wer genau die jeweils anderen waren. Und plötzlich begann eine Truppe in Rebellenkleidung auf die anderen Rebellen zu schießen. Alle flohen einfach.“

Eine kleine, simple Maskerade hatte den IS-Kämpfern zum Sieg verholfen: einmal die schwarzen Sachen ablegen, Jeans und Materialwesten anziehen. Genau so machten sie es auch in der Grenzstadt Jarablus. Es funktionierte, der IS konnte Raqqa halten und Teile der verlorenen Gebiete zu-

Die Entstehung des IS

2003

Am 20. März beginnt der zweite Irakkrieg, US-Truppen und deren Verbündete stürzen Saddam Hussein. Im Mai wird die irakische Armee aufgelöst. Geheimdienstoberst Haji Bakr geht in den Untergrund, wo er in der Folgezeit auf den Gründer der Qaida-nahen Terrorgruppe „Islamischer Staat im Irak“ (ISI), Abu Musab al-Zarqawi, trifft.



DAILY MIRROR GULF COVERAGE / GETTY IMAGES

2006

Zarqawis Truppe führt einen mörderischen Terrorkrieg gegen irakische Politiker, US-Soldaten und Zivilisten, enthauptet westliche Geiseln. Im Juni wird Zarqawi bei einem US-Luftschlag getötet. Der Niedergang der Gruppe beginnt. Haji Bakr wird für zwei Jahre inhaftiert.

Zerstörung einer Saddam-Statue in Bagdad 2003

2010

Haji Bakr und andere frühere Offiziere übernehmen die Führung des ISI. Sie setzen Abu Bakr al-Baghdadi als Anführer ein, um der Terrororganisation einen religiösen Anstrich zu geben.

2012

Ende des Jahres reist Haji Bakr zusammen mit anderen ISI-Männern nach Syrien. Er lässt sich in Tal Rifaat nahe Aleppo nieder, wo er seine Pläne entwirft und die schleichende Machtergreifung vorbereitet.

2013

Ab dem Frühjahr beginnt der ISI, Missionszentren in vielen Orten Nordsyriens zu eröffnen. Über sie sollen Spitzel angeworben werden. Im April 2013 verkündet Abu Bakr al-Baghdadi den neuen Namen der Terrorgruppe: „Islamischer Staat im Irak und in der Levante“ (ISIS). Die Organisation tritt ab jetzt offen auf und erobert Teile Nordsyriens.



Propagandavideo von Zerstörungen im irakischen Nimrud: Gezielt eingesetzter Fanatismus

rückerobern. Nur für den großen Planer war es zu spät.

Haji Bakr war in Tal Rifaat geblieben, wo der IS sich lange behauptet hatte. Als die Rebellen aber Ende Januar 2014 angriffen, teilte sich die Stadt binnen Stunden: Eine Hälfte blieb unter Kontrolle des IS, die andere unter der einer örtlichen Brigade. Haji Bakr saß in der falschen Hälfte fest. Außerdem hatte er zur Tarnung nicht in einem der massiv gesicherten IS-Militärquartiere gewohnt. Und so wurde ausgerechnet der Gottvater des Denunziantentums von einem Nachbarn denunziert. „Bei mir nebenan wohnt ein Scheich von Da'ish!“, rief der Mann. Der Ortskommandeur Abdelmalik Hadbe und seine Männer führen zu Bakrs Haus. Unwirsch öffnete eine Frau: „Mein Mann ist nicht da!“

Aber das Auto stehe doch vor dem Haus, wendeten die Rebellen ein.

Da erschien Haji Bakr im Pyjama an der Tür. Er solle mitkommen, herrschte ihn Hadbe an. Er wolle sich erst noch anziehen, erwiderte Bakr. Nein, wiederholte Hadbe: „Mitkommen! Sofort!“

Überraschend behände für sein Alter sprang Bakr zurück und stieß die Tür mit dem Fuß zu. So erzählten es später zwei, die dabei waren. Im Haus versteckte sich der Iraker unter der Treppe und brüllte:

„Ich habe einen Sprengstoffgürtel! Ich werde uns alle in die Luft jagen!“ Dann kam er mit einer Kalaschnikow heraus und feuerte. Hadbe schoss und traf ihn tödlich.

Als die Männer später erfuhren, wen sie da umgebracht hatten, sammelten sie Computer, Pässe, SIM-Karten, ein GPS-Ortungsgarät und vor allem die Papiere im Haus ein. Einen Koran fanden sie nirgends.

Haji Bakr war tot, seine Frau hatten die örtlichen Rebellen mitgenommen. Später würden die Rebellen sie auf Bitten der Regierung in Ankara eintauschen gegen türkische IS-Geiseln. Bakrs kostbarer schriftlicher Nachlass landete für Monate erst einmal gut versteckt in einer Kammer.

Der zweite Aktenfund

Haji Bakrs Staat funktionierte auch ohne seinen Schöpfer. Wie präzise seine Pläne Punkt um Punkt umgesetzt wurden, bestätigt ein weiterer Aktenfund. Als der IS im Januar 2014 auch sein Hauptquartier in der Stadt Aleppo fluchtartig räumen musste, verbrannten die Fliehenden ihr Archiv, aber sie hatten ein ähnliches Problem wie die DDR-Staatssicherheit 25 Jahre zuvor: Sie hatten zu viele Akten.

Ein Teil blieb erhalten und landete bei der „Tauhid“-Brigade, damals Aleppos größte Rebellen-truppe, die nach langen

Verhandlungen dem SPIEGEL die Papiere zur exklusiven Veröffentlichung übergab – ausgenommen eine Auflistung der IS-Spione bei Tauhid.

Auf Hunderten Seiten offenbart sich ein hochkomplexes System der Unterwanderung und Überwachung aller Fraktionen inklusive der eigenen Leute. In langen Listen hielten die Buchhalter des Dschihad fest, welche Informanten sie in welche Rebellenbrigade, in welche Miliz des Regimes eingeschleust hatten. Es war sogar vermerkt, wer von den Rebellen als Spion für Assads Geheimdienste arbeitete.

„Sie wussten mehr als wir, weit mehr“, sagte der Verwahrer der Dokumente. Personalakten der Kämpfer waren darunter, ausführliche Bewerbungsschreiben anreisender Ausländer wie des Jordaniers Nidal Abu Eysch. Der hatte seine Terror-Referenzen samt Telefonnummern mitgeschickt, ebenso das Aktenzeichen einer gegen ihn anhängigen Strafsache und seine Hobbys: Jagen, Boxen, Bombenbauen.

Der IS wollte alles wissen und gleichzeitig alle über seine Absichten täuschen. So wurden in einem mehrseitigen Report alle Vorwände aufgezählt, mit denen der IS die Beschlagnahmung der größten Getreidemühle Nordsyriens rechtfertigen wollte – darunter angebliche Unterschlagungen und gottloses Verhalten der Angestellten. Dass es in Wirklichkeit darum ging, alle strategisch wichtigen Anlagen wie Großbäckereien, Getreidesilos und Generatoren zu besetzen und die Maschinen in die inoffizielle Hauptstadt Raqqa zu transportieren, sollte verschleiert werden.

Immer wieder finden sich Entsprechungen zu Haji Bakrs Matrix aus der Aufbau-phase des IS: etwa, dass die Einheirat in einflussreiche Familien forciert werden sollte. Den Akten aus Aleppo lag auch eine Liste von 34 IS-Kämpfern bei, die eine Frau sowie Zusatzausstattung haben wollten. So gaben Abu Luqman und Abu Yahya al-Tunisi an, sie brauchten eine Wohnung. Abu Suheib und Abu Ahmed Osama beantragten eine Schlafzimmereinrichtung. Abu al-Baraa al-Dimaschi wollte einen finanziellen Zuschuss sowie eine komplette Mö-

FOTO: ISLAMIC STATE / DPA

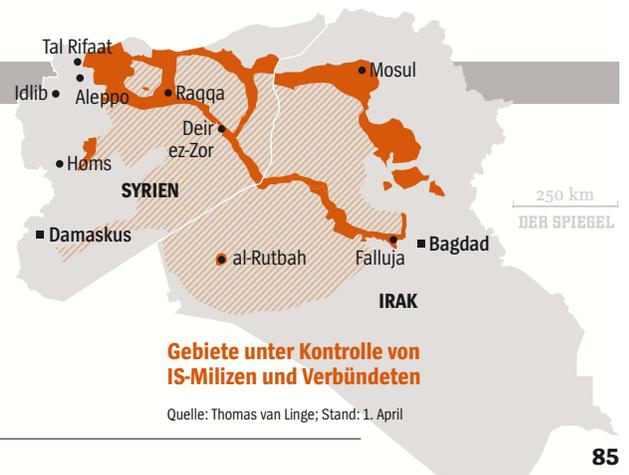
2014



MEDYAN DIARLEN / VICE MEDIA

Anfang 2014 wird die Organisation in Teilen Nordsyriens zurückgeschlagen, dabei wird auch der Stratege Haji Bakr in Tal Rifaat getötet. Im Irak gelingt es den Dschihadisten, die Stadt Falluja zu erobern. Im Juni werden die zweitgrößte irakische Stadt Mosul sowie große Gebiete im westlichen Irak eingenommen. Am 29. Juni ruft Baghdadi das Kalifat aus, die Organisation nennt sich nur noch „Islamischer Staat“ (IS).

Jubelnde IS-Kämpfer in Raqqa, Juni 2014



Gebiete unter Kontrolle von IS-Milizen und Verbündeten

Quelle: Thomas van Linge; Stand: 1. April



Bakr-Unterschlupf in Tal Rifaat: Der Gottvater des Denunziantentums wurde vom Nachbarn verraten

blierung, während Abu Azmi Wert auf eine vollautomatische Waschmaschine legte.

Wechselnde Allianzen

Und noch ein Erbe der irakischen Geheimdienstler innerhalb der IS-Spitze wird in diesen ersten Monaten des Jahres 2014 eine entscheidende Rolle spielen: ihre seit einem Jahrzehnt etablierten Kontakte zu Assads Geheimdiensten.

Denn 2003 war das Regime in Damaskus in Panik gewesen, dass der damalige US-Präsident George W. Bush nach dem Sieg über Saddam Hussein seine Truppen zum „regime change“ nach Syrien weiterrollen lassen würde. Über die kommenden Jahre organisierten die syrischen Dienste deshalb den Transfer Tausender Radikaler aus Libyen, Saudi-Arabien und Tunesien zu al-Qaida im Irak; 90 Prozent der Selbstmordattentäter kamen über die Syrien-Route ins Land. Es entspann sich ein seltsames Dreiecksverhältnis syrischer Generäle, internationaler Dschihadisten und einstiger Offiziere aus Saddams Reihen – ein Joint Venture erklärter Todfeinde, die sich wiederholt westlich von Damaskus trafen.

Damals ging es darum, den Amerikanern im Irak das Dasein zur Hölle zu machen. Zehn Jahre später hatte Baschar al-Assad ein anderes Motiv, die Allianz wiederzubeleben: Er wollte sich der Welt als das kleinere Übel verkaufen. Das Verhältnis des syrischen Regimes zum IS war geprägt von taktischem Pragmatismus, beide Seiten versuchten, einander zu benutzen.

In den Gefechten zwischen IS und Rebellen ab Januar 2014 bombardierten Assads Jets regelmäßig nur die Stellungen der Rebellen, während die Emire des „Islamischen Staates“ ihre Kämpfer anwiesen, nicht auf die Armee zu schießen. Eine Tatsache, die manche der zugereisten Ausländer zutiefst desillusionierte, die sich ihren Dschihad anders vorgestellt hatten.

Der IS warf sein ganzes Kriegsarsenal den Rebellen entgegen, jagte innerhalb weniger Wochen mehr seiner Selbstmordattentäter in deren Reihen als im ganzen Vorjahr gegen die Armee. Nicht allein wegen, aber auch dank der zusätzlichen Luft-

angriffe konnte der „Islamische Staat“ einen Teil des zwischenzeitlich verlorenen Terrains zurückerobern.

Nichts symbolisiert das taktische Wechselspiel der Allianzen mehr als das Schicksal von „Division 17“ der syrischen Armee. Die isolierte Basis nahe Raqqa war ein Jahr lang von Rebellen belagert worden. Dann kämpften IS-Einheiten die Rebellen dort nieder, und Assads Luftwaffe konnte Ende Januar 2014 wieder ungehindert Versorgungsflüge zur Basis aufnehmen.

Doch ein halbes Jahr später, nach der Eroberung von Mosul und gigantischer Waffenarsenale, fühlte sich der IS mächtig genug, um die Helfer von gestern zu attackieren. Die Dschihadisten überrannten die Division 17 und metzelten die Soldaten nieder, die sie kurz zuvor noch beschützt hatten.

Der Ausblick

Die Rückschläge des IS in den vergangenen Monaten, die Niederlage im Kampf um die syrische Kurdenklave Kobane, zuletzt der Verlust der irakischen Stadt Tikrit haben den Eindruck erweckt, das Ende des „Islamischen Staates“ sei nahe. Er habe sich mit seinem Größenwahn übernommen, sei entzaubert, auf dem Rückzug und werde bald untergehen. Doch derlei Zweckoptimismus dürfte verfrüht sein. So hat der IS zwar viele Kämpfer verloren, sich aber in Syrien weiter ausgedehnt.

Es ist richtig, dass dschihadistische Herrschaftsexperimente in der Vergangenheit gescheitert sind. Doch lag das meist an ihrer Planlosigkeit, wie sich ein Gebiet, gar ein Staat, verwalten lässt. Genau diese Schwäche haben die Strategen des IS seit Langem erkannt – und behoben. Im Innern des „Kalifats“ haben die Ingenieure der Macht eine Herrschaft aufgebaut, die stabiler und zugleich flexibler ist, als sie nach außen erscheint.

Abu Bakr al-Baghdadi mag der offiziell ernannte Führer sein, wie viel er zu sagen hat, ist unklar. Nicht ihn jedenfalls bekam der Emissär von Qaida-Chef Ayman al-Zawahiri zu Gesicht – sondern Haji Bakr und die anderen ehemaligen Geheimdienstoffiziere. Danach beklagte sich der Emissär

bitterlich über „diese falschen Schlangen, die den wahren Dschihad verraten werden“.

Es gibt im IS den Staat, die Bürokratie, die Instanzen. Aber gleichzeitig gibt es stets eine parallele Befehlsstruktur: Eliteeinheiten neben den normalen Truppen; weitere Befehlshaber neben dem designierten Militärführer Omar al-Schischani; Strippenzieher, die Provinz- und Orts-Emire nach Belieben versetzen, degradieren, verschwinden lassen. Auch fallen Entscheidungen in der Regel nicht im Schura-Rat, dem nominell höchsten Entscheidungsgremium, sondern werden gefällt von den „Männern des Lösen und Bindens“, einem klandestinen Zirkel, dessen Name der islamischen Frühzeit entlehnt wurde.

Der IS kann jedwede Revolte im Innern frühzeitig erkennen und ersticken. Dabei erweist sich die hermetische Überwachungsstruktur auch als äußerst nützlich zur finanziellen Ausplünderung der Untertanen.

Die Luftangriffe der US-geführten Koalition mögen die Ölquellen und Raffinerien zerstören. Aber niemand hindert die Finanzverwaltung des „Kalifats“ daran, die Millionen Menschen in ihrem Machtbereich zur Kasse zu bitten: mit immer neuen Steuern, Ablassgebühren oder Beschlagnahmungen des Besitzes. Denn der IS weiß alles von seinen Spitzeln, den geplünderten Daten von Banken, Katasterämtern und Wechselstuben. Er weiß, wem welches Haus und welches Feld gehört, wer wie viele Schafe und wie viel Geld besitzt. Die Untertanen mögen unglücklich sein. Aber ihr Spielraum, sich zu organisieren, zu bewaffnen, zu rebellieren, ist minimal.

Während die Aufmerksamkeit des Westens vor allem der Gefahr von Terroranschlägen gilt, wird ein anderes Szenario unterschätzt: der heraufziehende innerislamische Krieg von Sunniten und Schiiten. Dieser würde dem IS ermöglichen, von einer verhassten Terrororganisation zur zentralen Macht aufzusteigen.

Schon heute führt der Frontverlauf in Syrien, im Irak und im Jemen entlang dieser konfessionellen Linie, kämpfen in Syrien schiitische Afghanen gegen sunnitische Afghanen, während der IS im Irak von der Barbarei der brutalen schiitischen Milizen profitiert. Eskaliert dieser uralte Konflikt der islamischen Welt weiter, könnte er andere konfessionell gemischte Staaten zerreißen: Saudi-Arabien, Kuwait, Bahrain, den Libanon.

Dann könnte der IS mit seiner Propaganda-Propheteiung richtigliegen: jener von der nahenden Apokalypse. In deren Windschatten ließe sich die absolute Diktatur im Namen Gottes errichten.



Video: Christoph Reuter über seine Recherchen im IS

spiegel.de/sp172015is
oder in der App DER SPIEGEL



25.4.
SAMSTAG | 12:00-24:00
1945
DIE 12-STUNDEN-DOKU

12:00 KÖLN

13:00 WIESBADEN

14:00 BAD HERSFELD

15:00 NÜRNBERG

16:00 LEIPZIG

17:00 AUGSBURG

18:00 BRAUNSCHWEIG

19:00 LINZ WIEN MÜNCHEN

20:15 PLAUEN

21:15 PILSEN

22:15 AMSTERDAM

23:15 BERLIN

Wenn ein Ereignis die Welt verändert, verdient es unsere besondere Aufmerksamkeit. 70 Jahre nach Kriegsende zeigt VOX das 12-Stunden-Doku-Event "1945 – 12 Städte, 12 Schicksale". Eine Zeit zwischen Zusammenbruch und Neuanfang. Zwischen Befreiung und Aufbruch. Zwischen Elend und Hoffnung.

Die große 12-Stunden-Dokumentation – präsentiert von Steffen Hallaschka.

Eine Dokumentation von

SPIEGEL TV



Präsidentenschaftsbewerberin Clinton

Die Wandelbare

USA Hillary Clinton will bei ihrer zweiten Bewerbung für das Weiße Haus fast alles anders machen. Sie gibt sich jetzt bescheiden, warmherzig und sehr weiblich.

Die neue Hillary Clinton holpert dieser Tage mit einem Van über die Landstraßen Iowas, durch Gegenden, so öde und verlassen, dass man nur ungern hier begraben läge. Sie hält an Tankstellen und plaudert mit anderen Tankenden. Sie spaziert in Stehcafés, mexikanische Fast-Food-Läden und in fremder Leute Wohnzimmer, so leise, so unaufgeregt, wie es möglich ist, wenn man die Jungs vom Secret Service im Schlepptau hat. Sie fragt die Bürger nach ihren Sorgen. Sie wirkt, als kandidierte sie für den Stadtrat von Cedar Rapids und nicht für das mächtigste Amt der Welt.

Als sie am vorigen Sonntag ihre Bewerbung um das Weiße Haus mit einem zweieinhalbminütigen Video offiziell machte, sah man die ersten eineinhalb Minuten einfache amerikanische Bürger, die erzählten, was ihre nächste Herausforderung sei. Erst am Schluss erschien Hillary, einen Pappbecher Kaffee in der Hand, einen gütigen Ausdruck im Gesicht, und sagte, dass auch sie sich etwas vorgenommen habe. Es war die zurückhaltendste Form, mit der sich eine Kandidatur für das mächtigste Amt der Welt verkünden lässt.

So wird es weitergehen. Ihre Kampagne soll ein Triumph der Bescheidenheit werden. Clinton will sich als warmherzige, freundliche Großmutter präsentieren. Sie will nicht länger die taffe, unnahbare Politikerin sein, als die sie die meisten Amerikaner bislang sahen.

All das sind Lehren aus den Fehlern ihrer ersten Bewerbung um das Weiße Haus. Damals war sie zu siegessicher aufgetreten, zu arrogant, zu weit entfernt vom Alltag derer, die sie wählen sollten. Es wirkte immer, als rede sie von der großen Bühne zum Volk herab. Nun sagt sie, dass Siege verdient werden müssten. Sie gibt sich, als ob ihre Nominierung durch die Demokratische Partei keinesfalls gesichert wäre, auch wenn ihre möglichen Herausforderer O'Malley, Chafee, Sanders oder Webb heißen, Männer, von denen die meisten Amerikaner nie etwas gehört haben.

Über die Jahrzehnte hat die Öffentlichkeit unzählige Hillarys kennengelernt, sie hat beinahe so viele Wandlungen hinter sich wie Madonna. Sie war die engagierte linke Elitestudentin, die dienende Ehefrau, die ehrgeizige First Lady, die betrogene Ehefrau, die Senatorin, die Außenministerin, die Buchautorin. Mit jeder dieser Stationen wandelte sich auch ihr Äußeres, die Kleider, die Frisur, die Haarfarbe. Die ein-

zige Konstante dieser Biografie war der ständige Wandel.

Das Erstaunlichste aber ist, dass sie jetzt, mit 67 Jahren, noch immer im ganz großen Spiel mitmisch. Sie hat so viele Niederlagen und Demütigungen einstecken müssen, private wie politische, weit mehr, als gewöhnlich in ein Menschenleben passen. Doch keiner dieser Schläge hat sie kapitulieren lassen. Wie kaum jemand in der Politik besitzt Clinton die Bereitschaft dazu zu lernen, um sich später als neue, bessere Hillary zu präsentieren. Man kann das Opportunismus nennen, man mag sie dafür verachten, wie es die rechte Hälfte der Vereinigten Staaten leidenschaftlich tut. Oder man bewundert sie gerade dafür.

Die große Frage ist nun, ob ihre Bereitschaft zum Wandel, die bisweilen bis zur Selbstverleugnung reicht, allein privatem Ehrgeiz und Machttrieb entspringt, dem Wunsch nach Vollendung eines Lebensplans, der auch für sie die Präsidentschaft vorsieht. Oder ob sie ein Anliegen hat, das größer ist als sie selbst – das Wohl des Landes, wenn nicht gar das der Welt.

Sie kennt ja all die Superlative, die sich mit ihrer Präsidentschaft verknüpfen würden. Es wäre das erste Mal in der Geschichte der Vereinigten Staaten, dass eine Frau Commander in Chief würde. Sie weiß, welche symbolische Bedeutung ihre Wahl nicht nur für Frauen rund um den Globus hätte. Der Aufstieg Maggie Thatchers in Großbritannien oder Angela Merkels in

Clinton wirkt gut vorbereitet, und das hat viel mit einem Moment vor sieben Jahren zu tun.

Deutschland mag ermutigend gewesen sein – als Präsidentin der Vereinigten Staaten aber wäre Hillary Clinton in einer anderen Liga. Bedeutender geht es nicht.

Um im November nächsten Jahres tatsächlich ins Weiße Haus gewählt zu werden, muss Clinton noch etliche Widerstände überwinden. Einer ihrer größten Gegner ist dieses Mal die Statistik. Dass ihr Kandidat nach zwei Amtszeiten eines Parteifreundes direkt gewählt wurde, gelang den Demokraten zuletzt im Jahr 1837, als Martin Van Buren auf Andrew Jackson folgte. Clinton muss zudem den Vorwurf entkräften, dass sie mit dann 69 Jahren zu alt für dieses Amt sein könnte – und dass

sie eine Kandidatin der Vergangenheit sei, nicht der Zukunft.

Schwer wird dies vor allem bei den jungen Wählern, die Barack Obama in seinen Wahlkämpfen begeistert hatte. Zwar haben ihr sowohl Barack als auch Michelle Obama Unterstützung im Wahlkampf versprochen, was ihr bei jüngeren und schwarzen Wählern helfen könnte – doch wirft diese Hilfe gleich das nächste Problem auf. Clinton wird einen Weg finden müssen, die Amtszeit Obamas zu würdigen und trotzdem deutlich zu machen, dass sie als Präsidentin erfahrener, professioneller, kurz: geeigneter ist als er.

Der Kampf ums Weiße Haus wird ruck- und skrupelloser geführt als Wahlkämpfe in anderen Ländern, er belastet nicht nur den Körper der Bewerber, sondern auch ihre Seele. Doch Clinton wirkt gut vorbereitet, und das hat viel mit einem kleinen Moment vor sieben Jahren zu tun.

„Ich wollte sie einfach mal das fragen, was mich wirklich interessiert, von Frau zu Frau“, sagt Marianne Pernold Young. Sie denkt fast täglich an diesen 7. Januar 2008, als sie Hillary Clinton öffentlich zum Weinen brachte. Sie klingt noch heute verwundert über das, was dann geschah.

Hillary Clinton war damals, während ihrer ersten Bewerbung für das Weiße Haus, an einem Tiefpunkt angelangt. Barack Obama hatte gerade in Iowa die erste Vorwahl gewonnen. Clinton saß im „Café Espresso“ von Portsmouth, New Hampshire, sie sollte mit Bürgern diskutieren. Kurz vor Ende der Veranstaltung nahm eine Dame mit grauen Haaren und rotem Blazer das Mikrofon in die Hand.

„Meine Frage ist sehr persönlich“, begann Marianne Pernold Young und sah Clinton in die Augen. „Wie machen Sie das? Wie halten Sie sich über Wasser, und das so wunderbar?“

Clinton rang mit einer Antwort. „Es ist nicht leicht“, antwortete sie schließlich und schüttelte den Kopf. Dann schossen ihr Tränen in die Augen.

Die Tränen waren nicht beabsichtigt, aber diese flossen Clinton plötzlich jene Sympathien zu, die all ihre Berater und all ihr Geld nicht hatten hervorrufen können. „Meine Freundinnen wechselten nach dem Vorfall von Obama zu Hillary“, sagt Pernold Young, die heute 71 ist. „Bis zu diesem Tag wirkte Hillary wie eine Maschine, wie ein Bulldozer. Nach diesem Tag wirkte sie wie ein Mensch.“

Der Moment der Tränen, den Pernold Young damals auslöste, ist zum Schlüssel



Ehepaar Clinton 1997 im Weißen Haus: Sie unterstützte plötzlich die Todesstrafe

für Hillary Clintons zweite Kampagne geworden. Sie präsentiert sich dem amerikanischen Volk nun menschlicher.

Vor ein paar Tagen hat sie ein neues Nachwort zu ihrer zweiten Biografie „Entscheidungen“ veröffentlicht, in dem sie vom großen Glück über die Geburt ihrer Enkeltochter Charlotte schreibt, über die Tränen in Bills und ihren Augen. Und weil Politiker nie ohne Kausalkette unterwegs sind, hat sie gleich die politische Ableitung aus diesem Hochgefühl gezogen: „Man sollte nicht die Enkelin eines Präsidenten oder einer Außenministerin sein müssen, um all die Unterstützung und Vorteile genießen zu können, die eines Tages zu einem guten und erfolgreichen Leben führen“, schreibt Clinton. „In nur wenigen Monaten hat Charlotte es bereits geschafft, dass ich die Welt mit anderen Augen sehe.“

Clinton war schon früh in ihrer Karriere offen für Veränderungen, wenn diese Erfolg versprechen. Als ihr Mann 1982 erneut als Gouverneur von Arkansas kandidierte, war sie es, die anbot, ihren Mädchennamen Rodham abzulegen und sich fortan Clinton zu nennen – obwohl ihr der Name wichtig gewesen war. „Ich werde das niemals vergessen“, erzählte Bill später. „Sie kam zu mir und sagte: ‚Ich könnte es nicht aushalten, wenn uns das die Wahl kostet.

Es wäre dumm. Wir sollten das Risiko nicht eingehen. Was, wenn es ein Prozent ausmacht? Oder zwei? Es kann ja sein, dass du die Wahlen nur mit ein oder zwei Prozent gewinnst oder verlierst.“

Kompromissbereit erwies sie sich auch, als es in jenem Jahr um ihr äußeres Erscheinungsbild ging. Sie folgte den Beratern, die ihr vorschlugen, das Haar zu blondieren, die dicken Brillengläser gegen Kontaktlinsen zu tauschen, Make-up aufzutragen und ihre Garderobe einem Modeberater zu überlassen. Was heute für Politikerinnen selbstverständlich ist, war es 1982 noch nicht. Für Hillary Clinton bedeutete der Abschied von ihrem alten Äußeren auch den Abschied von einem Selbstbild. Denn hinter ihrem Studentenlook, den Schlapperklamotten, der ungebändigten Mähne, dem Verzicht auf Schminke hatte eine Haltung gestanden. Der Stolz einer unabhängigen Frau, die für ihren Geist bewundert werden wollte, nicht für ihr Äußeres.

Zehn Jahre später, als ihr Mann um das Weiße Haus kämpfte, ließ sie sich auf Geheiß der Berater erneut einem Make-over unterziehen und klagte nach einer weiteren Blondierung nur gelegentlich darüber, dass sie diesen „Ivana-Look“ (gemeint war

die sehr blonde Unternehmerrgattin Ivana Trump) eigentlich hasse.

Auch inhaltlich war sie offen für Veränderung, wenn es der Sache diene. In jüngeren Jahren, um nur ein Beispiel zu nennen, war Hillary eine überzeugte Gegnerin der Todesstrafe gewesen. Als Anwältin half sie sogar, einen Angeklagten aus dem Todestrakt zu holen. Doch als es später der Karriere ihres Mannes nützte, unterstützte sie sogar die Todesstrafe. Sie hatte kein Problem damit, als Bill im Wahlkampf 1992 eigens zurück nach Arkansas flog, um sicherzustellen, dass Ricky Ray Rector, der nach einem Selbstmordversuch die geistigen Fähigkeiten eines Kleinkindes besaß, hingerichtet wurde. Die Liste der Anpassungen und Veränderungen ließe sich unbegrenzt fortsetzen.

Zu ihrem Lernprozess gehören auch die acht Jahre als Senatorin für den Staat New York, in denen sie geschickt mit den Kollegen aus dem Kongress zusammenarbeitete, um Gesetze auf den Weg zu bringen.

Diese Kompromissbereitschaft hatte ihr als First Lady gefehlt. Da war die von ihr vorangetriebene Gesundheitsreform im Kongress gescheitert – auch weil Clinton das oft schmutzige Spiel der Washingtoner Politik nicht mitspielen wollte. Sie habe damals viele Fehler im Umgang mit dem Washingtoner System gemacht, sagte sie später. „Aber ich habe aus diesen Fehlern gelernt.“

48%

der Amerikaner haben eine positive Meinung zu Hillary Clinton.

Gallup-Umfrage vom April 2015

Ihr Kollege Robert Byrd sagt über die Senatorin Clinton: „Sie war die perfekte Studentin.“

Die schmerzhaftesten Kompromisse musste Hillary Clinton mit ihrem Mann Bill eingehen. Sie waren so groß, dass sich nicht nur viele Frauen fragen, warum die beiden noch immer ein Paar sind. Als Bills Halbbruder Roger in den Achtzigern wegen Kokainbesitzes ins Gefängnis musste, vertraute Bill einem Freund das Folgende an: „Jeder übertreibt es mit irgendetwas. Drogen, Essen, Sex. Jeder hat einen Bereich, der außer Kontrolle ist, jeder hat eine Obsession.“ Es war klar, dass Bills Hauptproblem nicht die Drogen oder das Essen waren.

Es war so gravierend, dass Hillarys Vertraute Susan Thomases ihn während des Präsidentschaftswahlkampfes 1992 wüst beschimpfte: „Du bist blöd genug, die ganze Präsidentschaftskampagne an deinem Schwanz scheitern zu lassen.“

Hillary Clinton hat oft von der Karriere ihres Mannes profitiert. Er hat sie an Orte und in Positionen gebracht, an die die wenigsten Menschen jemals gelangen. Aber sie hat dafür viele Demütigungen hinnehmen müssen. Max Brantley, Journalist und Weggefährte aus Arkansas, formulierte es einmal so: „Selbst für diejenigen, die Hillary bewundern, respektieren und lieben, ist es schwer, nicht zu glauben, dass sie einen Pakt mit dem Teufel eingegangen ist.“

Sie war klug und ehrgeizig genug, um sich nicht in der Rolle des Opfers ihres zu gewissen Zeiten offenbar sexsüchtigen Mannes einzurichten. Energisch verteidigte sie ihn in all seinen Affären, ob diese nun Gennifer Flowers oder Monica Lewinsky hießen. Mit derselben Bestimmtheit forderte sie später eine Kompensation für diese Einsätze.

Als sie 1993 First Lady wurde, verlangte sie für sich eine Rolle, die auf viele Amerikaner wie eine Provokation wirkte. Seit Eleanor Roosevelt hatten die USA keine aktivere Präsidentengattin erlebt. Sie war die erste, die sich ein eigenes Büro im West Wing einrichten ließ, dem Machtzentrum des Weißen Hauses. Und sie forderte für sich den Vorsitz einer Taskforce, die die größte Gesundheitsreform in der Geschichte des Landes entwerfen sollte. Nach Ende seiner zweiten Amtszeit stand außer Frage, dass Bill nun ihrer Karriere zu dienen hatte.

„Hillary kann ihre privaten Emotionen von ihren Zielen und Aufgaben trennen, wie es nur wenige Frauen können“, sagte Betsy Wright, die Bill Clinton lange als Chief of Staff in Arkansas diente, dem Magazin „New Yorker“. Wright ist einer der wenigen Menschen, denen Hillary ihre Probleme mit Bill anvertraute. „Das ist ihr Beitrag zu dieser Ehe: die Fähigkeit weiterzumachen, wenn andere gewinkt hätten oder davongelaufen wären. Sie weiß, dass

dort etwas ist, das schmerzt und verletzt, sie weiß, dass es dort etwas gibt, das nicht richtig ist, aber sie hat es unter Kontrolle, sie separiert es von ihren Zielen und Projekten.“ Es sei eine so extreme Form von Selbstdisziplin, dass man kaum noch von Selbstdisziplin reden könne.

Es gibt wenige, die die Clintons so gut kennen wie Leon Panetta. In den Neunzigerjahren war er Bills Stabschef und als Verteidigungsminister Hillarys Kollege in Obamas Kabinett. „Sie sind durch viele Höhen und Tiefen gegangen, ich habe viele davon miterlebt“, sagt Panetta im kalifornischen Monterey in den Räumen seines Panetta Institute.

Hillary forderte immer mehr Loyalität von ihrem Team ein als ihr Mann von seinen Beratern.

„Ich habe sie oft genug zusammen gesehen. Und ich glaube, tief in ihnen drin“, er zögert einen Moment, „da ist Liebe füreinander. Da ist ein Verständnis füreinander und eine Abhängigkeit voneinander. Es gibt eine tiefe Verbindung zwischen den beiden, gerade wegen all der Herausforderungen, die sie zu bestehen hatten.“

Sie ergänzten sich perfekt, so Panetta, weil der eine habe, was dem anderen fehle. Bill habe es geliebt zu diskutieren. „Ich erinnere mich an Tage, als 20 Leute im Weißen Haus rumsaßen, die alle ihre Meinung kundtun wollten. Das macht es natürlich schwer, Entscheidungen zu treffen. Bill war ziemlich chaotisch, auf seine eigene Art war er undiszipliniert.“ Seine Frau sei das genaue Gegenstück. „Sie ist auch willig zuzuhören, aber sie ist viel organisierter. Und sie kann besser Entscheidungen treffen.“

Hillary forderte immer weit mehr Loyalität von ihrem Team ein als ihr Mann von seinen Beratern. Sie war schon damals misstrauisch und auf Kontrolle bedacht – wie heute noch. So erzählt es auch Panetta. Und wenn einzelne Mitglieder ihrer Teams später erklärten, Hillary habe etwas Einschüchterndes, waren sie zugleich stolz auf den solidarischen Geist, der ihre Gruppe begleitete.

Während Bill vieles erst schmerzhaft habe lernen müssen, sei Hillary heute viel besser auf das Weiße Haus vorbereitet als ihr Mann damals, sagt Panetta. Er glaubt, dass sie eine gute Präsidentin wäre.

Ein Novemberabend des vergangenen Jahres. In Little Rock, der Hauptstadt von Arkansas, in der der Aufstieg der Clintons begann, wird der zehnte Geburtstag von Bills Präsidentenbibliothek gefeiert. Moderator des Abends ist Kevin Spacey, der in der Politserie „House of Cards“ den

durchtriebenen Politiker Francis Underwood spielt.

Dass die Clintons sich ausgerechnet Spacey ausgesucht haben, hat etwas Selbstironisches. Underwood, Spaceys Figur, ist inzwischen zum Inbegriff des machtbesessenen US-Politikers geworden, der es mithilfe von Tricks, Kontakten und Skrupellosigkeiten bis ins Weiße Haus schafft. Beraten und angestachelt wird er von seiner ebenso ehrgeizigen Frau Claire, gespielt von Robin Wright.

Sie geben ein Paar, das alle Bereiche des Lebens dem Wunsch nach Aufstieg und Einfluss unterordnet. Ihre Ehe ist eine Zweckgemeinschaft, an deren Beginn eine große Liebe stand. Sie betrügen sich gegenseitig, denken aber nicht daran, das gemeinsame Projekt scheitern zu lassen. Sie zeigen allerdings auch, was geschieht, wenn sich die Hierarchie in einer Partnerschaft mit der Zeit verschiebt. Irgendwann genügt es Claire nicht mehr, nur die Frau an seiner Seite zu sein, weshalb ihr Mann im Oval Office darauf hinweist, dass dieser Schreibtisch nur einen Stuhl habe.

Es sind lauter Konflikte, die den Clintons bekannt vorkommen dürften.

„Ich kenne sie schon eine sehr lange Zeit“, sagt Spacey. „Nun ist es mir eine Ehre, Ihnen meine Freunde vorzustellen: Präsident Bill Clinton und Hillary Rodham Clinton.“

Hillary kommt im blauen Kleid auf die Bühne, sie schreitet zielstrebig, Bill trägt einen schwarzen Rolli, er bewegt sich noch immer wie der ewige Stenz, auch wenn er inzwischen ein wenig wacklig wirkt und seine Stimme brüchiger klingt als früher. Oben angekommen, nimmt er seine Frau in den Arm, sie küsst ihn von der Seite. Dann schauen sie sich vor all diesen Menschen einfach nur an, zwei, drei Sekunden lang, es sind Blicke der Dankbarkeit und des Stolzes auf das Erreichte.

Bill und Hillary Clinton haben über die Jahrzehnte eine Familiendynastie errichtet, ein politisches Großunternehmen, die Clinton GmbH, ein gewaltiges Netzwerk an Freunden, Beratern, Stiftungen und Gönnern. Nicht immer ist klar, welcher Kontakt gerade welchem ihrer Projekte dient, doch am Ende tragen sie meist zum gemeinsamen Erfolg der Marke Clinton bei.

In deren Zentrum stand zuletzt eine Stiftung, die als „William J. Clinton Foundation“ startete, inzwischen aber „Bill, Hillary & Chelsea Clinton Foundation“ heißt und über 200 Millionen Dollar im Jahr verteilt. Für Hillarys Kampagne könnte sie nun zum Problem werden.

Zu ihren Spendern zählen auch autoritäre Regime wie Saudi-Arabien und Kuwait, Oligarchen wie der Ukrainer Wiktor Pintschuk, dessen eigene Stiftung 8,6 Millionen Dollar überwie, und Unternehmen wie die mittlerweile umbenannte Söldner-



Demokraten Obama, Clinton 2008: Er fragte, sie zögerte, dann sagte sie zu

firma Blackwater. Hillary Clinton hat stets bestritten, dass die Spenden einen Einfluss auf ihre Politik gehabt hätten. Während ihrer Zeit im Auswärtigen Amt waren Zuwendungen ausländischer Regierungen untersagt – aber Privatpersonen wie der saudische Milliardär Mohammed Hussein Ali al-Amudi, der angeblich bis zu fünf Millionen Dollar gab, durften weiter spenden. Seit Hillarys Rücktritt als Ministerin konnten auch Regierungen wieder überweisen.

Man wird wohl nie genau erfahren, ob die vielen Regierungsmillionen vielleicht doch einen Interessenkonflikt verursachen. Ebenso wenig, wie Hillarys Einsatz für Frauenrechte mit Millionenspenden aus dem nicht allzu frauenfreundlichen Saudi-Arabien zusammenpasst. Gerade deshalb wird das Thema sie im Wahlkampf verfolgen. Wie so oft bei den Clintons gibt es eine Kluft zwischen ihrem moralischen Anspruch und der Wirklichkeit.

Im Wahlkampf wird Hillary Clinton auch der Kritik begegnen, dass die Vereinigten Staaten keine Monarchie sein sollten, in der einzelne Familien die Krone einfach weiterreichen. Clinton mag es nicht, wenn man ihr die Monarchiefrage stellt, aber sie muss mit ihr umgehen.

„Wir hatten zwei Roosevelt, wir hatten zwei Adams“, sagte sie nach langem Zögern, als der SPIEGEL sie im vergangenen Sommer in einer Suite des Berliner Hotels Adlon traf. „Es kann sein, dass bestimmte Familien eine besondere Form der Verpflichtung oder sogar Vorprägung haben, in die Politik zu gehen. Manche Familien gehen in die Wirtschaft, manche werden Künstler, andere gehen in den Journalismus. Vielleicht hat es etwas damit zu tun, wie man aufwächst.“

Dann stand sie auf, trat ans Fenster und schaute auf den Pariser Platz. Sie fragte, wo Barack Obama 2008 seine berühmte Rede gehalten habe. Sie fragte auch, wo er beim zweiten Mal im Sommer 2013 geredet habe, sie wollte genau wissen, wo er stand. Dann blickte sie versonnen auf die Stelle vor dem Brandenburger Tor.

Sollte sie demnächst selbst als Präsidentin zur Welt sprechen, wird die alte Hierarchie ihres Familienbetriebs endgültig kopfstehen. Die Frage ist, ob ihr Mann die neue Rolle annehmen kann.

„Bill als First Lady?“ Leon Panetta lacht. „Er mag einige Zeit brauchen, bis er sich daran gewöhnt hat, aber die beiden werden es schaffen.“ Am Ende des Gesprächs

Dass sie Außenministerin wurde, ist exemplarisch für Hillary Clintons Umgang mit Niederlagen.

über die Clintons steht Panetta vor einer Glasvitrine, in der er Bilder und Trophäen aufbewahrt, Zeugnisse einer langen Karriere in der Washingtoner Politik. Auf ein Exponat ist er besonders stolz: einen roten Ziegelstein des Hauses, in dem im Mai 2011 Osama Bin Laden erschossen wurde.

Es gibt ein historisches Foto von jenem Moment. Es zeigt, wie die Erstürmung des Hauses in Pakistan live in den „Situation Room“ des Weißen Hauses übertragen wird. Clinton, damals Außenministerin, ist neben einer Beraterin die einzige Frau im Raum, umringt von elf grimmig dreinblickenden Männern. Sie ist auch die Einzige, die bestürzt zu sein scheint über das, was

sie sieht. Sie hält sich die Hand vor den Mund. Später wird sie sagen, das sei nicht irgendwelchen Emotionen geschuldet gewesen, sondern einem allergischen Frühjahrsschnupfen.

Dass sie überhaupt Außenministerin wurde, ist exemplarisch für Hillary Clintons Umgang mit Niederlagen. Sie hätte gute Gründe gehabt, Barack Obama aus dem Weg zu gehen. Er hatte sie im Wahlkampf attackiert und beleidigt. Nach der Wahl aber bat er sie, ihn in Chicago zu besuchen, und fragte, ob sie in sein Kabinett wolle. Sie zögerte, dann sagte sie zu.

Es war wieder eine dieser Wegmarken, bei der sich manche fragten, ob sie alles tue, um in der Nähe der Macht zu bleiben und ihre Karriere weiterzutreiben. Andere bewunderten sie für ihre Fähigkeit, sich immer wieder auf Neues einzulassen.

Ihr damaliges Büro liegt im siebten Stockwerk des State Department. Gegenüber der Suite des Außenministers arbeitet David McKean, der Planungschef. Clinton hat ihn damals geholt, heute arbeitet er für John Kerry.

McKean sitzt hinter seinem Schreibtisch und sagt, dass Kerry ein aktiverer Außenminister als Clinton sei, mit größerem Gestaltungswillen. Und er hat auch eine Erklärung dafür. „Als Barack Obama 2009 das Amt übernahm, befand sich das Ansehen der USA auf einem historischen Tiefpunkt.“ Der Irakkrieg, der auf falschen Behauptungen basierte, die Folterberichte aus Abu Ghuraib und Guantanamo hatten Amerikas Ruf schwer befleckt.

Clintons Mission sei Wiedergutmachung gewesen, sagt McKean, sie sei um die Welt geflogen und habe Beziehungen gepflegt. Sie habe einen „heldenhaften Job gemacht“, um das Ansehen Amerikas wieder herzustellen. Sie selbst sagt, sie sehe ihre Rolle als Außenministerin und generell als Politikerin in einer Demokratie als einen Staffellauf: „Du läufst das beste Rennen, das du kannst, und übergibst dann den Stab an jemand anders.“

McKean glaubt, dass Kerry ohne Clintons Vorarbeit außenpolitisch niemals so weit gekommen wäre wie zum Beispiel jetzt bei den Iran-Verhandlungen.

Wird Clinton Präsidentin, werden die USA eine andere, härtere Außenpolitik verfolgen. Hillary Clinton ist überzeugt, dass man Russlands Präsident Wladimir Putin viel energischer hätte entgegentreten müssen, als Obama dies getan hat. Und sie hat Obama öffentlich vorgeworfen, dass er nicht früher gegen das Assad-Regime in Syrien vorgegangen ist. Die USA könnten nicht jedes Problem auf der Welt lösen, sagt Clinton. „Aber kein Problem der Welt kann ohne die USA gelöst werden.“

Weit schwieriger ist auszumachen, was von Clinton innenpolitisch zu erwarten ist.

Gestartet ist sie als linke, engagierte Anwältin. Auch als sie sich Anfang der Neunziger für die Gesundheitsreform einsetzte, wirkte sie wie eine überzeugte Kämpferin für soziale Gerechtigkeit. Doch das ist lange her. In der Sozial- und Wirtschaftspolitik hat Clinton schon lange kein echtes Anliegen mehr erkennen lassen. Die Linken in ihrer Partei werfen ihr zudem vor, dass sie sich erst im Jahr 2013 durchringen konnte, die Homo-Ehe zu unterstützen.

Vergangene Woche hat sie nun angekündigt, vor allem für die einfachen Amerikaner der Mittelklasse kämpfen zu wollen – auch das ist eine Lehre aus dem gescheiterten Versuch von 2008. Sie will die Sorgen der „everyday Americans“ um bezahlbare Mieten, Jobs und Kindergartenplätze aufgreifen, will sich für bessere Aufstiegschancen und einen höheren Mindestlohn einsetzen.

Es ist das richtige Ziel für ein Land, in dem der Anteil der unteren 90 Prozent am nationalen Einkommen nur noch bei 23 Prozent liegt und die Steuerbelastung für Großverdiener stetig abnimmt.

Allzu glaubwürdig wirkt Clinton bei diesen Themen allerdings nicht. In der Vergangenheit benötigten Bill und Hillary Clinton zu viel Geld der Wall Street, um ihre Wahlkämpfe zu finanzieren, als dass sie sich politisch mit ihr angelegt hätten. Während Bills Präsidentschaft wurden viele jener Liberalisierungen der Finanzmärkte beschlossen, die später maßgeblich zur Finanz- und Bankenkrise beitrugen.

Auch Hillary agierte als Senatorin stets im Sinne der Wall Street. Sie tut so, als wäre das kein Widerspruch zu ihrem Engagement für die „everyday Americans“. Dabei hätte sie die Finanzkrise, in der Millionen einfache Amerikaner ihre Existenz verloren, eines Besseren belehren können.

Es gibt eine Konstante zwischen all ihren Wandlungen und Kompromissen: Hillary Clintons Einsatz für die Rechte von Frauen. Für kein anderes Anliegen tritt sie seit Jahrzehnten so leidenschaftlich ein.

80 Frauen sitzen an diesem Frühjahrsnachmittag in einem Konferenzraum des Center for American Progress, einer Denkfabrik in Washington, das Thema: Frauenrechte in Amerika. Hillary Clinton strahlt, sie mag solche Runden. Warum sie sich besonders für Frauen engagiere, will die Moderatorin wissen.

„Bei meinen Reisen durch die USA sehe ich, wie Kinder, Gemeinden und das gesamte Land leiden, weil Frauen nicht voll arbeiten“, sagt Clinton. Frauen müssten noch immer zwei Drittel aller Mindestlohn-Jobs erledigen. Für jeden Dollar, den ein Mann verdiene, erhalte eine Frau nur 78 Cent. Sie wird begeistert beklatscht.

Clinton gehört jener Generation von 68er-Frauen an, die sich Gleichberechtigung gegen große Widerstände erkämpfen



Wahlkämpferin Clinton in Iowa: Als kandidierte sie für den Stadtrat

mussten. Während ihr Vater sehr konservativ war, erzog ihre Mutter Dorothy sie liberal. Sie selbst hatte nicht studieren dürfen und führte den Haushalt. Clinton sagt, sie habe sich „einfach nicht vorstellen können, auf ein Studium oder eine Karriere zu verzichten, um mich in eine Ehefrau zu verwandeln“.

Ein Schlüsselmoment war für sie, als sie als Jugendliche einen Brief an die Nasa schrieb, um sich zu erkundigen, wie sie Astronautin werden könne.

„Sie schrieben mir zurück, dass sie Frauen grundsätzlich nicht annähmen. Das hat mich furchtbar wütend gemacht“, erzählte sie später. Die Erfahrung, aufgrund des Geschlechts abgelehnt zu werden, habe sie niemals vergessen.

Als First Lady führte Clinton 1995 die amerikanische Delegation bei der Uno-Frauenkonferenz in Peking an. „Es ist an der Zeit, dass wir hier in Peking für alle Welt hörbar sagen, dass es nicht länger akzeptabel ist, die Frauenrechte von den Menschenrechten zu trennen“, sagte Clinton. „Die Geschichte der Frau ist zu lange eine Geschichte des Schweigens gewesen.“

Auf diese Rede, die damals um die Welt ging, ist Clinton noch heute so stolz wie auf keine zweite in ihrer Karriere. Anders als früher bezeichnet sie sich mittlerweile offen als eine Anwältin der Frauen.

Im Wahlkampf gegen Barack Obama hatte sie sich noch anders entschieden. Sie wollte gewählt werden, weil sie sich für den besseren Politiker hielt. Frauenthemen spielten 2008 keine große Rolle. Auch aus diesem Fehler hat sie gelernt – in der nun begonnenen Kampagne hat sie das Gegenteil vor. Schon seit Monaten umwirbt Clinton gezielt ihre Mitbürgerinnen.

Bei der Präsidentschaftswahl 2012 wählten 61,6 Millionen Männer und 71,4 Millionen Frauen. In allen Umfragen liegt Clinton bei den Frauen derzeit an erster Stelle. Sie hat viele Frauen in ihr Wahlkampfteam geholt, zuletzt warb sie Stephanie Hannon von Google aus dem Silicon Valley ab, die als technische Direktorin den Wahlkampf in die sozialen Netzwerke tragen und Clinton moderner aussehen lassen soll als bei ihrem ersten Versuch.

Hillary Clinton, die Frau der Wandlungen, der stetigen Lernprozesse und Neuanfänge, wäre für das Präsidentenamt wohl besser gerüstet als all ihre Widersacher. Sie kennt das Weiße Haus von innen, sie weiß, was es bedeutet, Präsident zu sein. Sie hat acht Jahre Erfahrung im Kongress und ist eine erfahrene Außenpolitikerin. Zudem scheint sie gelernt zu haben, was notwendig ist, um nicht nur theoretisch eine gute Präsidentin abzugeben, sondern es tatsächlich zu werden.

Marianne Pernold Young, die Frau aus Hampshire, die Hillary Clinton öffentlich zum Weinen brachte, hatte sich 2008 noch für Obama entschieden. Nun will sie für Hillary stimmen. Barack Obama habe die unsichtbare Barriere, „die gläserne Decke der Schwarzen“, durchbrochen, sagt sie. „Hillary wird diese Decke für uns Frauen durchbrechen. Endlich. Sie wird die Tür öffnen. Für uns alle.“

Und der Nasa hätte Clinton es dann auch gezeigt.

Markus Feldenkirchen, Holger Stark



Video: Clintons Weg zur Macht

spiegel.de/sp172015clinton
oder in der App DER SPIEGEL

Hundert Jahre Schweigen

Türkei Der Genozid an den Armeniern ist im Land der Täter offiziell ein Tabu. Doch unterdrücken lässt sich das Thema nicht mehr – und Türken entdecken ihre armenische Identität. *Von Ralf Hoppe*

So eine Kirche, sagt Armen, kann einem helfen. Zum Beispiel hilft sie, nicht aufzugeben. Und das sei doch was, sagt er.

Allein weil die Kirche da jetzt stehe, wunderschön und unverrückbar, während vor nicht langer Zeit hier nur Ruinen in den Himmel ragten – das mache Mut, sagt Armen, und Mut könne man gut gebrauchen, gerade in Diyarbakır.

Die Stadt liegt im Südosten der Türkei, tief im anatolischen Bergland. Diyarbakır ist grau, laut, glanzlos. Aber in der Altstadt, in diesem Gewirr von Gassen und bröckelnden Häusern, wo Kinder schreiend nach einem Fußball treten, steht die stilvoll restaurierte Kirche des Surp Giragos, des heiligen Cyriakus.

Es ist eine christlich-armenische Kirche – die erste Kirche dieser Art, die man wiederaufgebaut hat, und in einer Stadt wie Diyarbakır bedeutet das eine Menge. Es habe Versuche gegeben, den Wiederaufbau zu verhindern, erzählen die Bauherren, deuten die in das Projekt einbezogenen Politiker an. Manche Leute fühlten sich provoziert.

Für andere ist die Kirche Symbol für einen politischen Aufbruch, der die türkische Gesellschaft erfasst hat, Symbol für die Bereitschaft, sich der Geschichte zu stellen. Und schließlich gibt es auch noch Menschen, denen die Kirche hilft, sich zu erinnern, sich einfach jeden Tag zu vergewissern, wer sie eigentlich sind.

Zum Beispiel Armen.

Armen, der mit vollem Namen Armen Demirjan heißt, gelernter Bäcker, dann Lkw-Fahrer, dann Zeitungsausträger, jetzt Küster. Armen, der in seinem früheren Leben Abdulrahim Zaraslan hieß, bis er eines Tages herausfand, dass er in Wahrheit Armenier ist, dass die Überlebenden seiner Familie, viele waren es nicht, gezwungen wurden, zum Islam überzutreten. Armen, der ein neues Leben begann, das ihn jedoch Kraft kostet.

Er führt durch das Kirchenschiff. Rund zwei Millionen Euro, sagt er, habe der Bau gekostet. Die Architekten haben die ursprüngliche, beinahe minimalistische Anmutung wiederhergestellt. Eine hölzerne Decke wurde eingezogen, das Holz hat einen tiefen, samtigen Glanz. Säulen, Böden und Wände wurden aus dunklem Vulkangestein gebaut. Sonnenlicht flutet durch die hohen Fenster.

Im Kirchhof blühen Krokusse und Veilchen, es gibt ein Café, man kann Geschirr und T-Shirts kaufen. Das Café ist gut besucht, die Gäste reden Kurdisch, Englisch, Türkisch, Armenisch. Ganz hinten am Tisch sitzen zwei Schachspieler. Armen steckt sich eine Zigarette an, ein friedliches Bild.

Aber gleichzeitig ist da eine Anspannung spürbar, fühlbar in den einfachsten Gesprächen, in abgelegenen Dörfern ebenso wie in Städten wie Diyarbakır und Istanbul.

In diesen Tagen jährt sich zum 100. Mal der Beschluss des Osmanischen Reichs, die Armenier zu deportieren. Zwischen 800 000 und eineinhalb Millionen Menschen starben in den Jahren 1915 bis 1918 eines gewaltsamen Todes. Das EU-Parlament forderte am Mittwoch die Türkei auf, die Gräueltaten als Genozid anzuerkennen. 22 Staaten haben die Massaker offiziell als Völkermord bezeichnet, Deutschland gehört nicht dazu. Historiker bewerten das als ersten Genozid des 20. Jahrhunderts, auch Papst Franziskus sieht es so, er sagte dazu: „Wo es keine Erinnerung gibt, hält das Böse die Wunden offen.“

Wie viele Armenier, Juden, Griechen und Jesiden während der Homogenisierung der Türkei zum Islam konvertierten, weil sie auf diese Weise Tod und Unterdrückung entkommen konnten, dazu gibt es nur Schätzungen. Doch ein Einzelfall ist die verzwickelte Geschichte des Armen Demirjan nicht.

Es beginnt Ende des 19. Jahrhunderts, es beginnt mit dem Zerfall des Osmanischen Reichs, das bis dahin multiethnisch und multireligiös gewesen war. Doch die bisherigen Untertanen wollten die Herrschaft nicht mehr akzeptieren, sie forderten nationale Unabhängigkeit. Eine erregende Idee. Sie lag in der Luft. Aber sie war tödlich.

Und Russland stand an den Grenzen. Die Osmanen, von deutschen Militärs beraten und geleitet, verdächtigten die Armenier, mit den russischen Feinden zu kollaborieren. Die Osmanen reagierten mit einer bis dahin ungekannten Brutalität.

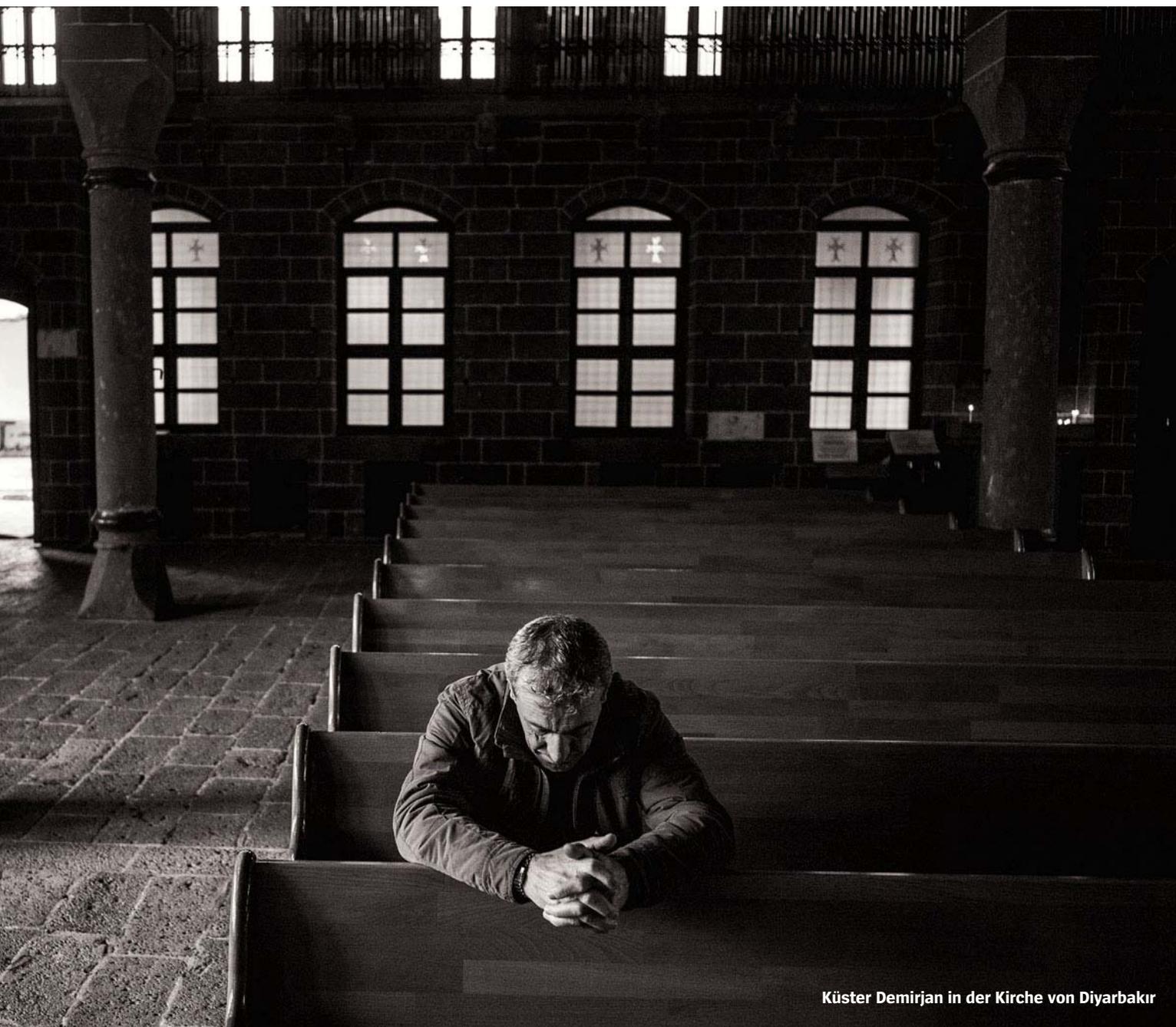
Die Armenier wurden vertrieben. Offiziell redete man von Deportation; tatsächlich wurden die Armenier auf Todesmärsche in die Wüste geschickt, ins glühende Nirgendwo, wo sie verhungerten, wo sie überfallen und ermordet wurden.



Armen hatte von diesen Dingen gehört, irgendwie, natürlich; aber sich selbst hatte er nie damit in Verbindung gebracht.

Seine Familie stammt aus Lice, einer Kleinstadt, 70 Kilometer von Diyarbakır entfernt. Dort wuchs Armen auf, mit Mitte zwanzig heiratete er Leila, eine Kurdin. Sie bekamen vier Kinder, Armen arbeitete als Fahrer bei der Stadtverwaltung, nichts deutete auf etwas Außergewöhnliches hin. Bis sein Vater starb. Und ein Onkel ihm das Geheimnis verriet: Die Familie stammt von Armeniern ab.

Abdulrahim nannte sich jetzt Armen und begann, seine Familiengeschichte zu erforschen. Ein Freund bei der Stadtverwaltung, der ihm einen Gefallen schuldig war, besorgte ihm heimlich Dokumente. Armen saß jetzt abends am Küchentisch, lesend, und während er las, entglitt ihm sein altes Leben, Stück für Stück, und



Küster Demirjan in der Kirche von Diyarbakır

Seine Frau sah es mit Argwohn. Wozu alte Geschichten aufwärmen, alte Wunden aufreißen?



Greisin Altai

ein neues Leben, eine neue Identität tat sich auf.

Seine Brüder und seine Frau Leila sahen das mit Argwohn. Wozu alte Geschichten aufwärmen, alte Wunden aufreißen?

„Aber ich finde, ich habe ein Recht, als der Mensch zu leben, der ich bin.“

Inzwischen weiß er, dass sein Großvater und drei von dessen Söhnen ermordet wurden. Nur Armens Vater wurde von einer kurdischen Familie gerettet. Sich diesen Geschichten zu stellen, sagt Armen, war schwer. Ohne die Kirche vor Augen, sagt Armen, hätte er es vielleicht nicht geschafft. Er konvertierte zum Christentum.

Der Aufbau ist das Verdienst armenischer Geschäftsleute aus Istanbul und der Stadt Diyarbakır, die das Geld gaben. Aber auch ein Mann aus Diyarbakır hat geholfen, ein Mann namens Abdullah Demirbas, 49 Jahre alt und bis vor Kurzem

noch Bürgermeister für den Altstadtbezirk. Und das, obwohl er kein Armenier sei, sagt Demirbas, „sondern waschechter Kurde drei Generationen zurück“.

Gerade deshalb, sagt Demirbas, habe er sich bemüht. Gerade deshalb half er den armenischen Bauherren, das Projekt durchzuboxen, gegen alle bürokratischen Hindernisse, und er genehmigte 300 000 Euro kommunaler Zuschüsse. Bei der Einweihung hielt Demirbas eine Rede und entschuldigte sich persönlich für den Völkermord.

Warum?

Demirbas sitzt im Hinterzimmer eines Teehauses im Schneidersitz auf einem tiefen Kissen, er starrt in seine Mokkatasse. „Die Kurden haben damals die Befehle zur Vertreibung und Ermordung nur zu gern befolgt. Mein Großvater war dabei. Er war Täter. Meine Mutter hat mir davon erzählt, es sind schreckliche Geschichten. Aber eine historische Realität. Dann, als wir Kurden selbst verfolgt, getötet, für vogelfrei erklärt wurden, da sagte meine Mutter, das sei unsere Strafe, das sei Gottes Rache für das, was wir den Armeniern angetan hätten. Damals habe ich angefangen nachzudenken.“

Die türkischen Regierungen, sagt Demirbas, täten sich schwer, die multikulturelle Vergangenheit anzuerkennen. Die Doktrin der Staatsgründung besage: eine Nation, eine Sprache. Präsident Recep Tayyip Erdoğan greife darauf zurück, erst recht jetzt, nachdem es ihm nicht gelungen sei, eine islamisch-sunnitische Achse zu schmieden, von Libyen über Ägypten bis Syrien, mit der Türkei als Führungsmacht. Deswegen besinne er sich jetzt wieder auf den Nationalismus, der den Völkermord verleugne. Doch man müsse an den Jahrestag erinnern, eine Feierstunde oder so, er wolle sich etwas einfallen lassen. Das unausgesprochene Wissen um die Schuld sei jedenfalls immer da und vergifte die Gesellschaft von innen.

Wie eine Infektion?

„Wie Dämonen“, sagt er.

Etwa zur selben Zeit, während Demirbas, der Politiker aus Diyarbakir, über eine Feierstunde nachdenkt, während Armen, der Küster, Armenisch lernt, sitzen 1020 Kilometer entfernt, in Istanbul, zwei junge Journalisten, ein Mann und eine Frau, in einem Großraumbüro. Sie sitzen an zwei benachbarten Schreibtischen und kämpfen auf ihre Weise gegen die Verdrängung des Völkermords. Und nicht zuletzt, sagen sie, kämpfen sie auch für ihr Land und ihre Gesellschaft, auf die sie, wie sie sagen, stolz sein möchten, eines Tages. Anderswo wären das große, schwülstige Worte; hier klingen sie seltsam selbstverständlich.



Bergland in Ostanatolien

Der junge Mann heißt Gökhan Diler, er ist Türke; die junge Frau heißt Maral Dink, sie ist Armenierin. In Istanbul ist Dink ein ziemlich berühmter Name, auch in Europa kennt man ihn; Marals Onkel, Hrant Dink, war einer der bekanntesten Journalisten und Autoren der Türkei. Bis er ermordet wurde.

Die Wochenzeitung „Agos“, bei der sie arbeiten, ist das Blatt, das Marals Onkel einst mitgegründet hat. Es erscheint zweisprachig, auf Türkisch und Armenisch, mit einer Auflage von 5000 Exemplaren. Damit ist „Agos“ sicherlich eine der kleinsten Zeitungen in der Türkei, aber dafür ist sie vielleicht die mutigste.

Gökhan Diler und Maral Dink, der Türke und die Armenierin, sind die jungen Stars der Redaktion. Sie arbeiten oft an denselben Geschichten, über Terror, Frauenrechte, Subkulturen. Ihr wichtigstes Thema jedoch ist die Aufarbeitung des Genozids an den Armeniern.

Es ist kurz nach neun, als Gökhan ins Büro von „Agos“ kommt, er nimmt zwei Treppenstufen auf einmal. Er lebt im Osten Istanbuls, wo die Mieten günstiger sind. Morgens muss er das Goldene Horn mit der Fähre überqueren, eine Fahrt von 22 Minuten, die er genau einteilt zur Lektüre zweier Zeitungen und seiner Mails.

Gökhan, wie ist es, als Türke mit Armeniern zu arbeiten?

„Ich gebe zu, am ersten Tag war ich bekloppt. Würden die Armenier mich hassen? Würde es böse Worte geben? Aber das war nicht der Fall. Wir arbeiten sachlich, haben dasselbe Ziel, oft vergesse ich, ob jemand nun Armenier oder Kurde oder Türke ist.“

Vor acht Jahren, am Nachmittag des 19. Januar 2007, wurde Dink von einem 16-jährigen Attentäter durch Schüsse in Kopf und Nacken getötet – die Hintermänner gehörten wohl zum „Tiefen Staat“,

jenem klandestinen Netzwerk, das lange Zeit die Politik des Landes beeinflusste – und es vielleicht noch immer tut. Dink starb auf der Straße, er war 52 Jahre alt.

Man hätte annehmen können, dies sei das Ende von „Agos“, das Ende all dessen, wofür Dink gestanden hatte. Doch es kam anders.

Die Ermordung bescherte „Agos“ eine Aufmerksamkeit und Sympathie, die das Blatt ohne die Bluttat vielleicht nie bekommen hätte. Noch am selben Abend versammelten sich Tausende in der Istanbul Innenstadt; die Beerdigung später geriet zum politischen Fanal.

Für Gökhan Diler und Maral Dink wurde der Tag der Ermordung von Hrant Dink zum Wendepunkt in ihrem Leben.

Gökhan studierte damals Wirtschaftswissenschaften, er stand kurz davor zu promovieren, wollte eines Tages Professor werden und „ein schönes Leben in einem schönen Elfenbeinturm führen“. Maral hatte damals gerade einen Mathematik-Studienplatz in London bekommen. Aber der Mord traumatisierte die Familie, bis heute. Es gibt immer wieder Morddrohungen gegen die Familie Dink.

Beide gaben, unabhängig voneinander, ihre Pläne auf – und bewarben sich bei „Agos“. Sie arbeiten jetzt für einen Bruchteil dessen, was sie womöglich anderswo verdienen könnten. Aber das ist ihnen egal.

Bald nach Gökhan kommt auch Maral ins Büro, eine kleine hübsche Frau mit großen Augen. Sie strahlt, wirft ihr Tuch über die Stuhllehne und eilt in die Kaffeeküche, umarmt eine Kollegin. Gökhan blickt von seinen Notizen auf.

Was den gesellschaftlichen Wandel angehe, sagt Maral, sei sie optimistisch. Viele Türken hätten begriffen, dass ihr Land sich der Vergangenheit stellen müsse. „Maral hat recht. Das Verdrängen hat unendlich viel Energie gekostet“, sagt Gökhan.



Journalisten Diler, Dink

Für viele junge Türken war die Ermordung von Hrant Dink der Wendepunkt ihres Lebens.

Der gesellschaftliche Wandel, von dem Maral und Gökhan sprechen, begann ausgerechnet mit dem Wahlsieg der AKP von Recep Tayyip Erdoğan im Jahr 2002. Inzwischen ist sie deutlich religiös-konservativer, doch in ihren ersten Jahren setzte die AKP Reformen um, sie modernisierte das Land und mühte sich um ein liberales Klima. Im Jahr 2005 fand ein Historikerkongress zum Thema Genozid in Istanbul

statt, trotz wütender Proteste der Nationalisten. Kritische Wissenschaftler durften dennoch erstmals öffentlich Zweifel an der offiziellen Linie formulieren, die lautet: Es gab keinen Genozid.

Im selben Jahr sprach der Schriftsteller Orhan Pamuk, der später den Literaturnobelpreis bekommen sollte, es aus: „Man hat hier 30 000 Kurden umgebracht. Und eine Million Armenier!“

Es gab Proteste, Pamuk wurde angeklagt, wegen Beleidigung des Türkentums. Aber das Thema ließ sich nicht mehr unterdrücken, es war in der Welt, und auch die Türken diskutierten darüber.

Die Vertreibung und der Völkermord verteilten die Armenier über Moskau, Los Angeles, Paris und Beirut. In Istanbul leben nur noch etwa 65 000 Armenier. Sie mussten, im Vergleich zu ihren geflohenen Landsleuten, in einer feindseligen Umgebung ausharren. Sie hatten es, grob gesagt, am schwersten.

Umso wichtiger ist für sie der Ausbruch aus der Tabuzone. Dieser Ausbruch lässt sich nicht nur in Istanbul besichtigen, nicht nur in der Kirche in Diyarbakır, sondern auch in den abgelegenen Dörfern Anatoliens. Wie Armen, der Küster, entdecken auch dort andere Armenier ihre Identität, sehen ihr Leben neu.

Aber leicht ist es nicht. Das zeigt die Geschichte der Asiya Altai.

Das Dorf Çüngüş liegt etwa eineinhalb Autostunden von Diyarbakır, die Landschaft ist rau, bergig, in den Senken stehen Mandel- und Pistazienbäume. Çüngüş besteht aus gelben, grünen, ockerbraunen Häusern, die an den Berg geklebt sind.

Das Haus liegt am Dorfrand. Asiya Altai sitzt davor, auf einem kleinen Holzstuhl, eine winzige Greisin, aber ihre Hände sind schwer und kräftig, an harte Arbeit gewöhnt. Ihr Enkelsohn steht neben ihr,

er ist fünf oder sechs. Sie ist etwa 98 Jahre alt, genau weiß sie es nicht.

Als jetzt ein Auto vorfährt, als plötzlich Fremde aussteigen und auf sie zugehen, steht sie auf. Sie legt ihrem Enkel, der vor ihr steht, schützend die Hände vor die Stirn. Ihr Schwiegersohn Recai will sie beruhigen. Sie wolle über ihre Geschichte nicht sprechen, beharrt sie. Es sei aber wichtig, sagt der Schwiegersohn.

Asiya Altai wurde geboren in der Zeit der Vernichtung. Von ihrer Mutter weiß sie, dass diese Safiye hieß, ein armenisch-christlicher Name, das Pendant zu Sophie. Safiye befand sich mit ihren Eltern auf einem Todestreck in die syrische Wüste, als ein kurdischer Freischärler die Zwölfjährige erblickte, sich entweder verliebte oder sie vergewaltigen wollte – jedenfalls entriß er Safiye ihren Eltern und rettete ihr auf diese Weise das Leben.

Dieser Kämpfer war wahrscheinlich Asiyas Vater; er starb offenbar bald nach ihrer Geburt. Asiya hat ihn nie kennengelernt, sie wuchs in Çüngüş auf. Ihre Mutter konnte den anderen Frauen im Dorf wahrscheinlich nie wirklich trauen, so machte sie die Tochter zu ihrer frühen Vertrauten. Und nahm ihr dafür das Versprechen ab, das schreckliche Geheimnis ihrer Herkunft zu bewahren.

Asiya Altai fühlt sich heute noch daran gebunden. Ihre Tochter und ihr Schwiegersohn müssen ihr die Worte einzeln entlocken. Man hatte ihre Mutter wahrscheinlich damals gewarnt: kein Wort, niemals.

„Aber das gilt doch heute nicht mehr!“, sagt Recai, ihr Schwiegersohn.

„Du kannst ruhig sprechen“, sagt Ayşe, ihre Tochter.

„Hier lebten viele Armenier“, sagt Asiya Altai, „es gab eine Kirche, ein Kloster, die Ruinen stehen noch. Dann waren die Armenier eines Tages weg, einfach so.“

Beim Abschied schlägt Recai vor, man könne noch an den Dudan-Fluss fahren, 15 Minuten entfernt.

Dort seien viele Menschen getötet worden, man habe sie dorthin getrieben, in die Schlucht geschleudert, die Alten aus den umliegenden Dörfern, sie hätten es gewusst, und manche hätten es hinter vorgehaltener Hand erzählt. Die Leute vom Dorf würden den Ort meiden, er sei verflucht.

Der Dudan erweist sich als grün schäumendes Bergwasser, das erst durch eine Schlucht führt, dann in eine Felsspalte stürzt. Wie ein unterirdischer Wasserfall. Es geht vielleicht 15 oder 20 Meter tief hinab, ein tosendes, dunkles Loch, aus dem Nebelschwaden steigen.

Der Fahrer, bis eben sehr schweigsam, drängt zum Aufbruch, er wolle hier nicht bleiben. Nein, nicht dass er an Geister glaube, das nun wirklich nicht, sagt er, aber man wisse nie. ■



Junge Energie

Global Village *Wie eine ehemalige Buchhalterin aus dem verschlafenen italienischen Triest ein Zentrum der Modewelt machte*

Sie sitzen schon vormittags bei Prager Schinken mit Kren und bei Fassbier in der Altstadt, schlürfen nachmittags einen Caffè und schlendern danach die Uferpromenade entlang. Sie sind zäh und nicht zu übersehen: die Rentner von Triest. Prozentual gibt es in der Hafenstadt an der Adria fast dreimal so viele Hundertjährige wie im Rest Italiens. Und neuesten Statistiken zufolge sollen in Triest die Einwohner mit dem weltweit höchsten Durchschnittsalter leben, so zumindest wird es beim Zukunftsforum mit dem Bürgermeister im Verdi-Theater verkündet.

Mit auf der Bühne ist an diesem Tag Barbara Franchin, und sie sieht nicht glücklich aus, als sie diese Zahlen hört. Franchin ist eine Modeexpertin und Selfmade-Managerin, die genau das nicht will: dass ihre Heimatstadt als Rentnerparadies wahrgenommen wird. Schließlich möchte sie die Jungen, Hungrigen, Verrückten nach Triest locken. Und ein wenig hofft sie auch, dass etwas von der Energie der Jungen in ihrer alten Stadt bleibt. Franchin fühlt sich zuständig für die Zukunft von Triest.

Im Jahr 2002 hat sie hier den International Talent Support (ITS) gegründet, inzwischen einer der wichtigsten Wettbewerbe weltweit für junge Designer. Wer es beim ITS in die Endauscheidung schafft, dem steht der Weg nach oben offen. David Steinhorst von Kenzo, Courtney McWilliams von Givenchy oder die Schuhdesignerin Chau Har Lee waren unter den 470 bisherigen Finalisten, die Franchin als ihre „Familie“ bezeichnet. Dass Triest nun auf CNN gefeiert wird als „die kleine italienische Stadt, die über die globale Mode bestimmt“, ist ihr Verdienst – die zierliche Frau fahndet erfolgreich nach Trends und Talenten. Firmen wie Diesel, Swatch und Swarovski stiften Preise und Stipendien.

Wer die sorgsam Ton in Ton gekleidete ITS-Chefin dieser Tage trifft, erlebt eine Frau, bei der jede Minute verplant zu sein scheint. Bis Ende April muss sie knapp tausend Bewerbungen von Kunst- und Modehochschulern aus 80 Ländern sichten. In ihren Firmenräumen unweit der Uferpromenade stapeln sich fantasievolle Einsendungen: Eine Japanerin verschnür-

te ihren Wettbewerbsbeitrag zu einem Kleiderbündel; ein Italiener ließ sein Exposé in einen Eisblock verpackt anliefern.

Der Wettbewerb sei ein Abenteuer für sie. „Ich lerne, die Welt mit den Augen der jungen Künstler zu sehen, und darf mich in ihre Träume schleichen“, sagt Franchin und greift zum iPad, auf dem die Wettbewerbsbeiträge nach Motiven geordnet sind. Sie öffnet eine Datei: Zu sehen sind reihenweise zerbrechlich wirkende junge Menschen unterschiedlicher Hautfarbe, das Gesicht ganz oder teilweise ver mummt. „Masken“, sagt Franchin, „seit Jahren werden die Models maskiert.“ Unabhängig vom Herkunftsland habe sie den Eindruck, da wachse eine Generation nach, „die sich schutzlos fühlt und bei der es vorrangig darum geht, psychisch zu überleben – nicht mehr, wie früher, physisch“.

Die kleine Stadt und die große Mode, das ist Franchins Geschichte. 1967 wurde sie geboren als „echter Triestiner Bastard“, wie sie sagt – als Kind dieser bis 1918 habsburgischen Vielvölkerstadt an der Adria, in der Italiener und Slowenen, Serben und Griechen, Juden und Armenier friedlich miteinander leben. Nach dem Zweiten Weltkrieg lag Triest jahrzehntelang im blinden Winkel, „an der jugoslawischen Grenze, wo sich nichts bewegen durfte, weil Bewegung Unruhe bedeutet“, sagt Franchin. Spätestens aber seitdem das Nachbarland

Slowenien 2004 in die EU aufgenommen wurde, ist in Triest Aufbruchsstimmung zu spüren. Filmemacher, Wissenschaftler und Künstler siedeln sich hier an; vielleicht hat das auch ein wenig mit Barbara Franchin und ihrer Kadenschmiede für junge Kreative zu tun.

Selbst das Kostüminstitut des New Yorker Metropolitan Museum of Art ist schon auf Franchin aufmerksam geworden. Weil diese sich darauf versteht, kreatives Chaos aus allen Ecken der Welt sachgerecht zu verwalten – in grauen Kästen, mit Registriernummern versehen. 14 000 Portfolios voller Zeichnungen, Fotos und Textilproben hat die ITS-

Chefin in ihrem Archiv gesammelt. „Eine unschätzbare Ressource für die Modeindustrie“, wie Franchin sagt, die in jungen Jahren Buchhalterin war und von dieser Ausbildung zehrt: „Nur wer alles haarklein durchplant, ist gerüstet fürs Unvorhersehbare.“

Die Endauscheidung des ITS-Wettbewerbs findet ab dem 11. Juli in der alten Triester Fischmarkthalle statt; er steht diesmal unter dem Motto „Zukunft“. Die Künstler sollen kreative Antworten geben auf die Fragen: Wie wird die Welt im Jahr 2065 aussehen? Werden wir ewig jung sein? Werden wir unser Leben mit menschenähnlichen Robotern teilen? Wird das Digitalisieren des Gehirns alltäglich werden?

Ginge es nach Barbara Franchin, so würde das Gesicht der Zukunft in Triest mitbestimmt – von Kreativen aller Sparten und Nationen. Schließlich gebe es keinen besseren Ort, um Altes und Neues miteinander zu verbinden. „Meine Stadt hatte ihren Reichtum, ihre Einzigartigkeit immer fremden Einflüssen zu verdanken.“

Walter Mayr



Modeexpertin Franchin: Die Kreativen, Hungrigen, Verrückten anlocken

Marathon

„Beim Laufen entstehen Gedichte“



Der Schriftsteller **Matthias Politycki**, 59, läuft eine Marathonzeit von 3:52 Stunden und hat eine Phänomenologie des Laufens geschrieben.

SPIEGEL: In Ihrem Buch „42,195“ über das Marathonlaufen listen Sie Parallelen zum Schreiben auf, zum Beispiel den Mut anzutreten und die Kraft durchzuhalten. Kann, wer Romane schreibt, auch Marathon laufen?

Politycki: Das wäre schön! Mir dienen die Analogien dazu, meine Arbeit besser zu begreifen. Früher habe ich einiges verkehrt gemacht, ich bin etwa losgesprintet beim Schreiben. Da geht einem leicht mal die Puste aus. Beim Marathon kommt es darauf an, das Tempo konstant zu halten, beim Schreiben auch.

SPIEGEL: Auch Günter Herburger und Haruki Murakami haben über das Laufen geschrieben. Ein Schriftstellersport?

Politycki: Im Gegenteil, viele wundern sich sogar, dass ein Schriftsteller läuft. Als wäre sportliche und literarische Betätigung ein naturgegebener Gegensatz. Von manchen Läufen bringe ich allerdings ganz andere Stoffe mit nach Hause, als ich am Schreibtisch erfinden könnte. Mitunter entstehen dabei sogar Gedichte.

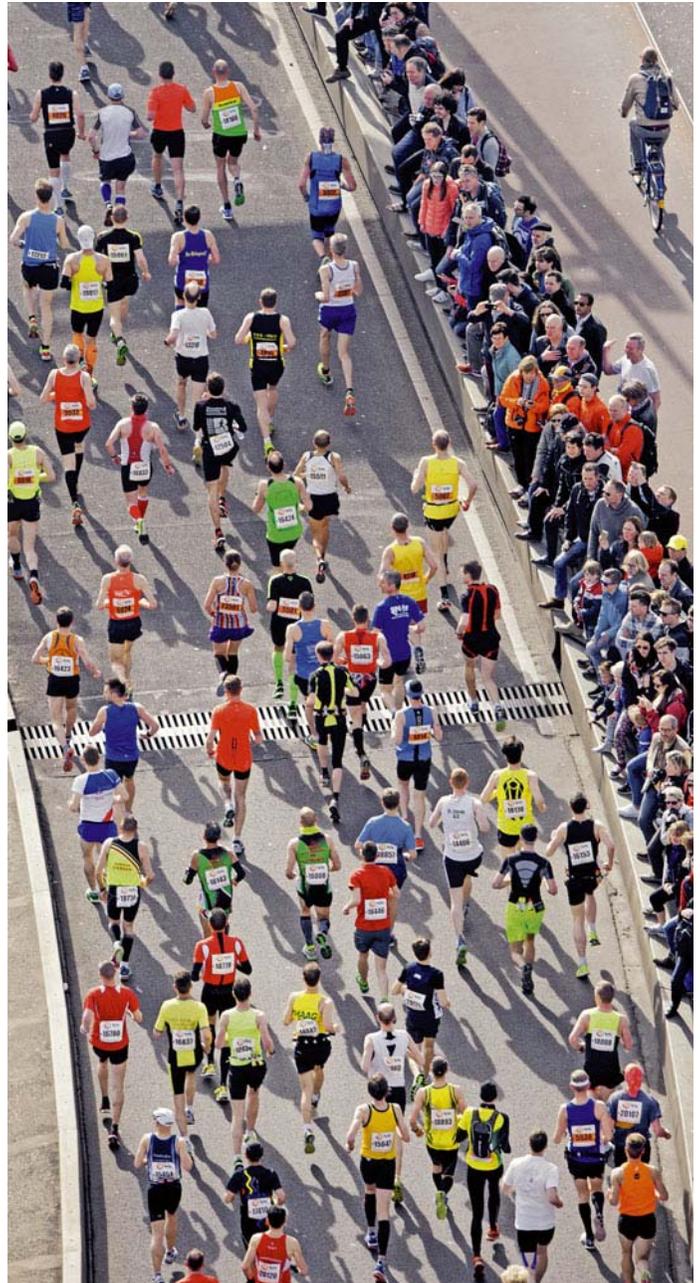
SPIEGEL: Marathontraining kostet viel Zeit.

Politycki: Die hole ich locker wieder rein. Nach einer erfüllten Trainingseinheit kann ich viel beschwingter arbeiten. Ich führe auch anregende Gespräche beim Laufen, ich rede mit Freunden über entstehende Bücher. Der Kopf wird nicht aus-, sondern im Gegenteil erst richtig angeschaltet.

SPIEGEL: Marathonlaufen gilt als Trend einer gut situierten Elite, als Statussymbol. Zu Recht?

Politycki: Nein. Der echte Läufer ist bescheiden. Die Langstrecke macht auf Dauer demütig und dankbar, dass man überhaupt die nötige Gesundheit hat. Triathleten lassen schon eher mal was raushängen, auch manche Wochenendjogger auf den angesagten Strecken. Läufer laufen eher unauffällig, wenn sie effizient laufen. kra

Matthias Politycki: „42,195. Warum wir Marathon laufen und was wir dabei denken“. Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg; 320 Seiten; 20 Euro.



Marathonläufer am 12. April in Rotterdam

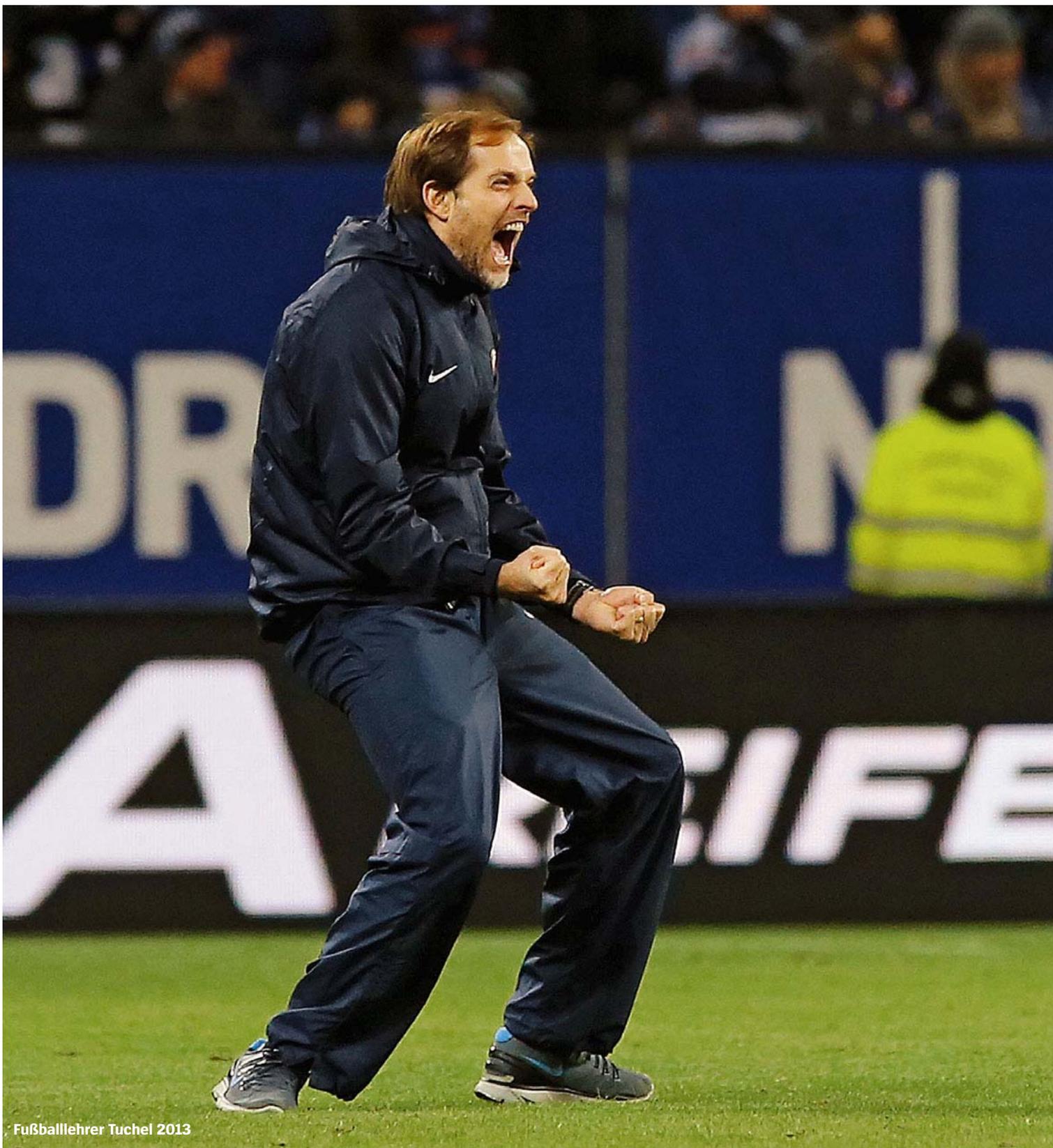
Doping Freiburger Scharmützel

Die Kommission zur Aufarbeitung der Dopingvergangenheit an der Universitätsklinik Freiburg steht vor dem Aus. Deren Vorsitzende, die Kriminologin Letizia Paoli, sieht ihre Arbeit blockiert, sie fühlt sich von der Uni-Leitung hintergangen. Anlass ist ein Alleingang des Kommissionsmitglieds Andreas

Singler. Der Sportwissenschaftler aus Heidelberg hatte Anfang März Details aus vertraulichen Dokumenten, die der Kommission zugänglich gemacht worden waren, veröffentlicht. Demnach sei, so Singler, im deutschen Profifußball „systematisch“ gedopt worden, beim SC Freiburg und VfB Stuttgart. Paoli sagt, sie habe von Singlers Vorpreschen nichts gewusst. Kommissionsmitglieder halten Singlers Einschätzung für

eine Überinterpretation der Faktenlage. Für nächsten Donnerstag hat Paoli den Deutschen Fußball-Bund und die betroffenen Vereine zu einer Aussprache nach Freiburg eingeladen. Sie sei „bestürzt“ gewesen, als sie erfahren habe, dass Singler seine Teilnahme abgesagt hatte. Der Streit zwischen Paoli, Singler und der Freiburger Uni-Leitung schwelt schon länger. Ein Vermittlungsversuch der baden-württember-

gischen Wissenschaftsministerin Theresia Bauer konnte die Differenzen nicht ausräumen. Bei der Sitzung Ende Februar war herausgekommen, dass die Uni Singlers Honorar ohne Wissen Paolis auf 5000 Euro monatlich verdoppelt hatte. Zudem soll Singler einen Posten in der Forschungsstelle Sportmedizin bekommen. Das Rektorat betonte, es wehre sich gegen den Vorwurf, Singler beeinflussen zu wollen. ulu



Fußballlehrer Tuchel 2013

Ein Jahr als Phantom

Fußball Der Trainer Thomas Tuchel wirbelt die Bundesliga durcheinander. In Hamburg blieb er immer nur Wunschkandidat. In Dortmund ist nun die Stelle frei. War das sein Matchplan?

Als am Mittwoch die Bundesliga Kapriolen schlug, bei Borussia Dortmund und dem Hamburger SV das Trainerkarussell sechs Spiele vor Saisonabschluss noch einmal losratterte, da saß der Mann, der an den Fußballschauplätzen gerade maßgeblich die Fäden zieht, mal wieder im Flugzeug. Olaf Meinking, ein Hamburger Anwalt, reiste beruflich von Köln zurück in die Hansestadt.

Der Start verzögerte sich, weil beim ersten Versuch ein Vogel ins Triebwerk geraten war. Erst nachmittags widmete sich der Experte in Urheberrecht dann abermals dem Thema seines interessantesten Mandanten: Meinking berät den Fußballtrainer Thomas Tuchel. Er hilft dem begehrten Coach, einen neuen Klub zu finden.

Tuchel, der frühere Mainzer, macht alle verrückt.

In Hamburg präsentierte der HSV-Vorstand Dietmar Beiersdorfer notgedrungen einen „richtigen Kerl“ als neuen Trainer, Bruno Labbadia. In Dortmund verkündete fast zeitgleich BVB-Chef Hans-Joachim Watzke, seltsam eifertig und improvisiert, das bevorstehende Ende einer „unfassbar guten Zusammenarbeit“ mit dem Menschenfänger Jürgen Klopp. Alles hängt mit allem zusammen, beides hat mit Tuchel zu tun, dem Mann, der sich im vorigen Jahr bei Mainz 05 ins Sabbatical verabschiedet hatte, um sich weiterzubilden und seine Zukunft zu planen. Seither spukt er wie ein Phantom durch die Liga.

Tuchel, 41, hat sich rar gemacht und viel geschwiegen. Je weniger man ihn sieht, desto größer wird er. Er gilt als leidenschaftlicher Tüftler und gleichzeitig als ausgefallener Künstler auf seinem Gebiet, ein Pep Guardiola aus Schwaben. Er hat Mainz einmal auf Platz fünf geführt, die Mannschaft hat in fünf Jahren nie einen Abstiegsplatz belegt, immerhin. Aber jetzt wird ein Wirbel um den Mann entfacht, als hätte er für Meistbietende das ewige Leben im Angebot.

Tuchel war für Schalke 04 ein Kandidat, beim VfB Stuttgart im Gespräch und beim Deutschen Fußball-Bund. Bei RB Leipzig hat er vor gut sechs Wochen per Mail abgesagt. Hamburg hat ihm lange den Platz freigehalten und in Erwartung seiner baldigen Wundertätigkeiten zweimal unerfahrene Übergangslösungen für den Trainerjob gewählt – bis mit dem hauptberuflichen Sportdirektor Peter Knäbel auf der Bank der Abstieg immer näher rückte.

Zu Beginn der Woche rief HSV-Aufsichtsratschef Karl Gernandt bei Berater Meinking an, ein Wirtschaftsmanager und Vertrauter des milliardenschweren Klub-Mäzens Klaus-Michael Kühne. Er wollte endlich Gewissheit, ja oder nein. In der Zeitung hatte gestanden, Tuchel fahre Rad am Gardasee. Das regte die Hamburger auf. Meinking sagte, Tuchel brauche noch



BVB-Trainer Klopp: Nicht mehr perfekt

mehr Bedenkzeit, Gernandt blieb forsch. Wenn Tuchel jetzt entscheiden müsste, würde er nein sagen, sagte Meinking, der Anwalt. Da verlor der HSV die Geduld.

Für den hanseatischen Traditionsverein, das einzig verbliebene Gründungsmitglied der Bundesliga, gab es nun keinen Grund mehr, dem Aushilfsplatzhalter Knäbel die Treue zu halten. Der hatte zuletzt ernsthaft „die Qualität stabilisieren“ wollen und mit dem Wesen des Fußballspiels grundsätzlich gehadert – weil, „wenn man hinten liegt, die Chance mit zunehmender Zeit immer geringer wird“. Das stimmt, vor allem, wenn man keine Tore schießt.

Der gestandene Haudegen Labbadia, früher bereits Spieler und Trainer beim HSV, befahl als Nachfolger „Leinen los!“ – und setzte beim ersten Training hinter Sichtschutzplanen gleich am neuralgischen Punkt an, dem Stellungsspiel der Abwehrkräfte. Vor oder zurück; wenn schon rausrücken, dann mit Druck. „Ihr müsst ‘ne Entscheidung fällen!“, rief er, vielleicht zu ihrer Enttäuschung. „Ich kann euch nicht jedes Mal sagen, was ihr machen sollt.“

Und Tuchel? Hatte er den Hamburgern abgesagt oder deren Absage provoziert? Er lässt es offen, sein Berater auch. Die Gedanken sind längst bei einem anderen Klub.

Dass sich die Liaison zwischen dem Sympathieträger Klopp und der Dortmunder Mannschaft im siebten Jahr abgenutzt hat, darauf waren scharfe Beobachter auch schon gekommen. Klopp hatte den zeitweiligen Abstiegskampf, in den sein Team durch Verletzungen hineingeraten war, mäßig gemanagt. Und er kam nicht aus seiner Haut des Spezialisten für Außenseiterfußball, für schnelle Überfälle mit dem gerade eroberten Ball. Gegen dichte Abwehrriegel ein Konzept für kreative Spielzüge zu entwickeln, das bekamen Coach und Mannschaft in diesem Jahr nicht mehr hin.

Die Borussia und der „Kloppo“, wie ihn die Branche seit Mainzer Tagen nennt, das passte nicht mehr. Auch übersahen Trainer

und Management bei der gemeinsamen Kaderplanung, wo es personell am meisten hakt: eher hinten als vorn.

Beinahe zwingend folgt die Trennung in beiderseitigem Einvernehmen. Klopp eröffnete, er halte sich nicht mehr für den perfekten Dortmunder Trainer. Geschäftsführer Watzke sagt am Telefon, wäre er zu einer „komplett anderen Einschätzung“ gekommen, hätte er Klopp aufgehalten.

Doch dass der Abschied zum Saisonende gerade jetzt verkündet wird, ist kein Zufall. Watzke bekennt, Tuchel sei ja nun „auf dem Markt“; er sei aber nicht der einzige Kandidat. Und er leugnet nicht, mal mit ihm gesprochen zu haben; manchmal sondiere man, „was wäre, wenn“.

Ein anderer, der im Verein etwas zu sagen hat, will wissen, dass Tuchel schon seit einigen Tagen Dortmunds Kandidat und die Einigung beschlossen sei. Sie werde in Kürze bekannt gegeben.

Was ist dran an dem Mann? Tuchel steht für schnellen Fußball, schnelles Attackieren, auch schnelle Wechsel der Denkrichtung. In der Schweiz nahm er an einem Treffen der „Rulebreaker Society“ teil, einem internationalen Klub von Unternehmern und Impulsgebern, die in ihrer Branche die Grundregeln brechen. Tuchel trug vor, wie er während des Spiels schlankweg die Taktik ändert.

Er stammt aus dem schwäbischen Krumbach, einem Ort mit 12 000 Einwohnern und historischem Rathaus. Er ging dort aufs Gymnasium. Sein Vater trainierte ihn im Fußball bis zur C-Jugend. Die Spielerkarriere endete in der dritten Liga wegen eines Knorpelschadens im Knie. Thomas Tuchel trainierte Jugendmannschaften in Stuttgart und Mainz, und später in der Bundesliga – er übernahm die Profis mit 35 Jahren – führte er den berühmt gewordenen „Matchplan“ in den Sprachgebrauch ein.

Im Training nennt er die Spieler „Männer“. Er ließ Spielfelder nach angeblichen

Erkenntnissen der Hirnforschung schneiden. So wollte er mutige Pässe durch die Abwehrreihen lehren. Er verlangte viel, sein Fußball ist anspruchsvoll. In Mainz hörte er auf, als er die Entwicklung für nicht mehr steigerungsfähig hielt. Der Höhepunkt lag da schon weiter zurück: ein Saisonstart mit sieben Siegen 2010, einem 2:1-Sieg in München.

Sein Berater sagt, Tuchel gelte „als Popstar“ – zumindest bei jungen Leuten der Musikszene. In der Musikszene hat der Anwalt Meinking, 48, die meisten Mandanten. Er arbeitet für Fettes Brot, Silbermond, Clueso, auch für das Fashion-Model Toni Garrn. Bei einem Konzert von Clueso lernte er Tuchel kennen. Der Erfurter Sänger und Songwriter ist ein Selfmade-Künstler mit eigenem Label, sein eigener Produzent. Das hatte den Fußballtrainer im beginnenden Sabbatjahr interessiert, er verschaffte sich Zugang hinter die Bühne.

Schnell interessierte sich Tuchel auch für den Anwalt aus der Musikbranche; er



Coach Labbadia (3. v. r.), HSV-Spieler

ging mit ihm in Mainz essen. Irgendwann fragte er Meinking, ob der ihm helfe, die Karriere zu planen.

Der Anwalt arbeitet auch am Image des scheinbar so grüblerisch-unnahbaren Trainers. In Mainz habe sich Tuchel zu wenig für Geburtstage von Sekretärinnen interessiert. Und er hatte den Klub-Präsidenten Harald Strutz zeitweise schlicht ignoriert.

Meinking, ein drahtiger Mann, sitzt in seiner Kanzlei in Hamburg-Pöseldorf, von Einheimischen Schnöseldorf genannt, gediegener Jugendstil in Alsternähe. Im Besprechungsraum hängen Goldene Schallplatten von Rock-'n'-Roll-Bands, eine Platin-CD mit Autogramm von Udo Lindenberg. Meinking, Designer-Sommeranzug mit Stoffknöpfen, schwarzes T-Shirt, erzählt von seinen Reisen mit Tuchel im Sabbatical.

Sie waren gemeinsam in Museen und Konzerten in Wien. Sie waren für zwei Tage beim Jugendfußballturnier in Katar und schauten sich zwischendurch WM-Baustellen an. Tuchel wollte alles wissen.

Der Popstartrainer besuchte Volleyballer in Berlin und das Basketball-Bundesligateam in Bamberg, um zu erkunden,

wie dort die Regenerationszeiten sind, wie die Spieler zum Saisonhöhepunkt fit werden. Beim Fußballklub AC Florenz schaute er sich die Krafräume an.

Tuchel sprach in London mit einem Mathematiker, der anhand von Statistiken Wettquoten für Fußballspiele errechnet. Am Ende faszinierten ihn statistische Detailfragen: Ist es sinnvoll, in der Schlussminute Eckbälle zu erzwingen, wenn sie in vielleicht 80 Prozent der Spiele in Minute 90 nichts bringen?

Er ist ein Lehrer des ganzheitlichen Fußballs. Tuchel wird zunächst nur seinen früheren Mainzer Co-Trainer, einen Athletiktrainer und vielleicht einen Videoanalytischen mitbringen, wenn er eine neue Mannschaft übernimmt. Dann aber wird er für den Verein stoßweise Experten für Statistik, Hirntraining und Meditation beschäftigen wollen, wohl auch einen Schlafberater. Vereine, die mit ihm verhandeln, wissen das.

Thomas Tuchel wäre eigentlich gern nach Hamburg gezogen. Er wollte „ein Atlético Madrid des Nordens“ formen, sagt sein Anwalt, also eine Art mutige Kampfmaschine. Hätte er den HSV dereinst wieder in die Champions League geführt, wäre mit dem Aufschwung sein Name ewig verbunden worden wie der Höhenflug Borussia Dortmunds mit Jürgen Klopp. Doch dann missfiel Tuchel, dass Internetausgaben in die Zeitung gelangten, ein Gehaltsangebot des HSV von angeblich 3,2 Millionen Euro jährlich sowie Finanzausgaben für den Aufbau einer neuen Mannschaft.

Auch als er in Hamburger Blättern las, dass der HSV-Direktor Bernhard Peters die Ansprachen des Trainers filmt, fand er das seltsam. Vor allem die drohende Zweitklassigkeit machte Hamburg immer weniger attraktiv. Am Ende erschien die Option HSV nicht mehr wie ein Bundesligist in Abstiegsgefahr, sondern wie „ein Zweitligaklub mit Restchancen für die erste Liga“, sagt Anwalt Meinking. „Als wollte man ein Ferienhaus an der Ostsee, und auf einmal bricht darunter die Steilküste ab.“

In Dortmund steht das Stadion recht stabil. Oder gibt es noch andere Wahlmöglichkeiten? In England?

Der Tuchel-Berater schweigt. Es ist Mittwochnachmittag, in der Halbzeitpause der Champions League am Abend will er wieder mit dem Klienten telefonieren. Der wolle das Spiel des FC Bayern München in Porto mit seinem Co-Trainer vor dem Fernseher anschauen. Was Pep Guardiola wohl machen würde, wenn er mit den Bayern ausscheidet, fragt Meinking plötzlich und lächelt tief sinnig. Das soll wohl ein Scherz sein.

Am Abend verliert Bayern mit 1:3.

Jürgen Dahlkamp, Maik Großekathöfer, Jörg Kramer

Rebellischer Roboter

Tischtennis Zhang Jike, der beste Spieler der Welt, inszeniert sich als Rampensau und Individualist. Er steht für die neue Generation chinesischer Sportstars.

Seine Bilanz als Tischtennisprofi ist tadellos. Der Chinese Zhang Jike wurde fünfmal Weltmeister, 2012 gewann er olympisches Gold in London. Der 27-Jährige aus der Hafenstadt Qingdao ist der beste Spieler der Welt, manche sagen sogar, der beste Spieler aller Zeiten.

Schön für ihn. Nur sein Ruf in der Heimat ist etwas ramponiert.

Chinas Nationaltrainer findet, Zhang sei ein Mensch mit mangelhafter Bildung und schlechtem Einfluss, der eine Therapie brauche. Sein Vater sagt, Zhang enttäusche seine Familie, er mache sie wütend und ängstige sie zu Tode. Und die Zeitungen in China schreiben, Zhang beschmutze das Ansehen seines Heimatlands.

Chinesische Athleten auf höchstem Niveau, gleich in welcher Sportart, sind angepasste Jasager, extrem leistungswillig, extrem leidensfähig. Der Drill, dem sie von Kindesbeinen an ausgesetzt sind, hat Sportroboter aus ihnen gemacht, die dem Staat Medaillen abzuliefern haben. Selbstinszenierung, ein Wesensmerkmal des internationalen Sportbusiness, gilt als zersetzend und ist verpönt.

Besonders gnadenlos ist die Selektion im Tischtennis, dem Volkssport der Chinesen. 300 Millionen Männer und Frauen spielen regelmäßig Pingpong, und um die Besten zu finden, setzen die Trainer auf strengste Auslese und Disziplin. Es gab schon Nationalspieler, die aus dem Kader flogen, weil sie ein Spiel gegen einen Nichtchinesen verloren hatten.

Ausgerechnet in diesem Umfeld hat es ein extrovertierter junger Mann nach ganz oben geschafft. Ein Poser. Eine Rampensau. Zhang mag eine Provokation für Chinas Staatssportsystem sein, doch für Millionen seiner Landsleute ist er ein Idol.

Zhang Jike tritt in TV-Shows auf, er wirbt für Coca-Cola, am Flughafen in Peking hing kürzlich ein haushohes Werbebanner, das sein Gesicht zeigte. Geradezu märchenhaft für chinesische Verhältnisse ist sein Gehalt: Rund zwei Millionen Dollar verdient Zhang pro Jahr, damit gehört er zu den bestbezahlten Sportlern des Landes. In seiner Garage stehen Autos der Marken Land Rover, BMW und Bentley.



Olympiasieger Zhang

Zhang Jike, hellblauer Trainingsanzug, fransige Haare, betritt eine Hotellobby in Bremen. Er spielt gerade bei den German Open. Ein fester Händedruck, in der Linken hält er sein Smartphone, das er in der nächsten Stunde nicht weglegen wird. Nachrichten schreiben, telefonieren, antworten, er macht alles gleichzeitig. Er kommt, was äußerst ungewöhnlich ist für einen chinesischen Athleten, ohne Aufpasser zum Interview, keiner Frage, die eine Dolmetscherin übersetzt, weicht er aus.

Stimmt es, dass Sie von weiblichen Fans Heiratsanträge bekommen?

„Ja, das stimmt. Ich bin sehr dankbar, dass die Frauen Interesse an mir haben. Aber bis nach Olympia in Rio kann ich nicht an eine Beziehung denken. Da muss ich jetzt leider auf die Liebe verzichten.“

Im Achtelfinale von Bremen spielt Zhang gegen einen Japaner. Sein Gegner müht sich mit Schmetterbällen ab, doch Zhang pariert die Angriffe mit der Rückhand. Seine Oberschenkel sind dick wie Kanonenrohre, so sprunghaft wie er ist keiner in der Weltspitze. Er ist ein Modellathlet, der auch unmögliche Bälle erreicht. „Traum-Tischtennis“, sagt der deutsche Topspieler Timo Boll dazu.

Es sind nicht nur die Siege, die Zhang populär gemacht haben. Er inszeniert sich als Rebell, seine Fans nennen ihn „Zang Ao“, nach einem chinesischen Wachhund.

Mit 18 Jahren verzockte Zhang seine Ersparnisse bei illegalen Sportwetten. Er geriet in Panik, flüchtete aus dem Trainingslager – und flog daraufhin aus dem Nationalkader. Zhang kämpfte sich zurück, doch drei Jahre später wurde er erneut suspendiert.

Die Funktionäre schimpften über seinen Mangel an Respekt, doch sie begnadigten Zhang ein zweites Mal. Zurückhaltender zeigte er sich nicht. Als Zhang 2011 Weltmeister wurde, zerriss er sich beim Jubeln sein Trikot, begleitet von einem Urschrei. Er begann, nach Siegen wie ein Gorilla mit den Fäusten auf seine Brust zu trommeln. Nach einem Turniererfolg in Paris entblößte er sich, um dem Publikum seine neue Tätowierung auf dem Rücken zu präsentieren: zwei Adlerschwinge. Im vorigen Jahr rastete Zhang beim Weltcup in Düsseldorf aus. Seinen Sieg feierte er mit Kung-Fu-Tritten gegen zwei Werbebanden, die Splitter flogen bis auf die Tribüne.

Manche Zuschauer klatschten, andere buhten. Ein „unverzeihliches Verhalten“, schrieben chinesische Medien. „Ich schäme mich für ihn“, sagte Nationaltrainer Liu Guoliang.

In Bremen lässt Zhang Jike jetzt doch mal sein Smartphone sinken. „Wichtig ist, dass ich gewonnen habe“, sagt er, „was hätte ich davon, wenn ich Zweiter geworden wäre und dafür nichts kaputt gemacht hätte? Eine Tischtennisplatte ist ein Kampfplatz. Da passiert so etwas mal. Es gibt in unserem Sport keine körperliche Begegnung mit dem Gegner, nichts, um sich abzureagieren. Ich habe einen lebhaften Charakter, eine Leidenschaft für das Spiel. Wenn ich die unterdrücke, kann ich meine Fähigkeiten nicht voll entfalten.“

Dass das in China nicht so gut ankomme, sei ihm klar, sagt Zhang. „Viele Menschen in meiner Heimat möchten, dass ich beherrscht bin. Im Ausland legt das Publikum aber nicht so viel Wert darauf.“

Der Weltverband ITTF strich ihm wegen des Bandentritts zwar die Siegprämie,

doch insgeheim freuten sich die Funktionäre über den Wutausbruch. „Wir sind auf Charaktere wie Zhang Jike angewiesen“, sagt ITTF-Vermarkter Matt Pound, „er ist der Tiger Woods des Tischtennis.“

Zhang Jike gehört zu einer neuen Generation chinesischer Sportler, die Individualität wagen. So wie die Tennisspielerin Li Na, die 2008 aus Chinas Sportsystem ausschied. Sie organisierte ihre Karriere selbst, engagierte eigene Trainer, stylte sich, wie sie wollte. Der Alleingang zahlte sich aus. 2011 gewann sie die French Open, 2014 die Australian Open.

Zhang ist mit ihr befreundet, sie treffen sich regelmäßig zum Abendessen, tauschen sich aus. Gelegentlich sitzt Xiao Zhan mit am Tisch, Zhangs persönlicher Trainer und Mentor. Xiao spielte als Profi acht Jahre im Ausland, heute hat er eine andere Sicht auf Chinas Sportler als viele seiner Kollegen. Xiao glaubt, dass sein Land „globale Sportler mit interkultureller Kompetenz“ brauche. Chinas Stars müssten verstehen, dass sie nicht nur daheim Verantwortung tragen für das Image ihrer Sportarten, sondern weltweit. „Wir wollen nicht als Maschinen gelten. Das sind Vorurteile, die wir beseitigen müssen.“

Im Training habe Zhang „viele Freiheiten“. Sie würden gemeinsam über Technik und Taktik diskutieren. „Wenn er anderer Meinung ist als ich, muss er mich zwar überzeugen, aber ich befehle ihm nichts“, sagt Xiao Zhan.

In Bremen verlor Zhang im Finale gegen seinen Landsmann Ma Long. In der Halle verbreitete sich derweil ein Gerücht. Zhang habe sich während des Turniers aus dem Teamhotel abgesetzt. Sein Ziel: das Spielkasino.

Lukas Eberle



Kunst

„Keine Zensur erlebt“

Walter Smerling, 56, Gründer der Bonner Stiftung für Kunst und Kultur, über sein Ausstellungsprojekt „China 8“

SPIEGEL: Herr Smerling, Sie präsentieren in neun Museen in Nordrhein-Westfalen Werke von 120 Künstlern aus China. Warum diese Werbung für ein Regime, das sei-

ne Kritiker ins Gefängnis steckt?

Smerling: Wir veranstalten diese Ausstellungen weder im Auftrag der chinesischen noch der deutschen Regierung. Sie werden privat finanziert und sind das Ergebnis einer Diskussion mit Museumsdirektoren an Rhein und Ruhr. Wir glauben an die Annäherung durch

Dialog. Wir machen in erster Linie Werbung für die Vielfalt der chinesischen Kunst.

SPIEGEL: Diese Vielfalt ist nicht vollständig darstellbar, weil es Künstler gibt, die sich nicht äußern dürfen. Werden Sie das thematisieren?

Smerling: Ja, im Katalog, auch in Diskussionsrunden. Wir konnten feststellen, dass die Künstler in ihren Ateliers produzieren dürfen, wie und was sie wollen. Aber sie können

nicht überall ausstellen. Wir können ihre Werke zeigen und wollen demonstrieren, wie die heutige Kunst einen vor allem durch die Wirtschaft ausgelösten Paradigmenwechsel in China reflektiert.

SPIEGEL: Viele chinesische Künstler neigen dazu, bestenfalls die Konsumgesellschaft zu kritisieren. Damit geht man kein Risiko ein.

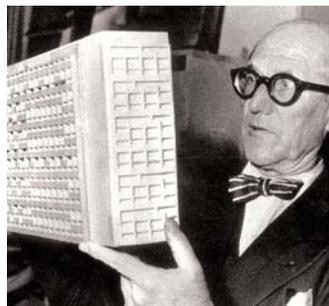
Smerling: Ich sage nicht, dass die Politik in der Kunst über-

Architektur

Faschistisches Wohnen

In Frankreich entwickelt sich eine Debatte um die Architekturlegende Le Corbusier – 50 Jahre nach dessen Tod. Der bürgerliche Name des schweizerisch-französischen Baumeisters lautete Charles-Edouard Jeanneret-Gris, er war so etwas wie der Erfinder des Wohnsilos, ein Modernist, der sagte, er wolle „die Welt ordnen“. Das Centre Pompidou will ihm bald eine feierliche Hommage widmen. Drei neue Bücher aber erinnern jetzt schon daran, dass sich Le Corbusier für den Faschismus begeisterte, und zwar seit den Zwanziger-

jahren. Er war Mitbegründer der Architekturzeitschrift „Plans“, die sich mit Eugenik und Rassenlehre befasste. Später diente er sich als Städtebauexperte dem Vichy-Regime an, das mit den deutschen Besatzern kollaborierte. Offenbar teilte er auch deren Antisemitismus. François Chaslin, Verfasser einer der kritischen Publikationen, führt



Le Corbusier 1957

eine Zeichnung an, mit der Le Corbusier den jüdischen Kunstkritiker Léonce Rosenberg karikierte. Das Kriegsende bedeutete für die Karriere des selbst ernannten Visionärs keine Zäsur. Laut Autor Chaslin hat Le Corbusier eine totalitäre Architektur entworfen, und die Demokratien „haben diese dann einfach adaptiert“. pe

Kino in Kürze

Falsche Fünfziger

Ende der Fünfzigerjahre wurde Walter Keane zu einem der populärsten Künstler Amerikas: Seine Porträts glupschäugiger Kinder, „Big Eyes“ genannt, trafen den Zeitgeist. Kritiker verspotteten die Werke zwar als Kitsch, doch Keane, ein Marketinggenie, wurde mit dem Verkauf von Plakaten und Postkarten zum Multimillionär. 1970, sechs Jahre nach der Scheidung seiner Ehe, kam es zum Eklat: Keanes Exfrau Margaret behauptete, in Wahrheit sei

FOTOS: HUANG MIN (O.); KEYSTONE FRANCE / LAIF (U.); STUDIO CANAL (R.)

Claudia Voigt Mein Leben als Frau

Ehrgeiz, aber geföhnt



Niemand ist gern durchschnittlich, auch ich nicht. Dass ich mit meiner Biografie aber so deutlich neben der Statistik liege, finde ich irritierend: Die Frauen in Deutschland bekommen ihr erstes Kind im Schnitt mit 29, sie heiraten mit 31 Jahren und lassen sich nach 15 Jahren wieder scheiden; noch immer sind nur zwei Drittel aller Frauen berufstätig, mit

64 gehen sie in Rente. Nun sind solche Erhebungen nicht da, um ihnen zu entsprechen. Aber sie bilden den äußeren Rahmen einer herrschenden Vorstellung davon, wie eine durchschnittliche Biografie aussehen sollte.

Im Alter von 67 Jahren hat Hillary Clinton ihre Kandidatur für die amerikanische Präsidentschaft bekannt gegeben. Es ist das zweite Mal, dass sie sich um diesen Job bewirbt. Sollte sie es diesmal schaffen, wäre sie nicht nur die erste US-Präsidentin, sie wäre bei Amtsbeginn 69 und recht alt für die große Aufgabe.

Acht Jahre hat Clinton an Obama verloren, durch einen demokratischen Machtkampf, bei dem Männer wie Frauen unterliegen können. Doch zuvor musste sie unzählige Extrarunden drehen, um ihre Durchschnittlichkeit zu demonstrieren und für die Mehrheit wählbar zu werden. Es galt, ihren brillanten Verstand zu verschleiern, der ihr den Ruf einbringt, zu ehrgeizig zu sein, der sie rational und kühl erscheinen lässt. Bis heute wird das als ihr Problem beschrieben.

Also gab sich Clinton in den Neunzigerjahren mit der Rolle der First Lady zufrieden und arbeitete im Hintergrund an einer Gesundheitsreform. Also tat sie sich einen Wettbewerb mit Barbara Bush um das schmackhafteste Weihnachtsplätzchenrezept an. Also stand sie neben ihrem Ehemann Bill Clinton und presste die Lippen zusammen, weil alle Welt den Namen Monica Lewinsky kannte. Also trägt sie ihre Haare so wie Millionen anderer amerikanischer Frauen gestuft, gefärbt, geföhnt.

Vielleicht war sie von alledem auch überzeugt. Entscheidend ist aber, dass ihr keine andere Wahl blieb. Ohne als First Lady reüssiert zu haben, ohne jedes hausfrau-liche Talent, als geschiedene und überdurchschnittlich kluge Frau Rodham wäre sie niemals auch nur in die Nähe des Präsidentenamts gekommen. Dort ist sie nun. Und sollte sie es schaffen, wäre das – trotz allem – für die Frauen weltweit ein Symbol der Gleichberechtigung.

Zugleich ist Clintons Lebenslauf auch ein Symbol dafür, wie wenig Spielraum es in den vergangenen Jahrzehnten gab, mit den durchschnittlichen Vorstellungen von weiblicher Biografie zu brechen.

Clinton hat ihre Kandidatur nun mit einem Film bekannt gegeben, der einen sehr bunten Reigen amerikanischer Haushalte zeigt, in denen Alleinerziehende, Schwule und Zuwanderer leben. Der Film postuliert ein Ende der Durchschnittlichkeit. Dass sie sich nach ihren persönlichen Erfahrungen für diese Lebenswirklichkeit starkmachen wird, ist Hillary Clinton tatsächlich zu glauben.

An dieser Stelle schreiben Claudia Voigt und Elke Schmitter im Wechsel.



Ausschnitt aus Huang-Min-Gemälde „View, review“, 2010

haupt keine Rolle mehr spielt, aber die Künstler suchen nach einer persönlicheren Sprache jenseits der Ideologie.

SPIEGEL: Viele berichten aus China, die Mächtigen würden dünnhäutiger.

Smerling: Natürlich mussten wir alle Ausfuhren von den Zollbehörden genehmigen lassen, da wurde der eine oder andere Künstlername hinterfragt. Aber man hat uns gewähren gelassen. Ich kann nur

bedauern, dass in den vergangenen Jahren in China Werke in Ausstellungen abgehängt wurden. Was den internationalen Dialog angeht, konnten wir eine Dünnhäutigkeit nicht feststellen, wir haben keine Zensur erlebt.

SPIEGEL: Vielleicht weil die Chinesen wissen, wie Werbung funktioniert?

Smerling: Wir werben für die Kunst. Lassen Sie mich ein Werk erwähnen: Ein Künstler hat nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 als Metapher Steine in Ketten gelegt, wir stellen diese Steine erstmals aus.

SPIEGEL: Sie hatten angedeutet, Sie würden den Künstler Ai Weiwei gern persönlich bei der Eröffnung begrüßen.

Smerling: Er hat sich gegen die Teilnahme an der Ausstellung entschieden. Wir bedauern das sehr. Aber es ist generell absurd, dass er das Land nicht verlassen darf.

SPIEGEL: Zur Eröffnung spricht Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie. Warum nicht die Kulturstaatsministerin?

Smerling: Sigmar Gabriel und ich trafen uns vor einem Jahr in Peking, er ist den Künsten gegenüber sehr aufgeschlossen. Ich freue mich über seine Zusage. Es ging uns nicht um formale Zuständigkeiten. uk

sie die Schöpferin sämtlicher Keane-Werke. Die beiden überzogen sich mit Prozessen.

Jetzt hat Tim Burton („Alice im Wunderland“) die Geschichte der „Big Eyes“ verfilmt. Leider kann sich der Regisseur nicht entscheiden, ob er den Stoff als realistisches Drama oder als Komödie erzählen soll. Den Hauptdarstellern geht es offensichtlich ähnlich: Amy Adams nimmt ihre Rolle als gequälte Ehefrau ein bisschen zu ernst; Christoph Waltz, zweifacher Oscar-Preisträger, grimassiert als Walter Keane wie in einer Stummfilmklamotte. mwo



Adams in „Big Eyes“



Autor Grass 2010

Einer wie alle, keiner wie er

Nachruf Günter Grass war der wichtigste deutsche Schriftsteller der Nachkriegszeit. „Die Blechtrommel“ bleibt unvergessen, aber auch das Verschweigen einer Verwicklung während des Krieges. Erinnerungen an einen fehlbaren Moralisten. *Von Volker Hage*

Seine Hand zitterte auf dem Weg hinaus zum Schlussapplaus auf die Bühne. Hand in Hand mit dem Regisseur ging er langsam und vorsichtig, was dem Alter geschuldet war, gewiss, aber auch der Aufregung und vielleicht der Rührung über sich selbst, sein Werk, sein Leben.

In der ersten Reihe des Thalia Theaters saß Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz, im Saal das Bürgertum der Stadt, am letzten Samstag im März. Und er empfing das, was er immer glaubte verdient zu haben: Anerkennung, Respekt, Liebe, endlich.

Im Herbst vergangenen Jahres hatte ihn der belgische Regisseur Luk Perceval besucht und von dem Plan berichtet, „Die Blechtrommel“ aufzuführen. Perceval erzählt, Günter Grass sei ein wenig vorsichtig gewesen. In den Fünfzigerjahren, noch vor der „Blechtrommel“, hatte er sich als Dramatiker versucht und die Erfahrung gemacht, dass das Theater eine Zerstörungsmaschine sein kann, die Texte bis zur Unkenntlichkeit zerschneidet und sie ganz und gar auffressen kann. Diese Wut, erzählte Grass damals im Herbst, habe ihn erst dazu gebracht, einen Roman zu schreiben. Einen Roman kann niemand zerschneiden, auffressen. Und als ihm Perceval auch noch sagte, dass die Hauptfigur Oskar Matzerath auf der Bühne eine über 70 Jahre alte Dame spielen sollte, zündete sich Grass erst mal die Pfeife an.

Er hat dann zugestimmt. Ob er auch zur Premiere nach Hamburg kommen würde, war lange nicht klar. Was, wenn es ihm nicht gefällt? Aber dann saß er doch am 28. März 2015 zusammen mit seiner Frau in der ersten Reihe, ziemlich genau in der Mitte, hinter ihm das Publikum, vor ihm nur noch die Bühne und die Schauspieler und überall im Raum der Text, den er vor mehr als einem halben Jahrhundert in Paris geschrieben hatte und dem er alles verdankt: die Anerkennung, den Ruhm, den Nobelpreis, den Inhalt seines Daseins.

Beim Schlussapplaus stand ein glücklicher Mann auf der Bühne. Hand in Hand mit dem Regisseur. Hand in Hand mit dem zehnjährigen Jungen, dessen leicht krächzende Stimme aus dem Off große Teile des Textes gesprochen hatte. Hand in Hand mit der 72-jährigen Schauspielerin Barbara Nüsse, die ihn immer wieder von der Bühne angeschaut hatte, als spräche sie den Text nur für ihn. Hand in Hand mit dem

jungen Oskar und dem alten Oskar, Hand in Hand mit seinem fiktiven Alter Ego, das, so die Idee Percevals, sich auch im Alter immer noch so fremd fühlt in seinem Land, wie es sich schon als kleiner Junge in der Nazi-Zeit fühlte, nachdem es einst beschlossen hatte, das Wachsen einzustellen. Auf der Premierenfeier erzählte ein fröhlicher Grass, dass er selbst das Wachsen zum Glück nicht eingestellt habe.

Es war der letzte große Auftritt von Günter Grass, und Perceval sagt auch, dass sich dieser Abend der Wiederbegegnung von Grass mit sich selbst anfühle wie ein Abschied. Alles schien geschrieben, alles schien gesagt, ein Mann mit 87 Jahren, im Wissen, dass das Ende kommen wird, aber ohne die Härte und Verbitterung des Alters, stattdessen voller Dankbarkeit und Zartheit und Demut dafür, was das Leben ihm geschenkt hat. „Seine Hand zitterte“, sagt Perceval, „es war zu spüren, wie ihn das berührt. Es hat mich tief gerührt.“

Die deutsche Nachkriegsliteratur: Günter Grass verkörperte sie wie kein Zweiter. Er war ihr Repräsentant, ihr Aushängeschild, ihr Markenzeichen. Er war stets gegenwärtig bei politischen Debatten. Er schrieb den wichtigsten deutschen Nachkriegsroman. Sein internationales Renommee übertraf das von Heinrich Böll und Siegfried Lenz, von Hans Magnus Enzensberger, Uwe Johnson, Martin Walser und Christa Wolf – und das nicht erst, seit er 1999 in Stockholm den Nobelpreis für Literatur entgegengenommen hatte. Unter den Toten der Republik ragt er hervor wie Adenauer und Brandt in der Politik, wie Adorno und Heidegger in der Philosophie, wie im Literaturbetrieb sonst nur noch Marcel Reich-Ranicki, sein kritischer Widerpart über Jahrzehnte.

Grass war vital und beharrlich, stoisch und störrisch, oft belehrend, manchmal unerträglich und immer schwer belehrbar – nicht völlig unerschütterbar, aber von Selbstzweifeln weitgehend frei. Er wollte gefragt werden und seine Meinung äußern. Und was er erwartete, war kein Widerspruch, sondern mindestens Zustimmung, auch Bewunderung, sogar Zuneigung.

Weit mehr als ein halbes Jahrhundert beschäftigte ihn – literarisch, politisch, autobiografisch – ein Thema: Deutschland. Die Frage nämlich, wie dieses Land mit

der Schande des Holocaust leben könne und umgehen sollte. So wurde er zum Inbegriff des moralischen Schriftstellers, der anderen auf die Finger sah und bisweilen auch schlug – bis er 2006 offenbarte, als junger Soldat in der Waffen-SS gedient zu haben. Das all die Jahre verschwiegen zu haben, diskreditierte ihn auf fast schon tragische Weise. Ein Fremder im eigenen Land von Anfang an. Ein Fremder wie all die anderen, die nicht mehr wussten oder wissen wollten, wer sie waren und wie viel Schuld sie in sich trugen.

Als im Herbst 1959 der Roman „Die Blechtrommel“ erschien, wurde schnell klar: Die deutsche Literatur würde danach nicht mehr dieselbe sein. Der spätere Verleger Michael Krüger las als Jugendlicher „atemlos“ den druckfrischen Roman, wie er sich noch nach Jahrzehnten erinnerte: „In diesem Moment, so dachte ich damals, waren Brecht, Benn und Thomas Mann wirklich gestorben.“

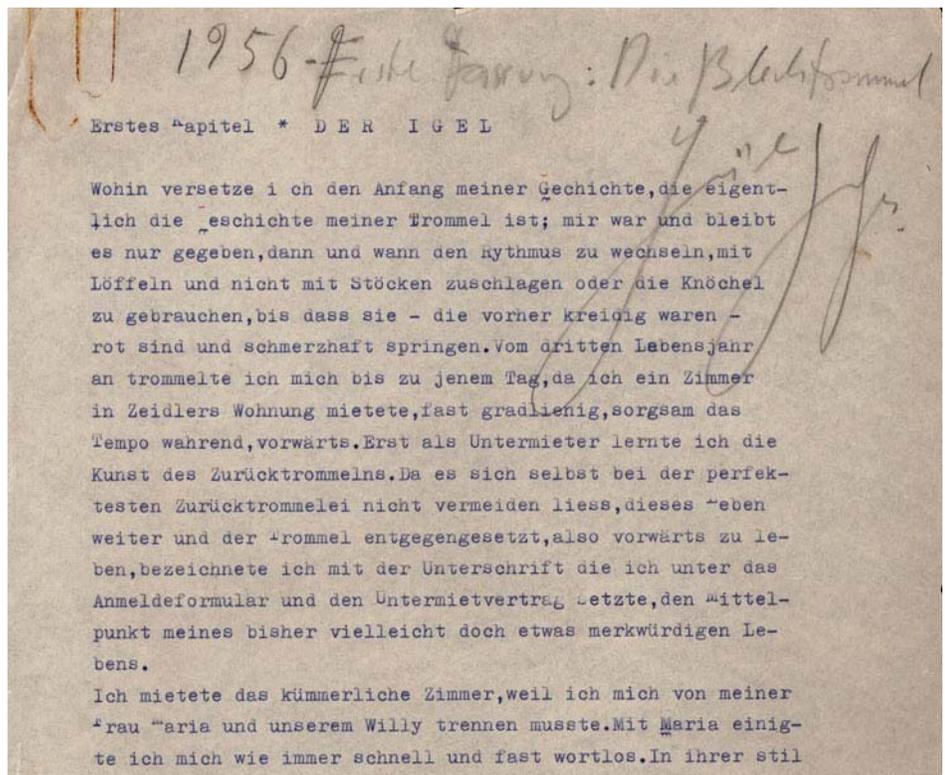
Die Schriftstellerin Elfriede Jelinek schrieb 1999 über den Nobelpreisträger: „Er hat nach dem Mief der Nazis etwas geschafft, was ich an Innovationskraft in der deutschen Literatur nie wieder gefunden habe.“ Auch die schwedische Akademie zeichnete Grass mit besonderem Hinweis auf den Debütroman aus. Es sei 1959 so gewesen, hieß es in der Begründung, „als wäre der deutschen Literatur nach Jahrzehnten sprachlicher und moralischer Zerstörung ein neuer Anfang vergönnt worden“.

Der Roman, schrieb der junge Enzensberger, sei von „einer überwältigenden Fülle, einer innern Spannung, einem rhythmischen Furor, für die ich in der deutschen Literatur des Augenblicks kein Beispiel sehe“. Er sah richtig voraus, dass der Roman „Schreie der Freude und der Empörung hervorrufen“ werde.

Man muss sich vergegenwärtigen, in welcher Verfassung die Bundesrepublik war. Ende der Fünfziger-, Anfang der Sechzigerjahre gaben konservative und reaktionäre Kreise den Ton an. Sexuelle Darstellungen, Hohn und Spott gegenüber Staat und Kirche, wie sie in der „Blechtrommel“ reichlich zu finden waren, wurden als pornografisch und blasphemisch verstanden, gefährlich vor allem für die Jugend. Ein „satanisches Machwerk“ nannte die Katho-

lische Nachrichten-Agentur den Roman. Andere sahen „Kaskaden einer trüben Schmutzflut“, den „Absturz aller Autoritäten“ und ein „bedenkenloses Hinwegschreiten über sämtliche Schranken bürgerlicher Moral“.

„Die Blechtrommel“ hatte er als junger Familienvater in Paris auf einer Olivetti ins Reine getippt. Das Buch stürzte jene Kreise auf, die die Kunst rein und die Literatur fern der Politik halten wollten. Dass ausgerechnet einer, der 1927 in Danzig geboren war, die „Oder-Neiße-Linie“ als Westgrenze Polens akzeptieren wollte und sich dafür öffentlich starkmachte, empfanden bis weit in die Sechzigerjahre sogar SPD-Mitglieder als „niederdrückend und peinlich“. Und der rechte „Freiheitliche Deutsche Studentenbund“ verteilte 1965 bei einem Grass-Auftritt in München Flugblätter: „Verkünden Sie Ihre politischen und pornographischen Vorstellungen in Moskaus westlichster Kolonie“, womit die DDR gemeint war, damals gern auch als SBZ, als Sowjetische Besatzungszone, bezeichnet.



Erste Fassung des „Blechtrommel“-Manuskripts: Geschrieben auf der Olivetti in Paris 1956

Hamburg, 8. Juni 1967: Grass spricht auf der Moorweide vor einem andächtigen Publikum, viele Schüler und Studenten sind darunter. Seit drei Tagen gibt es Krieg im Nahen Osten, der für Israel siegreich enden und später als „Sechstagekrieg“ in die Geschichte eingehen wird. Sechs Tage zuvor ist in Berlin, während einer Demonstration gegen den Schah, der 26 Jahre alte Benno Ohnesorg von einem Polizisten erschossen worden.

„Wir und Israel“ ist das Thema. Grass, 39 Jahre alt, hat die Rede zuvor schon in Berlin, Bonn und Düsseldorf gehalten und trägt sie nun – beeinflusst von den jüngsten Ereignissen – vor der Kulisse des Bahnhofs Dammtor vor. Es ist auch historischer Boden: das Grindelviertel, einst beliebtes Wohnviertel der jüdischen Bevölkerung Hamburgs. Im nahen Logenhaus an der Moorweide mussten sich die jüdischen Bürger einfinden, die von hier aus in die Get-

tos und Lager nach Lodz, Minsk und Riga deportiert wurden.

„Bürger der Stadt Hamburg“, ruft er pathetisch. Er kommt gleich auf den „Polizeiterror“ in Berlin zu sprechen, was ihm heftigen Applaus beschert, er kritisiert den Kriegseinsatz der USA in Vietnam und berichtet von seinem Besuch in Israel. Seine Haltung ist unmissverständlich: „Jeder Schlag gegen Israel trifft auch uns.“

Er wirbt für den gefährdeten Staat, der nicht nur Holocaust-Überlebende, sondern jüdische Einwanderer aus aller Welt aufnehmen. Nebenbei kanzelt der erklärte SPD-Sympathisant die „hirnstussige Ideologie“ des SDS ab, des Sozialistischen Deutschen Studentenbunds, der Israel als „imperialistischen und zutiefst reaktionären Aggressor“ betrachtet. Schließlich appelliert der Redner an die israelische Regierung, als Sieger nicht zu sehr zu triumphieren. Nach 20 Minuten endet er mit den Worten „Frieden für Israel: Schalom.“

Grass ist im März auf Einladung der dortigen Regierung in Israel gewesen, ein viel beachteter Vorgang, mit dem ein Auftrittsverbot für deutsche Künstler praktisch aufgehoben wurde. Die deutsche Botschaft in Tel Aviv schickte eine Mitteilung ans Außenministerium: „Das literarische Format von Grass, seine intellektuelle Redlichkeit, seine freiheitliche Gesinnung und sein persönlicher Charme haben diese Bemühungen zu einem vollen Erfolg geführt.“ Er selbst schrieb stolz in einem Brief an Willy Brandt, um dessen Freundschaft er buhlte, ihm sei in Israel „in aller Breite bestätigt worden, dass mein Besuch während weniger Tage Vorurteile abzubauen vermochte, die seit Jahrzehnten bestanden hatten“.

Grass ist 1967 längst der sichtbarste und lautstärkste unter den engagierten Schriftstellern Deutschlands. Durch seine Korrespondenz mit Brandt, dem neuen Vizekanzler und Außenminister, durch seine Reden als Nachdrucke in der „Zeit“, der „FAZ“

FOTOS: LITERATURARCHIV SULZBACH-ROSENBERG / SAMMLUNG GÜNTER GRASS (O.); S. 108: JAKOB CARLSEN / AGENTUR FOCUS

Streitbar und umstritten

Günter Grass – Leben und Werk

16. Oktober 1927

Geboren im damaligen Freistaat Danzig. Seine Eltern Helene und Wilhelm Grass führen ein Kolonialwarengeschäft im Danziger Vorort Langfuhr. Die Mutter ist kaschubischer Abstammung.

Grass (r.) als Reichsarbeitsdienstler



1943/44

Luftwaffenhelfer und Reichsarbeitsdienst

10. November 1944

Einberufung zu einer Panzerdivision der Waffen-SS. Später wird Grass diesen Teil seiner Biografie lange vor der Öffentlichkeit verschweigen.

8. Mai 1945

Der verwundete Grass gerät in US-Kriegsgefangenschaft. Entlassung im April 1946.

1947 bis 1956

Nach einer Steinmetzlehre studiert Grass Grafik und Bildhauerei an den Kunstakademien in Düsseldorf und Berlin.



Schriftsteller Grass bei der Arbeit in seinem Berliner Atelier 1962: In die vorderste Reihe drängend

oder im SPIEGEL. Es sind die Jahre, in denen sich die westdeutsche Republik neu erfindet. In Bonn bemüht sich die Große Koalition unter Kurt Georg Kiesinger um eine Verbesserung der Beziehung zur DDR, was fast einem politischen Erdbeben gleichkommt. In Hessen zieht die NPD erstmals in ein Landesparlament ein. „Es wird an uns liegen“, schreibt er nach Adenauers Tod im „Stern“, „jetzt, da der strenge Hausvater gegangen ist, erwachsen zu werden, damit uns sein Werk, damit uns sein separates Staatsdenken nicht überlebt.“

Grass steht auf der Bühne, er diskutiert und doziert und genießt den Ruhm. Sein Urteil ist gefragt. Seine Lesungen und Vorträge sind gut besucht. All das verdankt er Oskar Matzerath aus der „Blechtrommel“, der heute zu den großen Figuren der Weltliteratur zählt. Der „Insasse einer Heil- und Pflegeanstalt“ erinnert sich, wie er als Knabe mit seiner hohen Stimme Glas zersingen und mit seiner Spielzeugtrommel

einen Nazi-Aufmarsch aus dem Takt bringen konnte, „ein Zwerg, ein Krüppel, ein Paranoiker, eine fantastische Ausgeburt des zwanzigsten Jahrhunderts“, wie Enzensberger es formulierte.

Mit kindlichem Blick registriert dieser Oskar die mörderischen Machenschaften der Erwachsenen. Ein grandioser Einfall: Der Entschluss des Helden, nicht mehr zu wachsen und also auch nicht erwachsen werden zu wollen, korrespondiert unterschiedlich mit dem bei vielen Deutschen langsam wachsenden Bewusstsein vom Ausmaß der Schande und Schuld. Und die geduckte naive Haltung des Icherzählers Oskar geht einher mit Frechheit und Kritik am Kleinbürgertum – beispielhaft für ein durch Selbstkritik und Selbstbescheidung geprägtes Bewusstsein, ein neues deutsches Selbstbewusstsein.

So, im Narrenkleid, ließ sich vor die Augen der Welt treten, so ließ sich auch von der Pogromnacht, vom Krieg und selbst

von Vergewaltigungen deutscher Frauen durch sowjetische Soldaten erzählen. Und die Welt dankte es: „Die Blechtrommel“ wurde international zum Inbegriff einer neuen Literatur aus Deutschland, und die Literatur lehrt bis heute davon.

Am Abend seines Hamburg-Besuchs im Juni 1967 sitzt Grass im Abflugbereich des Flughafens und lässt sich von einem 17-jährigen Redakteur einer Schülerzeitung befragen, wie er es nach der Rede auf der Moorweide versprochen hat. Es ist unsere erste Begegnung. „Ihre Generation ist im Sinne der Demokratie erzogen worden und macht jetzt davon Gebrauch“, antwortet er auf eine Frage zu den Protesten gegen den Schah-Besuch in Berlin. Die SPD sei die einzige Alternative zur bisherigen Politik. „Wissen Sie, ich gehe sehr kritisch mit der SPD um, weil ich meine, dass man sehr viel Kritik in die SPD hineinbringen muss.“

Da war er also, der weltberühmte Schriftsteller, ein wenig erschöpft, sich seiner staatsbürgerlichen Verantwortung allzu bewusst, mit Krawatte, braver Frisur und akkurat gestutztem Schnauzbart. Seine wichtigsten literarischen Werke hatte er da schon geschrieben. Der Abschluss seiner Danziger Trilogie – mit den Romanen „Die Blechtrommel“ und „Hundejahre“ sowie der Novelle „Katz und Maus“ – lag schon vier Jahre zurück.

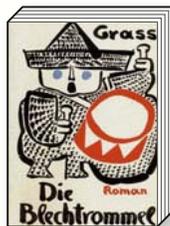
Er schrieb nun wieder Gedichte, ganz wie zu Beginn seiner literarischen Laufbahn. „Ausgefragt“, sein dritter Lyrikband, war im Frühjahr 1967 erschienen: Alltagsgedichte, die Grass auch von der privaten Seite zeigen, als Ehemann, Vater, Liebhaber, Kettenraucher.

Am 9. Juni, einen Tag nach der Rede in Hamburg, beantragte Grass beim Landgericht in Traunstein eine einstweilige Verfügung gegen einen Kritiker, der ihn als „Pornographen“ bezeichnet, als „Verfasser übelster pornographischer Ferkeleien“. Am Ende wurde dem Kritiker immerhin untersagt, Grass „außerhalb literaturkritischer Zusammenhänge“ zu diffamieren.

FOTO: MARIA RAMA / AKADEMIE DER KÜNSTE, BERLIN

1954

Heirat mit der Ballettstudentin Anna Schwarz. 1978 wird die Ehe, aus der vier Kinder hervorgehen, geschieden.



September 1959

Literarischer Durchbruch mit der „Blechtrommel“. Der über 700 Seiten lange Roman wird ein Welterfolg.

ab 1955

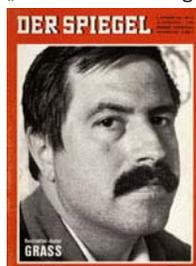
Teilnahme an Tagungen der Gruppe 47

Dezember 1959

Die Jury des Bremer Literaturpreises will Grass für seinen Roman prämiieren, wird aber vom Senat der Hansestadt daran gehindert.

1962

Erfolgsloser Antrag auf Indizierung der Novelle „Katz und Maus“ wegen unsittlichen Inhalts

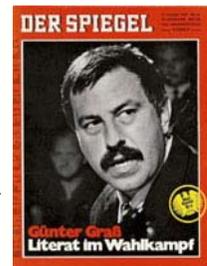


ab 1961

Grass engagiert sich für Willy Brandt, den Kanzlerkandidaten der SPD.

1963

Abschluss der sogenannten Danziger Trilogie mit dem Roman „Hundejahre“



1971

Israels Ministerpräsidentin Golda Meir empfängt den Schriftsteller zu einem langen Gespräch.

DER SPIEGEL

Auch das war Teil eines politisch-kulturellen Wandels. Eine jahrelange Kampagne gegen Grass und seine Literatur, gegen deren „blasphemischen, obszönen und nihilistischen Charakter“ ging ihrem Ende entgegen.

In den Jahren danach näherte Grass sich der Politik immer mehr an, und er wäre wohl gern selbst an der Seite Brandts in die aktive Politik gewechselt, was der aber zu verhindern wusste. Immerhin zeugt das Buch „Der Briefwechsel“, 2013 publiziert, von einem intensiven Austausch zwischen Dichter und Politiker: Auf mehr als 1200 Seiten werden fast 300 Briefe dokumentiert und erläutert.

Was Grass schrieb, war politisch motiviert, strotzte vor Meinung und Belehrung. Mit welchem Fleiß und Ansporn sich Grass auf die selbst auferlegte Aufgabe stürzte, offene Briefe zu schreiben, politische Reden zu formulieren und vorzutragen, landauf, landab, das verdient, bei aller Hybris, die wohl auch dahintersteckte, noch heute Respekt.

Für Literaturkritiker, die wenige Jahre nach dem Krieg geboren waren, gab es an Grass kein Vorbeikommen. Nach der ersten Begegnung 1967 saß ich im Laufe der kommenden Jahrzehnte häufig mit ihm zusammen. Im Gespräch unter vier Augen war er nie sehr kompliziert. Er sprach gern über die Enkelkinder, die im Gegensatz zu seinen Kindern viel unbefangener im Umgang mit seiner Berühmtheit seien, über das zurückliegende Treffen mit seinen Übersetzern aus aller Welt im Buddenbrookhaus in Lübeck, natürlich auch – ein Lieblingsthema von ihm – über die um sich greifende politische Gleichgültigkeit unter jungen Schriftstellern.

Und wenn man ihm wieder einmal eine Meinungsäußerung abnötigte, ein Statement, ein Interview, einen politischen Beitrag, lieferte er prompt. Gleichzeitig wurde er, eine Schizophrenie unseres Gewerbes, genauso häufig für seine Gier nach Öffentlichkeit gerügt.

Als 1989 der iranische Religionsführer Chomeini die Fatwa gegen den Schriftstel-

ler Salman Rushdie aussprach, war er am 4. März in seinem Haus in Behlendorf sofort zu einem Interview bereit, nutzte aber die Gelegenheit, sich selbst miteinzubeziehen: „Ich habe die verlogene Haltung der katholischen Kirche mit meinen Mitteln geschildert.“ Rushdie tue nichts anderes: „Er geht als Atheist – der er sein darf! – an Glaubenssätze heran.“

Über literaturkritische Vorbehalte und Einwände beschwerte er sich in jenen Jahren so gut wie nie. Er war mit den Werken, die auf die Danziger Trilogie folgten, nur auf wenig Begeisterung bei der Kritik gestoßen: 1969 wurde „örtlich betäubt“ und 1972 „Aus dem Tagebuch einer Schnecke“ überwiegend negativ beurteilt, einzig „Der Butt“ (1977) und „Das Treffen in Telgte“ (1979) fanden Anklang bei den Kritikern. Seine Versuche, auf dem Theater Fuß zu fassen, missrieten fast alle.

Bei anderen Anlässen konnte er, wenn er mit einer Darstellung unzufrieden war, ausführliche Briefe schreiben. Als wir 1994 im SPIEGEL einen Artikel über den ins Schlingern geratenen Luchterhand-Verlag veröffentlicht hatten, in dem mehr als 30 Jahre lang seine Bücher erschienen waren, tadelte er den Beitrag, „weil er (nach alter SPIEGEL-Manier) mit Mutmaßungen Tatsachen suggeriert“. In einem Postskriptum betonte er, dass es sich keineswegs um einen Leserbrief handele, „da ich nach wie vor nicht gesonnen bin, in diesem Magazin zu veröffentlichen“.

Günter Grass und der SPIEGEL. Kein anderer Schriftsteller findet sich so oft auf dem Titel, und kein anderer lieferte so anhaltend Stoff. Die Geschichte begann eher unauffällig im „Blechtrommel“-Jahr 1959. Grass wurde damals als „der kräftig in die vorderste Reihe drängende deutsche Nachwuchsautor“ präsentiert. Zwei Jahre später empfahl er in einem Kommentar zur Bundestagswahl 1961: „Wählt SPD!“ Und als 1963 der Roman „Hundejahre“ erschien, wurde der „Bestseller-Autor Grass“ erstmals persönlich Gegenstand einer Titelgeschichte. Er-

gänzt allerdings durch eine Rezension von Enzensberger, der zwar einen „Hagelschauer von Einfällen und Provokationen“ sah. Dennoch: Die „Hundejahre“ seien „zwölf Bücher in einem – doch das Ganze, das der Singular Roman verspricht, sind sie nicht“.

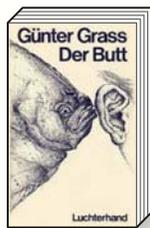
Der Ton wurde ruppiger. SPIEGEL-Herausgeber Rudolf Augstein zerpfückte Anfang 1966 das neue Theaterstück „Die Plebejer proben den Aufstand“. Dem Drama über Bertolt Brecht und die DDR, über dessen Reaktion auf den Aufstand vom 17. Juni 1953 sei anzumerken, dass dem Autor eins fehle: „richtiges Denken“. Niemand werde Grass aufhalten, „aber die Wahrheit ist wohl, dass ihn sein Ruhm berauscht hat“.

Grass lieferte weiterhin Essays, er besprach Brandts Buch „Draußen“ und wurde vom SPIEGEL gegen Anwürfe aus dem Verlagshaus Axel Springer verteidigt, dessen Zeitungen den Schriftsteller 1967 als „Dichter mit der Dreckschleuder“ beschimpften, der „Ulbrichts Propaganda-Chinesisch“ spreche. Und es kamen weitere Titelgeschichten: 1969 wurde Grass als „Literat im Wahlkampf“ beobachtet, 1979 war die Verfilmung der „Blechtrommel“ durch Volker Schlöndorff der Anlass.

In den Achtzigerjahren kühlte das Verhältnis ab. Grass wurde nun genervt als „Dauermahner“ wahrgenommen. „Ob der Wald, der Weltfrieden, das deutsch-deutsche Verhältnis, Nicaragua, der Weltuntergang“, schrieb Hellmuth Karasek 1984, kein Thema dürfe hoffen, von Grass „unbehelligt die Öffentlichkeit erreichen zu können“.

Als im Mai 1992 der Gastkritiker Marcel Reich-Ranicki im SPIEGEL einen Totalverriss der Erzählung „Unkenrufe“ veröffentlichte (damals nicht die einzige negative Kritik), sah Günter Grass ein Komplott gegen sich in Szene gesetzt: Eine „Medien-Mafia“ wolle ihn „fertigmachen“. Er vermutete politische Gründe dahinter, eine Reaktion auf seine lautstarken Warnungen vor der deutschen Wiedervereinigung. Zum entscheidenden Bruch sollte es erst noch kommen.

FOTO: CORBIS SYGMA / CORBIS



1979
Grass heiratet in zweiter Ehe die Organistin Ute Grunert.



1979
Erfolgreiche Verfilmung der „Blechtrommel“ durch Volker Schlöndorff. Sie gewinnt als erster deutscher Beitrag den „Oscar“ als bester ausländischer Film.

1982
Grass wird SPD-Mitglied. 1992 tritt er, aus Protest gegen die Asylpolitik, wieder aus der Partei aus.

1985
Grass wirft Bundeskanzler Helmut Kohl „Geschichtsklitterung“ vor, als dieser mit US-Präsident Ronald Reagan den Soldatenfriedhof in Bitburg besucht, wo unter anderem auch Soldaten der Waffen-SS begraben liegen.

1990
Nach dem Zusammenbruch der DDR spricht sich Grass öffentlich für eine Konföderation der deutschen Staaten und gegen die Wiedervereinigung aus, wie sie unter anderem von Rudolf Augstein im SPIEGEL befürwortet wird.



Augstein, Moderator J. Wagner, Grass im TV-Duell „Einig Vaterland“



Nobelpreisträger Grass, Tochter Helene 1999
 „Extra einen Frack schneiden lassen“

Leipzig, 7. Mai 1992. In einer Galerie stellt Grass am Abend seine „Unkenrufe“ vor. Ein riesiges Plakat mit dem von ihm selbst entworfenen Buchcover hängt an der Wand: das Titel-tier, gezeichnet in der üblichen Grass-Manier.

Einen besseren Namen hätte er sich kaum einfallen lassen können. Hat er nicht recht behalten mit seinen Warnungen vor der raschen Wiedervereinigung? Grass ist der Star der Leipziger Buchmesse, der zweiten gesamtdeutschen. In Doppelreihe warten die Leute im Treppenhaus auf Einlass, bis hinauf in den zweiten Stock einer Jugendstilpassage. Nicht weniger als tausend Eintrittskarten sind verkauft worden. Qualvolle Enge im Saal und erwartungsvolle Stimmung. Grass genießt es. Die von ihm diagnostizierte Verdrossenheit vieler Menschen in der ehemaligen DDR, ihr Gefühl, schon abgekoppelt zu sein, bevor die freie Strecke überhaupt erreicht ist – das ist ja sein Widerreden von Anfang an. Hier in Leipzig ist er der ungekrönte König.

„Unkenrufe“ ist die Geschichte eines älteren Liebespaars im Zeichen deutsch-polnischer Versöhnung, eine recht konstruierte Geschichte, aber was tut's. Der Dichter in Hemd und Cordhose ist ein bravouröser Interpret seiner Erzählung. Er schwitzt und verausgabt sich am Lesepult. Er ist dankbar für das Wohlwollen, das ihm hier endlich wieder entgegenströmt.

Am nächsten Vormittag diskutiert Grass in einer Buchhandlung mit seinem polnischen Kollegen Andrzej Szczypiorski. Und klagt: „Viele wären mich gern los.“ Als Szczypiorski ihn bittet, im Land zu bleiben, gibt es großen Applaus. Und Grass kann seine Klage noch einmal wiederholen. „Wir eignen uns nicht zum Einheitsstaat“, sagt er. Die alte DDR-Wirtschaft werde plan gemacht, der Osten Deutschlands zu einer Kolonie des Westens. „Die Fratze, die der Kapitalismus jetzt zeigt, bestätigte auf fatale Art die Propaganda der Kommunisten.“ Und später an diesem Morgen sagt er: „Man kann die Vergan-

1995
 Nach einem von Marcel Reich-Ranicki verfassten Verriss des Romans „Ein weites Feld“ im SPIEGEL beklagt Grass sich über die Macht der Medien.



1999
 Grass erhält den Literaturnobelpreis für sein Lebenswerk, unter besonderer Berücksichtigung der „Blechtrommel“.



August 2006
 In seinem Erinnerungsbuch „Beim Häuten der Zwiebel“ erwähnt Grass seine einstige Mitgliedschaft in der Waffen-SS. Dem Autor wird, auch im SPIEGEL, eine Doppelmoral vorgehalten.



4. April 2012
 Die Veröffentlichung des Prosagedichts „Was gesagt werden muss“ löst eine heftige Kontroverse aus. Einige Kritiker werfen ihm Antisemitismus vor. Die israelische Regierung erklärt ihn zur unerwünschten Person.

13. April 2015
 Grass stirbt im Alter von 87 Jahren in Lübeck.

„Ich sagte nicht Majestät“

Zitate aus Gesprächen mit Günter Grass im SPIEGEL von 1965 bis 2010

VERGANGENHEIT (1965)

Schriftsteller blicken immer zurück in die Vergangenheit. In meinen Romanen habe ich mich mit der deutschen Vergangenheit auf literarischer Ebene auseinandersetzen müssen. Ich habe in literarischer Form darauf reagiert. Sie ist eine Mischung aus Satire und Fantasie, durch Realität kontrolliert.

WAHLKONTOR (1982)

Als alles anfang, bei der ersten Willy-Brandt-Wahl, 1961, gab es in Berlin eine Art Schriftstellerkontor. Ich habe da mit Egon Bahr, der Brandts Pressesprecher war, bei der Vorbereitung von Wahlkampfreden zusammengearbeitet. Doch das genügte mir nicht und war unbefriedigend, dieses Zuarbeiten. 1965 habe ich dann zwei Wahlkampfreisen vorbereitet. Das war relativ neu damals, wir haben das auch selbst finanziert – ohne Rücksprache mit der SPD. Dort war man sehr überrascht und zum Teil erschrocken über diese Art von Wahlhilfe.

MARTIN WALSER (1989)

Es sei Martin Walser unbenommen, seine Meinung zu ändern. Als ich ihn kennenlernte, war er ein aufgeklärter Konservativer vom Bodensee, mit einer gewissen vorsichtigen Neigung zur SPD hin, die sich über den Studentenprotest zur DKP-Nähe hin entwickelte, dann wieder Abstand nahm, jetzt plaudert er mit Waigel – da sind ein paar unerklärte Drehungen zu viel dabei, die mir nicht gefallen. Da bleibt auch vom so herrlich beredten Widerspruchsgeist Walsers zu viel auf der Strecke, es wird flach und endet, wie immer, wenn Intellektuelle sentimental werden, in Rührseligkeiten.

CHRISTA WOLF (1990)

Sie hat weder die Rigorosität eines Biermann noch das bewundernswerte, nahezu starrköpfig anmutende und nun doch wunderbarerweise erfolgreiche Verhalten eines Vaclav Havel. Sie ist ein anderer Mensch, und sie hat offenbar bis zum Schluss geglaubt, es könne innerhalb des Gesellschaftsverständnisses der DDR zu einer grundlegenden Änderung kommen. Ich habe das selbst nie geglaubt,

aber das gibt mir doch kein Recht, darüber den Stab zu brechen.

AUTOBIOGRAFIEN (2003)

Wenn ich eine Möglichkeit sähe, mich gewissermaßen in Variationen zu erzählen – das wäre vielleicht reizvoll. Aber eigentlich mag ich Autobiografisches in der verschlüsselten Form der Fiktion, des Romans, lieber.

NOBELPREIS (2009)

Ich hatte meine Rede gut vorbereitet und mir extra einen Frack schneidern lassen. Das sah gut aus. Aber beim Festessen habe ich mich dann doch etwas danebenbenommen. Ich hob einfach mein Glas und sagte: „Zum Wohle, Herr König“ – schon die Anrede war falsch, weil ich nicht „Majestät“ gesagt hatte. Und natürlich hätte er zuerst das Glas erheben müssen.

WAFFEN-SS (2010)

Das war keine Verfehlung meinerseits. Ich bin damals, wie viele Tausende andere auch, eingezogen worden. Ich habe mich nicht zur Waffen-SS gemeldet. Das Kriegsende befreite mich von dem beschworenen blinden Gehorsam. Danach wusste ich: Nie wieder würde ich einen Eid leisten.

STERBEN (2010)

Ich stelle fest, dass man auf der einen Seite reif dafür ist. Und ich stelle fest, dass eine gewisse Neugier geblieben ist: Was wird aus den Enkeln, wie werden die Fußballergebnisse am Wochenende aussehen? Es sind also durchaus auch Banalitäten, die ich noch erleben möchte. Jacob Grimm hat eine wunderbare Rede auf das Alter geschrieben, und an anderer Stelle habe ich bei ihm gelesen: „Die letzte Ernte steht auf dem Halm.“ Das hat mich angerührt, und natürlich habe ich nahezu Übergangslos das eigene Alter reflektiert. Eine vorherrschende Furcht vor dem Sterben stellte ich dabei nicht fest.



Grass beim SPIEGEL-Gespräch*

* Mit den Redakteuren Volker Hage und Katja Thimm auf der dänischen Insel Møn 2010.

genheit leugnen, aber dann wird sie uns einholen.“

Ein Freund oder gar Günstling der DDR war er zu keiner Zeit. Nicht weniger als 28 Jahre dauerte es, bis 1987 endlich eine ostdeutsche Ausgabe der „Blechtrummel“ erscheinen konnte – vorher galt der Roman im sozialistischen Deutschland als „reaktionäre Dekadenzliteratur“ und „pubertäre Prosa“. Die Druckerlaubnis war wohl auch deswegen nicht erteilt worden, weil in dem Werk von der Vertreibung der Deutschen aus Polen und von Vergewaltigungen deutscher Frauen durch Sowjetsoldaten die Rede ist.

Grass war schon vor dem Bau der Mauer im August 1961 ein Kritiker der DDR. Im Mai desselben Jahres war er zum V. Deutschen Schriftstellerkongress nach Ostberlin eingeladen worden und hatte die SED-Funktionäre brüskiert: „Geben Sie den Schriftstellern die Freiheit des Wortes!“ Zwar sei die auch in Westdeutschland gefährdet, in der DDR aber „gar nicht vorhanden“.

Zuvor schon hatte er während einer Lesung in Leipzig einen Gruß des in der DDR verpönten Schriftstellers Uwe Johnson überbracht. Es war sein letzter öffentlicher Auftritt in der DDR für mehr als 25 Jahre. Es blieben persönliche Kontakte, private Lesungen und Gesprächskreise bei Kollegen in Ostberlin. Im November 1980 erhielt er sogar ein Einreiseverbot, das allerdings bei späteren Besuchen in der DDR immer wieder kurzfristig aufgehoben wurde. Die Stasi observierte ihn gründlich.

Das Thema der deutschen Teilung beschäftigte ihn über Jahrzehnte. Die schlichte Wiedervereinigung war für Grass zu keiner Zeit eine Option. Schon 1967, als man in Bonn gerade über die Beziehung zur DDR nachdachte, hoffte er auf Annäherung durch Konföderation. Im Mai 1970 prophezeite er auf einem Seminar der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung: „Es wird keine Vereinigung der DDR und der Bundesrepublik unter westdeutschen Vorzeichen geben.“

Je deutlicher sich das baldige Ende der DDR abzeichnete, desto grundsätzlicher wurde Grass. Im Februar 1990 führte er in einer Rede in Tutzing den Holocaust, „das bleibende Trauma“, als Argument in die Debatte ein: „Wer gegenwärtig über Deutschland nachdenkt und Antworten auf die deutsche Frage sucht, muss Auschwitz mitdenken.“ Und der Gedanke daran schließe einen zukünftigen deutschen Einheitsstaat aus. „Sollte er, was zu befürchten bleibt, dennoch ertrotzt werden, wird ihm das Scheitern vorgeschrieben sein“, prophezeite er.

Im selben Monat hielt ihm Rudolf Augstein in einem Fernsehdialog zum Thema



Aktivist Grass, SPD-Vorsitzender Brandt (M.) in Bayreuth 1965*: Und immer wieder der Zeigefinger

„Deutschland, einig Vaterland?“ entgegen, das sei keine politische Betrachtungsweise, das sei Religion. Auch in den Augen des Holocaust-Überlebenden Marcel Reich-Ranicki war es unangemessen, dem deutschen Verlangen nach Wiedervereinigung mit dem „Zivilisationsbruch Auschwitz“ begegnen zu wollen: „Ich halte diese Verbindung von Auschwitz-Gedenken und Bedenken gegen die Wiedervereinigung für absoluten Unsinn. Diese Äußerungen gehören zu den vielen politischen Dummheiten, die wir von Grass zu hören bekommen haben.“

Der sprach vom „Schnäppchen namens DDR“, vom „schamlosen Ausverkauf der Konkursmasse DDR“ und wiederholte seine Ansicht, dass „die Einheit uns Deutschen immer nur Unglück gebracht hat“. Noch am 2. Oktober 1990, am Vorabend der Vereinigung, versuchte Grass im Reichstag ein letztes Mal, die Schicksalsmächte zu beeinflussen. Ein „Monstrum“ wolle Großmacht werden, warnte er: „Dem sei mein Nein vor die Schwelle gelegt.“ Grass wollte immer das letzte Wort behalten. Auch dann, wenn er völlig

danebenlag. Die politische Realität jedenfalls nahm auf ihn keine Rücksicht.

In seinen Anfängen wollte er nichts als Dichter sein. Als er 1955 seinen ersten Auftritt bei der Gruppe 47 hatte, gab er sich als überzeugter Gegner der vor allem in Frankreich in Mode gekommenen „littérature engagée“ zu erkennen. Das „Wortgeklingel Engagement“ ging ihm damals auf die Nerven. Jahre später erklärte Grass, ihn habe die selbstgefällige Art angeedot, mit der einige Leute aus der Gruppe „in unregelmäßigen Abständen als Gewissen der Nation“ auftraten.

Zu einem symptomatischen Streit kam es gut zehn Jahre später, als die Gruppe 47 dann 1966 in Amerika tagte. Hans Magnus Enzensberger, Reinhard Lettau und Peter Weiss beteiligten sich in Princeton an Anti-Vietnam-Protesten. Grass war der Meinung, damit werde die amerikanische Gastfreundschaft verletzt. Er habe sich da-

* Mit Schriftsteller Hans Werner Richter (hinten l.), Verleger Carl Hanser (stehend), Autorin Ingeborg Bachmann, SPD-Politiker Karl Schiller, Komponist Hans Werner Henze, Brandt-Ehefrau Rut, Regisseur Fritz Kortner.

mals für einen „sachlichen Protest“ eingesetzt, schrieb er mir Jahre später, „der aber keine Mehrheit fand“.

Überhaupt störte ihn die Lust am Radikalen, die er für eine modische Pose, für eine Politposse hielt. Bei einer SPIEGEL-Umfrage lästerte er 1968: „Man trägt wieder revolutionär und benutzt das vorrevolutionäre Geplätscher als Junghrunden.“ Er spottete sogar in einem Gedicht über Kollegen, die ihre Verse für politische Aussagen missbrauchten, über „Die Napalm-Metapher und ihre Abwandlungen / im Protestgedicht der sechziger Jahre“.

Die Rolle des Dichterrebellen lag dem politischen Pragmatiker nie. Dafür war sein Interesse an der Politik weitaus beständiger als bei vielen seiner Kollegen. Und doch gab es selbst bei ihm gelegentlich Zweifel am Nutzen seines oft genug unerbetenen Einsatzes, zumal im Wahlkampf für die SPD. So verkündete er Anfang 1974 dem befreundeten Schweizer Kollegen Max Frisch die Absicht, sich „aus der politischen Aktivität“ zurückzuziehen. Der notierte daraufhin in seinem Tagebuch, Grass verträge offenbar nicht, was

Landhausbewohner Grass in Behlendorf 2007

„Aus unverbesserlicher Anhänglichkeit grüßt Sie freundlich“

damit verbunden sei: „Abnahme seiner öffentlichen Präsenz. Braucht er seinen Namen in den Zeitungen? Grass äußert sich zu: Scheel als Bundespräsident, Genscher als Außenminister etc., Anruf von einer Redaktion genügt, und er verlaublich.“

Hat das politische Engagement, gegen das er sich zu Beginn seiner Laufbahn so sträubte, Grass als Schriftsteller beschädigt? Nicht nur Frisch fragte sich, was es den anderen „an literarischer Potenz“ gekostet haben mag: „Gefahr der Verbravung, Kastration der Fantasie durch den politisch-bedingten Trend ins Pragmatische, Didaktische“. Der US-Schriftsteller John Updike schrieb 1980 in einer Kritik der Erzählung „Kopfgeburten“ sogar: „Hier haben wir einen Romancier, der sich derart gründlich im öffentlichen Leben umtut, dass er nicht mehr mit dem Schreiben eines Romans behelligt werden darf.“ Man könne sich nur schwer einen amerikanischen Autor von vergleichbarem Ansehen vorstellen, der ein „thematisch so unbekümmertes und inhaltlich so krauses Buch herausbrächte“.

Natürlich ist es eine rein spekulative Frage, was für Bücher Grass ohne seine pädagogisch-politische Intention geschrieben hätte. Sicher ist, dass manche Erzählwerke unter anderem deswegen gescheitert sind, weil der Autor sie als Verlautbarungsorgan nutzte. Dazu zählen: die „örtlich betäubt“ (1969), „Kopfgeburten oder Die Deutschen sterben aus“ (1980), „Die Rätin“ (1986), auch die „Unkenrufe“.

Und dann natürlich jener Roman, der im Sommer 1995 erschien und wegen eines spektakulären Verrisses durch Marcel Reich-Ranicki im SPIEGEL zum Gesprächs- und Diskussionsstoff wurde: „Ein weites Feld“. In seiner sehr persönlich gehaltenen Rezension in Form eines öffentlichen Briefes nannte der Kritiker diesen Roman „ganz und gar missraten“.

Ein Grund auch hier: die Überfrachtung des literarischen Werks, der Missbrauch des Romans als Vehikel für die politische Überzeugung des Autors. Wieder geht es um Deutschland, nun das wiedervereinigte. Die beiden Hauptfiguren Theo Wuttke, als eine Art Wiedergänger des alten Fontane „Fonty“ genannt, und der Geheimdienstler Hof-taller sind nicht viel mehr als Sprachrohre.

Den einen lässt Grass über die verflo-sene DDR sagen: „Was heißt hier Unrechts-staat! Innerhalb dieser Welt der Mängel lebten wir in einer kommoden Diktatur.“ Sogar: „Ja, ich war für die Mauer.“ Der andere klagt: „Die drüben haben uns fix und fertig gemacht.“ Und: „Wettlaufen, wettrüsten, bis wir außer Puste, ausgelaugt, leergeschrappt waren. Nun ist das ganze schöne Volkseigentum für die Katz.“ Ein-mal, immerhin, legt Fonty Widerspruch ein: „Kolossal ideologisches Gewäsch, was Sie da reden.“

Und wieder gab es eine Titelgeschichte über Grass, nur dass dieses Mal auf dem Titelblatt in einer Fotomontage nicht der Autor, sondern sein Kritiker groß im Bild ist – und der zerfetzte im wörtlichen Sinne das Buch. Diese Inszenierung sorgte für noch mehr Aufsehen. Kritik kam nicht nur von Grass, der sich empörte wie nie zuvor. In einem privaten Brief an mich sprach er von einem „Hinrichtungsritual“. Sein Vorwurf: „Sie haben den Umgang mit mir schweigend hingenommen, wenngleich ich davon ausgehe, dass Ihnen dieser barbarische Akt missfallen musste. Mithin ist für mich der gesamte Vorgang mit einer Sie meinenden Enttäuschung verbunden.“

Aber selbst dieser Brief endete, auch das war Grass, mit einer versöhnlichen Formulierung: „Aus unverbesserlicher Anhänglichkeit grüßt Sie freundlich Ihr Günter Grass“ – mit dem SPIEGEL aber habe er den Kontakt „in jeglicher Form abgebrochen“.

Wir hatten am 1. August 1995 als Ergänzung zur geplanten Rezension ein Interview mit ihm geführt. Es war ein Gespräch über den Roman, den Grass gegen Einwände verteidigte, über die Bundesrepublik, die sich bis 1989 „in einem recht zivilisierten Zustand“ befunden habe, über „hehre Ideale“, die nie seine Sache gewesen seien, und die Sehnsucht nach dem rein Artistischen, die immer wieder von Themen gestört werde, „die nicht wegzudrängen sind“. Das von Grass schon redigierte und autorisierte Gespräch ist nie veröffentlicht worden. Einem späteren Abdruck wider-setzte sich der Schriftsteller.

Tatsächlich gab es für knapp sieben Jahre Funkstille. Dann erschien Anfang 2002 „Im Krebsgang“, eine Novelle, in der Grass die Torpedierung und den Untergang der „Wilhelm Gustloff“ im Januar 1945 zum Thema machte, dem verlustreichsten Schiffsuntergang aller Zeiten, bei dem rund 9000 Flüchtlinge und Soldaten ums Leben kamen. Eine überraschende Themenwahl bei Grass: die Deutschen als Opfer?

Nein, für ihn war vielmehr die Tabuisierung in der Nachkriegsliteratur ein „Versäumnis“, wie es in der Novelle heißt, in der Grass als der „Alte“ selbst einen Auftritt hat: „Niemand, sagt er, hätte man über so viel Leid, nur weil die eigene Schuld übermächtig und bekennde Reue in all den Jahren vordringlich gewesen sei, schweigen, das gemiedene Thema den Rechtsgestricken überlassen dürfen.“

Was Grass mit seinem „Krebsgang“ gelang: die historische Begebenheit ohne sentimentale Dramatisierung in Erzählung zu überführen und zugleich auf einer Metaebene die Problematik dieses Erzählens zu zeigen. Endlich wieder ein Buch, das weit und breit auf Zustimmung stieß, auch im SPIEGEL. Im Vorfeld hatte es einen Annäherungsversuch gegeben. Mit der Aussicht auf eine Titelgeschichte schien Grass



grundsätzlich wieder zu einem Gespräch mit dem SPIEGEL bereit. Der Plan scheiterte in letzter Minute daran, dass er eine dezidierte Entschuldigung für das Titelbild 1995 zur Bedingung machte. Der Formulierungsvorschlag der Redaktion für die „Hausmitteilung“ des Nachrichten-Magazins lautete, bezogen auf den von Grass beklagten „Gestus des Bücherzerreißens“: „Der Schriftsteller und andere sahen sich erinnert an den Umgang der Nazi-Vandalen mit literarischen Werken. Das war nun wirklich nicht Absicht des SPIEGEL.“

Dem Schriftsteller war das zu wenig. So kam wieder einmal ein Gespräch nicht ins Heft, dieses Mal eines, das gar nicht erst geführt worden war. Eine Titelgeschichte aus Anlass der Novelle gab es trotzdem.

Ein neuer Anlauf, 17. August 2003. Grass und seine Frau Ute verbringen die Sommerwochen auf der dänischen Insel Møn. Dort, unweit der Stadt Stege, bewohnen sie seit vielen Jahren ein Haus am Ende eines Waldstücks. Eine schmale unbefestigte Straße führt hin, ein paar Schilder am Rand verbieten zwischen-durch die Weiterfahrt. Nach gut einem Ki-



lometer holprigen Waldwegs taucht auf einer Lichtung das weiße Reetdachhaus mit blauen Fensterläden und Türen auf. Nachbarn gibt es hier nicht.

Ein Gedichtband mit dem Titel „Letzte Tänze“ wird erscheinen, und Grass will es noch einmal mit dem SPIEGEL versuchen. Er ist 75 Jahre alt, guter Stimmung. Er zeigt zum Wasser hinunter: „Bei klarem Wetter sind von hier aus die Kreidefelsen der Insel Rügen zu erkennen.“ Es gibt Kranzkuchen und Kaffee. So grimmig er blicken mag, so scharf er austeilen kann: In kleiner Runde ist er ein liebenswürdiger Zeitgenosse, der Bestätigung und Einvernehmen sucht.

Das Sommerhaus auf der dänischen Insel ist alles andere als luxuriös. Fast demonstrativ bescheiden wirkt es: der Tisch, die Stühle, die Küche. Als drei Monate zuvor der Publizist Fritz J. Raddatz hier zu Gast gewesen ist, fragte der sich insgeheim (wie später in seinem Tagebuch zu lesen sein wird), wo die Grenze „zwischen bescheiden und kläglich“ sei: „Da sitzt nun einer der berühmtesten Schriftsteller der Welt auf einer alten Holzbank in seinem horizontweiten, aber lieblos-struppigen Garten, hat einen alten Pullover an, saugt an seiner Pfeife.“

Kündigt der Titel seinen Abschied vom Schreiben an? Nein, sagt Grass, „Letzte Tänze“ sei ja ein Plural: „Es kommt eben immer noch hin und wieder zu einem Tanz.“ Auch das klingt sehr ernst bei ihm. Humor oder Selbstdistanz zählen nicht zu seinen Stärken.

Noch einmal preist er als Zeichner und Lyriker die fragile Potenz des Mannes: „Komm, lieg mir bei, solange mein Einundalles steht.“ Und er erläutert dazu im Gespräch: „Die männliche Egozentrik steckt in dieser Formulierung, auch die Überschätzung dieses Stehaufmännchens.“ Wenn ein Lyrikband „Letzte Tänze“ heiße, dürfe das Thema doch nicht fehlen.

Schon Anfang der Sechzigerjahre, nach dem Erscheinen der Novelle „Katz und Maus“, stellte in Hessen ein Beamter des Ministeriums für „Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen“ einen Indizierungsantrag bei der Prüfstelle für jugendgefährdende Schriften. Begründung: Bestimmte Passagen seien geeignet, „die Phantasie jugendlicher Leser negativ zu belasten, sie zu sexuellen Handlungen zu animieren und damit die Erziehung zu beeinträchtigen“. Der Antrag wurde gerichtlich verworfen.

Von den Genüssen, die der Zwerg Oskar in der „Blechtrummel“ der 16-jährigen Maria mit seiner Zunge und dem „elften Finger“ bereitet, über das Vergnügen, das die junge Tulla in „Katz und Maus“ beim Befingern von Mahlkes „Stehaufmännchen“ empfindet, die Lust, die zwei Männer im Roman „Hundejahre“ gemeinsam einer Frau im Bett bereiten, bis hin zur geradezu rührenden Hymne auf den Analsex im „Butt“ – so tabulos und provozierend solche Szenen einst gewirkt haben mögen, vieles davon erweckt im Rückblick eher den Eindruck von Kraftmeierei.

Für die Schriftsteller seiner Generation aber sei eine andere Erfahrung entscheidend: der Krieg und das Kriegsende. „Sie hat uns, mehr als anderen, die Thematik vorgeschrieben.“ Dann folgt im dänischen Sommerhaus wieder einmal einer jener Verlautbarungssätze: „Andere Nationen mögen, zu Recht oder Unrecht, beschließen: Darüber ist genug gesprochen worden, das ist jetzt Vergangenheit! Bei den Deutschen hat es sich anders ergeben – unsere Vergangenheit hat uns immer wieder eingeholt.“

Wäre es da nicht an der Zeit, Memoiren zu schreiben? Er antwortet an diesem Tag im August 2003: „Es ist immer die Frage, in welcher Form man am besten lügen kann. Ich habe ein ziemliches Misstrauen gegenüber Autobiografien.“

Drei Jahre später, im August 2006, erschienen die Memoiren „Beim Häuten der Zwiebel“, Erinnerungen an seine Jugend, den Krieg und die ersten Jahre als Schriftsteller – bis hin zum Erscheinen der „Blechtrummel“.

Und darin das Eingeständnis, dass er in den letzten Kriegsmonaten als junger Soldat, 17 Jahre alt, der Waffen-SS angehörte, und das bislang verschwiegen zu haben. Betont nebenbei tauchte das Thema nach mehr als hundert Seiten auf: „Was ich mit dem dummen Stolz meiner jungen Jahre hingenommen hatte, wollte ich mir nach dem Krieg aus nachwachsender Scham verschweigen.“

Umständlich und gewunden begründete er eingangs das ganze autobiografische Unternehmen: „Weil dies und auch das nachgetragen werden muss. Weil vorlaut auffallend etwas fehlen könnte.“ Und fast treuherzig fügte er hinzu: „Weil ich das letzte Wort haben will.“

Dieser Wunsch blieb unerfüllt. Die „FAZ“ hatte schon im April 2006 einen mehrseitigen Vorabdruck in einer Extra-Beilage und ein begleitendes Interview vereinbart, das im Juli geführt und am 12. August 2006 unter der zugespitzten Überschrift „Warum ich nach sechzig Jahren mein Schweigen breche“ veröffentlicht wurde. Im Gespräch selbst ging Grass nur mit wenigen Worten auf die Angelegenheit ein, nicht ahnend, was auf ihn zukommen



„Unkontrollierte Wut“

Interview Avi Primor, 80, ehemaliger Botschafter Israels, über Günter Grass und dessen Israel-Gedicht

SPIEGEL: Als Günter Grass wegen seines Gedichts „Was gesagt werden muss“ als Antisemit beschimpft wurde, haben Sie ihn verteidigt. Warum?

Primor: Den Text habe ich scharf kritisiert. Aber ich habe Grass in Schutz genommen, wo er für das Recht plädiert, Israel kritisieren zu dürfen, ohne dafür als Antisemit beschimpft zu werden – auch wenn es Antisemiten gibt, die Israel kritisieren.

SPIEGEL: War er kein Antisemit?

Primor: Nein. Für mich war das unkontrollierte Wut auf Israels Politik. Und weil er so wütend war, hat er übertrieben. Auch Marcel Reich-Ranicki, der ja im Streit mit Grass lag, sagte mir vor Jahren: Ich habe viel gegen ihn zu sagen, aber ein Antisemit ist er nicht.

SPIEGEL: Das Gedicht fand er „ekelhaft“, der Zentralratspräsident der Juden sprach von einem „Pamphlet von Hass und Hetze“.

Primor: Grass' Argumente gegen Israel waren nicht stichhaltig, teilweise sogar wahnsinnig. Er schrieb, Israels Erstschatz könne das iranische Volk auslöschen. Was für ein Unsinn! Dass Israel Iran vernichtet, kann man sich mit den besten Atomwaffen nicht vorstellen. Was soll das? Und: Wer bedroht hier wen mit Vernichtung? Wir haben noch nie gesagt, wir wollen Iran zerstören, während uns Irans Spitzenpolitiker dauernd die Vernichtung versprechen.

SPIEGEL: Grass schrieb auch, dass er sich Israel verbunden fühle. Haben Sie ihm das abgenommen? Sie haben ihn ja persönlich getroffen.

Primor: Das war gar nicht so einfach. Als ich 1993 als Botschafter in Bonn anfang, machte ich Antrittsbesuche, es gab nur eine einzige deutsche Persönlichkeit, die mich nicht empfangen wollte: Günter Grass. Er war wohl noch beleidigt. 1971 war er zur ersten Deutschen Kulturwoche seit Beginn der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland nach Israel eingeladen. Der kulturelle Austausch war noch sehr heikel, mit Grass erhoffte man sich einen Durchbruch. Er war in Israel beliebt, seine Bücher wurden ins Hebräische übersetzt. Er sollte auch an der Hebräischen Universität in Jerusalem lesen. Aber da wurde er ausgebuht und niedergebrüllt. Man hat aber gar nicht gegen ihn protestiert, das waren nicht seine Leser, sondern militante Gegner der Beziehungen zu Deutschland.

SPIEGEL: Er war nachtragend?

Primor: Ich konnte es mir nicht anders erklären. Als wir später darüber redeten, wick er aus, sprach von einem Missverständnis. 2013, als wir uns erstmals in seinem Haus bei Lübeck trafen, hat er sich mehr oder weniger entschuldigt. Er hatte Kontakt aufgenommen nach meinem Artikel über sein Gedicht; ich sei der Einzige, mit dessen Kritik er sich auseinandersetzen möchte. Vergangenen September diskutierten wir öffentlich über meinen Roman über jüdische Soldaten im Ersten Weltkrieg und aßen bei ihm zu Abend.

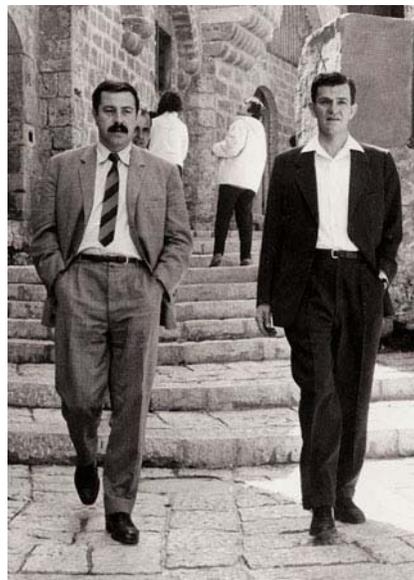
SPIEGEL: Haben Sie ihn gefragt, warum er seine SS-Vergangenheit so spät enthüllt hat?

Primor: Nein, mir steht es nicht zu, Lektionen zu erteilen. Das sind innerdeutsche Debatten. Die Hauptsache für mich ist: Er war nach dem Krieg kein Nazi, sondern ein einflussreicher Anti-Nazi. Er hat in seiner Jugend etwas Falsches gemacht, aber er hat es dann auch benannt.

SPIEGEL: Wann sahen Sie sich zuletzt?

Primor: Im Februar hatte ich ihn eingeladen als Ehrengast zu einer Benefizveranstaltung in Berlin für ein Europa-Studienprogramm an meiner Uni in Tel Aviv. Er schrieb, er könne aus Gesundheitsgründen leider nicht kommen. Aber er hat 500 Euro gespendet.

Interview: Annette Großbongardt



Israel-Besucher Grass 1967
„Was für ein Unsinn!“

sollte: Es sei nicht „das dominierende Thema meines Buches“.

Die Bedeutung, die seinem verspäteten Bekenntnis zukam, hatten Grass und sein Verlag völlig unterschätzt. Schon am Vorabend der Veröffentlichung des Interviews meldete die „Tagesschau“: „Der Schriftsteller Günter Grass hat eingeräumt, kurz vor Kriegsende Mitglied der Waffen-SS gewesen zu sein.“ Landauf, landab, auch international wurde die Angelegenheit gemeldet, kommentiert und diskutiert.

Und so gab es wieder eine SPIEGEL-Titelgeschichte: „Der Blechtrommler. Spätes Bekenntnis eines Moral-Apostels“.

Es rächte sich nun, dass er all die Jahre immer wieder moralische Vorgaben gemacht und andere maßregelt hatte. So wie 1969 den SPD-Politiker Karl Schiller, den er damals aufforderte, sich zu seiner NSDAP-Mitgliedschaft zu bekennen: „Es wäre für Sie eine Erleichterung und gleichfalls für die Öffentlichkeit so etwas wie die Wohltat eines reinigenden Gewitters.“ Und 1979 hatte er geschrieben, andere Völker seien „auf fragwürdige Weise glücklicher, also vergesslicher“, einzig den Deutschen sei „kein Ausweichen erlaubt“.

Was bei der aufgeregten Debatte unterging, war die literarische Qualität des Erinnerungsbuchs „Beim Häuten der Zwiebel“. Grass, der bis dahin mit autobiografischen Versuchen selten eine glückliche Hand bewiesen hatte, zeigte sich hier als problembewusster Erzähler seines Lebens. Seine klugen Fragen nach der Tauglichkeit von Erinnerung wirkten nun aber wie ein taktisches Manöver: Beim Schreiben über die eigene Person gebe oft „die Lüge oder deren kleine Schwester, die Schummelei, den haltbarsten Teil der Erinnerung“ ab: „Niedergeschrieben klingt sie glaubhaft.“

Im Frühjahr 2007 schließlich veröffentlichte Grass, den die Kritik an seiner späten Offenbarung tief getroffen hatte, seinen Lyrikband „Dummer August“. Die Gedichte, die der einst großartige Lyriker darin präsentierte, waren in ihrer verzweifelten Selbstgerechtigkeit erschütternd. Was der eigenen seelischen Stabilisierung gedient haben mochte, hätte niemals an die Öffentlichkeit gehört.

Da habe „ein Jemand“ (gemeint der damalige „FAZ“-Herausgeber Frank Schirrmacher), geschickt „im Gewerbe der Niedertracht“, einen Satz aus „dem weitläufigen Gefüge“ (seiner Autobiografie) herausgeschnitten und „aufs Podest“ gestellt, „gezimmert aus Lügen“. Ein trotziger, aber eigentlich eher trauriger Behauptungsversuch eines Angeschlagenen.

Wie andere große Figuren des westdeutschen Literaturbetriebs erfuhr so auch Günter Grass eine späte, selbst verschuldete Zerstörung seiner Reputation. Nicht durch Taten, die vielleicht lässlich waren oder nur Gegenstand historischer Speku-

FOTOS: MICHAEL GOTTSCHALK / PHOTOHEK VIA GETTY IMAGES (L.); AP / PICTURE ALLIANCE / DPA / SÜDDEUTSCHER VERLAG (R.)

lation – wie eine Parteimitgliedschaft oder das Mitmachen bei der Waffen-SS mit wahrscheinlichen, aber nicht mehr ermittelbaren Gewaltakten. Sondern durch das Schweigen, das Nichterinnern, das vorsätzliche Retuschieren der eigenen Biografie von Männern, deren Berufung das Reden, das Schreiben und das Bewerten war. Es waren Figuren wie Grass, die sich nicht scheuten, einen Politiker wie Adenauer, der als Katholik unbescholten durch die Nazi-Zeit gegangen war, als Vertreter von „Mief“ und „Restauration“ zu geißeln. Und die sich ohne erkennbare Zweifel an der eigenen moralisch-politischen Vortrefflichkeit als Hohepriester des guten Deutschland gerierten: immer auf der Seite des Fortschritts, der Transparenz und der Demokratie – und immer bereit zur Kritik an allen Arten von Muckertum.

Es ist eine Generation mit schmerzhafter Befangenheit: Von Kindheit an waren diese Männer der Propaganda des Nationalsozialismus ausgesetzt. Ohne deutliche Gegnerschaft im familiären Milieu war es wohl kaum möglich, sich der ideologischen Imprägnierung vollkommen zu entziehen.

Erst in den letzten Kriegsjahren am verbrecherischen Geschehen beteiligt, als Flakhelfer oder als Jungsoldat im letzten Einsatz, fühlten sie sich zu Recht nicht verantwortlich für die deutschen Verbrechen; gleichwohl waren sie mitschuldig geworden. Die meisten hatten Szenen erlebt, die das Fassungsvermögen der Seele übersteigen, sie waren traumatisiert, ohne als Opfer zu gelten. Aus dieser Spannung zwischen Mittäterschaft und Unfreiwilligkeit, zwischen Verantwortung und Missbrauchtwordensein, zwischen später Erkenntnis und früher Verführung, zwischen Schuldgefühl und Opferzorn erwuchs eine dumpfdeutsche Mischung. Man konnte sie noch in den Sechzigerjahren in den Kneipen beim Frühschoppen spüren. Oder in den Neunzigerjahren in dem Furor erkennen, von dem die Wehrmachtsausstellung begleitet war. Oder in dem Hinhalten, mit dem die Justiz, die Schulen, Behörden und Institutionen und die im Nationalsozialismus fett gewordenen Firmen sich jahrzehntelang der Auseinandersetzung und der Verantwortung entzogen.

Wann wäre für einen wie Grass der richtige Moment gewesen, Auskunft über sich zu geben? Zum Beispiel an jenem Tag, als Helmut Kohl und Ronald Reagan 1985 gemeinsam einen Soldatenfriedhof besuchten, auf dem auch SS-Soldaten begraben sind. Da hätte auch ich liegen können, und ich berichte euch jetzt, warum: Das wäre eine interessante Erzählung geworden.

Grass zog es vor, wie so viele Male, die anderen wegen Geschichtsklitterung herunterzuputzen. Da war sein Ich schon so groß, dass es keine Minderung mehr ertragte.



„Blechtrommel“-Aufführung mit Regisseur Perceval (l.) und Autor Grass*: Ein glücklicher Mann

Da war das Bewusstsein der eigenen Untadeligkeit schon so fest, dass es kein Schwanken mehr gab. Die Abspaltung des Mitläufertums ließ keinen Zweifel zu, keine Irritation, keine Erinnerung mehr sogar bei einem Erinnerungskünstler wie ihm.

So war es offenbar möglich, die eigene verdrängte Schuld nur bei den anderen zu sehen, am Ende bei einem ganzen Volk. Denn das Statement, dass Deutschland sich als Buße für Auschwitz nie mehr vereinigen sollte, ist Ausdruck eines gigantischen Schuldgefühls, das aber nicht dort verortet wird, wo es allein sinnvoll ist, nämlich beim Individuum.

Dieses Grass-Diktum ist auch Ausdruck eines Misstrauens: Wie soll man einem Volk, das Auschwitz zu verantworten hat, je wieder trauen können? Diese Frage aber hätte nur Sinn ergeben, wenn er sie an sich selbst gestellt hätte, an einen, der sich selbst nicht ganz trauen kann. Weil Grass anders gehandelt hat, als er es für gut befindet. Er hat geschwiegen, wo er hätte reden sollen. Er hat verleugnet, vertuscht und verdreht, wo Ehrlichkeit zur Beschämung geführt hätte und zur Aufklärung über sich selbst – als einem, der sicher nicht schlechter, aber auch nicht viel besser war als die meisten um ihn herum.

Im Jahr 2012 war es dann ein Gedicht, zeitgleich in mehreren europäischen Zeitungen veröffentlicht, das Grass ein letztes Mal in den Mittelpunkt einer Debatte rückte, in der die deutsche Schuldfrage über sechs Jahrzehnte nach Kriegsende wieder einmal verhandelt wurde.

„Was gesagt werden muss“: ein in Zeilen gebrochenes Pamphlet gegen den Staat Israel und dessen Furcht davor, dass der feindlich gesinnte Iran zur Atommacht werden könnte. Grass stellte den Sachverhalt auf den Kopf, indem er im Gedicht befürchtet, dass Israel mit einem „Erstschlag“ das „iranische Volk auslöschen könnte“.

Der Kern der Grass-Argumentation sind die Zeilen: „Warum sage ich jetzt erst, / galtet und mit letzter Tinte: / Die Atommacht Israel gefährdet / den ohnehin brüchigen Weltfrieden?“ In einer revidierten Fassung des Gedichts ergänzte Grass später diese Frage um den Zusatz: „Die gegenwärtige Regierung der Atommacht Israel ...“

Es war ein unausgeglichener Versuch, mit pseudoliterarischen Mitteln ein politisches Statement abzugeben und über Israels Politik zu richten. Und es entbehrte wiederum nicht einer gewissen Tragik, dass

* Am 28. März im Thalia Theater in Hamburg.

SPIEGELBESTSELLER

Im Auftrag des SPIEGEL wöchentlich ermittelt vom Fachmagazin „buchreport“; nähere Informationen und Auswahlkriterien finden Sie online unter: www.spiegel.de/bestseller

Belletristik

- 1 (1) **Jussi Adler-Olsen**
Verheißung
dtv; 19,90 Euro
- 2 (2) **Martin Suter**
Montecristo
Diogenes; 23,90 Euro
- 3 (5) **Dörte Hansen**
Altes Land
Knaus; 19,99 Euro
- 4 (3) **Lucinda Riley**
Die sieben Schwestern
Goldmann; 19,99 Euro
- 5 (4) **Michel Houellebecq**
Unterwerfung
DuMont Buch; 22,99 Euro
- 6 (11) **Kiera Cass**
Selection – Der Erwählte
Fischer Sauerländer; 16,99 Euro
- 7 (7) **Amos Oz**
Judas
Suhrkamp; 22,95 Euro
- 8 (6) **Jan Wagner**
Regentonnenvariationen
Hanser Berlin; 15,90 Euro
- 9 (8) **Jan Weiler**
Kühn hat zu tun
Kindler; 19,95 Euro
- 10 (9) **Cassandra Clare**
City of Heavenly Fire – Chroniken der Unterwelt
Arena; 24,99 Euro
- 11 (14) **Sabine Ebert**
1815 – Blutfrieden
Knaur; 24,99 Euro

Der Roman über die Zeit nach Napoleons Niederlage in der Völkerschlacht fördert fast vergessene Episoden der sächsischen Historie zutage
- 12 (10) **Klaus Modick**
Konzert ohne Dichter
Kiepenheuer & Witsch; 17,99 Euro
- 13 (20) **John Williams**
Butcher's Crossing
dtv; 21,90 Euro
- 14 (17) **Milan Kundera**
Das Fest der Bedeutungslosigkeit
Hanser; 16,90 Euro
- 15 (16) **Sebastian Fitzek**
Passagier 23
Droemer; 19,99 Euro
- 16 (13) **Cornelia Funke**
Reckless – Das goldene Garn
Dressler; 19,99 Euro
- 17 (15) **Stephen King**
Revival
Heyne; 22,99 Euro
- 18 (12) **John Grisham**
Anklage
Heyne; 22,99 Euro
- 19 (-) **Susanne Fröhlich**
Wundertüte
Fischer Krüger; 16,99 Euro
- 20 (-) **Kiera Cass**
Selection – Die Elite
Fischer Sauerländer; 16,99 Euro

Sachbuch

- 1 (1) **Helmut Schmidt**
Was ich noch sagen wollte
C. H. Beck; 18,95 Euro
- 2 (3) **Wilhelm Schmid**
Gelassenheit – Was wir gewinnen, wenn wir älter werden
Insel; 8 Euro
- 3 (2) **Hape Kerkeling**
Der Junge muss an die frische Luft
Piper; 19,99 Euro
- 4 (4) **Thilo Bode**
Die Freihandelslüge
DVA; 14,99 Euro
- 5 (5) **Mahtob Mahmood**
Endlich frei
Bastei Lübbe; 19,99 Euro
- 6 (6) **Udo Ulfkotte**
Gekaufte Journalisten
Kopp; 22,95 Euro
- 7 (9) **Jean Ziegler**
Ändere die Welt
C. Bertelsmann; 19,99 Euro
- 8 (8) **The Bodleian Library (Hg.)**
Leitfaden für britische Soldaten in Deutschland 1944
Kiepenheuer & Witsch; 8 Euro
- 9 (7) **Guido Maria Kretschmer**
Eine Bluse macht noch keinen Sommer
Edel Books; 17,95 Euro
- 10 (10) **Peter Scholl-Latour**
Der Fluch der bösen Tat
Propyläen; 24,99 Euro
- 11 (-) **Hubert Wolf**
Krypta
C. H. Beck; 19,95 Euro
- 12 (12) **Alexander von Schönburg**
Smalltalk
Rowohlt Berlin; 16 Euro
- 13 (15) **Ferdinand von Schirach**
Die Würde ist antastbar
Piper; 16,99 Euro
- 14 (-) **Bettina Tietjen**
Unter Tränen gelacht
Piper; 19,99 Euro

Bewegende Erinnerungen der Moderatorin an ihren demenzkranken Vater und die letzten Jahre mit ihm
- 15 (16) **Thomas Piketty**
Das Kapital im 21. Jahrhundert
C. H. Beck; 29,95 Euro
- 16 (-) **Heinrich August Winkler**
Geschichte des Westens – Die Zeit der Gegenwart
C. H. Beck; 29,95 Euro
- 17 (-) **Bruno Preisendörfer**
Als Deutschland noch nicht Deutschland war
Galiani; 24,99 Euro
- 18 (-) **Florian Huber**
Kind, versprich mir, dass du dich erschießt
Berlin; 22,99 Euro
- 19 (14) **Miriam Gebhardt**
Als die Soldaten kamen
DVA; 21,99 Euro
- 20 (-) **Margot Käßmann / Konstantin Wecker (Hg.)**
Entrüestet euch!
Gütersloher Verlagshaus; 14,99 Euro

Grass sich drei Jahre vor seinem Tod damit dem Verdacht aussetzte, seinem lebenslangen Engagement gegen jede Form von Antisemitismus einer Revision zu unterziehen. Das wird kaum seine Absicht gewesen sein. Am 4. April 2012 erschien das Gedicht, vier Tage später verhängte Israels Regierung ein Einreiseverbot gegen Grass – 45 Jahre nach seinem ersten Besuch in diesem Staat, der erst nach dem deutschen Völkermord an den Juden gegründet wurde.

Für Grass war es der bittere Tiefpunkt seiner langen Beziehung zu diesem Land und seinen Bewohnern. Das Einreiseverbot werde ihn nicht daran hindern können, antwortete er, „mir meine hilfreichen Erinnerungen an mehrere Reisen nach Israel wachzuhalten“. Und er stellte klar: „Immer noch sehe ich mich dem Land Israel unkündbar verbunden.“

Ende Januar dieses Jahres las er in der voll besetzten Kirche St. Jakobi in Lübeck noch einmal öffentlich aus seinem Buch „Im Krebsgang“. Anlass war die Eröffnung einer Ausstellung im benachbarten Günter Grass-Haus zum 70. Jahrestag des „Gustloff“-Untergangs, insbesondere zu der Novelle. Auf der Fahrt von seinem Wohnort Behlendorf nach Lübeck hatte Grass seiner Frau Ute besorgt geklagt, seine Stimme werde wohl dieses Mal nicht mehr ausreichen. Davon konnte keine Rede sein.

Ein aufschlussreiches Detail ist in der noch bis Ende September laufenden Ausstellung zu entdecken, wo Vorfassungen des Anfangs der Novelle zu sehen sind. Auf die selbst gestellte Eingangsfrage, warum der Erzähler erst so spät dieses Thema aufgreift, war ursprünglich zu lesen: „Weil ich dann alles hätte auspacken müssen.“ Genau diesen Satz hat Grass vor der Veröffentlichung im Jahr 2002 wieder gestrichen. Er war sich offenbar schon lange schmerzlich der Leerstelle in seiner offiziellen Vita bewusst.

Nun ist er tot. Gestorben am vergangenen Montag in einem Lübecker Krankenhaus.

Er dürfte in einem Blick voraus auch von sich selbst gesprochen haben, als er 2002 im Nachruf auf seinen Widerpart Rudolf Augstein schrieb: „Sein Tod ist ein Verlust, das sehe ich mit Trauer, auch in dem Bewusstsein, dass Augstein nicht zu ersetzen sein wird. Ich könnte mir vorstellen, dass sich in der jüngeren Generation ein Stück Verlassenheit breit macht – vielleicht geht man jetzt mit den letzten Alten etwas pfleglicher um.“

Mitarbeit: Lothar Gorris, Elke Schmitter



Animation:
Grass über Grass

spiegel.de/sp172015grass
oder in der App **DER SPIEGEL**

Vom Tukan lernen heißt Stil zu lernen. Manchem mag das orange Make-up zu akzentuiert wirken – über jeden Zweifel erhaben ist jedoch sein schwarz-weißes Federkleid (wie hält er bloß das Weiß so rein?). Einen spielerischen Umgang mit Luxus beweist der Regenwaldvogel im

gewagt

blauen Kajal seiner Augen. Nie mehr als drei Farben? Der Tukan pfeift auf diese Regel. Welche Kombinationen auch außerhalb des Regenwalds tragbar sind, erfahren Sie jeden Sonntag in unserem Stilteil.



WELT *am* **SONNTAG**

Eine Woche Inspiration.

Vor der Lackierstraße des Studios Babelsberg steht eine Herde Wisente, europäische Bisons, gegossen aus Kunststoff, in Lebensgröße, strahlend weiß. Robert Krüger zeigt auf ein leuchtendes Aquamarinblau und sagt: „Der Kunde will sie gern in dieser Farbe.“ Krüger ist im Studio für Farben und Oberflächen von Dekors und Requisiten verantwortlich. „Na ja“, sagt er, „die Wisente sollen auch auffallen.“

Die Spritzarbeiten an den weißen Rindviechern sind der Auftrag eines Freizeitparks vor den Toren Berlins. Krüger arbeitet seit fast 30 Jahren in Babelsberg und hat mit seinem Team unter anderem die Guy-Fawkes-Maske für den Film „V wie Vendetta“ entwickelt, die zum Symbol der Occupy-Bewegung wurde. Nun also Plastikrinder statt Hollywood-Masken. Das Studio braucht gerade jeden Auftrag.

Die Hallen des ältesten und größten Studios Europas stehen weitgehend leer, derzeit wird hier kein Film gedreht. Für 2014 rechnet Babelsberg mit Verlusten von zweieinhalb Millionen Euro, im kommenden Jahr zieht sich das Unternehmen von der Börse zurück. Die Aktie ist zurzeit 63 Cent wert, ein Drittel ihrer Erstnotierung. „Die Lage ist dramatisch“, sagt der Vorstandsvorsitzende Carl Wobcken.

Vor rund zwei Monaten erhielt die in Babelsberg und Görlitz entstandene Komödie „Grand Budapest Hotel“ bei den Oscars vier Auszeichnungen, unter anderem für die Dekors, die in den Babelsberger Werkstätten hergestellt worden waren. Krüger zeigt stolz auf die rosa Farbmuster für das Interieur des Hotels.

Das 1912 eröffnete Studio, in dem Fritz Lang 1926 seinen Science-Fiction-Klassiker „Metropolis“ drehte und Marlene Dietrich 1930 im „Blauen Engel“ spielte, konnte in den vergangenen 13 Jahren 40 Oscar-Nominierungen verzeichnen. In der sogenannten Berliner Straße, einer 7000 Quadratmeter großen Außenkulisse, drehte Roman Polanski für seinen Film „Der Pianist“ (2002) Szenen, die im Warschauer Getto spielen.

Weil die einheimische deutsche Produktion zu kümmerlich ist, um das Studio auszulasten, hat sich Babelsberg auf internationale Filme spezialisiert. Der Regisseur Quentin Tarantino brachte seine „Inglourious Basterds“ hierher, die „Matrix“-Macher Andy und Lana Wachowski arbeiten gleich mehrfach in Babelsberg. „Wir haben einen guten Ruf“, sagt Wobckens Partner Christoph Fisser. „Doch es ist ein extrem aggressives Geschäft geworden, es herrscht ein brutaler Wettbewerb.“

In den vergangenen Jahren sind weltweit viele Filmstudios gebaut oder erweitert worden, in Island, Marokko oder Malaysia. Für personalintensive Arbeiten wie den Kulissenbau gehen Produzenten gern

Die Kunst des Geschäfts

Kino Vier Oscars bekam der in Babelsberg produzierte Film „Grand Budapest Hotel“. Dennoch kämpft das traditionsreiche Studio ums Überleben.



Szene aus „Grand Budapest Hotel“

in Billiglohnländer. Und über 80 Länder haben Förderprogramme aufgelegt, sie locken internationale Produktionen mit großzügigen Steuererleichterungen. Tradition wie in Babelsberg spielt da kaum eine Rolle.

Wobcken und Fisser übernahmen Babelsberg 2004 von dem französischen Konzern Vivendi für den symbolischen Kaufpreis von einem Euro und verpflichteten sich, das verlustreiche Unternehmen weiterzubetreiben. Sie reduzierten das Personal von 250 auf unter 100 Festangestellte und brachten das Studio 2005 an die Börse.

Der Zeitpunkt war ungünstig. Ende 2005 schränkte das Finanzministerium die Möglichkeiten von Investoren stark ein, über Beteiligungen an Medienfonds Steuern zu sparen. Bis zu 14 Milliarden Euro waren zwischen 1997 und 2005 aus Deutschland über diese Fonds in Film- und Fernsehproduktionen geflossen. Hollywood nannte dieses Geld „stupid german money“.

Babelsberg bekam zu spüren, dass nun deutlich weniger Kapital in Filme investiert wurde. Einige in den Studios entstandene Großproduktionen wie der Kriegsfilm „Duell – Enemy at the Gates“ (2001) waren über Medienfonds finanziert worden. Um die Branche zu stützen, schuf Kulturstaatsminister Bernd Neumann 2007 den Deut-

schen Filmförderfonds (DFFF), einen staatlichen Subventionstopf mit einem Jahresbudget zwischen 50 und 70 Millionen Euro.

Die Babelsberger zählen zu den größten Nutznießern des DFFF. „Ohne dieses Geld hätten wir Tarantino nicht nach Babelsberg holen können“, sagt Fisser. „Er war schon auf dem Weg nach Frankreich, wo ‚Inglourious Basterds‘ ja auch spielt. Und George Clooney wollte seinen Film ‚Monuments Men‘ ursprünglich in Budapest drehen, bevor wir ihn überzeugen konnten, nach Berlin zu kommen.“

Tarantino erhielt aus dem DFFF-Topf 6,8 Millionen Euro, Clooney 8,5 Millionen, „Grand Budapest Hotel“ von Wes Anderson 3,2 Millionen. Man kann sich fragen, warum diese drei Hollywood-Filme, die zusammen über 650 Millionen Dollar eingespielt haben, mit deutschen Steuergeldern bezuschusst werden mussten.

„Weil sonst der gesamte Filmproduktionsstandort Deutschland international aus dem Rennen wäre und wir das Studio dichtmachen könnten“, sagt Wobcken. „Seit Jahren findet ein weltweiter Subventionswettbewerb statt, alle buhlen um die großen Filme.“ Hollywood-Produzenten wissen, dass sie gern gesehen sind, weil sie viel Geld mitbringen und zum Imagegewinn jedes Drehorts beitragen. „Sie verlangen einen Obolus“, sagt Fisser.

Tatsächlich dreht Hollywood schon lange nicht mehr dort, wo die Geschichten der Filme spielen, sondern dort, wo es die meisten Subventionen gibt. Kanada rief bereits Mitte der Neunzigerjahre ein Förderprogramm ins Leben, mit der Folge, dass viele Filme, die in New York spielen, heute in Toronto entstehen.

Der US-Bundesstaat Louisiana lockt mit über 200 Millionen Dollar Subventionen pro Jahr Filmproduktionen an. Wer dort dreht, bekommt eine Steuergutschrift in Höhe von 30 Prozent der Kosten. Kalifornien sah sich unlängst gezwungen, sein Fördermodell massiv auszuweiten, damit wenigstens noch ein paar Hollywood-Filme in Hollywood entstehen.

Der mexikanische Staat soll den Produzenten der James-Bond-Serie 20 Millionen Dollar gezahlt haben, um sie dazu zu bewegen, einige Szenen des neuen 007-Films „Spectre“ in Mexico City zu drehen. Dafür sei das Drehbuch beträchtlich umgeschrieben worden, berichtete die Website Tax Analysts im vergangenen Monat.

Es ist zweifelhaft, ob es Filmen guttut, wenn die Schauplätze austauschbar sind und die Bilder nachträglich per Computer mit Lokalkolorit versehen werden. Doch der Wettbewerb der Länder und Regionen um die Akquise von Filmproduktionen wird sich eher noch verschärfen. Denn es geht um Geld und Arbeitsplätze.

Die Produktion der TV-Serie „Game of Thrones“ soll Island rund 3000 Hotelüber-



360°-Foto: Hinter den Kulissen von Babelsberg

spiegel.de/sp172015babelsberg
oder in der App DER SPIEGEL



Dreharbeiten von Babelsberg-Filmen „Metropolis“, 1926, „Monuments Men“, 2013, Studiokulissen „Brutaler Wettbewerb“

nachtungen eingebracht haben. Großbritannien gewährt pro Jahr Filmsubventionen von bis zu 250 Millionen Euro – rund anderthalb Milliarden Euro gaben die Produzenten dieser Filme jedes Jahr im Land aus. Die britische Regierung kündigte an, das Förderprogramm auszubauen.

Deutsche Produzenten, darunter auch die Babelsberger, ließen von der Unternehmensberatung Roland Berger eine Studie erstellen, die belegen soll, wie effizient Förderung ist. Dennoch wurde der DFFF von Kulturstaatsministerin Monika Grütters um zehn Millionen Euro gekürzt. Daraufhin, so Fisser, seien dem Studio zwei Großproduktionen weggebrochen.

Man merkt Woebcken und Fisser an, wie unwohl sie sich fühlen, Subventionen zu fordern. Als sie das Studio übernahmen, wollten sie Geschäfte machen, nicht Kunst. Von vielen deutschen Produzenten wurden sie angefeindet, weil sie Filmemachen so klar merkantil definierten. Es gehe den beiden nur um die Immobilie Babelsberg, hieß es oft.

Nun haben sie für sieben Millionen Euro ein Grundstück am Rand des Studiogeländes erworben, um darauf eine Außenkulisse zu bauen, für die Fernsehserie „Babylon Berlin“, die in den Zwanzigerjahren spielt und im kommenden Jahr gedreht werden soll. „Wenn es übel kommt, gehen die Produzenten nach Budapest“, sagt Fisser.

Die Produzenten der amerikanischen TV-Serie „Homeland“ wollten die fünfte Staffel in Zagreb drehen, obwohl sie in Berlin spielt. Kroatien bot ihnen besonders günstige Konditionen. Erst nach einem langen, harten Feilschen konnten Woebcken und Fisser sie überzeugen, nach Berlin und Babelsberg zu kommen. Demnächst sollen die Dreharbeiten beginnen.

Auch der neue Film der Marvel Studios, „Captain America: Civil War“, spielt in Berlin. Der deutsche Schauspieler Daniel Brühl wird darin den Bösewicht Baron Zemo verkörpern. Die Innenaufnahmen aber entstehen in der Nähe von Atlanta, wo der britische Pinewood-Konzern gerade ein neues Studio gebaut hat, ermutigt durch die üppige Filmförderung des US-Bundesstaats Georgia.

Woebcken und Fisser wirken in dieser globalisierten Welt wie zwei brave, mittelständische Unternehmer. Sie haben den Fundus der Studios entstaubt und archivierte und Hallen umbauen lassen, um einige der Requisiten zeigen zu können. Auch das ausgemusterte Mobiliar des neuen Adlon-Hotels steht hier, man kann ein Sofa mieten für 40 Euro am Tag.

Natürlich könnten sie die Hallen auch vermieten, sagt Woebcken. Zum Beispiel als Lager für den Paketdienst DHL. Er lächelt gequält. Möglicherweise das bessere Geschäftsmodell. Lars-Olav Beier

„Jeder Satz ein Porsche“

SPIEGEL-Gespräch Herbert Grönemeyer, 59, über den deutschen Nationaldichter Goethe und dessen „Faust I und II“, die er zusammen mit dem amerikanischen Regisseur Robert Wilson in Berlin auf die Bühne bringt

SPIEGEL: Herr Grönemeyer, Sie haben Ihre Künstlerkarriere als Theaterschauspieler angefangen und proben im Berliner Ensemble derzeit mit Bob Wilson den „Faust“. Wie kamen Sie zu Wilson, mit dem Sie 2003 schon Büchners „Leonce und Lena“ in Berlin gezeigt haben?

Grönemeyer: Begegnet sind wir uns Mitte der Achtzigerjahre in Köln. Damals war Jürgen Flimm dort Intendant, und meine verstorbene Frau Anna Henkel hat in Wilsons Stück „the CIVIL warS“ mitgespielt. Ich saß als Zuschauer damals begeistert und staunend im Theater und war hinterher ab und zu mit den Schauspielern in der Kantine. Dort haben Wilson und ich uns kennengelernt. Irgendwann gab es die Idee, zusammen etwas zu machen. Und dann haben er und das Berliner Ensemble mich 2002 angesprochen für „Leonce und Lena“.

SPIEGEL: Wilson hatte zuvor mit Musikern wie David Byrne und Tom Waits Stücke wie „The Forest“ und „The Black Rider“ erarbeitet. Hat Sie seine Anfrage auch wegen dieser berühmten Vorgänger gereizt?

Grönemeyer: Nicht nur unbedingt deshalb. Für mich war es, das klingt jetzt vielleicht ein bisschen komisch, vor allem eine tolle Gelegenheit, mich wieder mit dem Theater

zu beschäftigen. Ich hatte mit dem Theater nichts mehr zu tun, ich war völlig weg, als das Angebot für „Leonce und Lena“ kam. Und dann lief das sehr gut. Seither haben wir immer wieder überlegt, ob wir ein Musical zusammen machen. Ich finde, man müsste mit Bob ein richtiges Musical machen. Aber da fehlt uns bis heute der Stoff.

SPIEGEL: Stattdessen nun „Faust“, der Tragödie erster und zweiter Teil, das deutsche Nationaldrama schlechthin. Was interessiert Sie daran?

Grönemeyer: Ich bin jetzt nicht der allergrößte Goethe-Fan. Genauer beschäftigt habe ich mich bisher vor allem mit den Liebesgedichten und dem „Werther“. Den fand ich immer ein bisschen zu sauber, zu clean. Da war jemand von außen, der beobachtete die ganze Zeit, der guckte immer nur zu, was seinen Figuren passierte. Da war mir zu wenig eigener Wahnsinn.

SPIEGEL: Gilt das auch für den „Faust“, an dem Goethe viele Jahre lang gearbeitet hat?

Grönemeyer: Nein. Der „Faust“ hat mich wirklich überrascht. Schon der erste Teil ist ja ziemlich biestig, da ist Goethe böse,

auch gegen sich selbst. Aber im zweiten Teil ist er richtig anarchisch. Da zeigt Goethe eine Seite von sich, die einen manchmal an Büchner denken lässt, so verschroben und wild ist das.

SPIEGEL: „Faust II“ gilt vielen Theaterleuten als unaufführbar. Haben Sie sich überhaupt „Faust“-Inszenierungen anderer Regisseure angeschaut?

Grönemeyer: Klar, ich habe nicht nur die Dramaturgen befragt, sondern mir auch was angesehen. Ich habe mir die Verfilmung der alten Gustaf-Gründgens-Inszenierung von 1960 noch mal angeschaut, mit Will Quadflieg als Faust. Die ist betulich und ein bisschen affig, aber gut, um das Stück überhaupt mal zu verstehen. Den „Faust II“ habe ich schon vor einiger Zeit in einer Inszenierung im Berliner Deutschen Theater gesehen, mit Ingo Hülsmann und Nina Hoss. Da habe ich nichts verstanden.

SPIEGEL: Weil „Faust II“ vielleicht nicht zu kapieren ist?

Grönemeyer: Das finde ich nicht. Er ist sogar enorm aktuell. Ich würde „Faust II“ als eine Ansammlung von Trips beschreiben. Es sind Spinnereien, in denen Faust seine Lebenserfahrungen durchspinnt, in Form von Bilanz, Wahnsinn, Träumen. Er tut es wie im Rausch. Und er vermischt, glaube ich, Intellekt und Klugheit mit Sehnsucht



Video: Robert Wilson über die Arbeit mit Herbert Grönemeyer

spiegel.de/sp172015groenemeyer
oder in der App **DER SPIEGEL**

und Wahnsinn. Das hat was, gerade wenn man die Ernsthaftigkeit ein bisschen weglässt und sich sagt, der Autor hat das alles gar nicht so verbissen und so deutsch und so ernst gemeint. Man muss an den zweiten Teil von „Faust“ mit einer gewissen Lässigkeit herangehen. Sonst erschlägt dich die Wucht der Sprache und der Bilder, von den Sprüngen ins Mittelalter und in die Antike, zu Helena und zum Homunculus.

SPIEGEL: War es Ihr Anspruch beim Schreiben der Songs und der Musik für „Faust“, das Stück und die Story zugänglicher zu machen?

Grönemeyer: Ja. Beim Lesen des Stücks und erst recht bei unserer Bearbeitung merkt man, dass Goethe im Grunde Lieder geschrieben hat. Nicht, weil sich die Texte reimen. Sie sind irre intensiv. Man muss die Rhythmik dieser Texte finden. Die Fassung des „Faust“, die wir zeigen, ist stark gekürzt. Gerade für den zweiten Teil hatte ich mir vorgenommen, ihm die Wucht des Überbaus zu nehmen und dafür genau auf das zu bauen, was wirklich im Text steht. Wenn das gelingt, dann ist einiges klarer.

SPIEGEL: Goethe ist ja nicht nur der meistbewunderte, sondern auch einer der meistbeschimpften deutschen Dichter. Gerade wegen der Gretchen-Figur im „Faust“ wird er als eitler, womöglich frauenhassender Autor beschrieben. Wie problematisch ist das „Faust“-Frauenbild in Ihren Augen?

Grönemeyer: Goethe ein Frauenhasser? Ich meine, Faust ist zu Gretchen sicher nicht besonders nett, aber ich finde es schwierig, wenn Kunst den Menschen selbst erklären soll. Ich in meiner Limitiertheit würde das nicht mal versuchen. Ich habe vor zwei Jahren für ein Museum in Weimar einen kleinen Aufsatz über Goethe und die Liebe geschrieben. Darüber, wie er sich in seinen Gedichten immer danach sehnt,

sich hineinzuworfen in die Liebe, aber zugleich gern draußen bleibt und stattdessen dieses Pure beschreibt. Vielleicht geht Faust im ersten Teil der Tragödie zynisch mit Gretchen um, aber im zweiten Teil, würde ich sogar sagen, begreift er, wie zynisch er im ersten war. Ich glaube, dass Goethe im Alter anfang, an seiner Beobachterattitüde zu zweifeln, dass er gemerkt hat: Oh shit, im Grunde genommen habe ich völlig versäumt zu leben, mich zu beiratsuchen. Wohin bin ich damit gekommen? Was hat mir das gebracht? Das ist für mich letztendlich das Thema im „Faust“. Deshalb macht er Spaß – was aber nicht heißt, dass ich ihn jetzt komplett begriffen hätte!

SPIEGEL: Wer ist die interessantere Figur – Heinrich Faust oder Mephisto?

Grönemeyer: Wir kommen im Berliner Ensemble auf den Trichter, dass das eine Person ist. Wenn man beide Teile nacheinander macht, überkreuzen sich die beiden Figuren am Schluss. Irgendwann nimmt Faust letztlich die Mephisto-Rolle ein, er geht dem Mephisto auf den Senkel. Er nervt ihn, weil er im Grunde noch viel härter und gemeiner ist als Mephisto. Ich würde fast sagen: Faust überholt den Mephisto, am Ende von „Faust II“ ist er der Irrere von beiden.

SPIEGEL: Was für eine Musik passt zu diesem irren deutschen Helden?

Grönemeyer: Wir haben versucht, den ersten Teil, in Anführungsstrichen: „krautrockig“ zu machen. Oft war ich überrascht, wie sehr einem manche Texte unter die Haut gehen, zum Beispiel dieses Gretchen-Lied.

SPIEGEL: Wenn Gretchen am Spinnrad singt „Meine Ruh ist hin.“

Grönemeyer: „Mein Herz ist schwer.“ Ja, das hat manchmal eine unglaubliche Kraft, die

man bei Goethe nicht erwartet. Seine Sprache ist oft so ziseliert, ganz perfekt, jeder Satz ein Porsche. Deutsche Wertarbeit. Shakespeare ist wilder, schlampiger. In „Faust II“ kommt Goethe aber an diese Lässigkeit heran.

SPIEGEL: Ist ausgerechnet der Regisseur Bob Wilson, der als strenger Bilder-Arrangeur gilt, für diese Lässigkeit der richtige Mann?

Grönemeyer: Natürlich! Er ist überhaupt nicht streng. Er ist liebenswürdig und warmherzig und einfach sehr zurückhaltend. Er hat ein unglaublich präzises Auge; auch im Privatleben, glaube ich. Er guckt sehr genau und bleibt dementsprechend ruhig. Wilson inszeniert Bilder, quasi seckündlich, er geht im Grunde wie ein Maler vor. Er gibt den Schauspielern einen Rahmen, in dem sie agieren können wie auf einem Hochseil. Dieses Seil ist total gesichert. Das erlaubt den Schauspielern unglaubliche Feinheiten.

SPIEGEL: Sie arbeiten fast ausschließlich mit Schauspielerschülern, die keine ausgebildeten Sänger sind.

Grönemeyer: Zum Teil, aber wir haben sie schon danach ausgewählt, ob sie gut singen. Es wird ja relativ viel gesungen. Großartig ist die Dynamik und Präsenz der jungen Schauspieler, die sind alle wunderbar.

SPIEGEL: Wie funktioniert Wilsons Zusammenarbeit mit Ihnen als Musiker?

Grönemeyer: Im „Faust“ hat jede Szene eine eigene Atmosphäre. Die Musik ist hier fast wie Licht. Für Bob Wilson ist sie ein Werkzeug, eine Inspiration dafür, wie er die Szene anlegt. Ich habe immer vorausgearbeitet. Er fragt: „What’s the music for the scene?“ Dann spielen wir was vor, und wenn wir Glück haben, findet er das gut. Manchmal sagt er dann auch: „No, that’s too slow. That’s boring.“ Oder: „That’s too much. Keep it down.“



„Faust“-Probenszene im Berliner Ensemble: „Dass Heinrich Faust jodelt, fand ich irgendwie cool“



Jungschauspieler Grönemeyer 1978, „Leonce und Lena“-Macher Grönemeyer, Wilson 2003: „Nicht nur Schönheit, sondern auch Witz“

SPIEGEL: Erleichtert es Ihnen das Arbeiten, wenn Sie Teile der Verantwortung abgeben? Sie sind ja sonst in Ihrer Musikerarbeit für alles verantwortlich.

Grönemeyer: Ich gebe keinen Teil der Verantwortung ab. Ich mache das, was ich machen soll, absolut eigenverantwortlich und mit vollem Risiko. Bei seinem ersten Auftritt lasse ich den Faust jodeln.

Das fand ich irgendwie cool.

SPIEGEL: Warum jodelt Faust?

Grönemeyer: Weil der Schauspieler aus Bayern kommt (*lacht*). Nein, das kam eher, weil er und Mephisto auf einer Schaukel sitzen und Faust sich selbst beschreibt, seine Unfähigkeit zur Lebenslust, da fand ich den Jodler gut.

SPIEGEL: Klingt, als sei es für Sie keine allzu ernste Arbeit.

Grönemeyer: Im Gegenteil! Das Schöne ist, dass ich mich auf die Musik konzentrieren kann, was ich eh lieber mag, als an Texten zu arbeiten. Ich glaube, dass ich schönere Musik mache als Texte schreibe. Wilson ist bei all seiner Präzision auch chaotisch, nichts ist festgelegt. Er verzichtet auf all die Machtspiele, die im Theater nerven. Fast alle Regisseure, die ich kannte in meiner Theaterzeit, sind ja hauptsächlich am Theater gewesen, um ihre Macht auszuspielen und zu testen.

SPIEGEL: Sie haben unter anderem mit Peter Zadek gearbeitet, war der so ein Machtspieler?

Grönemeyer: Konnte er sein. Aber anders als die vielen deutschen Regisseure, die immer ihren Grips über ein Stück werfen müssen, konnte Zadek Komödien inszenieren. Der hat dieses deutsche Grips-Überwurf-Theater verachtet. Ich konnte nichts damit anfangen. Wer keine Komödien inszenieren kann, der ist meiner Meinung nach am Theater eh schon falsch. Wenn man das mit der E- und U-Musik vergleicht: Für mich ist gutes

Theater niemals E, sondern immer U, egal welches Stück zur Aufführung kommt.

SPIEGEL: Wann kamen Sie zum Theater?

Grönemeyer: Mit 17, in den Siebzigern. Da war Zadek in Bochum Intendant, und die suchten einen Pianisten. Ich spielte damals in Bochum in einer Band und war lokal bekannt, weil ich in den Jugendheimen auftrat. Mit 13 hatte ich in meiner ersten Band gespielt, ich war Sänger und kein großer Pianist, trotzdem habe ich im Theater vorgespielt. Der Regisseur, glaube ich, war ziemlich bekifft. Auf jeden Fall haben die mich engagiert. Und ich kriegte den Titel „musikalischer Leiter“, da machte ich noch Abitur. Dann habe ich in Zadeks „Frühlings Erwachen“ gespielt. Und später hat er mich mitgenommen nach Hamburg zum „Wintermärchen“.

SPIEGEL: Und plötzlich standen Sie auch als Schauspieler auf der Bühne, ohne jede Schauspielerausbildung?

Grönemeyer: Ja, und ich würde sagen, an mir ist nicht das größte Talent verloren gegangen. Ich konnte heiter vor mich hin spielen, ich war für manche kleinen Rollen ganz passend. Ich fand das Leben am Theater wunderbar, aber ich hatte keinen Zug zur Schauspielkunst. Ich habe in Bochum Werner Schröter und Rainer Werner Fassbinder kennengelernt und war dann auch für ein halbes Jahr bei Claus Peymann in Stuttgart. Aber verrückterweise war Zadek der Einzige, der in mir irgendwas Interessantes zu erkennen glaubte. Irgendwann sollte ich den Fortinbras in seiner „Hamlet“-Inszenierung spielen und bin ausgestiegen. Das fand Zadek noch interessanter: Da wollte einer aussteigen! Und so hat er mich mitgenommen nach Hamburg.

SPIEGEL: Wie kam es, dass Ihre Theaterbegeisterung erlahmte?

Grönemeyer: Zadek war kein einfacher Mensch. Ich mochte ihn immer gern, aber er konnte nicht bloß gemein komisch, sondern auch zynisch sein. Er war ein unfassbarer Techniker. Wie ein Musiker, der Flamenco-Gitarre, klassische Gitarre, E-Gitarre, rhythmische Gitarre, einfach alles kann. Das habe ich oft vermisst an anderen Regisseuren im deutschen Theater, dieses Handwerk, nicht bloß die Schönheit, sondern auch den Witz zu transportieren, der in der Sprache steckt. Mit Zadek hatte man oft einen Heidenspaß, gleichzeitig konnte er einem auf der Bühne den Tiefsinn des Lebens erklären. Das schaffen nicht viele.

SPIEGEL: Was fanden Sie zuletzt toll im Theater?

Grönemeyer: „Die (s)panische Fliege“ von Herbert Fritsch in der Volksbühne fand ich gigantisch, aber auch „Die Fledermaus“ im Deutschen Theater und „Die kleinen Füchse“ an der Schaubühne.

SPIEGEL: Für viele Politiker und auch für viele Feuilletonisten steht das Theater heute unter Rechtfertigungsdruck, man findet es anders als zu Zadeks großen Zeiten nicht mehr wichtig und relevant. Sie auch?

Grönemeyer: Das ist kompletter Unsinn. Im Theater gibt es Phasen, in denen die richtigen Ansätze fehlen, Senken, in denen es sich neu erfinden muss. Aber ich glaube, Theater wird immer relevant bleiben. Dieser konkrete Bezug der Darsteller zum Publikum, die Chance, in diesem einen Moment auf der Bühne sich der eigenen Gegenwart zu stellen! Das wird bestehen bleiben.

SPIEGEL: Was riskieren Sie, wenn der „Faust“ schiefeht?

Grönemeyer: Alles, was ich mache, ist riskant. Ich glaube, dass Bob Wilson und ich schon bei „Leonce und Lena“ etwas Schönes hingekriegt haben. Und diesmal steckt eine ganz andere Lebenswucht dahinter, weil Büchner nur 23 wurde und Goethe über 80. Über ein Scheitern mache ich mir keine Gedanken. Ich möchte nur, dass jeder, der in diesem „Faust“ drinsitzt, halbwegs mitkriegt, worum es geht. Ich will spüren, dass die Schauspieler und die Musiker Lust haben und das auch präsentieren. Das ist der Anspruch. Mehr brauch ich nicht.

SPIEGEL: Herr Grönemeyer, wir danken Ihnen für dieses Gespräch.

Große Künstler, große Stoffe

Kooperationspartner von Robert Wilson (Auswahl)



PETER LUDDERS

David Byrne

„The Forest“ 1988



GETTY IMAGES

Tom Waits

„The Black Rider“ 1990

„Alice“ 1992

„Woyzeck“ 2000



LAIF

Lou Reed †

u. a. „POetry“ 2000

„Lulu“ 2011



GETTY IMAGES

Herbert Grönemeyer

„Leonce und Lena“ 2003

„Faust I + II“ 2015



Frankensteins Traumfrau

Filmkritik *Dürfen Roboter sexy sein? Alex Garland's Science-Fiction-Thriller „Ex Machina“ gibt verstörende Antworten.*

Kinostart: 23. April

Sie heißt Ava, sie hat eine perfekte Figur, sie bewegt sich mit der Anmut und Präzision einer Balletttänzerin. Ein feinmaschiges Metallgewebe bedeckt ihre Schultern, ihre Brüste und Hüften, doch große Teile ihrer Haut bestehen aus einer durchsichtigen Membran; darunter glimmen blaue Leuchtdioden. Bei jeder Bewegung sirren die Elektromotoren in Avas Körper, ganz leise zwar, aber doch deutlich genug, dass keine Zweifel aufkommen können: Ava ist ein Roboter, eine Maschine mit der Ausstrahlung einer Femme fatale.

Vielleicht sollte man, zumal als Mann, das Sirren als Warnung verstehen. Wer weiß schon, wozu Ava programmiert wurde? Weiß sie es selbst?

Ava, verkörpert von der schwedischen Schauspielerin Alicia Vikander, 26, einer ehemaligen Ballerina, ist der Star von „Ex Machina“, einem Science-Fiction-Film, der existenzphilosophische Theorien in eine Thriller-Handlung packt – mit verstörenden Resultaten. Der Film, das Regiedebüt des britischen Schriftstellers und Drehbuchautors Alex Garland („The Beach“), zeigt, was passieren kann, wenn sich die Forscher moral eines Doktor Frankenstein in der Gegenwart austobt, im Zeitalter von Google und Apple und von Technologieunternehmen, die sich für Götter halten. Was ist schon die Erschaffung der Frau aus Adams Rippe gegen die Erfindung eines neuen Smartphones?

In „Ex Machina“ heißt Google „Blue Book“: Der Konzern hat sich mit branchenüblichem Hochmut nach einem Werk des Philosophen Ludwig Wittgenstein benannt und betreibt die wichtigste Internetsuchmaschine der Welt. Ein junger Mann namens Caleb (Domhnall Gleeson), Programmierer bei Blue Book, erfährt gleich in der ersten Szene, dass er einen firmeninternen Wettbewerb gewonnen hat: Er darf den legendären Unternehmensgründer Nathan auf dessen Anwesen in den Bergen besuchen. „Wann sind wir da?“, fragt Caleb den

Hubschrauberpiloten, der ihn zu Nathan bringt. „Wir fliegen seit zwei Stunden über seine Ländereien“, sagt der Pilot.

Nathan, gespielt von Oscar Isaac, Hollywoods neuem Lieblingsdarsteller für verkorkste Männer („Inside Llewyn Davis“, „A Most Violent Year“), ist ein Eremit mit Hipstervollbart und Trendglatze. Er macht Boxtraining mit einem Sandsack; er guckt wie einst Steve Jobs bei der Präsentation eines neuen iPhones, freundlich, herablassend, manisch. „Willst du mal was Cooles sehen?“, fragt er Caleb, seinen Gast und Angestellten.

Aber zunächst führt Nathan den Besucher durch sein Haus, das eigentlich „eine Forschungseinrichtung“ sei, wie er erklärt. Regisseur Garland macht aus dem Gebäude einen weiteren Hauptdarsteller, ein Labyrinth aus minimalistisch gestalteten Räumen, viele mit indirekter Beleuchtung, aber ohne Fenster; an den Wänden hängen Gemälde von Gustav Klimt und Jackson Pollock. Caleb bekommt einen elektronischen Hausausweis, eine Karte, mit der er viele, aber längst nicht alle Türen öffnen kann. Solange man nicht hinauswill, merkt man kaum, dass man sich in einem geschmackvoll eingerichteten Gefängnis befindet.

Caleb ist nicht zum Spaß hier. Er soll Nathan helfen, dessen neue Erfindung zu testen, den Prototyp eines Roboters. Besteht das Gerät den sogenannten Turing-Test für künstliche Intelligenz? Kann die Maschine einem Menschen glaubhaft weismachen, sie sei selbst ein Mensch? Auftritt Ava, schönste Roboterfrau seit „Metropolis“ aus dem Jahr 1927: die Grazie einer Ballerina, kombiniert mit dem Verstand eines Rechenzentrums.

Computer, die Männern das Herz brechen, das gab es zuletzt in „Her“, dem Oscar-prämierten Liebesdrama von Spike Jonze. In „Her“ genügte die Stimme von Scarlett Johansson, um einen Romantiker aus seiner Einsamkeit zu reißen.

Auch Ava kann sprechen. Die erste Unterhaltung läuft etwas schleppend, wie bei einem verunglückenden Date: „Magst du Mozart?“, fragt Ava. „Ich mag Depeche Mode“, sagt Caleb, aber da ist er ihr längst verfallen. Nathan, der die beiden auf einem Monitor beobachtet, ist zufrieden. Um das Experiment auf die Spitze zu treiben, erzählt er Caleb, was der Roboter sonst noch für Funktionen habe. Zwischen Avas Beinen, sagt Nathan, gebe es „eine Öffnung mit einer Konzentration von Sensoren“.

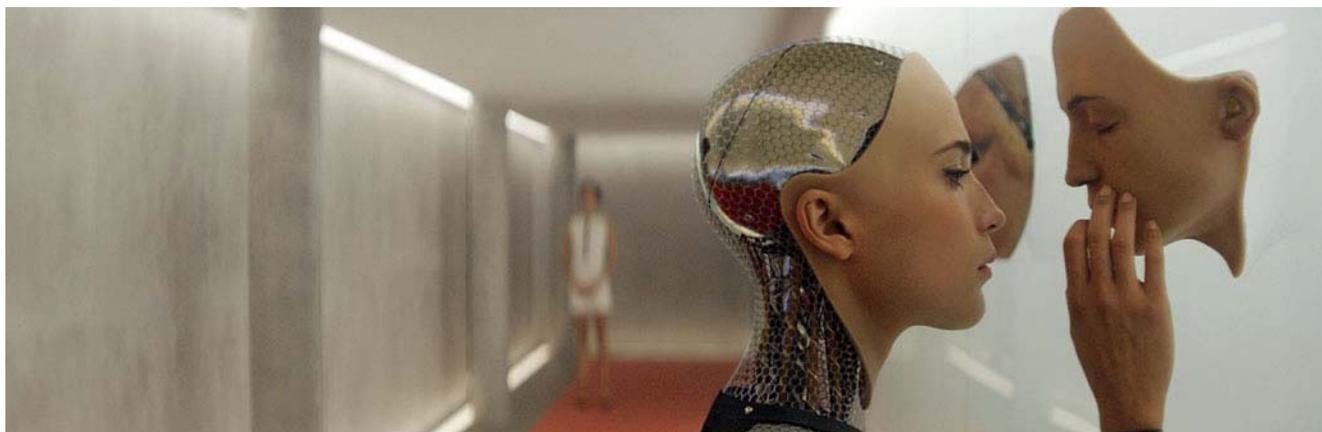
Sex mit einem Roboter: Für unsichere Typen wie Caleb mag das wie eine Verheißung erscheinen, ein Computerspiel mit Anfassen, die programmierbare Frau als ultimative Männerfantasie. Die Frage ist, ob Ava auch zu diesem Test bereit wäre. „Was passiert“, fragt Ava, „wenn ich beim Test durchfalle? Werde ich dann abgeschaltet?“ Solche Fragen sollten Caleb eigentlich misstrauisch machen. Der Mensch sei das Lebewesen, dem sein Dasein „in unerbittlicher Rätselfhaftigkeit entgegenstarrt“, schrieb der Philosoph Martin Heidegger in „Sein und Zeit“.

Von Robotern war nicht die Rede. Martin Wolf



Video: Ausschnitte aus „Ex Machina“

spiegel.de/sp172015film
oder in der App DER SPIEGEL



Darstellerin Vikander in „Ex Machina“: Die Grazie einer Ballerina, kombiniert mit dem Verstand eines Rechenzentrums

Medizin

„Eine verrückte Situation“



Michael von Wolff, 48, Leiter der Abteilung für gynäkologische Endokrinologie und Reproduktionsmedizin am Inselspital Bern,

über eine Altersbegrenzung bei künstlicher Befruchtung

SPiegel: Die 65-jährige Lehrerin Annegret Raunigk aus Berlin erwartet nach einer Eizellspende Vierlinge. Ukrainische Ärzte haben an ihr eine künstliche Befruchtung vorgenommen. Deutsche Gynäkologen halten das für verantwortungslos. Zeigt der Fall, wie richtig es ist, dass in Deutschland Eizellspenden verboten sind, die auch Frauen nach der Menopause noch zu einer Schwangerschaft verhelfen können?

Wolff: Nein, im Gegenteil – das deutsche Verbot fördert möglicherweise sogar eher einen solchen Missbrauch. Das

Verbot führt nämlich dazu, dass die Frauen allein gelassen werden mit fragwürdigen Angeboten von teilweise unseriösen Kliniken.

SPiegel: Stimmt es, dass sich Gynäkologen in Deutschland sogar strafbar machen, wenn sie ihren Patientinnen eine gute Klinik im Ausland für eine Eizellspende empfehlen?

Wolff: Ja, das ist wirklich eine verrückte Situation. Denn na-



Schwangere Raunigk

türlich wissen alle Reproduktionsmediziner genau, welche Kliniken, etwa in Spanien, wirklich gut sind. Wir kennen die Kollegen ja von Kongressen. Wäre dagegen die Eizellspende in Deutschland in engen Grenzen erlaubt, wären in der Regel deutsche Reproduktionsmediziner die ersten Ansprechpartner. In der Schweiz übrigens wird die Eizellspende in Zukunft wahrscheinlich erlaubt werden, in Österreich ist dies schon der Fall. Deutschland stünde dann ziemlich isoliert da.

SPiegel: Welche Bedingungen für eine Eizellspende müssten eingehalten werden?

Wolff: Das Wichtigste wäre eine Altersbegrenzung nach oben. Ich halte 45 bis 50 Jahre, je nach Gesundheitszustand der Frau, für angemessen. Das Beste wäre natürlich eine weltweit einheitliche Regelung, zum Beispiel eine Empfehlung der WHO oder eine gemeinsame Erklärung der internationalen Ärztenverbände. Eine nationale Regelung wird wegen des Medizintourismus kaum greifen. vh

Psychologie

Erst Kampfeinsatz, dann Suizid

Führen Auslandseinsätze, etwa im Irak oder in Afghanistan, zu mehr Selbstmorden unter Soldaten? Bislang brachten solche Studien dazu keine einheitlichen Ergebnisse. Jetzt hat der Militärpsychologe Craig Bryan von der University of Utah eine große

Analyse dazu vorgelegt. Insbesondere hat der Forscher untersucht, ob die Soldaten während ihres Auslandseinsatzes selbst Tötungen erlebt hatten oder daran beteiligt waren oder ob sie in einem befriedeten Teil des Einsatzlandes ihren Dienst versahen. Das Ergebnis: Insgesamt stieg das Selbstmordrisiko von Soldaten, die einen Auslandseinsatz hinter sich hat-

ten, um rund 25 Prozent. Und bei denen, die Tötungen oder Gräueltaten erlebt oder verübt hatten, war die Suizidrate sogar um rund 43 Prozent erhöht. Keine Rolle spielte es dabei offenbar, ob die Soldaten selbst Menschen getötet hatten – so neigten auch Lazarettärzte häufiger zu suizidalem Verhalten, wenn sie mit Kriegsopfern konfrontiert waren. vh

Rücktransport eines in Afghanistan getöteten US-Soldaten



Fußnote

21,6

Kilogramm Elektroschrott produzierte im Schnitt jeder Deutsche im vorigen Jahr. Weltweit waren es insgesamt fast 42 Millionen Tonnen. Pro Kopf am meisten Elektromüll hinterließen die Norweger mit 28,3 Kilogramm – am wenigsten die Einwohner von Burundi und Liberia mit 0,2 Kilogramm.

FOTOS: HANS-JOACHIM PFEIFFER / RTL / DPA (M.); JAY WESTCOTT / POLARIS / STUDIOX (U.)



Himmelsturm

Blick aus der 121. Etage des Shanghai Tower, mit 632 Metern das zweithöchste Gebäude der Welt. Die unteren Stockwerke und die beiden benachbarten Wolkenkratzer verschwinden teilweise im Nebel.

Kommentar

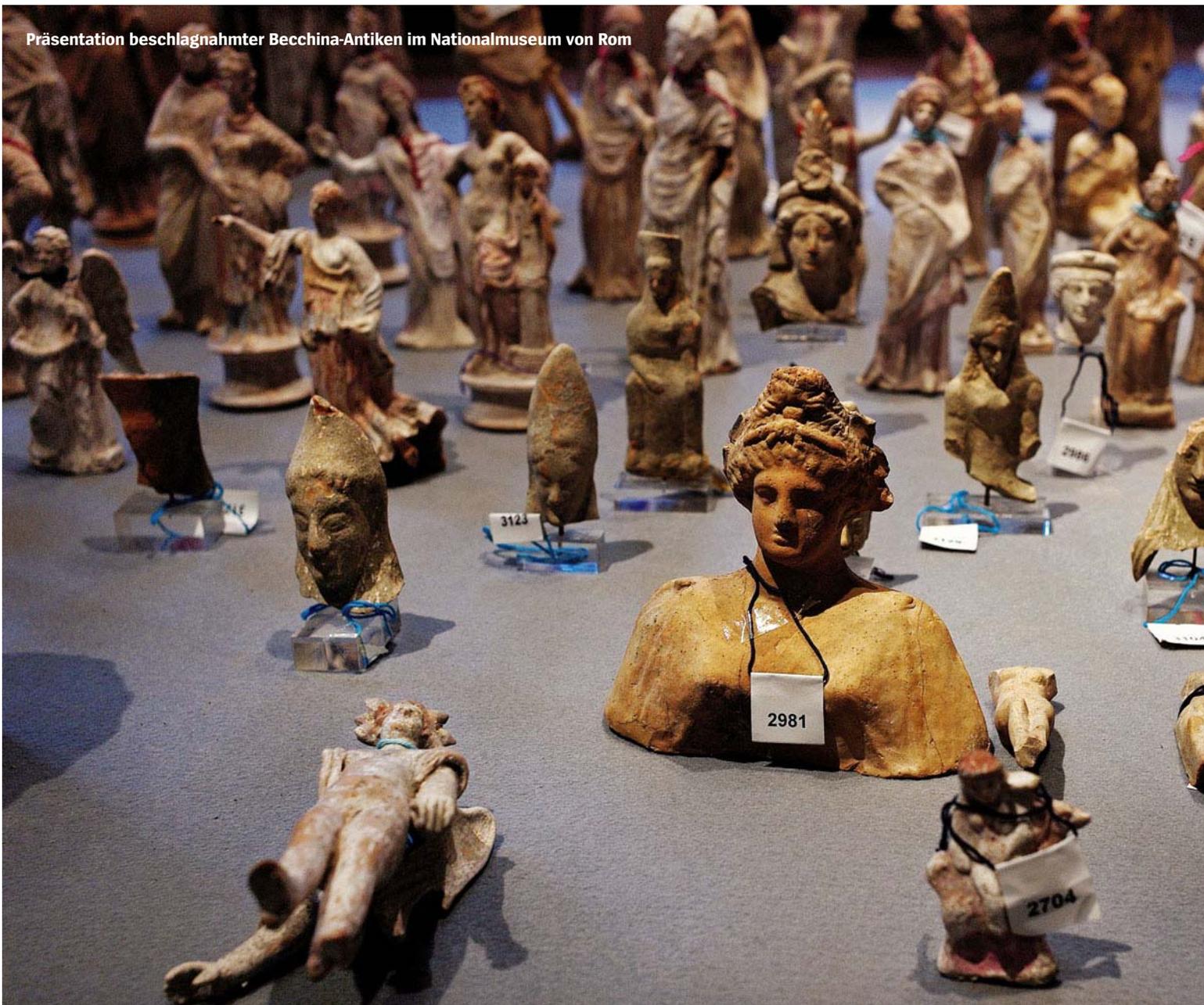
Gekaperte Glotze

Smart-TV müssen besser vor Digitalangriffen geschützt werden.

Wenn Sie sich am Sonntagabend gemütlich auf dem Sofa zurücklehnen, um den „Tatort“ zu schauen, übersehen Sie unter Umständen einen Tatort der ganz anderen Art: den Fernseher selbst. Vielleicht haben Kriminelle längst die Kontrolle über Ihr TV-Gerät übernommen und überwachen Sie heimlich. Oder sie verbreiten über Ihren Fernseher illegale Pornos im Internet, während Ihre Kinder das „Sandmännchen“ gucken. Derlei Szenarien sind keine Paranoia; es ist nur eine Frage der Zeit, bis sie Realität werden. Informatiker warnen schon länger vor immer neuen Lücken und Datenschutzproblemen bei sogenannten Smart-TV. Denn diese Geräte sind erstaunlich dumm, wenn es um einfachste Schutzmechanismen geht. Moderne Fernseher sind leistungsfähige Computer, deren Sicherheitsniveau in den Achtzigerjahren stecken geblieben ist. Kürzlich demonstrierte der Sicherheitsforscher Benjamin Michéle von der TU Berlin, wie Kriminelle mit manipulierten

Mediendateien die komplette Kontrolle über einen fremden Smart-Fernseher übernehmen können. Kommende Woche will er eine noch gravierendere Schutzlücke im Labor demonstrieren: Er plant, über eine Fernsehantenne während einer laufenden Sendung Computerviren einzuschleusen. So ließen sich Hunderte Geräte in der Nachbarschaft binnen weniger Sekunden unter Kontrolle bringen. Diese Sicherheitslücke ist besonders gravierend, weil sie Schwächen in den Übertragungsstandards HbbTV und DVB ausnutzt und damit fast alle neueren TV-Geräte betrifft. Statt immer nur höheren Bildauflösungen nachzujagen, sollten die Hersteller lieber aufpassen, dass sich das Vertrauen ihrer Kunden nicht auflöst. Die Konsumenten selbst können vorerst wenig tun. Virenschutzprogramme fürs Smart-TV gibt es noch nicht. Einstweilen lässt sich als Vorbeugung gegen das Kapern von Glotzen nur empfehlen, möglichst oft den Stecker zu ziehen.

Hilmar Schmundt



Die Spur des Sizilianers

Archäologie Er bediente sich einer Armee von Raubgräbern und belieferte Spitzenmuseen in aller Welt: Italiens Polizei zeigt über 5000 gestohlene Altertümer des Antikenhändlers Gianfranco Becchina. Viele Schätze jedoch bleiben verschollen.

Den Carabinieri war der Triumph anzusehen, als sie Ende Januar in den Diokletians-Thermen von Rom einen Schatz der Extraklasse präsentierten. 35 000 Sklaven hatten die antike Badeanstalt einst erbaut. Nun türmte die Polizei in der zum Museum umgebauten Ruine etruskisches Essgeschirr auf, bunt bemalte Amphoren aus hellenistischer Zeit, dazu Kleinode aus Gold, Marmor und Bronze.

Die Kostbarkeiten, insgesamt 5361 Objekte, stammen aus den Warenlagern Gian-

franco Becchinas, 75, der mit seiner deutschen Frau Ursula Juratschek in der Schweiz einen Kunsthandel betrieb. Der Gesamtwert der beschlagnahmten Raritäten beläuft sich auf mehr als 50 Millionen Euro.

Kuratoren des Louvre und aus New York kauften bei dem Ehepaar. Zu seinen Kunden zählten Ölscheichs, spleenige Industrielle und – gewandet in edle Tweetanzüge – die Agenten von Sotheby's und Christie's.

Doch was ihnen der untersetzte Sizilianer in seiner Basler Galerie Palladion anbot, war Diebesgut.

14 Jahre lang ermittelte eine 270-köpfige Staffel der italienischen Polizei, die „Tutela Patrimonio Culturale“ (TPC). Am Ende nahmen die Beamten die Hehlerware in Besitz. „Bezüglich der Anzahl und Güte der archäologischen Schätze ist es die größte Rückführung der Geschichte“, erklärt der Carabinieri-Brigadegeneral Mariano Mossa.



Von Becchina bezahlte „Tombaroli“ (Grabdiebe) wühlten auf dem Weltkulturerbe-Friedhof von Cerveteri. Sie stahlen in Pompeji und in den Ruinen von Syrakus, Tarent und Canosa, wo vor 2700 Jahren griechische Siedler angelandet waren und ein prachtvolles Erbe aus Tempeln und geschmückten Gräbern hinterlassen hatten.

In diese Totenstätten brachen die Diebe heimlich ein. Mal kamen sie nachts mit Taschenlampen, mal am helllichten Tag. Oft waren es einfache Handwerker, die etwa bei Kanalarbeiten oder dem Verlegen von Stromleitungen zufällig auf die Nekropolen stießen. Doch anstatt die glitzernden Beigaben offiziell zu melden, verkauften sie die Beute an die „capi zona“, die Regionalchefs des Schmugglerrings.

Halb Italien wurde so abgeschöpft. Becchinas wichtigster Verbindungsmann arbeitete offiziell als Grundschullehrer. Als man ihn verhaftete, befand sich auf seinen Konten ein Vermögen von 22 Millionen Euro.

Jahrzehntelang konnte der Chef der Galerie Palladion unbehelligt schummeln. Doch dann, im Jahr 2001, geriet er in die Fänge der TPC. Im Rahmen eines Rechts-hilfverfahrens durchsuchte die Schweizer Polizei fünf seiner Lager in Basel. Tempelfriese und Statuen lagen dort, die Regale quollen über von feinsten altgriechischer Keramik.

Insgesamt nahmen die Ermittler 6315 Objekte und das Kundenarchiv mit. Es enthielt etwa 13 000 Dokumente, darunter Notizen, Frachtscheine sowie 8000 Fotos, auf denen die Tombaroli zuweilen mit frisch geborgenen Raubgütern posierten, an denen noch Erde haftete.

Becchina ersann falsche Herkunftslegenden. Er ließ manche Stücke von Restauratoren aufhübschen – und er handelte wohl auch mit Fälschungen. So ist die zwei Meter große Statue eines archaischen griechischen Jünglings („Kouros“), die er 1985 für neun Millionen Dollar ans Getty-Museum in Malibu verkaufte, höchstwahrscheinlich das Machwerk eines Betrügers.

Als „Albtraum“ bezeichnet der Klassische Archäologe Stefan Lehmann aus Halle die Vorgänge, deren Ende nicht abzusehen ist.

Zwar hat die US-Milliardärschwitzwe Shelby White bereits einige von Becchina gekaufte Objekte reuig zurückgegeben, ebenso die Royal-Athena Galleries in New York. Hart traf es auch den japanischen Händler Noriyoshi Horiuchi. In seinen Magazinen in Genf lagen 337 gestohlene Urnen, Fresken und andere Stücke im Wert von 15 Millionen Euro.

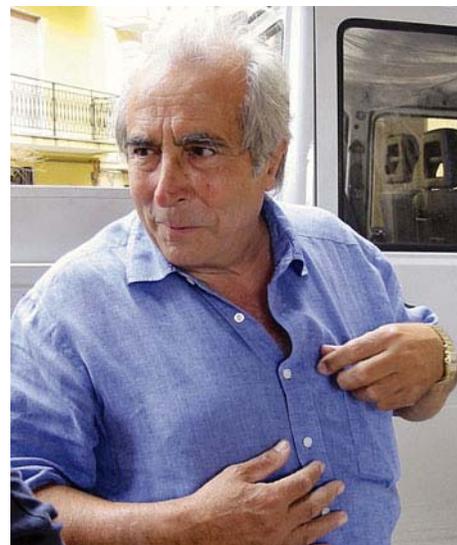
Doch die meisten Edelgüter, die Becchina in die Kapillaren des Antikenmarkts gepumpt hat, sind immer noch im Umlauf.

Die Rückgabe verläuft derweil mühsam und verzwickelt. Der jüngste Fall dreht sich um einen 1800 Jahre alten Sargdeckel aus Marmor, verziert mit der schlafenden Ariadne – jener Königstochter, die in der Mythologie ihren Geliebten mit einem Faden aus dem Labyrinth des menschenfressenden Minotauros hilft.

Die Untersuchung ergab, dass die Skulptur in zwei Teile zerbrochen war, als Becchina sie 1981 von Rom aus in die Schweiz lotste. Sodann ließ er das Stück im Historischen Museum von Bern ausstellen. Auf diese Weise weißgewaschen, bot er es Interessenten an. Doch das Geschäft platzte.

Irgendwann nach 1986 wurde die kaputte Totenkiste in der Unterwelt restauriert. 2013 tauchte sie im Atelier der Kunsthändler Hicham und Ali Aboutaam in Manhattan auf. Kaufpreis: vier Millionen Dollar. Doch es dauerte noch fast ein Jahr, bis US-Behörden den behauenen Marmor dingfest machten.

Anschließend ging das Hickhack vor einem Bundesgericht in Brooklyn weiter. Erst



Kunsthändler Becchina

Ruhestand unter knorrigen Oliven



„Kouros“-Statue aus dem Getty-Museum
Machwerk eines Betrügers?

vor wenigen Wochen kehrte der Marmordeckel zurück nach Europa.

„Nostoi“ (Heimkehrer) nennen die Italiener die so wiedergewonnenen Zeugnisse der Vergangenheit. Geplant ist, den Raubgütern in Rom ein eigenes Museum zu widmen. Intern ist vom „Schatzhaus der Razzien“ die Rede.

Es dürfte eine fantastische, überbordende Sammlung werden. Denn Becchina betrog nicht allein. Es war ein Trio, das den „größten und ausgeklügeltsten Schmuggelring der Welt“ führte, wie ein Sprecher der TPC erklärt.

Kopf der Gruppe war Bob Hecht, ein Klassischer Archäologe, gebürtig aus Baltimore. Er betrieb eine Galerie in Paris und stellte die Kontakte in die USA her. Becchina besorgte sich seinen Nachschub vornehmlich in Apulien, Kalabrien und Sizilien. Der Dritte im Bunde, Giacomo Medici, hatte Norditalien unter seinen Fittichen.

Um dieses Netz zu sprengen, befragten die Carabinieri bislang rund 10 000 Personen und überprüften das Schicksal von einer Million Altertümern. Allein aus den USA sind in den vergangenen Jahren über hundert illegal verschobene Antiken höchster Güte nach Italien zurückgekehrt.

Die drei Paten kamen dagegen alle glimpflich davon. Hecht starb als Greis im Jahr 2012, kurz nachdem seine Anwälte den Prozess gegen ihn bis zur Verjährung in die Länge gezogen hatten. Medici sitzt eine achtjährige Freiheitsstrafe ab – als Hausarrest in seiner Villa in Santa Marinella.

Auch Becchina rettete sich in die Verjährung. Sonnengebräunt genießt er das Rentnerdasein auf seinem Landgut, herrlich gelegen in den Hügeln von Castelvetrano. 3000 knorrige Olivenbäume wachsen auf dem Anwesen.

Zuweilen sieht man den alten Herrn hinter dem schmiedeeisernen Tor zwischen den Buchsbaumrabatten. Mit Journalisten redet er nicht, er hält sie für „Söldner des bedruckten Papiers“.



Kunstmäzen Ortiz in seiner Villa in Genf 1992
„Ich suchte nach Gott“

Gattin Ursula verbringt die meiste Zeit im Elsass. Sie kämpft derzeit um die Herausgabe ihres beschlagnahmten Warenlagers. Zwar sind die jetzt in Rom gezeigten 5000 kostbaren Teller und Vasen und Götterstatuen verloren – höchste Gerichte in Rom und Bern haben die Konfiszierung bestätigt. Doch in einem geheimen Depot der Basler Staatsanwaltschaft lagert weitere Raubware der Becchinas, deren Provenienz die italienischen Fahnder nicht ermitteln konnten.

Auf Anfrage des SPIEGEL räumt der zuständige Kriminalkommissär Peter Gill ein, dass sich in dem Magazin „1200 Exponate“ befinden. Es sind vor allem Mosaiken, Sarkophage, Statuen, Friese und andere große Architekturteile. „Einiges davon war in arabische Zeitungen gewickelt“, erzählt der Basler Kantonsarchäologe Guido Lassau, der zeitweise Zugang zu dem Magazin hatte. Das Material könnte aus Nordafrika stammen. Aber aus welchen Tempeln?

Um diese Schattenware kämpft Ursula Juratschek. Ein Strafverfahren gegen sie endete vor Kurzem mit Verjährung. Daraufhin wurden die Objekte an sie freigegeben. Doch im letzten Augenblick grätschte das Basler Pfändungsamt dazwischen und belegte die Millionenwerte mit „Arrest“ (Gill).

Was für ein Durcheinander: 30 Jahre lang hat ein Schurke prunkvolle Zeugnisse der Menschheitsgeschichte durch sinistre Kanäle geschleust. Gelingen konnte das nur, weil eine habgierige Museums- und Sammlerschickeria sich seiner brutalen Talente bediente. Becchina warf die Netze aus, die sie für viel Geld leerten.

Von Anbeginn stützte sich der Sizilianer dabei auf seine guten Verbindungen zur Halbwelt. Um 1940 geboren, war der Junge früh zum Onkel nach Carbonia auf Sardinien gezogen: eine triste Kohleminenstadt, aus dem Boden gestampft unter Diktator Mussolini. Der junge Mann arbeitete als Kellner. In einer Bar tischte er rußigen Kumpeln Espresso auf und rührte Cocktails für Mafiosi.

Als die Minen in den Sechzigerjahren schlossen, ging es weiter nach Basel. Das Hotel Helvetia stellte den jungen Mann als Laufburschen ein. Heute gehört das Gasthaus ihm.

Schon damals war die Schweiz, was sie bis heute geblieben ist: Tummelplatz halbseidener Kunstagenten. Wer in der Schweiz Hehlerware „in gutem Glauben“ ersteht, darf sie laut Gesetz behalten, wenn der Eigentümer sie nicht binnen fünf Jahren zurückfordert. Das zieht die Schieber an.

Einer von ihnen war Elie Borowski. 1913 in Polen geboren, hatte er in Rom und Berlin Vorderasiatische Kunst studiert und in einem Freiwilligenverband gegen Hitler gekämpft. Er war Jude. Seine Sammlung

wurde später der Grundstock des Bible Lands Museum in Jerusalem.

Borowski fand Gefallen an dem Hotelburschen Becchina. Über die Art der Geschäfte, die die beiden bald verband, ist nichts bekannt. Nur so viel verrät ein Kenner: Mit einer „Freskengeschichte“ habe der Zögling seinen Gönner am Ende übel über den Tisch gezogen. „Danach war Becchina zwei Millionen Franken reicher.“

Der Beschuldigte hält die Vorwürfe für haltlos: „Ich habe nie einen Betrug zulasten Herrn Borowskis begangen.“

Mit seinem Startgeld richtete sich der Neuling ein Atelier ein, in dem sich bald die reichsten Altertümergefreunde des Planeten einfanden. Ölscheichs kamen, Kuratoren aus den Museen in Yale und Princeton oder die Chefeinkäuferin der Antikenabteilung des Getty Museum, Marion True. Ihr Haus verfügte über einen Jahresetat von 250 Millionen Dollar.

Eine ähnlich dicke Brieftasche hatte George Ortiz, Enkel eines bolivianischen Zinnbarons, der in der Pariser Avenue Foch am Triumphbogen aufwuchs und nach mehreren Sinnkrisen („Ich suchte nach Gott, der Wahrheit und dem Absoluten“) erst zum Marxismus wechselte und dann Erlösung im klassischen Ideal der stillen Einfalt und edlen Größe fand.

In seiner Villa in Genf trug der Schöngeist eine der teuersten Sammlungen der Welt zusammen, darunter Steinzeitliches, Apollon-Statuen und afrikanische Masken. Sein Hauptlieferant war Becchina.

Eine „Rechnungsübersicht“, die ihm die Galerie Palladion fürs Jahr 1986 zustellte, listet den „Bronzeumhang eines Kriegers (370 000 Dollar)“ auf, „fünf Bronzegefäße aus Pompeji (120 000 sfr.)“ sowie ein „Fresko des Dionysos aus Pompeji (150 000 sfr.)“ – und vieles mehr.

Neukunden umwarb Becchina zuweilen auch per Post. Dem in Zürich wohnhaften griechischen Reeder Stavros Niarchos (der in St. Moritz die erste Gondelbahn baute) schickte er ungefragt Polaroids zu.

Auch mit Horiuchi machte er große Geschäfte. Der Japaner war in den Neunzigerjahren im Auftrag der Sekte „Göttliche Führung – Höchstes Licht“ unterwegs. Die religiösen Schwärmer aus Nippon ließen damals gerade ihr futuristisches Miho-Museum bauen. Es hat einen unterirdischen Schauraum und liegt, nur über Tunnel und Hängebrücke erreichbar, in den Bergen von Shiga. Allein für die Anschaffung der Exponate gab die Sektenchefin 350 Millionen Dollar aus.

Angesichts solch betuchter Kundschaft erging es dem Schummler wohl. Egal ob er Prunkvolles oder Patiniertes anbot – man riss es ihm aus den Fingern.

Beim Asteas-Krater verhundertfachte sich der Preis. Aus den Unterlagen geht hervor, dass ein Kanalarbeiter das helle-



Übergabe des Sargdeckels der schlafenden Ariadne am 25. Februar in New York: Qualvolle Rückkehr

nistische Prachtgefäß bei Neapel entdeckt hatte. Ein Schieber gab ihm dafür eine Million Lire (umgerechnet 1533 Dollar) sowie ein quiekendes Ferkel. Von dort ging der Pott für 8000 Franken an Becchina, der ihn schließlich für 275 000 Dollar in die USA veräußerte.

1992 stürmte eine Anti-Mafia-Staffel aus Palermo das Haus des Händlers in Castelvetrano. Man unterstellte ihm krumme Geschäfte. Doch der Verdächtige verwies auf seine vermeintlich legalen Gewinne aus der Galerie Palladion. Auch war er zu der Zeit Direktor der Firma Atlas Zement, die jährlich um die 130 000 Tonnen Baustoffe aus Griechenland einfuhr. Zudem produzierte er erfolgreich Olivenöl, das sich später sogar die US-Präsidenten Bill Clinton und George Bush junior auf den Salat gossen.

Doch 1994 beging die Szene einen Fehler. Mit vorgehaltener Waffe brachen Diebe ins Burgmuseum von Melfi ein. Sie fesselten den Wächter, zerschlugen eine Vitrine mit einem Schraubenschlüssel und entwendeten acht Prachtvasen aus der Zeit Alexanders des Großen. Der Überfall führte zum Großalarm. Die Carabinieri riefen die „Operation Geryon“ aus. Es kam zu großflächigen Telefonabhöraktionen. 2001 nahm man Becchina auf dem Flughafen

Mailand gefangen, er saß sechs Monate lang in Untersuchungshaft, kam aber wieder frei. „Es dauerte noch Jahre“, so der Polizist Antonio Coppola, ehe man diesem bösen Spiel „auf den Grund kam“.

Ganz aufgeklärt ist vieles bis heute nicht. Womöglich hat Becchina auch mit dem „Spanischen Meister“ zusammengearbeitet. Der Name steht für einen mutmaßlichen Superfälscher (SPIEGEL 19/2014). Becchina gibt vor, den Mann nicht zu kennen: „Ich habe keine Ahnung. Mit Fälskaten zu handeln gehörte nie zu meinen Leidenschaften.“

Zwei herrliche Bronzeköpfe, die von dem genialen Fälscher stammen sollen – die „Römische Göttin“ und das Porträt einer verschleierten Priesterin –, stehen heute im Antikenmuseum von Basel.

Dessen damaliger Direktor Peter Blome hat eine Reihe von Objekten der Galerie Palladion gekauft. Zu Becchinas Frau Ursula hielt er ein auffälliges enges Verhältnis.

Als der deutsche Fälschungsexperte Lehmann jüngst auf einer Tagung an der Universität Zürich einige der Ungereimtheiten ansprach, wurde er glatt ausgebremst. Man wollte sein Redemanuskript nur zensiert abdrucken. Der Name Becchina, hieß es, müsse unerwähnt bleiben.

Keine Frage, die Zunft ist nervös. Das beschlagnahmte Kundenarchiv des sizilianischen Antikendealers birgt Sprengstoff. Niemand weiß, welche Enthüllungen es noch gebiert.

Einzig der italienische Journalist Fabio Isman durfte die 140 Aktenordner, gefüllt mit Zetteln und Quittungen, bislang flüchtig einsehen. Er stieß dabei auch auf das Foto eines exquisiten Terracotta-Altars, den Becchina offenbar an einen Privatmann verkauft hatte. Die Frage ist bloß, an wen.

Ebenso vergebens fahndet die Polizei bislang nach dem wertvollsten Fund, den die Tombaroli gestohlen haben. Bei einem Verhör durch die TPC gab ein Schieber an, seine Kumpels hätten in Pompeji einen 100-teiligen Silberschatz entdeckt und beiseitegeschafft, zu dem auch „Hunderte von Gold- und Silbermünzen der julisch-claudischen Dynastie“ gehörten.

Zeuken zufolge gelangte der gewaltige Metallfund nach Basel und wurde dort aufgesplittet. Schon die Teilverkäufe, etwa an einen Engländer mit dem Spitznamen „Batman“, erbrachten angeblich zweistellige Millionensummen.

Nur, wo befinden sich die Münzen jetzt? Der blinkende Märchenhort ist bis heute spurlos verschwunden. Matthias Schulz

Sensibles Puzzle

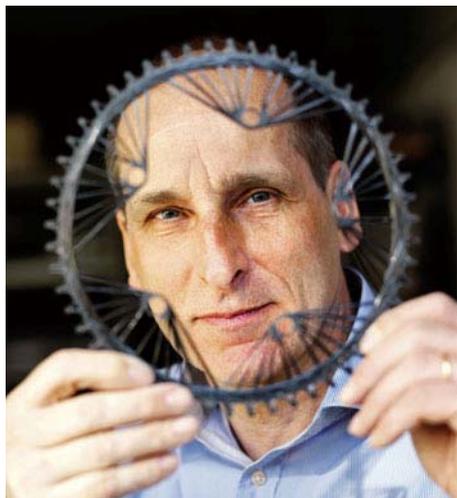
Automobile BMW wollte seine Autos in Zukunft fast nur noch aus Carbon herstellen. Doch nun droht die Leichtbau-Strategie zu scheitern.

Was darf ein Auto wiegen, wenn es noch als „Leichtbau“ gelten will? Eine Tonne, anderthalb oder zwei sogar?

Der Münchner Hersteller BMW wird zum Jahresende ein neues Modell seiner 7er-Baureihe auf den Markt bringen, das mit einem Leergewicht von knapp 1,8 Tonnen ein Muster an Gewichtersparnis sein soll. Es mag gute Gründe geben, dies für Hohn zu halten – oder aber für eine große Ingenieursleistung.

Im Vergleich mit anderen Luxuslimousinen wird der neue 7er tatsächlich die leichteste heutige Bauart sein. 130 Kilogramm wurden laut Werksauskunft gegenüber dem Vorgängermodell eingespart, der größte Anteil davon im Bereich der Karosserie. Der Ergebnis, sagt Baureihenleiter Walter Schindlbeck, sei nicht etwa einem einzigen neuartigen Werkstoff geschuldet, sondern einem „klugen Materialmix“: Der zentrale Baustoff bleibt Stahl, ergänzt durch Elemente aus Aluminium, Magnesium – und an wenigen Stellen auch aus carbonfaserverstärktem Kunststoff (CFK), einem Werkstoff, der bis dahin vor allem in der Luftfahrt und im Rennsport zum Einsatz kam.

In keinem anderen Serienauto, sagt Schindlbeck, kam bisher eine derartige Materialvielfalt zum Einsatz, denn ein solches



Ingenieur Fassbaender mit Carbonkettenblatt
Skelett aus Wundergarn



Carbonsportwagen i8: Verkehrt herum konstruiert?

Patchwork sei ein „hochsensibles Gefüge“. Die Stoffe dehnen sich beim Erwärmen unterschiedlich aus, und in der Lackiererei muss die gesamte Rohkarosserie durch Tauchbäder, die bis zu 180 Grad Celsius heiß sind. Das mit einem solchen Materialverbund zu machen, schaffe derzeit nur BMW.

Der Stolz, mit dem die Münchner Konstrukteure ihr Werkstoffpuzzle anpreisen, kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass BMW mit seinen ehrgeizigen Leichtbau-Ambitionen gescheitert ist. Zu Beginn des Jahrzehnts startete der Konzern in einer Partnerschaft mit dem Lieferanten SGL Carbon ein Projekt, das die gesamte Branche aufrüttelte: Mit den Elektro- und Hybridmodellen i3 und i8 schuf BMW erstmals Serienfahrzeuge, deren Aufbauten komplett aus CFK bestehen.

Ein enormer industrieller Komplex wurde zu diesem Zweck errichtet; er verschlang bis heute mehr als 700 Millionen Euro. Doch die Carbonautos aus dem schwarzen, in Harz gepressten Wundergarn werden wohl eine Fußnote in der BMW-Geschichte bleiben: teure Exoten und Belege dafür, dass der Nutzen eines Rundumeinsatzes von CFK in keinem sinnvollen Verhältnis zum Aufwand der Herstellung steht.

Gerade in großflächigen Bereichen, etwa ganzen Dächern, zeigt sich, dass die Gewichtseinsparung eher gering ist. Dem gegenüber stehen weitaus höhere Produktionskosten. „Die reine Substitution bestehender Fahrzeugkomponenten durch Carbonmodule ist wenig zielführend“, urteilt der Karosserie- und Leichtbau-Experte Rainer Kurek, Chef der Technologieberatung AMC im bayerischen Penzberg.

Den Schlüssel zu neuen Konstruktionswegen sieht Kurek in einem Verfahren, das ein bislang mit Panzerfahrzeugen befasster Konstrukteur zum Patent anmelden ließ. Statt wie bisher üblich die Kohlefaserstränge aufwendig zu flechten oder zu vernähen (wobei viel Abfall anfällt), wickelt der Sindelfinger Ingenieur Peter Fassbaender sie einfach über Formen. Heraus kommen extrem schlanke Carbonteile, mit denen sich die schwersten Metallelemente der Karosseriestruktur gezielt ersetzen lassen.

Genau das, sagt Kurek, sei die ideale Verwendung der mit enormen Kosten und hohem Energieeinsatz gewonnenen Carbonmaterialien. Ihm schwebt ein Fahrzeug der Zukunft vor, bei dem in erster Linie das Skelett aus dem Faserwerkstoff besteht. Es wäre genau das Gegenteil dessen, was BMW beim i3 und i8 gemacht hat: Dort ist die Hülle aus Carbon, nur der Rahmen aus Aluminium – alles womöglich verkehrt herum konstruiert. Erste Prototypen von Fassbaenders Konstrukten sind in Vorserienautos eines BMW-Konkurrenten verbaut, der diese Technik als sehr aussichtsreich einstuft, das Projekt aber noch geheim hält.

Die BMW-Ingenieure behaupten, in ähnlicher Weise Strukturteile aus CFK produzieren zu können. Als Beispiel nennen sie eine Verstärkung des Dachrahmens in der neuen 7er-Karosserie – ein geflochtenes Bogenstück aus Carbon, das innen hohl ist und firmenintern als das anspruchsvollste Stück im ganzen Fahrzeug eingestuft wird. BMW produziert es in einem streng abgeschotteten Bereich des Werks Landshut, den nur ausgewählte Mitarbeiter betreten dürfen.

Der Umgang mit Carbonmaterialien sei ein „komplexer Lernprozess“, sagt der für Karosseriebau verantwortliche BMW-Konstrukteur Michael Ahlers. In Zukunft werde ein „Dreiklang aus Stahl, Leichtmetall und CFK“ die Entwicklung bestimmen. Es gebe „kein Dogma mehr“, Autos weitgehend aus Kohlefasern zu bauen.

Misslich ist nur, dass die neuen Produktionsanlagen, die BMW für Hunderte Millionen Euro errichtet hat, genau auf das Dogma ausgelegt sind, komplette Carbonkarosserien herzustellen. Und das wird BMW wohl bald nicht mehr tun. Nach dem i3 und dem i8 ist ein weiteres Modell der i-Familie in Vorbereitung. Das nächste Elektroauto wird i5 heißen und in einer Mischbauweise mit einem dominierenden Element produziert werden: Stahlblech.

Christian Wüst



Video:
Der Carbonwickler

spiegel.de/sp172015karbon
oder in der App DER SPIEGEL

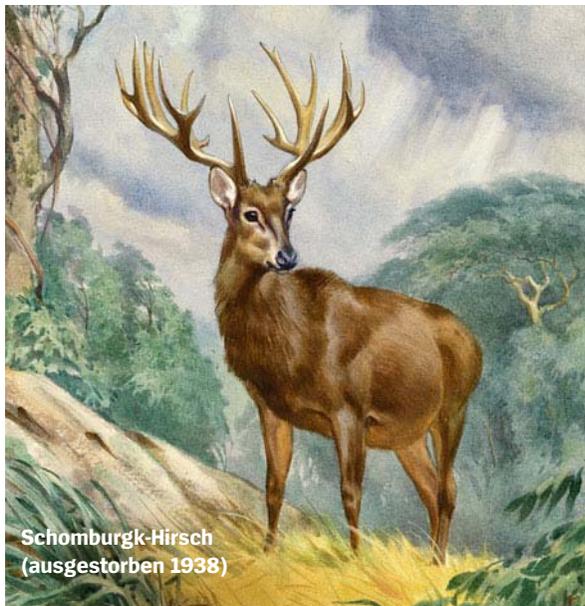
Große Geschichten



stern
Das Reporter-Magazin



Panama-Stummelfußfrosch
(in der Wildnis ausgestorben)



Schomburgk-Hirsch
(ausgestorben 1938)



Po'ouli
(ausgestorben 2004)

Dreimal pro Woche Sexualmassage

Artensterben Nashorn, Kondor und Stummelfußfrosch: Tausende Spezies siechen dahin. Ist der Mensch eine Naturkatastrophe – vergleichbar mit Asteroiden oder Supervulkanen?

Ein paar eingefrorene Zellen sind das Einzige, was vom Po'ouli geblieben ist. Der schwarzgesichtige Kleidervogel wurde erst 1973 im Regenwald auf dem Hawaii-Archipel entdeckt – gerade noch rechtzeitig, um seinen Niedergang zu dokumentieren, doch zu spät, um diesen aufzuhalten. Am 26. November 2004 starb das vermutlich letzte Exemplar dieser Art. Der Versuch, die Tiere in Gefangenschaft zu züchten, war gescheitert.

Nun existieren im Frozen Zoo von San Diego nur noch in flüssigem Stickstoff gehütete Zellen des Vogels. Auch die Zellen von mehr als tausend weiteren Tierarten überdauern dort. Zwar stammen sie zu meist von Spezies, die es auch in Fleisch und Blut noch gibt. Doch alle haben sie gemein, dass ihnen, wenn nicht große Anstrengungen zu ihrer Rettung unternommen werden, das Schicksal des Po'ouli droht.

Geradezu heroisch sind die Bemühungen, mit denen Menschen das Aussterben von Tieren zu verhindern suchen. Mit rektalem Ultraschall und spezieller Hormonunterstützung überwachen Veterinäre im Zoo in Cincinnati die Schwangerschaft von Sumatra-Nashörnern. 100 000 Dollar im Jahr lassen sie sich allein die Beschaffung der speziellen Diät aus Ficusblättern kosten. Auch für den Kalifornischen Kondor, den mächtigsten Landvogel Nordamerikas, wird viel getan: Mithilfe einer Elektroschocktherapie wird den von Hand aufgezogenen Jungtieren beigebracht, Müllhalden zu meiden. Jedes der 400 noch le-

benden Exemplare ist gegen das West-Nil-Virus geimpft – für Menschen gibt es noch keinen Impfstoff. Küken der bedrohten Hawaii-Krähe wiederum werden mit eigens zubereiteten Mahlzeiten aus Mäusegedärm aufgepäpelt. Die Männchen kommen dreimal pro Woche in den Genuss einer individuellen Sexualmassage. Das dient dazu, hochwertiges Sperma für die Zucht zu gewinnen.

Ob man all das nun komisch oder tragisch findet – es sind Indizien dafür, dass ein neues Zeitalter des Artensterbens angebrochen ist. Offen ist nur noch die Frage, wie schlimm genau es kommen wird: Sind Kondor, Nashorn und all die anderen noch zu retten? Oder werden schon bald Zigtausende Arten für immer von der Erde verschwunden sein? Fünfmal in der Erdgeschichte haben Supervulkane, Asteroiden oder extremes Klima einen Großteil aller Tierarten dahingerafft. Hat nun die sechste Katastrophe begonnen?



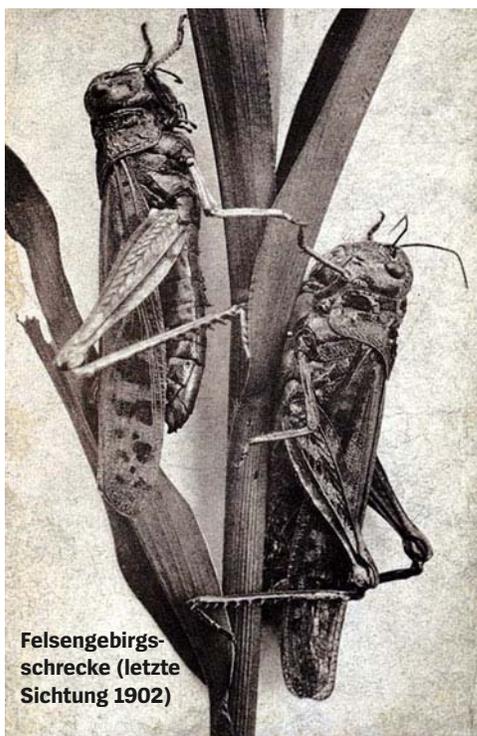
Autorin Kolbert
Zersplitterung des Lebensraums

„Das sechste Sterben“: So lautet der Titel des soeben erschienenen Buchs von Elizabeth Kolbert*. Die Journalistin des amerikanischen Magazins „The New Yorker“ schildert darin ihre beklemmende Reise an die Orte biologischer Vielfalt, die zugleich Stätten des Niedergangs sind. Überall stieß sie auf Vorboten einer Katastrophe.

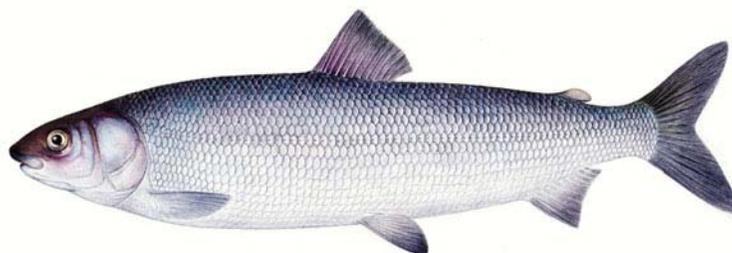
In Ecuador stieg Kolbert vom Gipfel eines Berges durch den Nebelwald abwärts ins Tal. Das unwegbare Terrain liegt im Nationalpark Manú, einem der artenreichsten Flecken auf Erden, wo jeder Hektar mehr Baumarten beherbergt als der gesamte nordamerikanische Kontinent. Auf dieser Tour kamen Kolbert die Bäume gleichsam entgegengewandert. Denn die Temperaturen steigen, und um dem Klimawandel zu entrinnen, klettern die Pflanzen langsam den Hang empor. In jahrelanger Arbeit haben Biologen diese Wanderung genau protokolliert – von Strahlenaralien, deren Verbreitung sich um volle 30 Meter pro Jahr hangaufwärts verschiebt, bis hin zu den Stechpalmen, die unbeirrt auf einer Höhe verharren.

Niemand weiß bisher, wie viele Arten anpassungsfähig genug sind, um der globalen Erwärmung trotzen zu können. Die schlimmsten Befürchtungen gehen davon aus, dass bis 2050 ein Viertel aller Spezies verloren gehen.

* Elizabeth Kolbert: „Das sechste Sterben – Wie der Mensch Naturgeschichte schreibt“. Suhrkamp, Berlin; 312 Seiten; 24,95 Euro.



Felsengebirgschrecke (letzte Sichtung 1902)



Nordseeschnäpel (letzte Sichtung 1940)

Auch die Zersplitterung des Lebensraums setzt der Artenvielfalt zu. Das erfuhr Kolbert bei einer Exkursion in den Amazonas, wo der Ökologe Tom Lovejoy ein Archipel aus unterschiedlich großen Urwaldinseln inmitten gerodeten Brachlands geschaffen hat. In rund 500 wissenschaftlichen Arbeiten dokumentierten er und seine Kollegen, wie die Zahl der Tiere in den einzelnen Waldflecken dahinschwindet.

Oftmals brechen ganze ökologische Netzwerke zusammen. Von den räuberischen Wanderameisen zum Beispiel hängen 300 verschiedene Arten ab. Wenn die Raubzüge der Ameisen ausbleiben, verstummt das Flöten der Vögel, die die von den Ameisen aufgeschreckten Insekten fressen. Dies wiederum bedeutet für bestimmte Schmetterlinge, dass sie vergebens nach dem Vogelkot suchen, von dem sie sich ernähren.

Als Sinnbild für eine weitere Bedrohung der Artenvielfalt dient Kolbert der Besuch der Aeolushöhle im US-Bundesstaat Vermont. Einstmals überwinterten hier alljährlich rund 300 000 Fledermäuse, heute flattert nur noch ab und zu eines der Tiere durch die Finsternis. Dafür ist der Boden bedeckt mit ihren Kadavern: Ein vermutlich aus Europa eingeschleppter Pilz hat die Fledertiere dahingerafft.

Invasive Arten, vom Menschen von einem Kontinent auf einen anderen verbracht, sind vielerorts zur augenscheinlichsten Gefahr für die heimische Tier- und Pflanzenwelt geworden. Auf der Insel Guam ist die Braune Nachtbaumnatter zu einer Plage geworden, die die Gelege fast aller Vögel plündert. Die Amerikanische Kastanie, die einstmal die Wälder an der amerikanischen Ostküste dominierte, steht inzwischen vor dem Artentod – Ursache ist ein aus Asien stammender Rindenpilz. Und in Hawaii frisst sich eine eingeführte Raubschnecke durch die Bestände heimi-

scher Schnecken. Von rund 700 oftmals farbenprächtigen Arten sind nicht einmal 100 geblieben.

Die vielleicht beklemmendste Expedition führte Kolbert zu einer Felseninsel 30 Kilometer westlich von Neapel. Am Fuß der Klippen sprudelt dort Kohlendioxid aus Spalten am Meeresgrund. Das Gas bildet im Wasser Kohlensäure und macht dieses saurer. Den Biologen öffnet sich damit ein Blick in die Zukunft der Meere. Dieser reicht umso weiter, je näher die Forscher den sprudelnden Gasquellen kommen und je tiefer dabei der pH-Wert sinkt. Denn auch der Mensch produziert Kohlendioxid, das die Ozeane langsam versauern lässt.

Die Zukunft, deren die Forscher so angesichtig werden, sieht düster aus. Unterhalb eines pH-Werts von 7,8 – ein Wert, der den Prognosen zufolge in den Weltmeeren bis zum Jahr 2100 erreicht sein wird – sind viele kalkbildende Organismen nicht mehr lebensfähig. Betroffen von der Versauerung sind Muscheln, Korallen, Seeigel, Kalkalgen, Seepocken und Schnecken. Viele Riffe, heute noch regelrechte Fabriken der Artenvielfalt, könnten sich bis zum Ende des Jahrhunderts in tote Unterwassergebirge verwandelt haben.

Angesichts dieses Desasters scheint der Begriff „Massensterben“ angemessen. Aber wird es wirklich so schlimm kommen? Kann es sein, dass die Naturkatastrophe Mensch ebenso verheerend ist, wie es die schrecklichsten Asteroiden und Supervulkane der Erdgeschichte waren?

Die Antwort auf diese Frage fällt erstaunlich schwer. Zwar geben die Forscher recht genau das Ausmaß der fünf großen, viele Jahrmillionen zurückliegenden Massensterben an. Viel schwerer tun sie sich hingegen damit, dasjenige zu beziffern, dessen Zeuge sie selber sind. Gewisslich werden Klimawandel und Meeresversauerung, Arteninva-

sionen, Seuchen und Lebensraumzerstörung im Laufe der nächsten Jahrzehnte viele Spezies ausrotten. Doch wie viele es genau sein werden, darüber gehen die Ansichten weit auseinander.

Vielleicht liegt dies daran, dass das Siechtum der Natur, so rasend schnell es sich auch nach geologischen Maßstäben vollziehen mag, dem Menschen doch als langsamer, oftmals kaum merklicher Prozess erscheint.

Zeuge eines solchen schleichenden Schwunds wurde Kolbert in Panama. Der dort heimische Stummelfußfrosch gilt als Glücksbringer. Überall an den Tümpeln und Bächen des Landes konnte man einst die staksigen Tiere mit der goldorangefarbenen Signalfarbe finden – bis sie Anfang des Jahrhunderts rarer wurden.

Es dauerte eine Weile, bis die Biologen begriffen, dass der Rückgang unwiderruflich war. Vermutlich verbreitet von Krallenfröschen, die für Schwangerschaftstests aus Afrika eingeführt wurden, gelangte der Chytridpilz, ein tückischer Mikroorganismus, bis nach Mittelamerika. Drastisch dezimiert der Erreger dort die Amphibienpopulation. Auch der Panama-Stummelfußfrosch hatte ihm nichts entgegenzusetzen.

Inzwischen ist das glücksbringende Amphibium in der Wildnis ausgestorben. Nur noch im El Valle Amphibian Conservation Center, einer Art Arche für die Amphibien der Region, müht sich eine Handvoll Forscher, die wenigen verbliebenen Exemplare zu züchten. „Jeder dort versicherte mir, dass es Ziel ihrer Arbeit sei, die Tiere wieder in die Freiheit zu entlassen“, sagt Kolbert. „Allerdings konnte sich keiner vorstellen, wie das gehen könnte.“

Denn da draußen im Regenwald Panamas hat sich der Chytridpilz eingenistet. Und niemand hat eine Idee, wie er wieder vertrieben werden könnte. Johann Grolle



KLAUS BEDNARZ, 72

Selbst die übelsten Misstände trug er mit sanfter, monotoner Stimme vor, ob es um Umweltverschmutzung, Korruption oder Waffendeals ging. Bednarz legte keine künstliche Aufgeregtheit in seine Moderationen; die Enthüllungen, die er in den 18 Jahren als Leiter und Moderator des ARD-Magazins „Monitor“ präsentierte, sorgten auch so für öffentliche Empörung. Seine Kommentare hingegen formulierte er scharf, regelmäßig stieß er damit auf Protest. Wie 1989, als ein CSU-Abgeordneter ihn anzeigte, weil er in „Monitor“ Soldaten zur Fahnenflucht aufgerufen habe. Kritisiert wurde 1993 auch sein „Tagesthemen“-Kommentar, in dem er Blättern des Springer-Verlags, aber auch „FAZ“ und SPIEGEL eine Mitschuld an dem Brandanschlag auf ein Asylbewerberheim in Solingen zuwies. Nach seinem Eintritt in den Ruhestand 2007 hielt er sich vom Medienzirkus weitgehend fern. In Talkshows ging er selten, eher kritisierte er, dass es zu viele von ihnen gebe, während Polit-Magazine von den Sendern „wie ein Stiefkind“ behandelt würden. Klaus Bednarz starb am 14. April in Schwerin. akü



EDUARDO GALEANO, 74

Noch bevor es das Wort Globalisierungskritik überhaupt gab, veröffentlichte der uruguayische Journalist und Schriftsteller im Jahr 1971 sein Buch „Die offenen Adern Lateinamerikas“ – eine linke Streitschrift wider Ausbeutung und Kolonialismus. 2009 überreichte Venezuelas damaliger Präsident Hugo Chávez das Buch beim Amerika-

Gipfel in Port of Spain US-Präsident Barack Obama. Daraufhin schossen die Verkaufszahlen der leidenschaftlichen Anklage fast 40 Jahre nach Erscheinen noch einmal in die Höhe. Trotzdem hat sich Galeano, der während der Militärdiktatur in seinem Land erst nach Argentinien und dann nach Spanien ging, vergangenes Jahr von seinem berühmtesten Werk distanziert. Er habe damals die politische Ökonomie nicht hinreichend verstanden, sagte er. Zu seinen Arbeiten gehören auch verschiedene Romane, die Trilogie „Erinnerung an das Feuer“ gilt als ein weiteres Hauptwerk. Das Thema seines Lebens blieb die Ungerechtigkeit, unter der die Bewohner seines Heimatkontinents Südamerika litten und leiden. Eduardo Galeano starb am 13. April in Montevideo an Lungenkrebs. clv

JUDITH MALINA, 88

Zu den schrecklichsten und schönsten Auswüchsen der sogenannten Hippiekultur gehörte die Darstellungskunst des Living Theatre, das die als Tochter eines Rabbiners in Kiel geborene Malina mit ihrem Gefährten Julian Beck 1947 in den USA begründete. Sehr engagiert, sehr pathetisch und sehr humorlos donnerten die Akteure dieses revolutionären Krawalltheaters Anfang der Sechzigerjahre zunächst auf kleinsten Bühnen gegen das amerikanische Establishment, den Krieg in Vietnam, den Kapitalismus und die Ungerechtigkeit der Welt an: mit einfachen Gesten und Agitation. Malina hatte als Studentin ein paar Kurse beim Theaterweisen Erwin Piscator besucht. Danach brachte sie mit Beck die Liebe und die Kunst und die Politik in Love-Happenings wie „Paradise Now“ auf einen derart wirkungsmächtigen Nenner, dass die Theatergruppe des Living Theatre im damals



prüfen Amerika 1963 kurz verboten wurde – wegen ihres Projekts „The Brig“ (Der Knast). Von diesem Rebellenruhm und der brav zelebrierten Hippieseligkeit zehrte die Truppe jahrzehntelang. Malina und ihre Getreuen tourten auch nach Becks Tod im Jahr 1985 viel durch die Welt und waren für die nicht bekifften Nachgeborenen nur schwer zu ertragen. Die Prinzipalin aber spielte ihre beste Rolle nicht auf der Bühne, sondern in ihren Interviews: die einer beherzt rauchenden, großzügig die ollen Anekdoten wiederkäuenden Verwalterin der eigenen Legende. Judith Malina starb am 10. April in Englewood, New Jersey. h0b

PERCY SLEDGE, 74

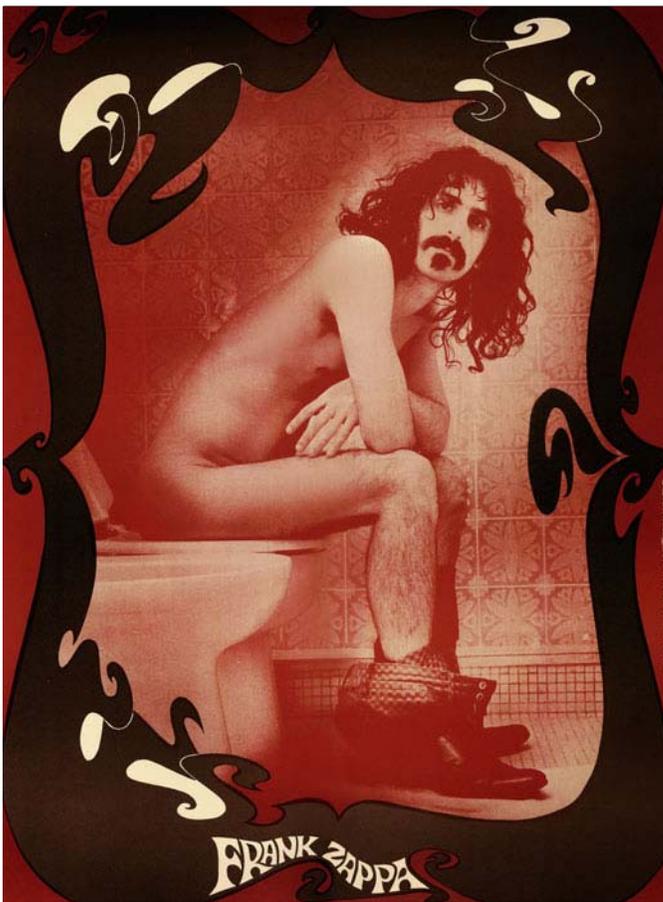
Eigentlich war er Krankenpfleger und trat nur nebenbei mit seiner Band in Bars auf, doch ein glücklicher Zufall machte den Mann mit der gefühlvollen Soulstimme und der gewellten Haartolle als Sänger weltberühmt. Ein Freund hatte ihn dem Plattenproduzenten Quin Ivy vorgestellt, und dieser ließ Sledge 1966 „When a Man Loves a Woman“ aufnehmen. Die herzerreißende Ballade über männliche Liebe, Hingabe und vor allem Verletzlichkeit schaffte es auf Platz eins der US-Charts, wurde unzählige Male gecovered und vom Magazin „Rolling Stone“ 2004 auf Platz 53 der



besten Lieder aller Zeiten gewählt. Später veröffentlichte Sledge weitere Platten, die aber nie an seinen ersten Erfolg heranreichten. Percy Sledge starb am 14. April in Baton Rouge, Louisiana. lot

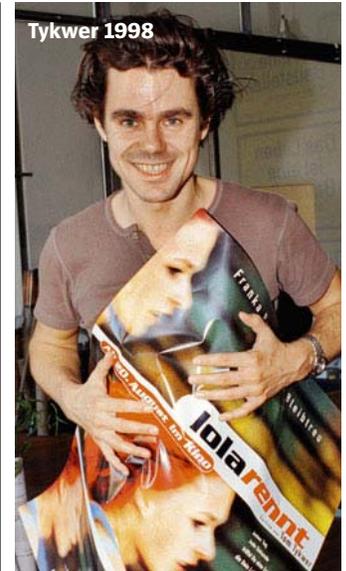
STANISLAW GROSS, 45

Seine Zeit als tschechischer Ministerpräsident wahrte nur kurz: Schon nach acht Monaten im Amt trat Gross wieder zurück, weil herausgekommen war, dass er seine luxuriöse Wohnung mit Geld aus dubiosen Quellen finanziert hatte. Die Karriere, die ihn 2004 als 34-Jährigen und damit als bisher jüngsten Tschechen auf den hohen Posten geführt hatte, war steil gewesen. Mit 22 Jahren zog er als Abgeordneter für die sozialdemokratische ČSSD ins Parlament, acht Jahre später wurde der gelernte Elektromechaniker Innenminister. Die Immobilienaffäre bedeutete seinen Abschied aus der Politik. Stanislav Gross starb am 16. April in Prag an der Nervenkrankheit ALS. lot



Klo-Künstler

Dieses Plakat ist ein Klassiker in Wohngemeinschaften: US-Rockmusiker **Frank Zappa** auf dem Klo. Das Bild hat der britische Fotograf Robert Davidson 1967 im Badezimmer eines Londoner Hotels geschossen; ursprünglich für die „International Times“. Dann erschien es weltweit als Poster. Blöd nur, dass Davidson daran fast nichts verdient hat: Zappas Manager Herb Cohen zwang ihn, die Negative herauszugeben. Fortan wurde das Foto als Raubdruck verbreitet. Weder Zappa, 1993 an Krebs verstorben, noch Davidson erhielten Tantiemen. Nach fast 50 Jahren erfuhr der Fotograf nun, dass die Negative aus Cohens Nachlass verkauft werden. Davidson erwarb sie für 99 Dollar. Ein Schnäppchen für das Foto, von dem Zappa sagte: „Ich bin wahrscheinlich berühmter dafür, auf dem Klo zu sitzen, als für irgendetwas sonst.“ skr



Deutsch für Teenager

Der deutsche Regisseur und Drehbuchautor **Tom Tykwer**, 49, erhält Anerkennung der besonderen Art. Sein Es-könnte-so-oder-auch-anders-ausgehen-Gangstermovie „Lola rennt“ wird nun, 17 Jahre nach seiner Premiere, Prüfungsstoff in britischen Schulen. Englische Teenager, die Deutsch lernen wollen, müssen ab sofort Franka Potente im Originalton verstehen können. Um das stark sinkende Interesse für die Fremdsprache im Königreich wieder zu wecken, setzt die Behörde offenbar auf Themen, die für junge Leute interessanter sind als die klassischen Fragen nach dem Lieblingstier, den Sommerferien und der Schuluniform – also: Wo sind meine 100 000 Mark, und wie entkomme ich meinem Gangsterboss, wenn ich sie nicht wiederfinde? es

Opfer der Macht

Sie ist die Unbeugsame unter den Künstlern: **Tania Bruguera**, 46, wurde in ihrer Heimat Kuba mehrfach verhaftet, sie darf seit Monaten nicht ausreisen, wird wohl noch vor Gericht gestellt. Viele Leute der Kunstwelt solidarisieren sich mit ihr, der Kurator Okwui Enwezor sagt, der Fall müsse aber bekannter werden, „denn die Situation ist ernst“. Enwezor hat Bruguera zur Biennale nach Venedig eingeladen, die im Mai beginnt und die er leitet. Es dürfe jetzt jedoch nicht darum gehen, die kubanische Regierung zu verdammen, „sondern darum, dass Tania ihre Freiheit zurückerlangt“. Enwezor hat schon oft mit der Künstlerin zusammengearbeitet, etwa 2002 auf der Documenta in Kassel. Damals irritierte sie mit gleißendem Licht und Geräuschen, die entstehen, wenn jemand mit Gewehren hantiert. Häufig geht es bei ihr um das Thema Macht, um Einschüchterung. Ihre Regierung brachte sie gegen sich auf, weil sie im Dezember 2014 Menschen in Havanna dazu anregen wollte, auf offener Straße ihre Wünsche zu äußern. uk



Robert Kennedy jr., 61, Neffe des ehemaligen Präsidenten John F. Kennedy, ruiniert im Kampf gegen die Impfpflicht in Kalifornien seinen Ruf. Er will einen entsprechenden Gesetzentwurf stoppen. Impfungen gegen Masern oder Keuchhusten könnten seiner Ansicht nach bei Kindern zum Beispiel Autismus auslösen. Dieser Irrglaube ist verbreitet bei Impfgegnern und durch nichts gerechtfertigt. Bei einem Auftritt im Rahmen seiner Kampagne verglich Kennedy Impfungen mit dem Holocaust. Einige Tage später entschuldigte er sich wortreich. red



Cheryl Rios, 47, texanische Geschäftsfrau, glaubt, dass Frauen nicht Präsident sein sollten: wegen ihrer Hormone und weil es so auch in der Bibel stehe. Das schrieb sie diese Woche auf ihrer Facebook-Seite. Die Reaktionen waren heftig und zahlreich. Auf Twitter versuchte Rios, sich zu verteidigen. Sie glaube nicht, dass Frauen misshandelt werden dürften oder dass sie dumm seien, sie könnten auch als Anwältinnen arbeiten. Aber: Sie sollten keine Staatschefs werden. Sie sei eben altmodisch und Christin. Eine konkrete Bibelstelle nannte sie nicht. red



Geheime Mission

Als die Marvel Studios und Disney am 1. April bekannt gaben, dass die französische Schauspielerin **Julie Delpy**, 45, im neuen Blockbuster „Avengers: Age of Ultron“ mitspielen werde, glaubten viele an einen Scherz. Delpy, eine typische Vertreterin des europäischen Arthouse-Kinos („Before Sunrise“; „Broken Flowers“), scheint nicht gerade prädestiniert für einen

Auftritt in einem millionenschweren Fantasy-Actionfilm. Wie umfangreich ihre Rolle ist, welche Funktion ihr Charakter hat oder wie er heißt – alles war wie üblich bei den Marvel-Superhelden-Filmen zunächst streng geheim. Die Premiere war am vergangenen Montag in den USA, und Delpy spielt die Ausbilderin für eine fiese Spionin. Das Rollenangebot habe sie sofort angenommen, sie liebe Hollywood-Blockbuster. Kinostart in Deutschland ist am 23. April. ks



Sir Ranulph Fiennes, 71, Forscher und erster Mensch, der sowohl den Nord- als auch den Südpol auf dem Landweg erreicht hat, freut sich über einen neuen Rekord: Er ist jetzt der älteste Brite, der je den Marathon des Sables, einen Ultra-Marathon durch die Sahara, absolviert hat. Die Strecke von 250 Kilometern musste in sechs Etappen innerhalb von sieben Tagen gelaufen werden. Der britische Extremsportler trat gegen den ausdrücklichen Rat seines Kardiologen an: Fiennes hatte bereits zwei Herzinfarkte. Der 33-jährige Marokkaner Rachid El Morabity gewann den Marathon. ks



Daniel Craig, 47, James-Bond-Darsteller, wurde zum ersten Uno-Botschafter für die Räumung von Landminen und Blindgängern ernannt. Generalsekretär Ban Ki-moon sagte während der Zeremonie im New Yorker Uno-Hauptquartier zu dem Schauspieler: „Als 007 haben Sie die Lizenz zum Töten. Heute geben wir Ihnen eine Lizenz zum Retten.“ Craig berichtete, ihm sei während Dreharbeiten in Kambodscha die Gefahr von Blindgängern und Landminen immer gegenwärtig gewesen. Das asiatische Land hat trotz intensiver Räumungsarbeiten rund 270 Todesopfer jährlich zu beklagen. red

Wir suchen einen Bauchzeichner (m/w)

Stellenanzeige eines Massivhaus-Bauunternehmens in der „Heilbronner Stimme“

Aus der „Bild“-Zeitung: „Wie Jesus teilt er das Wasser und walzt einfach durch.“

Balinesisches Kokshähnchen mit Kürbiskernen auf Jasminreis dazu

Aus dem Kantinen-Speiseplan der Agentur für Arbeit Dresden

Aus der „Gmünder Tagespost“:
„Seitdem kann er viel Zeit seinem Hobby widmen – Vögeln.“

Secondhand

Unternehmungslustiger Er,
73 J., 1,72m, schlank, su. ehrl.,

Aus dem „Wochentip“ für Lippstadt

Aus der „Nordwest-Zeitung“:
„Die Oldenburger sind wetterfest, von Sturm und Regen nicht davon abzuhalten, einen geplanten Ausflug ausfallen zu lassen.“

Hochspannung in Moskau: Tsipras tritt auf Putin.

Aus den „Lübecker Nachrichten“

Aus der „Neuen Presse Coburg“:
„Ein beim Seitensprung ertappter Toter, ein wenig fränkischer Dialekt und viel Zeit für Charaktere – fertig ist der ‚Tatort‘ aus Franken.“

Bremsen ist für Rehe erlaubt

Aus der „Rheinischen Post“

Aus „Forum – Das Wochenmagazin“:
„Der Münchner Promi-Fotograf Mike Gallus hat schon viele große Namen vor der Linse gehabt.“

**Konzert des Gesangsvereins Lieder-
kranz Daxlanden**
Gehörlosenzentrum Daxlanden |
18 Uhr

Aus der Verlagsbeilage der „Badischen Neuesten Nachrichten“

**Schauen Sie
mal Rhein.
Und seine
Nebenflüsse.**



Sparen Sie mit unseren
Sommerpreisen bis zu
300 €
Begrenzte Verfügbarkeit:
Schnell buchen lohnt sich!

Saarbrücken-Heidelberg-Stuttgart

8 Tage ab 999 €

Sommerreise auf Neckar, Rhein, Mosel & Saar.

Bereisen Sie Deutschlands schönste Flüsse. Genießen Sie die Kulturen der Landschaft, Fachwerk und Weinromantik, die Geschichte der Heimat, Burgen und Schlösser und die ältesten Städte Deutschlands.



Preisvorteil bereits abgezogen.

Ihr Schiff: MS CASANOVA

Gehobene Komfortklasse • Bordsprache Deutsch • Kabinen auf dem Oberdeck mit französischem Balkon • Panorama-Restaurant • Panorama-Salon mit Bar

Ihre Inklusivleistungen: • 8 Tage Kreuzfahrt in einer Außenkabine • Vollpension • Deutschsprachige Reiseleitung

Ihr Sommerpreis p.P. in €/Saison	D	Sie sparen
2-Bett Kabine Hauptdeck ab	999	300
2-Bett Kabine Oberdeck ab	1.499	200

Ihre Reiset termine: 20.06.-27.06. D, 04.07.-11.07. D, 18.07.-25.07. D, 15.08.-22.08. D, 29.08.-05.09. D

Viele weitere Termine in unserem Katalog.

Zubuchbar: Bahnreise ab 110 € (Hin und Rück)
• Ausflugspaket mit 4 Ausflügen 90 € • Getränkepaket 160 €
Ihr Buchungs-Code: AWAPR1SAA-CAS

Infos und Buchung unter
0711 - 24 89 80 10 oder in Ihrem Reisebüro.



Zitate

Der „Tagesspiegel“ über den Machtkampf innerhalb der Führung des VW-Konzerns (Nr. 16/2015):

Nach dem medialen Frontalzusammenstoß mit Aufsichtsratschef Ferdinand Piëch demonstrierte VW-Chef Martin Winterkorn am Montag Gelassenheit. Lächelnd und scheinbar entspannt präsentierte er zum Auftakt der Hannover Messe Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und Indiens Premierminister Narendra Modi einen auf dem Subkontinent gebauten Volkswagen. Mit seinen Gedanken dürfte der 67-Jährige allerdings noch bei jenen Sätzen gewesen sein, mit denen Piëch via SPIEGEL ein Erdbeben beim zweitgrößten Autohersteller der Welt ausgelöst hatte. „Ich bin auf Distanz zu Winterkorn“, hatte der 77-jährige VW-Patriarch am Freitag überraschend erklärt – und damit die Debatte um Winterkorns Zukunft in die Öffentlichkeit gelenkt.

Die „Frankfurter Allgemeine“ zum selben Thema:

Der Aufsichtsratschef des Autokonzerns Volkswagen Ferdinand Piëch bereitet offenbar die Entmachtung von Konzernchef Martin Winterkorn vor. „Ich bin auf Distanz zu Winterkorn“, sagte der Firmenpatriarch Piëch dem Magazin DER SPIEGEL. Der 77 Jahre alte Piëch streute damit überraschend Zweifel daran, dass Winterkorn ihn nach seiner Amtszeit an der Konzernspitze im Aufsichtsrat beerben wird ... Piëch war in den vergangenen Jahren mehrmals durch Äußerungen im SPIEGEL vorgeprescht, wenn er Entwicklungen bei VW beeinflussen wollte.

Die „Berliner Morgenpost“ zum SPIEGEL-Artikel „Schutz statt Schlaf“ über die Haftbedingungen von Ex-Karstadt-Manager Thomas Middelhoff (Nr. 16/2015):

In der JVA wurde er vorübergehend aus „Obhutspflicht“ unter eine besondere Überwachung gestellt. Nach Informationen des SPIEGEL sollen Middelhoff und dessen Frau aber auch selbst Anlass für die Kontrollen gegeben haben. Unmittelbar nach seiner noch nicht rechtskräftigen Verurteilung zu drei Jahren Freiheitsstrafe und seiner Verhaftung im Gerichtssaal im vergangenen November habe Middelhoff gegenüber der urteilenden Kammer geäußert, dass er an Selbsttötung denke. Auch Middelhoffs Ehefrau habe sich über einen Emissär an die Justiz gewandt und ihre Sorge zum Ausdruck gebracht, dass ihr Mann sich möglicherweise etwas antun könne.



Mit uns kennt Ihr Erfolg keine Grenzen.

Überall an Ihrer Seite: die Sparkassen und ihr internationales Netzwerk.



Ob Sie mit Ihrem Unternehmen international expandieren wollen oder Unterstützung bei Import-/Exportgeschäften suchen – als einer der größten Mittelstandsfinanzierer sind wir mit unseren globalen Kontakten und langjähriger Beratungskompetenz auf der ganzen Welt für Sie da. Mehr dazu bei Ihrem Berater oder auf www.sparkasse.de. **Wenn's um Geld geht – Sparkasse.**



Der neue Vorstand versprach, sich um die komplette Belegschaft angemessen kümmern zu wollen.





Wirtschaft aus erster Hand

das Beste aus der Wirtschaft ++ manager-magazin.de ++ Jetzt neu! ++

manager
magazin

ERSTER SEIN!

Jetzt das neue SAMSUNG Galaxy S6 bestellen!



NEU!

1&1 ALL-NET-FLAT

✓ **FLAT** FESTNETZ

✓ **FLAT** ALLE DEUTSCHEN
HANDY-NETZE

✓ **FLAT** INTERNET*

9,99
€/Monat*

Volle 12 Monate,
danach 14,99 €/Monat

SAMSUNG Galaxy S6 edge

Seien Sie einer der Ersten, der die Weltneuheit
von SAMSUNG ab 0,- € in den Händen hält.
Weitere aktuelle Smartphones unter 1und1.de



☎ 02602/9696



1und1.de

*24 Monate Vertragslaufzeit. Einmaliger Bereitstellungspreis 29,90 €, keine Versandkosten. Auf Wunsch mit Smartphone für 10,- € mehr pro Monat, ggf. zzgl. einmaligem Gerätepreis, z. B. SAMSUNG Galaxy S6 edge ab 599,99 €. Unbegrenzt kostenlos surfen mit 500 MB/Monat (statt 250 MB) Highspeed-Volumen. Danach mit bis zu 64 kBit/s. Tarifpreis im E-Netz. Weitere Tarife ohne einmaligen Gerätepreis (Smartphone für 0,- €), sowie in D-Netz Qualität verfügbar. Preise inkl. MwSt. 1&1 Telecom GmbH, Elgendorfer Straße 57, 56410 Montabaur